61. Jahrgang / Heft 2 / April 2013 ISSN 0042-5702 B 2176 F

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

## Aus dem Inhalt

Paul Maddrell
**Im Fadenkreuz der Stasi: Westliche Spionage in der DDR**

Jürgen Kilian
**Wehrmacht, Partisanenkrieg und Rückzugsverbrechen an der nördlichen Ostfront 1943**

Christian Schemmert/Daniel Siemens
**Die Leipziger Journalistenausbildung in der Ära Ulbricht**

Markus Eikel
**Das Krisenmanagement der Bundesregierung und die Flugzeugentführung von Entebbe 1976**

**Institut für Zeitgeschichte**
**Oldenbourg**

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR
# Zeitgeschichte

2
13

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter  Horst Möller
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler, Alan E. Steinweis
und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Thomas Schlemmer
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Jürgen Zarusky
Assistenz: Renate Bihl

61. Jahrgang  Heft 2  April 2013

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

**Oldenbourg**

**Anschrift der Redaktion**

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
Fax 0 89/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de
www.vierteljahrshefte.de

**Online**

Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar.
http://vfz.ifz-muenchen.de

**Impressum**

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 Presse G. i. V. m. Art. 2 Abs. 1 c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 143, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlags ist der Verlag Walther de Gruyter GmbH, Genthiner Str. 13, 10785 Berlin.
Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 143, 81671 München. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 69,80; Online-Abonnement € 66,–; Print- und Online-Abonnement € 69,80; Studentenabonnement: € 39,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 54,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 10,80/Ausland: € 14,00. Einzelheft: € 21,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz und Druck: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising.

Beilagenhinweise:
Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München: Bestellkarte „Stöbern im Verlagsprogramm Geschichte“
Nomos Verlag GmbH, Baden Baden: Prospekt „Nomos macht Geschichte“
Böhlau Verlag GmbH, Köln: Themenprospekt „Geschichte des Nationalsozialismus“

# Inhalt

**Wie effektiv war sie?**

Paul Maddrell
**Im Fadenkreuz der Stasi: Westliche Spionage in der DDR** . . . . . **141** Aufsätze
Die Akten der Hauptabteilung IX

**Bis zum Ende ein Vernichtungskrieg?**

Jürgen Kilian
**Wehrmacht, Partisanenkrieg und Rückzugsverbrechen an der nördlichen Ostfront im Herbst und Winter 1943** . . . . . **173**

**Wie rot war das „Rote Kloster"?**

Christian Schemmert/Daniel Siemens
**Die Leipziger Journalistenausbildung in der Ära Ulbricht** . . . . . **201**

**Hätte Bonn eingelenkt?**

Markus Eikel
**Keine „Atempause"** . . . . . **239**
Das Krisenmanagement der Bundesregierung und die Flugzeugentführung von Entebbe 1976

Siebte Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags (9. bis 13. September 2013) . . . . **263** Notiz

**265** Rezensionen online

**271** Abstracts

**273** Autoren

**Im geteilten Deutschland tobte bis 1989/90 ein verdeckter kalter Krieg der Spione und Agenten. Was dabei auf dem westlichen „Kriegs"-Schauplatz geschah, ist partiell bekannt, während die Spionagetätigkeit westlicher Dienste im Osten noch immer einem Buch mit sieben Siegeln gleicht. Der renommierte britische Historiker Paul Maddrell greift diese brisante Materie auf, wobei er sich auf neue Stasi-Quellen stützen kann. Das Ergebnis ist frappant: In der DDR wimmelte es vor Spionen, die zwar nur selten so große Scoops landeten wie die Stasispione im Westen, im Großen und Ganzen aber ähnlich erfolgreich arbeiteten.**

Paul Maddrell

# Im Fadenkreuz der Stasi: Westliche Spionage in der DDR

## Die Akten der Hauptabteilung IX

Die Geschichte der Spionage, die Geheimdienste während des Kalten Krieges im geteilten Deutschland betrieben, ist nur sehr ungleichmäßig erforscht. Dank des radikalen Stasi-Unterlagen-Gesetzes, das der Bundestag 1991 erließ, wissen wir viel über die Nachrichtenbeschaffung des früheren Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik wie in der Bundesrepublik. Das Agenten-Netzwerk, das die Stasi im eigenen Land wie außerhalb der DDR-Grenzen unterhielt, ist zur Gänze aufgedeckt[1]. Jedoch liegen die Aktivitäten westlicher Dienste in der DDR noch im Dunkeln. Aus Mangel an Quellen ist bisher keine umfassende Studie über diesen Komplex erarbeitet worden[2]. Wenig ist darüber bekannt, wer die Agenten waren, wie viele es gab und ob sie in den 45 Jahren der deutschen Teilung Informationen von Wert geliefert haben.

Eine spezielle Sammlung von Stasi-Akten verspricht nun aber die Schließung dieser Lücke. Es handelt sich um die Tätigkeits- und Auswertungsberichte von Hauptabteilung (HA) IX, der zentralen Stelle der Untersuchungsabteilung des MfS, also der Zweigstelle IX. Die Stasi war in sogenannten „Linien" (Zweigstellen)

[1] Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Kleine Geschichte zum Findhilfsmittel namens „Rosenholz", in: Deutschland-Archiv 36 (2003), S. 751–761.

[2] Vgl. Detailstudien von David Murphy/Sergei Kondrashev/George Bailey, Battleground Berlin. CIA vs. KGB in the Cold War, New Haven 1997, deutsche Ausgabe: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997. Die Studie basiert auf freigegebenen CIA-Akten. Paul Maddrell, Spying on Science. Western Intelligence in Divided Germany 1945–1961, Oxford 2006, benutzte bereits Material der HA IX. Armin Wagner/Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR, Berlin 2007, eine Studie auf der Basis der Akten der HA II der Stasi. Vgl. auch die aufschlussreichen Memoiren von Stasi-Offizieren, wie Klaus Eichner/Andreas Dobbert, Headquarters Germany, Berlin 1997 (über den amerikanischen Nachrichtendienst), und Günter Möller/Wolfgang Stuchly, Zur Spionageabwehr (HA II im MfS/Abt. II der BV), in: Reinhard Grimmer/Werner Irmler/Willi Opitz/Wolfgang Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, 2 Bde., Berlin 2002, hier Bd. 1, S. 431–558 (über die Methoden der Stasi bei der Gegenspionage).

VfZ 2/2013 © Oldenbourg 2013 DOI 10.1524/vfzg.2013.0008
Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

organisiert; ihre Hauptabteilungen hatten Filialen in der ganzen DDR. Linie IX war die Abteilung der Stasi, die Fälle politischer Kriminalität aufspüren und für die gerichtliche Aufarbeitung vorbereiten sollte[3]. Dazu gehörten auch Spionagefälle (zuständig IX/1). Die Berichte sind der Forschung mittlerweile zugänglich, jedoch wurden, dem Stasi-Unterlagen-Gesetz zufolge, die Namen derjenigen, die der Spionage verdächtigt wurden, in der Regel unkenntlich gemacht.

Es handelt sich um Monatsberichte an den Minister für Staatssicherheit (also für den größten Teil der hier in Rede stehenden Zeit an Erich Mielke), an den Chef von HA IX, dessen Stellvertreter und an den Verbindungsoffizier zur HA IX des sowjetischen Sicherheitsdienstes, des KGB (Komitet Gosudarstvennoj Bezopastnosti = Komitee für Staatssicherheit). Jeder Bericht bietet Zusammenfassungen der wichtigsten untersuchten Fälle und ist nach der Art der Verbrechen gegliedert.

Der Autor konnte die monatlichen Zusammenfassungen der Spionagefälle von Oktober 1955 bis Oktober 1989 einsehen[4]. Aus der Zeit vor 1955 kann die Institution, die für die Verwahrung der Stasi-Akten zuständig ist, keine Berichte finden. Die Qualität und Zahl der Zusammenfassungen sowie die Tatsache, dass sie fast die ganze Geschichte der DDR umspannen und Agenten jedes wichtigeren westlichen Geheimdienstes erfassen, der „Humint" (human intelligence) in Ostdeutschland aufzuspüren suchte, machen aus den Dokumenten eine der bemerkenswertesten Aktensammlungen zur Geschichte der Spionage – fraglos eine der interessantesten, die je ein Historiker gesehen hat.

---

[3] Zu den Kompetenzen der Linie IX vgl. Johannes Beleites, Der Untersuchungshaftvollzug des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Roger Engelmann/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 2000, S. 433–465, vor allem S. 438–440.

[4] Die Berichte werden verwahrt vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU) im dortigen Zentralarchiv (ZA). Die Berichte für die Monate von Oktober 1955 bis Dezember 1972 sind zugänglich nach einer zahlenmäßig geordneten Serie von Aktenbezügen: BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11147 (Oktober 1955) – MF-11350 (Dezember 1972). Diejenigen für die Monate Januar 1973 – Oktober 1989 sind zu finden unter den Signaturen BStU, ZA, MfS-HA IX 8794 (Januar – Juni 1973) – BStU, ZA, MfS-HA IX 8797 (Juli – Dezember 1974); BStU, ZA, MfS-HA IX 8610 (Januar – Mai 1975) – BStU, ZA, MfS-HA IX 8613 (Juli – Dezember 1976); BStU, ZA, MfS-HA IX 8606 (Januar – Mai 1977); BStU, ZA, MfS-HA IX 8607 (Juni – August, November – Dezember 1977); BStU, ZA, MfS-HA IX 8614 (September – Oktober 1977); BStU, ZA, MfS-HA IX 8608 (Januar – Juni 1978) – BStU, ZA, MfS-HA IX 8609 (Juli – Dezember 1978); BStU, ZA, MfS-HA IX 3961 (Januar – Dezember 1979); BStU, ZA, MfS-HA IX 3052 (Januar – Juni 1980); BStU, ZA, MfS-HA IX 3051 (Juli – Dezember 1980); BStU, ZA, MfS-HA IX 3050 (Januar – Februar 1981); BStU, ZA, MfS-HA IX 3962 (März – Dezember 1981); BStU, ZA, MfS-HA IX 3050 (Januar – Juni 1982); BStU, ZA, MfS-HA IX 3049 (Juli – Dezember 1982); BStU, ZA, MfS-HA IX 8615 (Januar – Juni 1983) – BStU, ZA, MfS-HA IX 8618 (Juli – Dezember 1984); BStU, ZA, MfS-HA IX 8662 (Januar – Juni 1985) – BStU, ZA, MfS-HA IX 8663 (Juli – Dezember 1985); BStU, ZA, MfS-HA IX 127 (Januar – Juni 1986) – BStU, ZA, MfS-HA IX 128 (Juli – Dezember 1986); BStU, ZA, MfS-HA IX 1071 (Januar – November 1987) – BStU, ZA, MfS-HA IX 1073 (Dezember 1988 – Oktober 1989).



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der hier vorgelegte Aufsatz kommt zu dem Ergebnis, dass die Zusammenfassungen der einzelnen Fälle als weitestgehend zuverlässig gelten dürfen. Sie bescheren damit dem Historiker eine ungewöhnliche Gelegenheit, nämlich die zur Erfassung und Darstellung der Geschichte westlicher Spionage in Ostdeutschland für fast die ganze Zeit des Kalten Krieges. Außerdem erlauben sie, die Zahl derjenigen festzustellen, die Jahr für Jahr von der Linie IX als Spione ermittelt wurden. Die Gesamtzahl gibt ein Bild vom Umfang der westlichen Humint-Operationen in der DDR[5].

Die Zahl, die im Anhang für die von Linie IX durchgeführten Verfahren gegen Spione genannt wird (1382), ist allerdings nur ein Annäherungswert. Das hat seinen Grund einmal darin, dass die Zweigstelle IX in den fünfziger Jahren, als sie viele Spione entlarvte, offensichtlich nicht jeden einzelnen Fall in die Zusammenfassungen aufnahm (in den siebziger Jahren, als die Spionagetätigkeit erheblich zurückging, wurde nahezu über jeden Einzelfall berichtet). Die Zahl ist also zu niedrig. Außerdem sind bis August 1960 die gemeldeten Fälle nicht nach der Art des Verbrechens kategorisiert. Ich mußte mithin vermuten, welcher kriminellen Handlung ein Angeklagter für schuldig befunden wurde.

In anderer Hinsicht wiederum ist die Zahl zu hoch. Erstens verstand HA IX unter „Spionage" jede Tätigkeit, die einen Spion bei der Sammlung von Informationen unterstützte, die eines Kuriers, eines Anwerbers oder eines Instrukteurs. Schon seine Gefährtin oder ihr Gefährte zu sein, Kenntnis seiner oder ihrer Aktivitäten zu haben oder gelegentliche Hilfe zu leisten, reichte aus, um unter „Spionage"-Verdacht gestellt zu werden. Infolgedessen finden sich unter den als Spione eingeordneten Personen auch die Helfer der Agenten westlicher Geheimdienste und viele bloßer Mitwisserschaft schuldige Frauen.

Zweitens scheint Spionieren für Widerstandsorganisationen als vollgültige Spionage behandelt worden zu sein, obwohl HA IX dabei offenbar nicht konsequent vorgegangen ist. Die Berichte enthalten gelegentlich die Feststellung, eine bestimmte Person sei schuldig, weil sie für das Ostbüro der SPD oder eine andere bekannte Widerstandsgruppe „spioniert" habe[6], doch zumeist sind die in den Berichten Genannten tatsächlich Spione, Kuriere, Anwerber oder Instrukteure staatlicher Nachrichtendienste gewesen.

In manchen Fällen, in denen es um die Nachrichtenbeschaffung durch Widerstandsorganisationen geht, suchte HA IX nach einer Verbindung mit einem westlichen Geheimdienst. Es wurde nach einem westlichen Nachrichtenmann oder nach Stützpunkten der Dienste gefahndet, wohin die gesammelten Informatio-

[5] Weitere Informationen zu diesen Berichten bei Paul Maddrell, Western Espionage and Stasi counter-espionage in East Germany 1953–1961, in: Thomas Wegener Friis/Kristie Macrakis/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), East German Foreign Intelligence. Myth, Reality and Controversy, Abingdon 2010, S. 19–33, vor allem S. 22 ff.

[6] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11172 (Dezember 1957), S. 7 (SPD-Ostbüro); ebenda, MF-11218 (November 1961), S. 5 f. (UfJ) [Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen]; ebenda, MF-11190 (Juli 1959), S. 7 (KgU) [Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit]; ebenda, MF-11340 (Januar 1972), S. 12 f. (RIAS).

nen wohl gegangen waren[7]. HA IX beschäftigte sich aber auch mit Nachrichtensammlung durch Widerstandsorganisationen (darunter sehr wichtige), ohne diese als Spionage zu behandeln. Vielen Widerstandskämpfern wurde vorgeworfen, sich auf „Agententätigkeit" eingelassen zu haben, nicht auf Spionage, wobei beides natürlich sehr eng verwandt ist. Darunter waren Personen, die versucht hatten, sowjetische Soldaten als Spione anzuwerben[8]. Widerstandskämpfer wurden immer noch wegen Spionage vor Gericht gestellt, wie Berichte der HA IX über Schauprozesse bezeugen[9].

Manchmal war es nicht unlogisch, Widerständler als Spione, in anderen Fällen jedoch als Widerstandskämpfer zu behandeln. Zu dieser Zeit betrieben Deutsche Spionage als eine Form des Widerstands. Es gab keine klare Trennung zwischen dem Sammeln von Informationen für gewöhnlich in Berlin angesiedelte Widerstands- und Vertriebenenorganisationen oder für amerikanische bzw. westdeutsche Geheimdienste: Angehörige von Widerstandsorganisationen knüpften in der DDR Agentennetzwerke für westliche Geheimdienste, denen sie Informationen übermittelten, zum Beispiel über die sowjetischen und ostdeutschen Streitkräfte. Zwischen der Organisation Gehlen, dem späteren Bundesnachrichtendienst (BND), und einigen Widerstandsgruppen war die Verbindung besonders eng; Gehlen-Leute waren in diesen Gruppen präsent und konnten deren Quellen nutzen. HA IX hat schon versucht, zwischen bloßem Widerstand und Nachrichtenbeschaffung für gegnerische Geheimdienste zu unterscheiden („Agententätigkeit" und Spionage waren zwei verschiedene Straftatbestände). Aber auf Spionage wurde gleichwohl auch bei Personen erkannt, die keine direkte Verbindung zu einem Geheimdienst hatten. Das Ergebnis ist unweigerlich eine zu hohe Zahl an Spionagefällen.

Personen, die Nachrichten an das Bonner Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen weiterleiteten, sind ebenfalls als Spione behandelt worden[10], manchmal auch Informanten von Zeitungen[11]. Dabei muß darauf hingewiesen werden, dass solche Leute Nachrichten in der Tat geheim lieferten und Decknamen benutzten. Doch waren derartige Fälle relativ selten.

Außerdem schließt die genannte Zahl von 1.382 Fällen Personen ein, die die HA IX in starkem Verdacht hatte, als Spione tätig zu sein, bei denen aber eindeutige Beweise fehlten. Ein weiterer Faktor, der zu höheren Zahlen führte, war – in den späten Phasen der DDR – die wachsende Sorge der Stasi, in den zunehmenden Kontakten zwischen Ost und West könnten Vertreter des Westens Funktionären der DDR in Unterhaltungen Informationen entlocken; solche Versuche wurden tatsächlich gemacht, und in einem Fall ist dann eine Indiskretion tatsächlich als Spionage gewertet worden[12]. Ebenso erscheint in den Berichten ein poli-

[7] Ebenda, MF-11147 (Oktober 1955), S. 5 f.
[8] Ebenda, MF-11160 (Dezember 1956), S. 4.
[9] Ebenda, MF-11169 (September 1957), S. 14 f.
[10] Ebenda, MF-11169 (September 1957), S. 5–7, und MfS-HA IX 8795 (Dezember 1973), S. 8 f.
[11] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11191 (August 1959), S. 6.
[12] BStU, ZA, MfS-HA IX 3050 (März 1982), S. 121 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tisches Opfer des Regimes, Kurt Vieweg; HA IX fand ihn der Spionage für schuldig, obwohl sie wusste, dass das nicht der Wahrheit entsprach[13].

## Wie zuverlässig sind die Berichte?

Welche Einwände gibt es gegen die Annahme, dass diese Quelle zuverlässig ist? Der erste Einwand lautet: Linie IX bereitete Schauprozesse vor, in denen der Vorwurf der Spionage benutzt werden sollte, um den Angeklagten zu verurteilen, ob er nun dieser Straftat schuldig war oder nicht. Roger Engelmann führt das Argument ins Treffen, dass grobe Verfälschungen der Realität in den Akten beider Institutionen zu erkennen seien, die mit der Bekämpfung politischer Verbrechen beauftragt waren, sowohl in denen der Linie IX wie in denen der Abteilungen I der Staatsanwaltschaften. In vielen politischen Fällen sei die Frage der Schuld bereits von der Führung der SED entschieden gewesen – auf Grund rechtsferner Gesichtspunkte –, und der Linie IX sei nur die Aufgabe zugefallen, Beweismaterial zur Rechtfertigung des Schuldspruchs zu fabrizieren[14].

Dieser Einwand trifft jedoch auf die monatlich berichteten Spionagefälle nicht zu. Nahezu keiner davon war politischer Natur: Es ging fast immer um gewöhnliche Leute, die von der Linie IX aus Gründen untersucht wurden, die nichts mit Politik zu tun hatten. Überdies ist bei den politischen Opfern die Unzuverlässigkeit des Beweismaterials evident; es liest sich wie Fiktion. Im Gegensatz dazu fällt dem Leser der Monatsberichte über Spionagefälle auf, wie nüchtern sie gehalten sind.

Zweitens wird gesagt, dass viele Akten der HA IX für die Ankläger und Gerichte bestimmt waren, die damit Schauprozesse orchestrieren, also einer Form von Propaganda dienen sollten[15]. Doch auch dies gilt für die Monatsberichte nicht, die ja nicht an die Gerichte, sondern an den Minister, den Abteilungsleiter und den KGB gingen.

Schließlich heißt es, dass die Linie IX ihr Material vor allem aus Geständnissen Verhafteter gewann. Auch seien Informanten in Zellen eingeschmuggelt, dazu die Zellen und Räume, in denen die Häftlinge mit ihren Anwälten sprachen, abgehört worden. Die Haftbedingungen seien schlecht und demütigend gewesen, was zu akutem psychischem Druck geführt habe, so dass die Beschuldigten in den oft grausamen Verhören Verbrechen gestanden haben mochten, die sie gar nicht begangen hatten – wodurch alle Akten in die Irre führen müssten. Die Haftbedingungen und die Vernehmungen waren in den fünfziger Jahren in der Tat besonders übel; die Verhafteten waren von der Außenwelt völlig isoliert, man hinderte

[13] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11175 (März 1958), S. 9 f.

[14] Vgl. Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann (Hrsg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 12.

[15] Vgl. Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, „Konzentrierte Schläge". Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 105 f.; Wagner/Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 66.

sie am Schlafen, ihre Verhöre waren lang und fanden oft in der Nacht statt[16]. In den frühen Jahren der Stasi sind Geständnisse tatsächlich mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt erpresst worden.

Überdies gab es für Linie IX einen Anreiz, rücksichtslos vorzugehen. Ihre Aufgabe bestand darin, Material zu beschaffen, das die Verurteilung eines Opfers ermöglichte. Die Stasi (einschließlich der Linie IX) war oft schon vor der Verhaftung einer Person von deren Schuld überzeugt, und zwar durch Indizien, die etwa durch Beobachtung und Postkontrolle beschafft worden waren oder von Agenten in gegnerischen Diensten stammten. Daher erlebte ein Verdächtiger sein eigentliches Untersuchungsverfahren gewöhnlich als Häftling. Zweck dieser Untersuchung war es, Beweise beizubringen, die vor Gericht gegen den Verdächtigen verwendet werden konnten, Beweise also, die nichts über illegale oder verfassungswidrige Methoden der Informationsgewinnung verrieten. Die Vernehmung begann bald nach der Verhaftung des Verdächtigen, so dass dessen Angst und Qual auszuschlachten war[17].

Die Funktionäre der Linie IX waren nicht nur grausam. In den fünfziger Jahren handelte es sich meist um junge Leute, die schlecht ausgebildet und ohne Geschick waren. Das trug ihnen harte Kritik ihrer Vorgesetzten und ihrer sowjetischen Berater ein. Seit 1954 arbeitete jedoch der Chef der Stasi, Ernst Wollweber, energisch daran, diese Probleme zumindest zu verringern. So gab er sich einige Mühe, bei Verhören die Folter zu verhindern, anfänglich um den Ruf der Stasi in der Öffentlichkeit zu verbessern und nach 1956 – im Zuge der Entstalinisierung – unter zunehmendem Druck, den Anschein „sozialistischer Legalität" zu wahren. Seit Mitte der fünfziger Jahre, also seit Beginn der Berichte von HA IX, wurde körperliche Gewalt kaum mehr angewendet; Ähnliches galt für Drohungen damit. Wollweber versuchte auch, die Qualität der Berichterstattung zu heben und sicherzustellen, dass Linie IX einen besseren Gebrauch von dem zusammengetragenen Material machte. So sollte die Verhaftung Unschuldiger vermieden werden; die hohe Zahl solcher Fälle hatte dem Ansehen der Stasi in der Öffentlichkeit sehr geschadet. Verhaftungen sollten nur noch dann vorgenommen werden, wenn die Beweise dies rechtfertigten. Die Einrichtung der Monatsberichte könnte ein Teil der Wollweberschen Reformen gewesen sein. In der Praxis galt nun für Linie IX die Regel, sich an die Gesetze zu halten, sofern es nicht gute Gründe für ein anderes Vorgehen gab[18]. In den sechziger Jahren wurden überdies erhebliche Anstrengungen unternommen, die Ausbildung der Linie IX-Funktionäre zu verbessern.

All dies stützt die Annahme, dass die Monatsberichte als zuverlässig angesehen werden dürfen. Die Linie IX verfügte gewöhnlich über Hinweise darauf, dass eine

[16] Vgl. Rita Sélitrenny, Doppelte Überwachung. Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten, Berlin 2003, S. 169 u. S. 294–306.

[17] Vgl. ebenda. S. 78 ff.

[18] Vgl. Roger Engelmann, Staatssicherheitsjustiz im Aufbau. Zur Entwicklung geheimpolizeilicher und justitieller Strukturen im Bereich der politischen Strafverfolgung 1950–1963, in: Engelmann/Vollnhals (Hrsg.), Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, S. 133–164, hier S. 143–152.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Person Spionage betrieben hatte, ehe die eigentliche Untersuchung eingeleitet wurde. Die Weigerung eines Häftlings, ein Geständnis abzulegen, wurde oft gebrochen, indem man ihn mit anderen Beweisen seiner Schuld konfrontierte, oft mit materiellen Beweisen. Ein Geständnis allein galt in Spionagefällen allerdings nicht als ausreichend. Die Vernehmer fürchteten, dass der Verdächtige sein Geständnis vor Gericht widerrufen könnte, und bemühten sich deshalb stets um weiteres Material. Berichte von HA IX zeigen, welches Gewicht materiellem Beweismaterial beigemessen wurde, teils zur Vorlage im Gerichtsverfahren, teils um den Verdächtigen zu einem Geständnis zu bewegen.

Es ist nicht auszuschließen, dass manche Menschen unter dem Druck eines grausamen Verhörs kriminelle Handlungen gestanden, die sie gar nicht begangen hatten. Jedoch gibt es dafür keinen Anhaltspunkt in den Akten. Linie IX war davor auf der Hut, die Zahl solcher Fälle kann nicht groß gewesen sein. Grausame Verhöre scheinen freilich, den Akten zufolge, in der Regel effektiv gewesen zu sein. Wer verhaftet war, verlor sehr schnell die Hoffnung, seine Tat verbergen zu können, und legte ein Geständnis ab. Die vernehmenden Funktionäre verglichen aber jedes Geständnis mit dem sonstigen Beweismaterial, das sie in der Hand hatten. Sie verließen sich ungern nur auf ein Geständnis und suchten nach weiteren Beweisen. Alles spricht dafür, dass sie tatsächlich herausfinden wollten, ob es sich bei einer festgenommenen Person um einen Spion handelte oder nicht, und dass sie von ihr möglichst viele und zutreffende Informationen zu bekommen suchten: über den Geheimdienst, für den sie gearbeitet hatte, und über alles, was mit ihrer Spionagetätigkeit zusammenhing, also über Kuriere, den Führungsoffizier und andere Agenten. Die Verhöre der Linie IX spielten für die Abwehrmaßnahmen der Stasi eine Schlüsselrolle. Wenn Verhaftete zögerten, ein Geständnis abzulegen, wird in den Berichten ausdrücklich darauf hingewiesen. Die Berichte machen ferner klar, dass Verhaftete entlassen wurden, wenn keine schlüssigen Beweise für eine Spionagetätigkeit gefunden werden konnten[19].

Zahlreiche Fallberichte zeigen, dass Linie IX bei der Einschätzung des von einem Verhafteten erhaltenen Materials sorgfältig und kritisch vorging. Wenn eine festgenommene Person andere belastete, meist Ehefrau oder Ehemann und Kinder, so wurden diese verhaftet und ihre Aussagen mit denen des Erst-Verhafteten verglichen. In einigen Berichten wird ihr Zeugnis sogar erwähnt und dann gesagt, es deute darauf hin, dass der Hauptverdächtige wohl in Spionageaktivitäten verwickelt war[20]. Wenn aber keine Beweise für eine Beteiligung der Ehefrau oder des Ehemanns am Verrat des Spions zu finden waren, hat HA IX auch das festgehalten[21].

Wenn eine Person gestand, jedoch Zweifel an dem Geständnis nicht auszuräumen waren, so wies HA IX auch darauf hin. Solche Bemerkungen zeigen, dass einige Spione ein gewisses Maß an Spionagetätigkeit zugaben, doch nicht das ganze

[19] Siehe z. B. die Fälle in: BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11147 (Oktober 1955), S. 24 f.
[20] Ebenda, MF-11208 (Januar 1961), S. 4 f.; ebenda, MF-11296 (Mai 1968), S. 7–9; BStU, ZA, MfS-HA IX 3962 (Juni 1981), S. 212.
[21] BStU, ZA, MfS-HA IX 3961 (März 1979), S. 339.

Ausmaß, dessen sie HA IX verdächtigte[22]. Einige weigerten sich überhaupt, ein Geständnis abzulegen. In diesen Fällen stellte HA IX, sofern anderes Beweismaterial fehlte, ausdrücklich fest, der Verdacht auf Spionage habe sich nicht erhärten lassen[23]. Jedoch nahm HA IX Spionage dann an, wenn sie sonstiges Beweismaterial von der Schuld des Verdächtigen überzeugt hatte[24]. Viele Spione behaupteten, nicht zu wissen, für welchen Dienst sie gearbeitet hatten. Die HA IX kam manchmal, auf Grund ihrer Kenntnis der Standardpraktiken der Geheimdienste, zu einem entsprechenden Schluss[25].

Wenn eine verdächtige Person nicht wusste, dass sie Informationen an einen Nachrichtendienst lieferte, vielmehr glaubte, der Empfänger sei ein Privatmensch, der das Material aus persönlichen Gründen haben wolle, wurde das von HA IX nicht für einen Fall von Spionage gehalten. Eine Frau, die Leipziger Zeitungen an einen Beamten des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) schickte, ohne zu wissen, dass sie es mit dem Angehörigen eines Dienstes zu tun hatte, wurde nicht als Spionin eingestuft[26].

Erfolgreiche Spionagetätigkeit erforderte Ausrüstung. Spione benötigten Handkoffer mit Geheimfächern, in denen Dokumente aus einem Ministerium oder Labor herausgeschmuggelt werden konnten. Vor allem nach dem Mauerbau im August 1961 brauchten sie auch Apparaturen, mit denen Verbindung zu halten war: Funkgeräte zum Empfang von Sendungen aus Westdeutschland, ein Signalbuch zur Ver- und Entschlüsselung geheimer Mitteilungen, einen Sender zur raschen Übermittlung militärischer Informationen, unsichtbare Tinte für geheimen Briefverkehr. Das MfS suchte gründlich nach solcher Ausstattung und wurde oft fündig. Die Berichte der HA IX erwähnen wieder und wieder solche Beweise für Spionage. Sie tauchen, von 1955 bis 1989, in 71 Berichten auf; bei ihnen handelte es sich um das Material, das, zusammen mit den Aussagen verhafteter Personen, am häufigsten genannt wird. Oft wurden solche Dinge bei der Durchsuchung von Wohnungen oder auch von Personen entdeckt. Das Material war noch vielfältiger als bisher aufgeführt[27]. Der Stasi gelang es, Funkübermittlungen zu entschlüsseln, sie fand Kameras und Aufnahmen militärischer Objekte[28]. War jemand in Verdacht geraten, konnte seine oder ihre Post kontrolliert werden. Die Überwachung der Post führte zur Entdeckung von Briefen, die geheime Nachrichten in unsichtbarer Tinte enthielten[29]. Es gab sogar den Fall eines

[22] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11185 (Februar 1959), S. 4; ebenda, MF-11220 (Januar 1962), S. 5–11; ebenda, MF-11252 (September 1964), S. 7 f.

[23] Ebenda, MF-11193 (Oktober 1959), S. 5 ff.; BStU, ZA, MfS-HA IX 3961 (September 1979), S. 118 f.

[24] BStU, ZA, MfS-HA IX 8608 (Januar 1978), S. 186, und MfS-HA IX 3962 (Oktober 1981), S. 72.

[25] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11234 (März 1963), S. 6 f.; ebenda, MF-11254 (November 1964), S. 6 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8618 (September 1984), S. 99.

[26] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11295 (1968), S. 8.

[27] Ebenda, MF-11199 (April 1960), S. 8 f.; ebenda, MF-11217 (Oktober 1961), S. 4–6; ebenda, MF-11259 (April 1965), S. 3 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 3961 (Juni 1979), S. 189 f.

[28] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11174 (Februar 1958), S. 12; ebenda, MF-11215 (August 1961), S. 4.

[29] Ebenda, MF-11191 (August 1959), S. 4 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Spions, der, da er fürchtete, unter Beobachtung zu stehen, seine Tochter anwies, alle seine Gerätschaften in einen nahegelegenen Kanal zu werfen. Der Bericht hält fest, dass ein Taucher die Gegenstände wieder herausfischte[30].

Auch der Kontext, in dem die Berichte verfasst wurden, stützt die Annahme, dass sie zuverlässig sind. Erstens ist zu sagen, dass HA IX an die eigenen Vorgesetzten berichtete und keinen Anlass zu lügen hatte. Da die Fälle nicht Monat für Monat wiederholt wurden (die meisten Fälle sind nur in einem einzigen Monatsbericht zusammengefaßt), scheint die HA IX über jeden Fall erst dann berichtet zu haben, wenn die Untersuchung einen gewissen Reifegrad erreicht hatte; es wurden keine voreiligen Schlußfolgerungen weitergeleitet. Die Berichte folgen dem Muster, das Roger Engelmann festgestellt hat. Sie wurden im Laufe der Zeit ausführlicher und detaillierter. Ab Mitte der siebziger Jahre ging man bei der Untersuchung der Methoden der westlichen Geheimdienste immer sorgfältiger vor. Fortwährend zeigt sich die Entschlossenheit, möglichst genaue und zuverlässige Informationen zu bekommen; die Berichte verraten einen zunehmenden Professionalismus[31].

Dass die Linie IX die Ergebnisse ihrer Tätigkeit für zuverlässig hielt, beweist am besten ihre Ambition, diese Ergebnisse der gesamten Gegenspionage des MfS verfügbar zu machen. Die Linie diente nicht nur den Anklägern vor den Gerichten der DDR, sondern ebenso den für Gegenspionage zuständigen Abteilungen der Stasi; deren Arbeit sollte durch die Erkenntnisse der HA IX verbessert werden. Veteranen der Hauptabteilung II (HA II), die für die Gegenspionage der Stasi am wichtigsten war, sind der Meinung, die Linie IX habe einen wertvollen Beitrag dazu geleistet, dass ihr eigenes Verständnis der westlichen Geheimdienste tiefer wurde[32]. Überdies steht jede Zusammenfassung eines Falles für sich allein. Die Informationen, die jeder Bericht enthält, sind so detailliert und so mannigfaltig, dass die Möglichkeit, es handle sich um Erfindungen, ausgeschlossen werden kann. Kein Geheimpolizist ist so fantasievoll. Ein besonders sprechender Fall ist der eines weiblichen Kuriers, die Filme in ihrer Vagina aus der DDR herausschmuggelte[33].

Die Berichte enthalten auch Urteile, die inzwischen als zutreffend bestätigt worden sind. So schloss HA IX in den fünfziger Jahren, dass die CIA in Einheiten organisiert sei, die auf spezielle Ziele angesetzt würden: eine gegen wissenschaftliche Objekte, eine andere gegen die Wirtschaftsbürokratie, wieder eine andere gegen die Stasi und die Deutsche Volkspolizei[34]. Die jüngste Studie über die Berli-

[30] Ebenda, MF-11206 (November 1960), S. 6 f.

[31] Vgl. Roger Engelmann, Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Henke/Engelmann (Hrsg.), Aktenlage, S. 33 u. S. 39.

[32] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 450 u. S. 528. Ein Beispiel eines solchen Berichts in: BStU, ZA, MfS-HA IX 4350, Neue Arbeitsmethoden westlicher Geheimdienste, S. 358–360 (undatiert).

[33] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11246 (März 1964), S. 8.

[34] Ebenda, MF-11211 (April 1961), S. 4 f.; ebenda, MF-11243 (Dezember 1963), S. 4 ff.

ner CIA-Station, „Battleground Berlin", die sich auf CIA-Akten stützt, bestätigt den Befund der HA IX[35].

Die Berichte enthalten auch bekannte Spionagefälle. Es gibt unabhängige Bestätigungen dafür, dass sowohl Franz Brehmer[36] wie Karl Hansel[37] und Fritz Fehrmann[38] in den fünfziger Jahren für die CIA tätig waren. Gisela Zurth war ebenfalls eine amerikanische Quelle[39]. In „Battleground Berlin" ist von einem CIA-Agenten die Rede, einem Elektriker, der eine Wanze und einen Sender in einem Kronleuchter anbrachte, welcher dann im Büro des KGB-Chefs in Ostdeutschland, Aleksandr Korotkov, installiert wurde. Bei einem Fall, der im HA IX-Bericht für August 1957 erscheint, handelt es sich wahrscheinlich um genau diesen Elektriker[40].

Eine unabhängige Bestätigung liegt auch dafür vor, dass der Journalist Peter Papist[41], der Filmarchivar Horst Palm[42], der Statistiker Günter Kiefer[43], der Geologe Albrecht Richter[44] und der Wissenschaftler Professor Adolf-Henning Frucht, alle in den sechziger Jahren verhaftet, tatsächlich Spione waren[45]. Wolf-Georg Frohn[46], Stefan Frauendorf[47], Hildegard Zickmann[48] und Dietmar Eberhard[49] erscheinen in den Berichten der achtziger Jahre und tauchen auch in anderen Quellen als Spione auf. In einem Bericht wird zwar kein Name genannt, doch weisen die in diesem Fall mitgeteilten Fakten darauf hin, dass es sich wahrscheinlich um Winfried Baumann handelt[50].

Ein Aspekt der historischen Studien über die Spionage im geteilten Deutschland, mit dem sich die HA IX-Berichte im Einklang befinden, ist besonders wich-

[35] Vgl. Murphy/Kondrashev/Bailey, Battleground Berlin, S. 255 f.
[36] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11187 (April 1959), S. 4; vgl. auch Maddrell, Spying on Science, S. 162 f.
[37] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11204 (September 1960), S. 5 f.; vgl. Karl Wilhelm Fricke, Spionage als antikommunistischer Widerstand, in: Deutschland Archiv 35 (2002), S. 565–578, hier S. 574 f.
[38] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11211 (April 1961), S. 4 f.; vgl. Fricke, Spionage als antikommunistischer Widerstand, S. 575 f.
[39] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11173 (Januar 1958), S. 8 f.; vgl. E. H. Cookridge, Gehlen, Spy of the Century, London 1971, S. 178.
[40] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11168 (August 1957), S. 4; vgl. Murphy/Kondrashev/Bailey, Battleground Berlin, S. 256 ff.
[41] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11253 (Oktober 1964), S. 5 f.; vgl. Helmut Wagner, Schöne Grüße aus Pullach. Operationen des BND gegen die DDR, 2., korr. Auflage, Berlin 2001, S. 88–94.
[42] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11234 (März 1963), S. 6 f.
[43] Ebenda, MF-11245 (Februar 1964), S. 5 f.
[44] Ebenda, MF-11263 (August 1965), S. 3 f.
[45] Ebenda, MF-11284 (Mai 1967), S. 4, S. 9 f. u. S. 23; vgl. Maria Frucht/Adolf-Henning Frucht, Briefe aus Bautzen II, hrsg. von Helmut Wonschick, Berlin 1992.
[46] BStU, ZA, MfS-HA IX 3962 (Juni 1981), S. 212 ff.; vgl. Der Spiegel vom 17. 2. 1986, S. 118–122.
[47] BStU, ZA, MfS-HA IX 8618 (November 1984), S. 32 f.; vgl. Wagner, Schöne Grüße aus Pullach, S. 112–127 u. S. 170 f.
[48] BStU, ZA, MfS-HA IX 1071 (Oktober 1987), S. 218 f.; vgl. John Koehler, Stasi: The Untold Story of the East German Secret Police, Boulder/CO. 1999, S. 267–269.
[49] BStU, ZA, MfS-HA IX 8617 (Februar 1984), S. 155–157.
[50] BStU, ZA, MfS-HA IX 3961 (Juni 1979), S. 188 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tig. Die Berichte stützen die von Ex-Stasi- wie von Ex-CIA-Mitarbeitern aufgestellte Behauptung, dass die westlichen Nachrichtendienste in den Jahren 1955 bis 1989 zahlreiche Personen in Ostdeutschland beschäftigten.

In der Tat gibt es nur zwei Gründe, die einen vernünftigen Zweifel an der Genauigkeit und Zuverlässigkeit etlicher Berichte nahelegen. Erstens hatte ein verhafteter Spion ein Interesse daran, weniger als die ganze Wahrheit zu gestehen, und manche mögen das auch getan haben. Ein 1981 festgenommener Diplomat behauptete, erst seit 1978 für die CIA gearbeitet zu haben. Die Fakten deuten darauf hin, dass es sich um den Fall Wolfgang Reif handelt. Ein Abwehrmann der Stasi hat behauptet, Reif habe seit 1965 als Spion gearbeitet und sei eine wichtige Quelle gewesen[51]. Doch macht eine solche Selbstrechtfertigung einen Bericht nur partiell ungenau. Die Zahl derartiger Berichte dürfte außerdem gering sein; Linie IX gab sich redlich Mühe, die Wahrheit herauszufinden. Zweitens: HA IX war den Gegnern der DDR feindlich gesinnt und ihre Berichte mögen den Schaden übertrieben haben, den sie angerichtet oder anzurichten versucht hatten. Indes ist die Anzahl der Fälle, in denen die Schadensfrage behandelt wird, sehr gering. Es gibt einige Zusammenfassungen, in denen HA IX über Spionage und Sabotage einiger weniger Agenten in Unternehmen der DDR berichtete, aber sie sind nicht überzeugend; es kann sein, dass man Managern die Schuld für Mängel in ihren Betrieben in die Schuhe zu schieben versucht hat. In manchen Fällen ist auch von Agenten die Rede, die Sabotageakte geplant hätten.

## Der Charakter der westlichen Spionage in der DDR 1955–1961

Die Berichte setzen im Oktober 1955 ein, als die amerikanischen Geheimdienste bei der westlichen Humint-Sammlung in Ostdeutschland die Hauptrolle spielten. Ihre Methode bestand in der massenhaften Rekrutierung von Spionen. Mehrere amerikanische Dienste unterhielten Spionagenetzwerke in der DDR: die Central Intelligence Agency (CIA), das Counter Intelligence Corps (CIC) und die Nachrichtendienste der Streitkräfte[52]. Da die HA IX oft den Begriff „der amerikanische Geheimdienst“ benutzte, ohne den jeweils gemeinten Dienst zu identifizieren, kann es schwierig sein, den Geheimdienst genau zu bestimmen, für den ein Agent gearbeitet hatte. Auch die westdeutsche Organisation Gehlen (ab 1956 der offizielle Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik und Bundesnachrichtendienst genannt) – ein Geschöpf der Amerikaner – baute große Agentennetze in der DDR und in Osteuropa auf; das gilt auch für etliche andere westliche Länder, namentlich für England und Frankreich. Allesamt fanden sie aktive Unterstützung durch leidenschaftlich antikommunistische Widerstandsorganisationen in der DDR.

Stasi und KGB waren so alarmiert durch den Erfolg der westlichen Dienste bei der Schaffung und Steuerung umfänglicher Netze tüchtiger Agenten, dass sie zwi-

[51] Vgl. Koehler, Stasi, S. 5 f. u. S. 284 f.

[52] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 440–447.

schen 1953 und 1955 zu Massenverhaftungen von Spionen, Widerstandskämpfern und anderen unerwünschten Elementen schritten. Das waren die „Großaktionen", deren drei wichtigsten die Decknamen „Feuerwerk", „Pfeil" und „Blitz" erhielten. Zwei ehemalige Offiziere der Stasi-Gegenspionage behaupten, in diesen Operationen seien rund 990 Agenten der amerikanischen, westdeutschen und britischen Geheimdienste verhaftet worden[53].

Die hier ausgewerteten Berichte beginnen aber erst einige Monate nach dem Ende der „Großaktionen". Da die NATO-Staaten einen sowjetischen Überraschungsangriff befürchteten, waren die Bewegungen sowjetischer Truppen von größtem Interesse. Alle westlichen Geheimdienste rekrutierten bei der ostdeutschen Bahn, der „Deutschen Reichsbahn", Agenten, die über Truppentransporte der Roten Armee berichteten und viele andere Informationen über die sowjetischen und ostdeutschen Streitkräfte lieferten[54]. Man trug ihnen auf, die Abfahrtszeit, Nummer und Typ der Waggons zu melden, dazu die Abfahrt und die Zielbahnhöfe aller Züge mit sowjetischen Truppen[55]. 1956/57 fasste die Stasi große Agentengruppen, die in der Deutschen Reichsbahn für den militärischen Nachrichtendienst der USA gearbeitet hatten[56].

Die Kriegsfurcht war damals groß. Von den angeworbenen Agenten wurde daher die effektive 24-stündige Beobachtung militärischer Objekte und die prompte Meldung militärischer Bewegungen erwartet. Ihre Informationen sollten so umfassend und so aktuell wie möglich sein. Die Berichte zeigen, dass die westlichen Geheimdienste weit erfolgreicher bei der Anwerbung von Agenten waren, die in der Nähe eines militärischen Ziels wohnten oder arbeiteten (von der Stasi „Außenquellen" genannt), als bei der Rekrutierung von Spionen in solchen Objekten („Innenquellen"). In den Berichten finden sich sehr viele Fälle von Außenquellen, wenige von Innenquellen. Einige Agenten waren aber Zivilarbeiter in militärischen Basen[57]. Die Tatsache, dass sich die westlichen Dienste so sehr auf Außenquellen stützen mussten, ist einer der Gründe für die massenhafte Anwerbung von Agenten: für die pausenlose Beobachtung sowjetischer und ostdeutscher militärischer Stützpunkte war eben eine ausreichende Anzahl erforderlich. Ein anderer Faktor, der massenhafte Rekrutierung dringlich machte, war die Notwendigkeit, Agenten anzuheuern, die im Kriegsfall Informationen übermitteln sollten. Die amerikanischen und westdeutschen Geheimdienste bereiteten sich auf die Möglichkeit vor, dass im Krieg viele Quellen verlorengehen würden[58].

Bei der allgemeinen Aufgabe, militärische Informationen zu sammeln, hatten Spione insbesondere auch die Zahl der auf einem militärischen Stützpunkt statio-

[53] Ebenda, S. 483 f.; vgl. Fricke/Engelmann, Konzentrierte Schläge, S. 42–60.
[54] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11209 (Februar 1961), S. 7–11; ebenda, MF-11241 (Oktober 1963), S. 6 f.; ebenda, MF-11252 (September 1964), S. 5–8.
[55] Ebenda, MF-11231 (Dezember 1962), S. 5–8; ebenda, MF-11254 (November 1964), S. 4–7.
[56] Ebenda, MF-11158 (Oktober 1956), S. 4–6; ebenda, MF-11162 (März 1957), S. 7 f.
[57] Ebenda, MF-11236 (Mai 1963), S. 9 f.; ebenda, MF-11312 (September 1969), S. 9–11; BStU, ZA, MfS-HA IX 8795 (Oktober 1973), S. 61 f.
[58] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 451 u. S. 497–501.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nierten oder gerade auf Transport befindlichen Truppen festzustellen, dazu Bewaffnung und Ausrüstung mit Fahrzeugen. Zahlreiche Spione waren beauftragt, sowjetische Truppenübungsplätze und Manöver zu beobachten[59]. Sie notierten die Seriennummern militärischer Fahrzeuge[60] und behielten Fliegerhorste im Auge[61]. Wenn möglich, wurden Fotos aufgenommen. In den späten fünfziger Jahren sollten sie auch nach Raketenbasen Ausschau halten. In den Häfen waren Agenten am Werk, die sowohl über dort gebaute wie über dort anlegende Schiffe – vor allem sowjetische – berichteten, ebenso über die gelöschten Güter[62]. Der BND forderte Agenten auch auf, in die Nationale Volksarmee einzutreten, und nannte sogar die Einheiten, die am meisten interessierten[63]. Der eine oder andere Fall eines Offiziers oder Unteroffiziers der NVA, der Informationen an einen westlichen Geheimdienst lieferte, erscheint in den Berichten; solche Fälle sind jedoch erstaunlich selten – sicherlich seltener als die Anzahl der in den Streitkräften tatsächlich tätigen Agenten[64].

Oberste Priorität unter den politischen Zielen der westlichen Geheimdienste genoß natürlich das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). In der Tat wurden einige Personen angeworben, die über das ZK berichteten. 1952 heuerte die CIA einen Zahnarzt an, der in der dem ZK attachierten Klinik beschäftigt war. Er gehörte auch der Medizinischen Kommission des Politbüros der SED an. So konnte er der CIA viel über die ZK-Mitglieder und über die von diesen getroffenen politischen Entscheidungen mitteilen[65]. Auch ein dem ZK zugeteilter Fahrer wurde von einem amerikanischen Dienst angeworben und erst 1966 verhaftet[66].

Unterhalb der obersten Ebene waren die Regierungsbürokratie, die politischen Parteien und die Massenorganisationen Objekte aller westlichen Geheimdienste, die denn auch darin Agenten – etliche von Bedeutung – zu rekrutieren vermochten. Die besten Quellen fanden sich in der Wirtschaftsbürokratie. Doch erstreckte sich die Nachrichtensammlung über das ganze politische System der DDR.

Formal gesehen, war die SED nur eine Partei in einem Regime, in dem es mehrere gab, die in der sogenannten Nationalen Front der DDR kooperierten. In den Akten der späten fünfziger Jahre erscheint eine Frau, eine Stenographistin, Deckname „Erika“, die für einen nichtidentifizierten Dienst im Nationalrat der Nationalen Front arbeitete[67], und eine Sekretärin mit dem Decknamen „Marianne“, die

[59] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11210 (März 1961), S. 8–12; ebenda, MF-11235 (April 1963), S. 4–11; ebenda, MF-11280 (Januar 1967), S. 11–14 u. S. 19; BStU, ZA, MfS-HA IX 8796 (April 1974), S. 61 f.
[60] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11206 (November 1960), S. 7–11.
[61] Ebenda, MF-11251 (August 1964), S. 3–5.
[62] Ebenda, MF-11200 (Mai 1960), S. 9 f.
[63] Ebenda, MF-11205 (Oktober 1960), S. 6 f.
[64] BStU, ZA, MfS-HA IX 8612 (Mai 1976), S. 4 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8606 (April 1977), S. 66 f.
[65] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11189 (Juni 1959), S. 5.
[66] Ebenda, MF-11269 (Februar 1966), S. 5.
[67] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11167 (Juli 1957), S. 4 f.

für die Amerikaner im Sekretariat des Zentralvorstands der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) tätig war[68]. Auch in den Ämtern der SED gab es wichtige Quellen[69]. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, besorgt wegen der subversiven Arbeit der SED in der jungen Bundesrepublik, hatte Agenten im Westberliner Büro der SED[70]. 1962/63 verlor es allerdings produktive Quellen in der Ostberliner Stadtregierung und in der LDPD[71]. Das Westberliner Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) entfaltete ebenfalls eine rege Tätigkeit gegen die DDR, mußte aber Anfang 1963 einen herben Rückschlag hinnehmen, als die Stasi in einer „Konterschlag" genannten Operation fünfzehn seiner Agenten festnahm, von denen einige wichtige Quellen in den politischen Parteien der DDR, einschließlich der SED, gewesen waren[72]. Was Massenorganisationen angeht, so erschloss das Bundesamt für Verfassungsschutz Quellen im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB)[73], während die amerikanischen Dienste[74] und das Westberliner LfV[75] mit Erfolg in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) warben.

Die Stasi behauptete, beharrliche Bemühungen der westlichen Dienste abgewehrt zu haben, die auf die Rekrutierung eigener Offiziere zielte. Ihre Quellen in den Abwehrabteilungen des BND, des BfV und verschiedener anderer LfV meldeten jedenfalls, dass es keine Verräter in den eigenen Reihen gab[76]. Die Berichte der HA IX bestätigen das. Es gibt in ihnen keine Hinweise auf ernsthafte Verletzungen der Sicherheit in der Stasi selbst. Immerhin hat der amerikanische Geheimdienst von einem Arzt, der in etlichen Krankenhäusern viele Stasi-Offiziere behandelte, Informationen über dessen Patienten bekommen[77]. In den fünfziger Jahren erhielt die CIA jahrelang geheimes Material über die Stasi von Fritz Fehrmann, einem Offizier der Volkspolizei[78]. In jener Zeit war die Stasi noch eine recht gemischte Gesellschaft, in der sich auch Trunkenbolde und Diebe tummelten. Der BND wies seine Agenten an, solche Männer aufzuspüren und sie mit Anleihen zu ködern[79]. Ein anderer BND-Agent erhielt den Auftrag, Putzfrauen in den Stasi-Büros zu rekrutieren[80]. Auch gibt es den Fall eines Stasi-Offiziers, der Anfang der siebziger Jahre dem BND freiwillig seine Dienste anbot und tatsäch-

[68] Ebenda, MF-11188 (Mai 1959), S. 5.
[69] Ebenda, MF-11254 (November 1964), S. 3 f.
[70] Ebenda, MF-11174 (Februar 1958), S. 10 f.; ebenda, MF-11250 (Juli 1964), S. 10.
[71] Ebenda, MF-11227 (August 1962), S. 6 f.; MfS-HA IX, MF-11234 (März 1963), S. 10.
[72] Ebenda, MF-11233 (Februar 1963), S. 8–10. Zu „Konterschlag" vgl. Hanna Labrenz-Weiß, Die Hauptabteilung II. Spionageabwehr, Berlin 2001, S. 45.
[73] BStU, ZA, MF-11232 (Januar 1963), S. 4 f.
[74] Ebenda, MF-11219 (Dezember 1961), S. 4 f.
[75] Ebenda, MF-11263 (August 1965), S. 5–7.
[76] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 496.
[77] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11235 (April 1963), S. 4–6.
[78] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11211 (April 1961), S. 4 f.
[79] Ebenda, MF-11186 (März 1959), S. 7 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 3962 (Oktober 1981), S. 72.
[80] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11197 (Februar 1960), S. 4.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lich Nachrichten lieferte[81]. Die Berichte selbst sprechen von Agenten der amerikanischen Dienste, des BND und des BfV in der Volkspolizei[82].

Im Übrigen wurden Anstrengungen unternommen, Material über die Stasi zu erhalten, indem man in deren Informantennetz eindrang. Die CIA schickte 1960 einen westdeutschen Agenten zur Leipziger Messe und beauftragte ihn, sich Ostdeutschen gegenüber als unzufrieden mit der Politik der BRD auszugeben. Tatsächlich wurde er von der Stasi rekrutiert und fungierte die nächsten zwölf Jahre als Doppelagent[83].

Die Wirtschaftsbürokratie war ein Schlüsselobjekt der Beobachtung. In ihr gab es in den späten fünfziger Jahren mehr westliche Quellen als in jedem anderen Teil der Staatsverwaltung. Ökonomische Daten spielten in der Containment-Politik der Westmächte eine wichtige Rolle; sie zeigten, wie stark die Wirtschaft der DDR war und wo ihre Schwächen lagen. Die DDR machte ja aus ihrer Wirtschaftsstatistik ein noch größeres Geheimnis als die übrigen kommunistischen Staaten. Die westlichen Geheimdienste suchten nach Informationen über ihren Export und Import sowie über ihre Abhängigkeit von Rohstoffen. Solche Informationen fanden bei der Durchsetzung des Embargos auf den strategisch wichtigen Güterverkehr mit dem Sowjetblock Verwendung, den das Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (CoCom) überwachte. Auch fahndete man nach Erkenntnissen über die Wirtschaftspläne der DDR, wofür Agenten in den Planungsinstitutionen platziert wurden. Andere Spione waren in den Schlüsselindustrien tätig: Maschinenbau, Chemie, Energie[84]. Die größeren westlichen Dienste waren im Übrigen bei der Rekrutierung von Agenten in den zentralen Behörden für Planung und Außenhandel bemerkenswert erfolgreich.

Auch in anderen Sektoren der Bürokratie gelang es, Spione anzuwerben. Ein Agent, der für die Franzosen tätig war und 1963 verhaftet wurde, arbeitete im Telefon- und Telegrafenamt der Regierung und brachte es fertig, die Telefonleitungen des Außenministeriums anzuzapfen[85]. Vier Jahre später nahm die Stasi im gleichen Amt einen Spion des BND fest. Er war zehn Jahre zuvor rekrutiert worden und hatte Tausende von Telefongesprächen führender Funktionäre des Ministerrats, des Außenministeriums, des Obersten Gerichtshofs und anderer Ämter abgehört[86]. Ein amerikanischer Agent, 1968 verhaftet, war ebenfalls zehn Jahre zuvor angeworben worden, als er für die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle gearbeitet hatte; neben anderen Dingen kontrollierte diese Behörde die Tätigkeit der DDR-Ministerien für Erziehung und Kultur. Der Mann lieferte Informationen über das Ausmaß des westlichen Einflusses in der DDR – was von

[81] BStU, ZA, MfS-HA IX 8796, Übersicht zu wesentlichen Ergebnissen der Untersuchungsarbeit im Zeitraum vom 10. 3. 1974 bis 10. 4. 1974, 11. 4. 1974, S. 85.

[82] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11211 (April 1961), S. 4 f.; ebenda, MF-11216 (September 1961), S. 5–7; ebenda, MF-11348 (September und Oktober 1972), S. 13–15.

[83] Ebenda, MF-11345 (Juni 1972), S. 9 f.

[84] BStU, ZA, MfS-HA IX 4350, Kurze Einschätzung der im Jahre 1961 erzielten Untersuchungsergebnisse in der Bearbeitung von Spionageverbrechen, 9. 1. 1962, S. 232.

[85] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11239 (August 1963), S. 5–7.

[86] Ebenda, MF-11286 (Juli 1967), S. 11.

erheblicher Bedeutung für die Effektivität der amerikanischen Eindämmungspolitik war[87].

Die DDR erbte große deutsche Traditionen bei wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung. Die Westmächte fürchteten daher ihren Beitrag zur naturwissenschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit des Ostblocks und konnten tatsächlich wichtige Quellen an ostdeutschen Universitäten[88] und Forschungsinstituten erschließen. Sie berichteten über Entwicklungen auf dem Felde der Elektronik[89], der Funktechnik[90], der Computertechnologie und der Messtechnik[91]. Nützliche Agenten arbeiteten bei Carl Zeiss in Jena und hielten ihren jeweiligen Dienst über die dort entwickelten Produkte und deren Export in die kommunistischen Staaten auf dem Laufenden[92]. Es gibt auch den Fall eines Bergarbeiters, der einem amerikanischen Geheimdienst Informationen aus dem sowjetisch geleiteten Wismut AG-Uraniumkomplex lieferte[93]. Neben Forschung und Entwicklung stand die Industrieproduktion unter besonders aufmerksamer Beobachtung. In den Fabriken der DDR gab es nicht wenige Agenten, und einige der Quellen waren ganz ausgezeichnet[94]. Von besonderem Interesse waren naturgemäß Betriebe, die für sowjetische Auftraggeber produzierten; in einem dieser Unternehmen war ein Spionagefall zu verzeichnen[95]. Bemerkenswerterweise ist aus Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nur ein Fall zu vermelden[96].

Sowjetische Objekte – in der DDR wie in der Sowjetunion selbst – wurden ebenfalls von Agenten penetriert, die in Ostdeutschland lebten. Die Hauptquartiere des sowjetischen Militärs und des Nachrichtendienstes in Berlin-Karlshorst zählten zu den wichtigsten Zielen. Die Berichte von HA IX zeigen, dass es amerikanischen Diensten in der Tat gelang, Quellen zu finden, die über diesen Komplex wertvolle Informationen zu liefern vermochten. Ein Agent war ein Postbeamter, der im Karlshorster Postamt arbeitete (eine Außenquelle) und über die im Sperrgebiet beschäftigten Ostdeutschen berichtete[97], ein anderer war ein im Komplex angestellter Dachdecker (eine Innenquelle)[98]. Die Organisation, die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der kommunistischen Staaten zuständig war, Comecon, gehörte ebenfalls zu den Zielen mit hoher Priorität. 1959 meldete HA IX die

[87] Ebenda, MF-11299 (August 1968), S. 8 f.
[88] Ebenda, MF-11269 (Februar 1966), S. 3 f.
[89] Ebenda, MF-11198 (März 1960), S. 5 f.; ebenda, MF-11243 (Dezember 1963), S. 8 f.; ebenda, MF-11248 (Mai 1964), S. 3 f.
[90] Ebenda, MF-11215 (August 1961), S. 5 f.; ebenda, MF-11241 (Oktober 1963), S. 5 f.
[91] Ebenda, MF-11210 (März 1961), S. 6 f.
[92] Ebenda, MF-11200 (Mai 1960), S. 5; ebenda, MF-11201 (Juni 1960), S. 10 f.
[93] Ebenda, MF-11215 (August 1961), S. 4.
[94] Ebenda, MF-11198 (März 1960), S. 4 f.; ebenda, MF-11246 (März 1964), S. 6–9; ebenda, MF-11260 (Mai 1965), S. 3 f.
[95] Ebenda, MF-11185 (Februar 1959), S. 4 f.
[96] Ebenda, MF-11238 (Juli 1963), S. 6.
[97] Ebenda, MF-11240 (September 1963), S. 4 f.
[98] Ebenda, MF-11250 (Juli 1964), S. 5 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Verhaftung einer Dolmetscherin, die im Moskauer Comecon-Büro der DDR für einen amerikanischen Dienst spioniert hatte[99].

## Die Wirkung der Mauer 1961–1965

1965 erfuhren die Berichte einen tiefgreifenden Wandel. Die Zahl der Fälle ging zurück und sie verloren an Bedeutung; wichtige gab es nur noch selten. Die gemeldeten Fälle sind in der Regel trivial. Vielfach handelte es sich um Rückkehrer-Spione, das heißt um Leute, die aus der DDR geflohen waren und zur Rückkehr überredet wurden. In alledem zeigen sich jene neuen Bedingungen für die westliche Spionage, die eine Folge der im August 1961 gebauten Berliner Mauer waren.

An der Art der von westlichen Geheimdiensten gesammelten Nachrichten änderte sich so gut wie nichts. Haupttyp blieb die militärische Information über die sowjetischen und ostdeutschen Streitkräfte. Der BND sollte vor allem die Regierung der Bundesrepublik über die Stärke des Warschauer Pakts unterrichten und Anzeichen eines bevorstehenden Angriffs melden. Solche Informationen bezogen die Vereinigten Staaten seit den sechziger Jahren in erster Linie von ihren Satelliten-Spionen. Natürlich hatten die Westdeutschen Zugang zu den Aufnahmen der amerikanischen und französischen Satelliten[100]. Die Hauptaufgabe von Agenten bestand darin, das zugängliche Material auf dem aktuellen Stand zu halten. Die dafür rekrutierten V-Männer waren nicht immer Außenquellen, sondern manchmal auch Innenquellen. Nach wie vor wurden etwa Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn angeworben, die über sowjetische und ostdeutsche Truppenbewegungen berichten sollten[101].

Auch die Beschaffung politischer, wirtschaftlicher und naturwissenschaftlicher Informationen behielt ihre Bedeutung. Politische Nachrichten suchte man vornehmlich in Einrichtungen auf der Entscheidungsebene des Regimes. Doch wurden die Fälle wichtiger Spione in der Regierungsbürokratie seltener und seltener, je länger der Kalte Krieg andauerte. In den späten Jahren des Kalten Krieges gelang es erst der CIA, dann dem BND, eine Quelle im Außenministerium zu gewinnen[102]. Die westlichen Geheimdienste gaben sich auch große Mühe, die Meinungen der durchschnittlichen Ostdeutschen zu ermitteln. Agenten erhielten die Weisung, über die politische Entwicklung in der DDR zu berichten, über Streiks und Unruhen, über den Lebensstandard und ganz allgemein über die Stim-

[99] Ebenda, MF-11191 (August 1959), S. 4 f.

[100] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 476; Erich Schmidt-Eenboom, The Rise and Fall of West German Intelligence Operations against East Germany, in: Friis/Macrakis/Müller-Enbergs (Hrsg.), East German Foreign Intelligence, S. 34–47, hier S. 43.

[101] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11320 (Mai 1970), S. 4 f.; ebenda, MF-11322 (Juli 1970). S. 7 f.

[102] BStU, ZA, MfS-HA IX 3962 (Dezember 1981), S. 9. Diese Quelle war wahrscheinlich Wolfgang Reif; die in diesem Bericht genannten Fakten sind nahezu identisch mit denen in: Wagner, Schöne Grüße aus Pullach, S. 127–129, Hinweis auf Reif S. 331.

mung[103]. Ihr Auftrag lautete, Nachrichten zu sammeln, nicht sich in subversiven Aktivitäten zu engagieren. Einige Spione des BND und amerikanischer Dienste sollten zwar junge Ostdeutsche ermuntern, in die BRD zu flüchten, doch hielten sich derartige Versuche in engen Grenzen. Von den frühen sechziger Jahren bis zum Zusammenbruch der DDR dominierten die westdeutschen und amerikanischen Dienste die Humint-Sammlung in der DDR, während die Aktivitäten anderer Geheimdienste und die von Widerstandsorganisationen stark zurückgingen[104].

Aber auch die amerikanischen und westdeutschen Geheimdienste mußten mit der Zeit gehen und ihre Methoden ändern. Die Folgen der Grenzabsperrung spiegeln sich in den Berichten der HA IX. Die Mauer bildete für ostdeutsche Bürger, die aus der DDR via Berlin in den Westen flüchten wollten, ein nahezu unüberwindliches Hindernis. So war es den westlichen Geheimdiensten nun verwehrt, in Ostdeutschland Spione zu rekrutieren, indem sie Migranten über ihre zurückgelassenen Bekannten befragten und diese nach Westberlin einluden, wo sie angeheuert werden konnten. Ebenso sahen sich Agentenführer daran gehindert, von ihren Spionen Informationen bei Treffen in Westberlin zu bekommen. Nach dem August 1961 mussten dafür andere Wege gefunden werden. Überdies waren Spione nun darauf angewiesen, ihre Nachrichten in Briefen mit unsichtbarer Tinte in den Westen zu schmuggeln oder sie durch Funk, Kurier und tote Briefkästen zu senden. Alle diese Formen der Verbindung nahmen ihren Ausgang von ostdeutschem Boden, wo sie von wachsamer Gegenspionage entdeckt werden konnten. Die Abwehrabteilungen der Stasi nahmen solche Kommunikationsmethoden aufs Korn und erwiesen sich dabei als tüchtig und erfolgreich. Nach dem August 1961 fiel es den westlichen Geheimdiensten zunehmend schwerer, gute Agenten zu rekrutieren und zu dirigieren[105]. Der Stasi wiederum gelang es in den sechziger Jahren, die von westlichen Diensten vor 1961 geknüpften Agentennetze vollständig zu eliminieren[106].

Eine weitere positive Folge bescherte die Mauer der Stasi dadurch, dass es nun nicht mehr so notwendig war, einen Spion nach seiner Identifizierung auch festzunehmen. Zuvor blieb dem Ministerium oft keine andere Wahl, als einen Agenten, statt ihn umzudrehen, zu verhaften, weil er sonst allzu leicht nach Westberlin entkommen konnte. Diese Option gab es nach dem Mauerbau nicht mehr, weshalb die Stasi öfter als früher einen entdeckten Spion gegen seine Auftraggeber „drehte". Die Stasi stellte in vielen Fällen den Agenten lediglich unter Beobachtung, fand so heraus, welches Material er übermittelte, und gewann Aufschlüsse über den Dienst, für den er arbeitete[107]. Die „Doppelagenten" wurden von Zweig

[103] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11242 (November 1963), S. 4 f.; ebenda, MF-11294 (März 1968), S. 8–10.

[104] Zu den amerikanischen Geheimdiensten siehe Eichner/Dobbert, Headquarters Germany, S. 133 f. u. S. 179–214.

[105] Vgl. Maddrell, Spying on Science, S. 247–267.

[106] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 492–494.

[107] Vgl. Wagner/Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 67.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

II, Zweig XVIII oder der Hauptverwaltung Aufklärung geführt und nicht festgesetzt, um von der Linie IX für das Gerichtsverfahren präpariert zu werden; in den Abwehroperationen der Stasi spielte das bald eine weniger prominente Rolle.

Es gab noch andere Gründe dafür, dass die Berichte der HA IX nach 1965 eine geringere Anzahl wichtiger Fälle enthalten. Die Dienste des amerikanischen Militärs brauchten weniger menschliche Quellen im Ostblock, da es die Fortschritte in der Telekommunikation erlaubten, von Satelliten gesammelte Informationen sofort aus den Vereinigten Staaten dem Europäischen Kommando (EUCOM) und dessen Hauptquartier in Westdeutschland zu übermitteln[108]. Die Zeit der Massenspionage war zu Ende. Die Zahl der Mitte der sechziger Jahre verhafteten Agenten ging aber auch deshalb zurück, weil die Netzwerke der westlichen Geheimdienste in den Jahren zuvor böse gelitten hatten. Neue Netze mussten geknüpft und sicherere Methoden der Verbindung gefunden werden, was in der Regel nicht ganz einfach war.

## Der Charakter der nachrichtendienstlichen Operationen des Westens von den sechziger Jahren bis 1989

Die westlichen Dienste stützten sich bei ihren nachrichtendienstlichen Operationen in der DDR auf ganz unterschiedliche Typen von Spionen; zusätzlich zu ostdeutschen Quellen waren die wichtigsten die Reisespione, die Transitspione, kooperationswillige Flüchtlinge und westdeutsche Agenten.

*Reisespione*

Von Reise- und Transitspionen machte in den siebziger und achtziger Jahren vor allem der BND Gebrauch. Die Berichte stimmen hier mit den Ergebnissen Armin Wagners und Matthias Uhls überein, die der Sammlung militärischen Materials des BND nachgingen und dabei Akten von HA II benutzten[109]. Reisespione waren Westdeutsche und Westberliner, die während eines Besuchs bei ihren in der DDR lebenden Verwandten Informationen sammelten[110], auch bei Geschäftsreisen in die DDR oder andere Staaten des Ostblocks wie Polen und die Tschechoslowakei. Sie beschafften vornehmlich militärische Nachrichten. Unterwegs beobachteten sie Objekte, die Aufmerksamkeit verdienten, namentlich der sowjetischen, aber auch der ostdeutschen Streitkräfte, dazu militärische Basen, Stützpunkte der Luftwaffen und die Ostseehäfen[111]. Was sie mitbrachten, waren im Allgemeinen Grundinformationen über die sowjetischen Streitkräfte und deren Ausrüstung. Auch trugen sie zur Aktualisierung des westlichen Kenntnisstands bei. Die Reisespione wurden angewiesen, Änderungen in den auf sowjetischen Stützpunkten

[108] Vgl. William Odom, Fixing Intelligence. For a more secure America, New Haven 2003, S. 9.
[109] Vgl. Wagner/Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 1–3 u. S. 121–127.
[110] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11314 (November 1969), S. 6 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8607 (Juni 1977), S. 184–186; BStU, ZA, MfS-HA IX 127 (März 1986), S. 138 f.
[111] BStU, ZA, MfS-HA IX 8608 (Januar 1978), S. 185 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 1072 (September 1988), S. 240.

verwendeten Fahrzeugen und Waffen oder den Bau neuer Anlagen festzuhalten. Manche bemühten sich auch um politische Nachrichten – in Polen insbesondere nach der Gründung der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität" (1980)[112]. Ab 1977 wurden sie auch beauftragt, Ostdeutsche nach ihrer Meinung über die Schlussakte von Helsinki zu befragen und ob sie die Absicht hätten, die Ausreise in die Bundesrepublik zu beantragen[113]. Von Interesse waren auch nach wie vor der Lebensstandard und sonstige wirtschaftliche Dinge[114]. Die Anweisungen folgten eben den militärischen wie den politischen Prioritäten in der jeweils gegebenen Situation. 1984 verlangte der BND von seinen Spionen, die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auszukundschaften[115].

*Transitspione*

Unter Transitspionen verstand man Westdeutsche und Westberliner, oft Geschäftsleute oder Studenten, die mit ähnlichen Aufträgen wie die Reisespione auf den Transitwegen zwischen Westdeutschland und Westberlin – auf Straßen[116], auf der Eisenbahn[117] und auf Flüssen[118] – unterwegs waren. Sie kümmerten sich vor allem um Truppenbewegungen, Manöver und jede Veränderung der Dislozierung und Bewaffnung militärischer Einheiten. Der BND kombinierte die auf solche Weise gewonnenen Kenntnisse mit den Ergebnissen der Funkaufklärung. Namentlich mit den Beobachtungen der täglich zwischen Westdeutschland und Westberlin verkehrenden Agenten sollte das Bild von der militärischen Lage in bestimmten Regionen der DDR stets auf dem neuesten Stand gehalten werden[119]. Wagner und Uhl vertreten die Auffassung, dass Reise- und Transitspione schlechteres militärisches Material geliefert hätten als die lokalen Außenquellen der fünfziger und frühen sechziger Jahre; es sei weder so vollständig noch so aktuell gewesen. Dennoch stellten sie während des ganzen Kalten Krieges eine wertvolle Quelle von Nachrichten über die sowjetischen Militärbasen dar, und der BND blieb ständig bestrebt, die Ausspähung dieser Basen durch menschliche Beobachtung zu verbessern[120].

Reisespione wurden oft angehalten, einen Schritt weiter zu gehen und ihre Verwandten und Freunde dafür zu gewinnen, auf den Stützpunkten der sowjetischen Armee oder der NVA für amerikanische Dienste oder den BND Informationen zu sammeln[121]. Viele der Rekrutierten arbeiteten in Computer- oder Elektronikbe-

112 BStU, ZA, MfS-HA IX 8663 (Juli 1985), S. 179 f.
113 BStU, ZA, MfS-HA IX 8607 (Juli 1977), S. 137.
114 BStU, ZA, MfS-HA IX 8615 (Juni 1983), S. 8; BStU, ZA, MfS-HA IX 127 (April 1986), S. 95.
115 BStU, ZA, MfS-HA IX 8662 (Januar 1985), S. 180 f.
116 BStU, ZA, MfS-HA IX 8607 (Dezember 1977), S. 11 f.
117 BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11313 (Oktober 1969), S. 7; BStU, ZA, MfS-HA IX 3961 (Mai 1979), S. 263.
118 BStU, ZA, MfS-HA IX 1073 (Juni 1989), S. 169.
119 Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 532.
120 Vgl. Wagner/Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 122–127 u. S. 161.
121 BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11312 (September 1969), S. 11 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8797 (September 1974), S. 99 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8618 (Dezember 1984), S. 7 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

trieben und berichteten über deren Produktion[122]. Ein Emigrant verließ die DDR im Jahre 1974; er wurde sofort von der CIA angeworben und überredete während eines Besuchs in der DDR einen Elektronikingenieur, der in der wichtigsten Computerfabrik Ostdeutschlands, dem VEB Robotron, beschäftigt war, für die Agentur tätig zu sein. Diese Spione lieferten Informationen über die ostdeutsche und die sowjetische Computer-Technologie bis 1979[123].

Andere Quellen waren entweder Offiziere der ostdeutschen Armee oder Zivilisten, die in irgendeiner Funktion bei den sowjetischen oder ostdeutschen Streitkräften arbeiteten[124]. Auch westdeutsche Lastwagenfahrer, die das Territorium der DDR passierten, wurden zur Beobachtung von Militärbasen angeheuert[125]. Ein früherer Offizier der Linie II, Helmut Wagner, schreibt, dass der BND auch viele ostdeutsche Lastwagenfahrer rekrutierte, die für staatliche Transportgesellschaften wie VEB Deutrans nach Westdeutschland fahren konnten[126]. Sie sollten die für diese gewöhnlichen Quellen typischen Informationen beschaffen: über militärische Stützpunkte, Truppenbewegungen und den Lebensstandard. Viele solcher Fälle sind in den Berichten der HA IX zu finden[127].

*Flüchtlinge*

Amerikanische Dienste, wahrscheinlich die militärischen Nachrichtendienste, der BND, der Militärische Abschirmdienst (MAD) und der französische Geheimdienst[128] versuchten wiederholt, Flüchtlinge in die DDR zurückzuschleusen, die dort nachrichtendienstliche Aufgaben erfüllen sollten. Bei vielen handelte es sich um Deserteure aus der NVA, vor allem aus den an den Grenzen stationierten Einheiten[129]. Bei ihrer Rückkehr in die DDR wurden sie festgenommen und ins Gefängnis gesteckt, nicht wegen Spionage, sondern wegen „Republikflucht". Der Linie IX oblag es dann, in Verhören herauszufinden, wer von ihnen als Spion hätte tätig werden sollen.

Die Flüchtlinge wurden nach Ostdeutschland zurückgeschickt, um bestimmte Ziele auszukundschaften, um potentielle Agenten anzusprechen oder um Menschen aus der DDR herauszuschmuggeln. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, militärische Informationen zu sammeln, die den NATO-Streitkräften auf der anderen Seite der innerdeutschen Grenze nützlich sein konnten[130]. Einer dieser Rück-

[122] BStU, ZA, MfS-HA IX 3052 (März 1980), S. 71 f.
[123] BStU, ZA, MfS-HA IX 3961 (März 1979), S. 333 u. S. 338 f.
[124] BStU, ZA, MfS-HA IX 1071 (April 1987), S. 73; BStU, ZA, MfS-HA IX 1071 (Oktober 1987), S. 218 f.
[125] BStU, ZA, MfS-HA IX 8607 (Juli 1977), S. 136 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 3050 (November 1982), S. 119.
[126] Vgl. Wagner, Schöne Grüße aus Pullach, S. 139–155.
[127] BStU, ZA, MfS-HA IX 8615 (Februar 1983), S. 121; BStU, ZA, MfS-HA IX 1071 (Mai 1987), S. 91.
[128] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11285 (Juni 1967), S. 13 f.
[129] Ebenda, MfS-HA IX, MF-11283 (April 1967), S. 9 f.; ebenda, MF-11320 (Mai 1970), S. 6–12; BStU, ZA, MfS-HA IX 8606 (Februar 1977), S. 178 f.
[130] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11330 (März 1970), S. 7–11; ebenda, MF-11341 (Februar 1972), S. 9–11; BStU, ZA, MfS-HA IX 8796 (März 1974), S. 110 f.

kehrer ergatterte eine Stellung in einer Sprengstofffabrik, die für den amerikanischen Geheimdienst von Interesse war, und spionierte dort[131]. Die amerikanischen Dienste nutzten derartige Quellen offensichtlich, um Informationen zu bekommen, die ihnen ihre Satelliten und die Funkaufklärung nicht zu liefern vermochten. In der Regel sollten die Rückkehrer längere Zeit tätig sein. Manche erhielten die Weisung, andere zur Flucht zu ermutigen und dazu Mittel und Wege aufzuzeigen[132]. Ziel solcher Abwerbung waren vornehmlich junge Leute.

Der MAD, die Organisation für Gegenspionage der Streitkräfte der Bundesrepublik, rekrutierte auch westdeutsche Soldaten als Agenten, die dann in die DDR flüchten und sich dort als Deserteure von der Bundeswehr ausgeben sollten[133]. Die in den späten sechziger und in den siebziger Jahren festgenommenen und verhörten „Deserteure" sagten aus, sie hätten eine Spezialausbildung bekommen und seien in die DDR eingeschleust worden, um militärische Informationen zu beschaffen und im Kriegsfall als Partisanen aktiv zu werden[134].

*Westdeutsche Agenten*

Die westlichen Geheimdienste setzten sehr oft Westdeutsche als Agenten ein, die in der Lage waren, Geschäfts- oder Besuchsreisen in die DDR zu unternehmen. In Westberlin und anderswo wurden Geschäftsleute rekrutiert, die in ihren Kontakten mit ostdeutschen Unternehmen Aufschlüsse über den Außenhandel und die industrielle Entwicklung der DDR gewinnen sollten[135]. Tatsächlich konnten auf diese Weise sogar bei der Anwerbung von Vertretern ostdeutscher Betriebe einige Erfolge erzielt werden[136]. Man schickte auch Agenten in die DDR, um dort Spione anzuheuern – Wirtschaftsfunktionäre, Journalisten, Wissenschaftler –, die Informationen über die industrielle Produktion und den Handel besorgen konnten, vor allem hinsichtlich technisch hochwertiger Fertigprodukte, ferner über die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb des Comecon[137]. Andere wurden auf dem Postweg geworben. Hauptpunkte des Interesses waren, wie eh und je, die Erfüllung von Planzielen, der Umfang von Exporten, Forschung und Entwicklung, neue Produkte, Investitionspläne, Störungen und Engpässe in der Wirtschaft[138]. Und derartiges Material wurde in der Tat gewonnen[139]. In den achtziger Jahren lieferten Spione in Elektronik-Unternehmen ihren Führungsoffizieren so-

[131] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11316 (Januar 1970), S. 8 f.
[132] Ebenda, MF-11282 (März 1967), S. 4–6; ebenda, MF-11292 (Januar 1968), S. 7–9; ebenda, MF-11342 (März 1972), S. 8 f.
[133] BStU, ZA, MfS-HA IX 8610 (April 1975), S. 44.
[134] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11284 (Mai 1967), S. 12 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8796 (April 1974), S. 62 f.
[135] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11273 (Juni 1966), S. 5 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 1071 (Juni 1987), S. 113.
[136] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11299 (August 1968), S. 10; BStU, ZA, MfS-HA IX 8796 (Januar 1974), S. 168 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8607 (August 1977), S. 88–91.
[137] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11273 (Juni 1966), S. 7 f.; ebenda, MF-11277 (Oktober 1966), S. 3 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8794 (Februar 1973), S. 147 f.
[138] BStU, ZA, MfS-HA IX 8663 (September 1985), S. 99 f.
[139] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11328 (Januar 1971), S. 7 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gar Silikon-Chips, die in Werken der DDR entwickelt worden waren[140]. Flüchtlinge, die in der NVA gedient hatten, wurden in die DDR zurückgeschickt, ausgerüstet mit falschen westdeutschen Personalpapieren, um ehemalige Kameraden zu rekrutieren, die noch der NVA angehörten[141].

In den sechziger Jahren konnten ostdeutsche Rentner die Bundesrepublik und Westberlin besuchen. Das BfV nutzte das, um von den Besuchern Informationen über Westdeutsche zu erhalten, die auf Einladung von DDR-Organisationen, etwa des FDGB, nach Ostdeutschland reisten[142]. Auch die amerikanischen Geheimdienste und der BND warben ostdeutsche Rentner an, die nach Westdeutschland kamen, auch oft zur Beschaffung von Material über die sowjetischen und ostdeutschen Streitkräfte[143]. Mit der Zeit, als mehr und mehr Ostdeutsche die Erlaubnis zum Besuch der Bundesrepublik bekamen, hat der BND auch diese Chancen zur Agentenrekrutierung genutzt[144].

Naturgemäß versuchte das BfV, westdeutsche Informanten der Stasi in Westdeutschland und Westberlin aufzuspüren[145]. Gelang es, derartige Spione zu identifizieren, wurden sie engagiert und gegen die Stasi „gedreht"[146]. Andere westliche Dienste trachteten auch danach, über das MfS mehr herauszufinden. Der BND wiederum fahndete nach MfS-Informanten in der DDR selbst, wobei er Vermittler benutzte, die aus der BRD nach Ostdeutschland geschickt worden waren[147].

Der Mauerbau veranlasste die westlichen Geheimdienste, mehr Mühe auf die Anwerbung von Funktionären ostdeutscher Ministerien und Unternehmen zu verwenden, die ins Ausland reisen konnten, entweder für längere Zeit (Auslandskader), was bei Diplomaten der Fall war, oder zur Erledigung befristeter Geschäfte (Reisekader). Natürlich wurden solche Leute von der Stasi genau überprüft, ehe man sie ins Ausland reisen ließ. Viele heuerte die Stasi als Informanten an, da das MfS sehr wohl wusste, dass man sie kontaktieren würde. Daher wurden sie zu Doppelagenten (Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindverbindung, IMB, nannte sie die Stasi). In dieser Eigenschaft unterstanden sie anderen Abteilungen des Ministeriums und spiegelten den westlichen Geheimdiensten vor, sie hätten echte Quellen in der DDR. Daher tauchen in den Berichten der HA IX nur einige unwichtige derartige Fälle auf – eine bemerkenswert kleine Anzahl, wenn man bedenkt, wie intensiv man sich um solche Leute bemühte[148].

140 BStU, ZA, MfS-HA IX 127 (März 1986), S. 138 f.
141 BStU, ZA, MfS-HA IX 8613 (August 1976), S. 196 f.
142 BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11285 (Juni 1967), S. 12 f.
143 Ebenda, MfS-HA IX, MF-11311 (August 1969), S. 7 f.; BStU, ZA, MfS-HA IX 8794 (März 1973), S. 114 f.
144 BStU, ZA, MfS-HA IX 1072 (September 1988), S. 239 f.
145 BStU, ZA, MfS-HA IX 8615 (April 1983), S. 64.
146 BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11316 (Januar 1970), S. 7; BStU, ZA, MfS-HA IX 8618 (September 1984), S. 99 f.
147 BStU, ZA, MfS-HA IX 3050 (Dezember 1982), S. 154.
148 BStU, ZA, MfS-HA IX 8616 (September 1983), S. 101; BStU, ZA, MfS-HA IX 128 (Juli 1986), S. 145; BStU, ZA, MfS-HA IX 8618 (November 1984), S. 32 f.

## Wichtige Spione

In den Berichten tauchen auch besonders wichtige Agenten auf. Die besten von ihnen waren in der Tat sehr gut und den Quellen vergleichbar, die von der Hauptverwaltung Aufklärung und der Linie II der Stasi in der Bundesrepublik erschlossen worden waren. Die meisten bedeutenden Spione arbeiteten für amerikanische Geheimdienste; dies gilt für die gesamte Dauer des Kalten Krieges. Die Mehrzahl dürfte an die CIA berichtet haben, deren Informationssammlung einem strategischen Zweck diente. Dass die Amerikaner so erfolgreich waren, muss ihrem Geschick, ihrem Ehrgeiz und der Fülle ihrer Mittel zugeschrieben werden. Ein weiterer Grund ist sicher die Anziehungskraft, die Amerika als Modell der freien Welt auf Leute ausübte, die mit dem Leben hinter dem Eisernen Vorhang unzufrieden waren.

Nahezu alle wichtigen Spione waren in den fünfziger und sechziger Jahren tätig. Gut platzierte Agenten konnten in Institutionen der Wirtschaftsverwaltung angeworben werden. Die schon erwähnte Dolmetscherin im Moskauer Comecon-Büro der DDR muss nützliches Material geliefert haben. Ein hervorragender Agent des britischen Secret Intelligence Service (SIS) war Leiter der Buchhaltung der ostdeutschen Staatsbank und danach „Prokurist" einer anderen Bank, der Deutschen Handelsbank[149]. Als weitere ausgezeichnete Quelle für den SIS diente ein leitender Beamter in einer statistischen Abteilung des Ministeriums für Außenhandel, der exzellente Informationen über den Export und Import der DDR zu liefern vermochte[150].

Zwischen 1960 und 1962 verfügte ein amerikanischer Dienst über eine gute Quelle in der Telefonzentrale des Ministeriums für Post und Telekommunikation. Für die Telefonlinien zuständig, die nicht öffentlich verzeichnet waren, etwa für die des sowjetischen und des ostdeutschen Militärs, erhielt sie von den Amerikanern ein winziges Aufnahmegerät, das sich bei Gesprächen selbst einschaltete. Der Bericht der HA IX über den Fall hält fest, dass sie wichtige Informationen weitergegeben hat[151].

Nach dem Bau der Mauer gingen der Stasi wertvolle Agenten ins Netz. 1964 verlor der BND eine seiner Spitzenquellen. Es handelte sich um Günter Kiefer, der als „Oberreferent" in der Zentralverwaltung für Statistik tätig war[152]. 1965 büßte ein amerikanischer Dienst, wahrscheinlich die CIA, ebenfalls eine Quelle in der Zentralverwaltung für Statistik ein, die dreizehn Jahre lang, von 1952 bis 1965, ihre Auftraggeber mit qualitativ hochwertigem Material über die Schlüsselindustrien und die Rohstofflage der DDR versorgte, so über Transistoren, Öl und Jet-Treibstoff, einschließlich der Lieferungen an die sowjetischen und ostdeutschen Streitkräfte[153]. Ein anderer Agent des BND, der 1965 festgenommene Geo-

[149] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11177 (Mai 1958), S. 6 f.
[150] Ebenda, MF-11194 (November 1959), S. 5.
[151] Ebenda, MfS-HA IX, MF-11226 (Juli 1962), S. 6 f.
[152] Ebenda, MfS-HA IX, MF-11245 (Februar 1964), S. 5 f.
[153] Ebenda, MF-11261 (Juni 1965), S. 3 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

loge Albrecht Richter, hatte als Mitarbeiter des Zentralen Geologischen Instituts Berlin über die Bestände der DDR an Uran, Öl und Gas berichtet. Die Stasi-Propagandisten Albrecht Charisius und Julius Mader nannten ihn einen „Spitzenagenten“[154].

Nach 1965 enthalten die Berichte der HA IX nur noch wenige wichtige Fälle. Zu ihnen zählte ein 1969 verhafteter Wirtschaftsexperte und „Gruppenleiter“ im Organisations- und Rechenzentrum der Staatlichen Planungskommission. Siebzehn Jahre lang hatte er die Amerikaner mit wirtschaftlichen Informationen von höchster Qualität beliefert, so über den „Volkswirtschaftsplan“ der DDR[155]. Wolf-Georg Frohn, ein Elektronik-Ingenieur bei dem VEB Carl Zeiss Jena, wurde 1981 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, und zwar wegen „Spionage in besonders schwerem Fall“; die CIA hatte von ihm viel Material über Forschung und Entwicklung der Raumfahrt-Technologie, der Mikrofilm- und Laser-Technologie, dazu über Mikroelektronik, bekommen, wovon einiges für militärische Projekte bestimmt war[156].

## Wie viele Spione gab es? Der Umfang westlicher Spionage in der DDR

Die Tabelle im Anhang enthält die annähernde Zahl der von Linie IX zwischen Oktober 1955 und Oktober 1989 entlarvten Spione: 1.382. Diese Zahl ist niedriger als die Zahl der von der Stasi während ihrer Existenz verhafteten Agenten. Etwa 990 Spione sind von 1953 bis 1955 in sogenannten „Großaktionen“ festgenommen worden (zwischen den beiden Zahlen mag es Überlappungen geben). Zählt man beides zusammen, so ergibt sich, für fast die ganze Lebensdauer der DDR, eine Gesamtzahl von 2.372. Die Zahl 1.382 ist auch geringer als die Zahl der von der Stasi in den Jahren 1955 bis 1989 der Spionage Verdächtigten und Verhafteten. Manche festgesetzten Agenten sind entweder nicht der Linie IX überstellt oder aus irgendwelchen Gründen nicht in ihre Monatsberichte aufgenommen worden. Andere Spione wurden überhaupt nicht verhaftet, sondern „umgedreht“.

Nach 1961 hat der Umfang der von amerikanischen und westdeutschen Geheimdiensten in Ostdeutschland unterhaltenen Netzwerke offensichtlich abgenommen. Ob auch die Zahl derjenigen zurückging, die für den BND arbeiteten, ist unklar. Der BND machte viel Gebrauch von westdeutschen „Außenquellen“, die in die DDR reisen konnten; auf Grund ihrer individuellen Unergiebigkeit mussten viele eingesetzt werden[157]. Im Gegensatz dazu stützte sich die Stasi in der Bundesrepublik mehr auf „Innenquellen“. Auch verlor der BND mehr Quellen als die Stasi, vornehmlich wegen der effektiven Abwehr-Methoden der letzteren, und hatte daher ständig Ersatz zu finden.

[154] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11263 (August 1965), S. 3 f.; vgl. Albrecht Charisius/Julius Mader, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin 1980, S. 304 u. S. 314.

[155] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11312 (September 1969), S. 8 f.

[156] BStU, ZA, MfS-HA IX 4525, Militärobergericht Berlin, 1. Militärstrafsenat, Urteil im Falle Wolf-Georg Frohn, 10. 11. 1981, S. 101–103.

[157] Vgl. Wagner/Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 147–158.

Anderes Material stützt in der Tat die These, dass sehr viele Spione verhaftet wurden. Günter Möller und Wolfgang Stuchly, zwei ehemalige Offiziere der Stasi-Hauptabteilung II, haben behauptet, dass die Stasi in den vierzig Jahren ihrer Existenz mehr als 5.000 Spione, Kuriere, Instrukteure und Werber westlicher Geheimdienste, sowohl West- wie Ostdeutsche, festgenommen hat. Das entspricht einem Durchschnitt von 125 Festnahmen pro Jahr – eine Zahl, die zwar höher liegt als die Zahlen der HA IX, im Großen und Ganzen aber mit ihnen übereinstimmt. Der Koordinator der deutschen Dienste, Bernd Schmidbauer, sagte 1995, dass in der DDR 1.000 Spione und sonstige Angehörige westdeutscher Dienste inhaftiert gewesen seien[158]. Diese Zahl deckt sich ungefähr mit den 2.372 für alle westlichen Nachrichtendienste.

Möller und Stuchly haben auch erklärt, etwa 80 Prozent der von der Stasi enttarnten Spione und anderen Agenten hätten für westdeutsche Dienste gearbeitet. Dieser Prozentsatz stimmt mit den Dokumenten der HA IX nicht überein, die vielmehr auf eine etwa hälftige Teilung zwischen Agenten westdeutscher und amerikanischer Nachrichtendienste hindeuten. Allerdings nennen die Akten der HA IX nur die von ihr selbst der Spionage überführten Personen, nicht alle, die der Stasi in die Hände fielen. Möller und Stuchly sagten ferner, 80 Prozent der nachrichtendienstlichen Tätigkeit von Agenten in der DDR seien gegen militärische Ziele gerichtet gewesen, vor allem gegen die sowjetischen Streitkräfte. Diese Behauptung entspricht sowohl den HA IX-Berichten wie den Ergebnissen von Wagner und Uhl[159].

Auf diese Zahlen gestützt, hat Armin Wagner geschätzt, dass annähernd 10.000 Ostdeutsche allein für den BND in der DDR „spioniert“ hätten. Er macht allerdings nicht klar, ob er sich nur auf Spione oder auch auf sonstiges Spionagepersonal bezieht. Sollte ersteres der Fall sein, so schreibt er dem BND ein Agentennetz in Ostdeutschland zu, das fast so groß war wie das der Stasi in Westdeutschland (12.000 Personen mit 40.000 Helfern, das heißt Kurieren, Instrukteuren und Werbern)[160]. Wagner hält seine Zahl für konservativ. Sie muss jedoch bis zur Entdeckung solideren Materials Spekulation bleiben. Es ist eine hohe Schätzung, die aber als durchaus angemessen gelten kann.

Da die Gegenspionage der Stasi in der ganzen Zeit von 1955 bis 1989 mit permanentem Erfolg arbeitete, spiegeln die im Anhang aufgeführten Zahlen das Maß der Anstrengung wider, das die westlichen Geheimdienste auf die Rekrutierung von Agenten in der DDR verwandten. Diese Mühen waren in den fünfziger Jahren und in der ersten Hälfte der sechziger Jahre am größten, danach gingen sie zurück.

---

158 Vgl. Norbert Pötzl, Basar der Spione. Die geheimen Missionen des DDR-Unterhändlers Wolfgang Vogel, Hamburg 1997, S. 250.

159 Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/ Opitz/ Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 497–499.

160 Vgl. Armin Wagner, BND Military Espionage in East Germany 1946–1994, in: Friis/Macrakis/Müller-Enbergs (Hrsg.), East German Foreign Intelligence, S. 231–233; Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 82–84.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

## Zusammenfassung

Die Monatsberichte der HA IX sollten mit Vorsicht gelesen werden. Das Material für die westliche Spionage in der DDR, das sie enthalten, verdient aber durchaus Beachtung. Die Beweise für die weitgehende Zuverlässigkeit der Berichte – oder doch der meisten von ihnen – sind so triftig, dass mittlerweile die Beweislast den Leugnern ihres Wertes zufällt. Obwohl von der Stasi als politisches Verbrechen betrachtet, sind die Aktivitäten, die Spionieren ausmachen – das Sammeln und Verraten geheimer Informationen –, ihrer Natur nach unpolitisch. Infolgedessen war das Verständnis der HA IX von individuellen Spionagefällen nicht durch Ideologie verzerrt. Das auffallendste Merkmal der Berichte ist die nüchterne Beschreibung der Tätigkeit festgenommener Agenten. Alles deutet darauf hin, dass die Linie, wenn kein politischer Druck gegeben war, ein bestimmtes Resultat zu erreichen, ernstlich danach trachtete, die wahren Fakten herauszufinden. Die Zusammenfassungen der Fälle scheinen in folgendem Sinne zumeist verlässlich zu sein: Fast alle behandeln wirkliche Spionage, oder was HA IX darunter verstand, und sind weitgehend genau.

Die Akten zeigen, dass, trotz der steten Zunahme der Nachrichtenbeschaffung durch technische Mittel, Spionage im klassischen Sinne als Hilfe bei politischen Entscheidungen weiterhin geschätzt blieb, namentlich in der frühen Phase des Kalten Krieges. In den fünfziger und sechziger Jahren erhielten die westlichen Geheimdienste durch Spione in den Ämtern für Wirtschaftsplanung, für Finanzen und für Außenhandel streng vertrauliche Informationen, die auf andere Weise kaum zu beschaffen gewesen wären. In der gleichen Zeit wurden auch Fabriken und Forschungsinstitutionen der DDR tief penetriert. Den Westmächten musste die Schwäche der DDR-Wirtschaft vollauf bewußt gewesen sein. Die Massenspionage der fünfziger Jahre half ihnen fraglos, ein recht genaues Bild von den Vorgängen in der DDR zu gewinnen und Aktivitäten zur Schwächung des ostdeutschen Staates zu organisieren[161].

Die Berichte der HA IX stützen Wagners und Uhls Auffassung, dass die Recherchen des BND über die sowjetischen und ostdeutschen Streitkräfte – ebenso die Aktivität der amerikanischen, britischen und französischen Geheimdienste – sehr erfolgreich waren, mindestens bis zu den frühen sechziger Jahren, und die Gegenspionageabteilungen der Stasi bis zum Zusammenbruch der DDR vor große Probleme stellten. Zwar handelte es sich bei den meisten Informanten um „Außenquellen“, und es gibt nach 1961 keinen Hinweis auf eine wichtige Quelle in den sowjetischen Streitkräften. Doch verfügte der BND über gute Kenntnisse des Aufmarsches dieser Truppen, vor allem in der DDR, aber auch tief in der Sowjetunion[162]. Während des ganzen Kalten Krieges trugen die von Spionen gelieferten Nachrichten über militärische Objekte dazu bei, die NATO so umfassend und so aktuell wie möglich unterrichtet zu halten.

[161] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 476 f.
[162] Vgl. Wagner/Uhl, BND contra Sowjetarmee, S. 28 u. S. 184–192.

Indes ist der Wert der Erkenntnisse, die durch Spionage gewonnen wurden, im Laufe des Kalten Krieges doch stark zurückgegangen. In den Berichten der HA IX spiegelt sich das wider. Sie stützen die Ansicht, dass die Schließung der Grenzen 1961 und die dadurch verursachte Erschwerung der Spionagetätigkeit die Agentennetze sämtlicher westlicher Geheimdienste in Ostdeutschland weitgehend zerstörten. Aus ihnen geht hervor, dass die Sperrung der sowjetischen Sektorengrenze in Berlin der Massenrekrutierung ostdeutscher Agenten durch die amerikanischen und westdeutschen Dienste ein Ende machte und dass deren Spionagenetze danach erheblich schrumpften. Sie waren nun, was militärische Informationen anging, auf den Einsatz westdeutscher Beobachter angewiesen, die nur Nachrichten von geringem Wert lieferten. Da der BND sehr viele Westdeutsche anwarb, ist es weniger sicher, ob auch die Zahl seiner menschlichen Quellen insgesamt zurückging. Dass die Zahl der von Linie IX untersuchten Personen seit Mitte der sechziger Jahre abnahm, deutet nicht nur darauf hin, dass ihr die Stasi bei der Spionageabwehr nicht mehr die oberste Priorität zuwies, sondern auch darauf, wie schwer westdeutsche Beobachter zu erwischen waren. Die Netze der Agenten, Werber, Kuriere und Instrukteure, die von westdeutschen Diensten unterhalten wurden, müssen sehr ausgedehnt gewesen sein, ob es sich um Bewohner der DDR oder um Reisende nach Ostdeutschland handelte, wenn auch die genaue Größe noch immer nicht zu bestimmen ist. Die HA IX-Berichte sprechen auch dafür, dass die westlichen Dienste seit den sechziger Jahren, und zwar auf Grund geschickter Abwehrarbeit der Stasi, bei der Nutzung menschlicher Quellen, ob Ost- oder Westdeutsche, wenig erfolgreich operierten[163].

Dass die Ernte, die Spionage einbrachte, schlechter ausfiel als in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, hatte aber auch noch einen anderen Grund. In der DDR zu spionieren, wurde für die USA sowohl aus militärischen wie aus politischen Faktoren weniger wichtig, dazu kam die zunehmende Leistungsfähigkeit technischer „Spione". Vor allem seit den späten sechziger Jahren war auch der BND mehr und mehr in der Lage, Informationen durch technische Mittel zu beschaffen; dies kompensierte den Mangel an Humint durch Agenten. Für die übrigen westlichen Länder, etwa Frankreich und Großbritannien, die andere Sorgen hatten und sich mehr und mehr auf die von den USA gesammelten militärischen Nachrichten verließen, ging die Bedeutung der Spionage ebenfalls zurück. Zu den dominierenden Diensten auf westlicher Seite entwickelten sich die Westdeutschlands, namentlich der BND.

Die Berichte bestätigen die von ehemaligen CIA- und Stasi-Offizieren aufgestellte Behauptung, dass die von amerikanischen Diensten gesammelten Informationen in erster Linie militärischer, nicht politischer Natur waren: sie enthüllen keinen bedeutenden CIA-Agenten, der nach den sechziger Jahren Zugang zu politischen – oder militärischen – Entscheidungen auf hoher Ebene gehabt hätte[164]. Tatsächlich erscheint in den Berichten überhaupt keine westliche Quelle dieser

[163] Vgl. Möller/Stuchly, Zur Spionageabwehr, in: Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.), Die Sicherheit, S. 434 u. S. 492–494.

[164] Vgl. Eichner/Dobbert, Headquarters Germany, S. 84.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Art. Hier ist also ein bemerkenswerter Fehlschlag zu verzeichnen, in erster Linie des BND. Die Berichte bekräftigen die Aussage Werner Großmanns, des letzten Chefs der HVA, in den achtziger Jahren habe der BND keine wichtige Quelle im Zentralkomitee der SED oder in der Stasi selbst gehabt[165]. Im Zentralkomitee war das sogar seit den sechziger Jahren nicht mehr der Fall. Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand scheint Werner Stiller, ein Offizier im „Sektor Wissenschaft und Technik" der HVA, der den BND für eine kurze Zeit in den siebziger Jahren mit geheimem Material belieferte, die einzige westliche Quelle von Bedeutung in der Stasi gewesen zu sein[166]. Dass es den westlichen Geheimdiensten nicht gelang, eine der Gegenspionage-Abteilungen der Stasi zu penetrieren, ist wohl der Hauptgrund dafür, dass die Spionage des Westens in den letzten 25 Jahren der DDR kaum größere Früchte trug[167]. Die Operationen, die das BfV gegen Ostdeutschland unternahm, scheinen relativ unwichtig gewesen zu sein, die des MAD unbedeutend.

Jedoch halten die besten westlichen Quellen durchaus den Vergleich mit den besten Quellen aus, die von den Sicherheits- und Nachrichtendiensten der DDR in der Bundesrepublik rekrutiert werden konnten. Einige der westlichen Agenten blieben lange Zeit unentdeckt – ein großer Erfolg im Sowjetblock. Manche lieferten Informationen über sechzehn[168], achtzehn und sogar 21 Jahre[169]. Alles in allem hatten die amerikanischen Dienste die besten Spione, vor allem die CIA. Den Berichten ist zu entnehmen, dass von allen Nachrichtendiensten, die während des Kalten Krieges gegen die DDR operierten, die der Vereinigten Staaten nicht nur am erfolgreichsten, sondern auch am erfinderischsten arbeiteten. Sie rekrutierten eine große Zahl von Agenten, um eine Vielfalt von Informationen zu bekommen, und konnten sich dabei auf so großzügige finanzielle Mittel stützen, wie kein anderer Dienst.

Der Erfolg der Stasi bei der Anwerbung von Spionen in Westdeutschland, darunter Quellen wichtiger Informationen, ist berühmt geworden. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass während des Kalten Krieges auch die westlichen Geheimdienste sehr große Agentennetze in der DDR aufzubauen und zu steuern vermochten. Tatsächlich gehört es zu den Charakteristika des Kalten Krieges, dass Spionage in einem für Friedenszeiten beispiellosen Umfang von jedem der deutschen Staaten gegen den anderen betrieben wurde. Die Hauptgründe, die es sowohl den kommunistischen wie den westlichen Geheimdiensten erlaubten, solch große Spionageorganisationen ins Leben zu rufen, waren in beiden Fällen gleich: die Migration vieler Ostdeutscher nach Westdeutschland in den fünfziger Jahren und das äußerst dichte Netz von Familien- und Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

[165] Vgl. Werner Großmann, Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2001, S. 117 f.
[166] Vgl. Werner Stiller, Im Zentrum der Spionage, Mainz 1986.
[167] Vgl. Großmann, Bonn im Blick, S. 141–151.
[168] BStU, ZA, MfS-HA IX, MF-11234 (März 1963), S. 4 f.
[169] Ebenda, MfS-HA IX 8662 (Mai 1985), S. 46 f.

Dass die westlichen Agentennetze so umfangreich werden konnten, zeigt, wie unpopulär das SED-Regime in Ostdeutschland war. Die DDR sah sich permanent mit einer akuten Gefährdung ihrer Sicherheit durch ausländische – fast ausschließlich westliche – Geheimdienste konfrontiert und tat mithin gut daran, umfängliche Apparate zur Gegenspionage aufzubauen. Diese Abteilungen der Stasi verhafteten eine eindrucksvolle Anzahl von Agenten und trugen durch den Schutz wertvoller Geheiminformationen zu den Anstrengungen der DDR bei, das volle Ausmaß ihrer Schwäche vor ihren Feinden zu verschleiern. Die „Tätigkeits- und Auswertungsberichte" der HA IX sind ein weiterer Beweis dafür, dass das Stasi-Unterlagen-Gesetz das Verständnis der Historiker von Sicherheits- und Nachrichtendiensten erheblich verbessert hat.

## Anhang

Die Zahl der der Spionage Verdächtigen, die zwischen Oktober 1955 und Oktober 1989 durch die Hände der Linie IX gegangen sind, und die Zahl derjenigen, die in den Monatsberichten der Hauptabteilung als überführte Spione erschienen[170].

| Jahr | Zahl der von Linie IX untersuchten Verdachtsfälle | Annähernde Zahl der von Linie IX der Spionage überführten Personen |
|---|---|---|
| 1955 (Oktober – Dezember) | 251 | 52 |
| 1956 | 679 | 189 |
| 1957 | 641 | 104 |
| 1958 | 64 | 93 |
| 1959 | keine Zahl angegeben | 60 |
| 1960 | keine Zahl angegeben | 66 |
| 1961 | keine Zahl angegeben | 81 |
| 1962 | keine Zahl angegeben | 61 |
| 1963 | keine Zahl angegeben | 104 |
| 1964 | keine Zahl angegeben | 74 |
| 1965 | keine Zahl angegeben | 36 |
| 1966 | keine Zahl angegeben | 35 |
| 1967 | 75 | 23 |
| 1968 | 55 | 25 |
| 1969 | 111 | 35 |
| 1970 | 76 | 42 |

[170] Für die meisten Monate ist für die von Linie IX untersuchten Verdachtsfälle eine Zahl angegeben, je nach Delikt, also auch für Spionage. Jedoch ist vom Februar 1958 bis zum Januar 1967 diese Zahl nur in einem Anhang genannt, der nicht verfilmt wurde und daher nicht überlebt hat.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

| | | |
|---|---|---|
| 1971 | 51 | 40 |
| 1972 | 12 | 21 |
| 1973 | 15 | 14 |
| 1974 | 21 | 22 |
| 1975 | 14 | 14 |
| 1976[171] | 5 | 4 |
| 1977 | 30 | 25 |
| 1978 | 19 | 20 |
| 1979 | 23 | 21 |
| 1980 | 18 | 9 |
| 1981 | 18 | 8 |
| 1982 | 31 | 23 |
| 1983 | 22 | 19 |
| 1984 | 29 | 20 |
| 1985 | 23 | 18 |
| 1986 | 15 | 9 |
| 1987 | 11 | 7 |
| 1988 | 8 | 4 |
| 1989 (Januar – Oktober) | 7 | 4 |
| Total | 2.324 | 1.382 |

Aus dem Englischen von Hermann Graml

[171] Der Bericht für Juni fehlt in: BStU, ZA, MfS-HA IX 8612.

**Die Forschung zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion hat sich bisher stark auf dessen frühe Phase konzentriert. Jürgen Kilians Aufsatz verlagert den Fokus dagegen auf die Zeit nach 1943. Am Beispiel der vor Leningrad operierenden 18. Armee zeichnet er ein differenziertes Bild von Handlungsoptionen und Verhaltensweisen der Besatzungsstreitkräfte. Trotz aller Schattierungen dominierten letztlich weiterhin die Charakteristika des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs. Insbesondere bei der Partisanenbekämpfung und der Politik der „verbrannten Erde" wurde auf das Kriegsvölkerrecht und die Zivilbevölkerung keine Rücksicht genommen.**

Jürgen Kilian

# Wehrmacht, Partisanenkrieg und Rückzugsverbrechen an der nördlichen Ostfront im Herbst und Winter 1943

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion und die Besatzungsherrschaft im Osten stehen nach wie vor im Fokus, wenn es darum geht, die Beteiligung der Wehrmacht an der Umsetzung von Hitlers verbrecherischen wie utopischen Zielsetzungen aufzuzeigen. Ein wichtiges Fundament für das unheilvolle Wirken der militärischen Säule des Dritten Reiches bildeten nicht zuletzt die inzwischen gut untersuchten „verbrecherischen Befehle", die eine weitgehende Entrechtung der sowjetischen Zivilbevölkerung sowie die gezielte physische Vernichtung ausgegrenzter Gruppen – namentlich Juden und Kommunisten – zur Folge hatten oder dies zumindest nachhaltig begünstigten[1]. Daneben verursachte das unbeirrte Festhalten an den Plänen einer wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes den hunderttausendfachen Tod unter den sowjetischen Kriegsgefangenen sowie Hungersnöte vor allem unter der urbanen Zivilbevölkerung[2].

Der Schwerpunkt der Forschung liegt allerdings nach wie vor auf dem ersten Jahr des Ostkrieges, während die späteren Phasen deutscher Okkupation geringere Beachtung gefunden haben. Gerade die letzten Monate des Partisanenkrieges sowie die im Zuge der Räumung der besetzten sowjetischen Gebiete ver-

[1] Zum diesem Befehls-Komplex vgl. u. a. Jürgen Förster, Das Unternehmen „Barbarossa" als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (DRZW), Bd. 4: Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 413–447, hier S. 421–440; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München ²2007, S. 247–265; Felix Römer, „Im alten Deutschland wäre solcher Befehl nicht möglich gewesen". Rezeption, Adaption und Umsetzung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses im Ostheer 1941/42, in: VfZ 56 (2008), S. 53–99; ders., Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn u. a. 2008; Christian Hartmann, Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42, München ²2010, S. 479 ff., S. 642 ff. u. S. 700 ff.

[2] Vgl. Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

VfZ 2/2013 © Oldenbourg 2013 DOI 10.1524/vfzg.2013.0009
Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

übten Völkerrechtsverstöße stellen noch immer „weiße Flecken“ dar[3]. Die Forschung steht hier vor der Herausforderung, über eine bloße Darstellung des Geschehenen hinaus die damals bestehenden Handlungsspielräume der maßgeblichen Akteure anhand ausgewählter Fallbeispiele auszuloten, um die jeweiligen Motive und Verantwortlichkeiten innerhalb des Besatzungsapparates feststellen und gewichten zu können. Im Folgenden werden zu diesem Zweck die 18. Armee und ihr rückwärtiges Gebiet am Nordflügel der Ostfront untersucht, wobei zunächst die regionalen Voraussetzungen und Besonderheiten aufzuzeigen sind. Anschließend wird auf die Durchführung der Räumungsmaßnahmen und zuletzt auf die wesentlichen Charakteristika des Partisanenkampfes im Herbst und Winter 1943 einzugehen sein.

## Militärverwaltung

Die von Generaloberst Georg Lindemann[4] geführte 18. Armee hielt im Herbst 1943 nach wie vor ihre zwei Jahre zuvor erreichten Positionen am südlichen Stadtrand von Leningrad und entlang des Volchov-Flusses. Zwar hatte die Rote Armee im Januar 1943 mit der Rückeroberung von Šlisselburg den Einschließungsring um die Nevastadt teilweise aufbrechen können, doch behielt Lindemanns Großverband auch weiterhin seinen Charakter als Belagerungsarmee bei. Während der operative Bewegungskrieg vor allem im Süden der Ostfront ausgetragen wurde, hatte man bei der Heeresgruppe (H.Gr.) Nord nach wie vor Stellungskämpfe zu

[3] Die bisherigen Studien können diese Lücken nur zum Teil füllen. Zum Partisanenkrieg in den Jahren 1943/44 vgl. Ruth Bettina Birn, „Zaunkönig“ an „Uhrmacher“. Große Partisanenaktionen 1942/43 am Beispiel des „Unternehmens Winterzauber“, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 60 (2001), S. 99–118; Ben Shepherd, War in the wild East. The German Army and Soviet Partisans, Cambridge/MA./London 2004; Gerlach, Morde, S. 1010 ff.; Alexander Hill, The War behind the Eastern Front. The Soviet Partisan Movement in North-West Russia 1941–1944, London/New York 2005; Bogdan Musial, Sowjetische Partisanen 1941–1944. Mythos und Wirklichkeit, Paderborn u. a. 2009. Zu den Rückzugsverbrechen vgl. Bernd Wegner, Die Aporie des Krieges, in: DRZW, Bd. 8: Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten, München 2007, S. 211–274, hier S. 256–274; Armin Nolzen, „Verbrannte Erde“. Die Rückzüge der Wehrmacht in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1945, in: Günther Kronenbitter/Markus Pöhlmann/Dierk Walter (Hrsg.), Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn u. a. 2006, S. 161–175; Gerlach, Morde, S. 1092 ff.

[4] Georg Lindemann (1884–1963), 1940 General der Kavallerie, Februar 1942- März 1944 Oberbefehlshaber (OB) 18. Armee, 1943 Generaloberst, März-Juli 1944 OB Heeresgruppe Nord. Das Bild Lindemanns erstreckt sich in der Literatur zwischen den beiden Extremen des angeblichen Hitlergegners und eines „ambitious and pro-Nazi“ Truppenführers. Vgl. Herbert Joachim Rieckhoff, Trumpf oder Bluff? 12 Jahre Deutsche Luftwaffe, Genf 1945, S. 273; Richard Brett-Smith, Hitler‘s Generals, London 1976, S. 173 f.; Samuel W. Mitcham/Gene Mueller, Hitler’s Commanders. Officers of the Wehrmacht, the Luftwaffe, the Kriegsmarine, and the Waffen-SS, Lanham 1992, S. 58 f. Ein ausgewogeneres Urteil findet sich bei Hürter, Heerführer, v.a. S. 95 f., S. 129, S. 133 u. S. 612 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bestehen, die oft mehr Ähnlichkeiten mit dem Ersten als mit dem Zweiten Weltkrieg aufwiesen[5].

Nach der Hungerkatastrophe in den Leningrader Vorstädten im Winter 1941/42 und der Deportation der als entbehrlich angesehenen Teile der Zivilbevölkerung[6], übte Lindemann die „vollziehende Gewalt" in einem rund 23.500 Quadratkilometer großen Gebiet mit nur mehr knapp 312.000 Einwohnern aus[7]. Im Rahmen der grundlegenden Weisungen des Generalquartiermeisters im Oberkommando des Heeres (OKH) legte die Oberquartiermeisterabteilung (O. Qu.) des Armeeoberkommandos (AOK) 18 die allgemeine Linie der Besatzungspolitik für das gesamte Armeegebiet fest[8]. Lindemanns erster Generalstabsoffizier (Ia) war dagegen zusammen mit dem Abwehroffizier (Ic/A.O.) für die Partisanenbekämpfung hinter der Front verantwortlich[9].

Die Lenkung der ökonomischen Ausnutzung des Landes oblag dem Armeewirtschaftsführer (A Wi Fü), der dem AOK angegliedert, gleichzeitig aber von der auf diesem Sektor federführenden Wirtschaftsinspektion (Wi In) Nord abhängig war. Er koordinierte die Aktivitäten der einzelnen Wirtschaftsoffiziere (Wi O) in den Korpsgebieten sowie die dreier Wirtschaftskommandos (Wi Kdo) im rückwärtigen Armeegebiet[10].

Neben den Militär- und Wirtschaftsbehörden befand sich im Gebiet der 18. Armee das Einsatzkommando (EK) 1 von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst (SD). Dieses hatte seit dem Scheitern des Blitzkrieges eine Anzahl stationärer Dienststellen in den urbanen Zentren des Leningrader Umlandes einge-

[5] Zur Kriegführung der Heeresgruppe Nord vgl. David M. Glantz, The Battle for Leningrad 1941–1944, Lawrence/KS. 2002; Jeff Rutherford, Soldiers into Nazis? The German Infantry's War in Northwest Russia, 1941–1944, Diss. Phil., Austin 2007.

[6] Zum Besatzungsgeschehen bei der 18. Armee vgl. Johannes Hürter, Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in: VfZ 49 (2001), S. 377–440; Jürgen Kilian, Wehrmacht und Besatzungsherrschaft im Russischen Nordwesten 1941–1944. Praxis und Alltag im Militärverwaltungsgebiet der Heeresgruppe Nord, Paderborn u. a. 2012.

[7] Bundesarchiv-Militärarchiv (künftig: BA-MA), RH 23/281, Bl. 59, Korück 583 vom 8. 3. 1943, Einwohnerzahlen.

[8] Als Oberquartiermeister der 18. Armee amtierte von Mai 1942 bis Juni 1944 der Oberst im Generalstab (i.G.) Otto Deyle (geb. 1905).

[9] Ia beim AOK 18 war von Juni 1942 bis November 1943 der Oberst i.G. Friedrich Foertsch (1900–1976). Diesem folgte der Oberstleunant i.G. Wilhelm Dalichow. Die Zuständigkeit der Führungsabteilung für Fragen der Partisanenbekämpfung war erst 1942 verbindlich festgeschrieben worden: Der Führer/OKW/WFSt/Op., Nr. 2821/42 g.K., vom 18. 8. 1942, Weisung Nr. 46. Richtlinien für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten, abgedruckt in: Walter Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1962, S. 201–205. Vgl. zu den Funktionsweisen eines Armeeoberkommandos Hürter, Heerführer, S. 266 ff.

[10] OKW/Wi Rü Amt/Stab I/O, Az. 11, vom 25. 4. 1942, Dienstanweisung für den Armeewirtschaftsführer, abgedruckt in: Rolf-Dieter Müller (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des WiKdos. Kiew, Boppard am Rhein 1991, S. 421–425. Im Herbst und Winter 1943/44 fungierte der Oberstleutnant der Landwehr Lincke als A Wi Fü bei der 18. Armee.


Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtet[11]. Dabei arbeiteten dessen Beamte unter dem Signum der Bekämpfung „aller staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen" eng und „jederzeit reibungslos [und] erfolgbringend" mit den militärischen Dienststellen zusammen[12]. Dass es sich dabei keineswegs um eine unerwünschte Kooperation handelte, geht aus einer Reaktion Lindemanns hervor, nachdem der zuständige Befehlshaber der Sicherheitspolizei (BdS) im November 1942 die Absicht einer quantitativen Reduktion seiner Kräfte im Bereich der 18. Armee ventiliert hatte. Der General zögerte keinen Moment, „die Bitte auszusprechen, dass das Einsatzkommando des SD in Krasnogwardeisk in unverminderter Stärke in meinem Befehlsbereich weiter wie bisher seine Tätigkeit ausübt."[13]

An dieser grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit änderte auch eine Weisung des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Nord, Feldmarschall Georg von Küchler, vom 14. Mai 1943 wenig[14]. Dieser suchte künftig eine schärfere Aufgabentrennung zwischen Militärverwaltung und politischer Polizei durchzusetzen. Fortan sollten alle auf lokaler Ebene getroffenen Vereinbarungen, die eine Abgabe von Exekutivrechten beinhalteten, „rückgängig" gemacht werden, was die zumindest bis dahin engen Formen der Kooperation dokumentiert. Bezeichnenderweise wollte Küchler seine Anordnung unter strengster Geheimhaltung und durch ein behutsames Vorgehen umgesetzt sehen, so dass auch künftig „das gute Verhältnis zum SD nicht getrübt" werde.

Der territoriale Zuständigkeitsbereich der 18. Armee unterteilte sich in das frontnahe Gefechtsgebiet einerseits und das sich dahinter erstreckende rückwärtige Armeegebiet andererseits[15]. Dabei reichte das Gefechtsgebiet bis zu einer Tie-

[11] Das Einsatzkommando verfügte im Sommer 1943 über Teilkommandos in Gatčina (Krasnogvardejsk), Krasnoe Selo, Oredež, Tosno und Jamburg (Kingisepp). Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArch Berlin), R 70-SOWJETUNION/15, Bl. 98–115, EK 1 vom 29. 6. 1943, Tätigkeits- und Lagebericht.

[12] Rossijskij Gosudarstvennyj voennyj archiv [Sonderarchiv Moskau] (künftig: RGVA), 504K, 1, 8, Bl. 13, OB/AOK 18 an BdS Ostland vom 19. 11. 1942 (Zitat); die Lageberichte des EK 1 für Juni und Juli 1943, in: BArch Berlin, R 70-SOWJETUNION/15, Bl. 98–115 u. Bl. 117–122. Zur Rolle von Geheimer Feldpolizei und Feldgendarmerie vgl. Jürgen Kilian, Das Zusammenwirken deutscher Polizeiformationen im „Osteinsatz" am Beispiel des rückwärtigen Gebietes der Heeresgruppe Nord, in: Wolfgang Schulte (Hrsg.), Die Polizei im NS-Staat, Frankfurt a. M. 2009, S. 310 ff.

[13] RGVA, 504K, 1, 8, Bl. 13, OB/AOK 18 an BdS Ostland vom 19. 11. 1942; BArch Berlin, R 58/219, Bl. 6 ff., Ereignismeldung UdSSR Nr. 130 vom 7. 11. 1941. Danach habe Lindemann, damals noch Kommandierender General des L. Armeekorps vor Leningrad, „grösstes Interesse an allen Berichten, die vom SD kämen", gezeigt; RGVA, 500K, 1, 749, Gr. GFP 520, Nr. 4244/42, vom 13. 1. 1942. Diesem Bericht zufolge sei Lindemann an der „Bekämpfung v. Spionen u. Part[isanen] sehr interessiert" gewesen. Waren festgenommene „Verdächtige" nicht geständig, so soll er zur Durchführung einer „harten Vernehmung" stets deren Überstellung an das Einsatzkommando angeordnet haben.

[14] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), MA 1564, fr. 117, Ic/A.O./H.Gr. Nord an AOK 18, Nr. 0421/43 g.Kdos.Chefs., vom 14. 5. 1943, Einsatz des SD. Hierzu auch die folgenden Ausführungen.

[15] Die Unterteilung des Armeegebietes richtete sich nach den Bestimmungen der Heeresdruckvorschrift (H.Dv.) 90 vom 1. 6. 1938, Versorgung des Feldheeres, S. 21, in: BA-MA, RHD 4/364.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fe von maximal 25 Kilometer hinter die Hauptkampflinie und unterteilte sich in die Abschnitte der einzelnen Armeekorps, die wiederum in mehrere Divisionsgebiete zerfielen. Ungeachtet dessen bildete in der frontnahen Zone das jeweilige Korpskommando die für die Besatzungsverwaltung maßgebliche Behörde. Zu diesem Zweck wurde in jedem dieser Stäbe eine Abteilung „Korück" (hier: Kommandantur des rückwärtigen Korpsgebietes) ins Leben gerufen, die die Oberaufsicht über eine beachtliche Anzahl von lokalen Kommandanturen ausübte[16]. Diese waren meist provisorisch in den größeren Ortschaften eingerichtet worden[17]. Beispielsweise befanden sich allein beim XXXVIII. Armeekorps, das für einen Frontabschnitt entlang des Volchov-Flusses nördlich von Novgorod verantwortlich war, eine Gefechtsgebiets-, 25 Bezirks- und 81 Ortskommandanturen[18].

In dieser Zone wurde lediglich eine rudimentäre einheimische Hilfsverwaltung eingesetzt, die in erster Linie aus den Vorstehern (starosta) der bewohnten Ortschaften und einigen wenigen Bezirksbürgermeistern bestand[19]. Die zumeist in speziellen Arbeiterdörfern zusammengefasste Zivilbevölkerung – etwa ein Drittel der Einwohnerschaft des gesamten Armeegebietes – war zum überwiegenden Teil unmittelbar bei der Wehrmacht beschäftigt und wurde im weitesten Sinne zu deren Gefolge gezählt[20]. Es dürfte daher kaum verwundern, dass die Belange der Truppe gerade in der Frontzone an erster Stelle rangierten.

Westlich bzw. südlich des Gefechtsgebietes erstreckte sich der Zuständigkeitsbereich des Kommandanten des rückwärtigen Armeegebietes (Korück) 583. Diese Zone besaß eine durchschnittliche Tiefe von etwa fünfzig Kilometern[21]. Hier befanden sich die übrigen beiden Drittel der Einwohnerschaft unter der Ägide der 18. Armee[22]. Den Posten des Korück bekleidete seit Sommer 1943 der aus der bayerischen Armee hervorgegangene 60-jährige Generalleutnant Oskar van Ginkel[23].

---

[16] BA-MA, RH 20–18/933, Bl. 23–25, O.Qu./Qu.2/AOK 18 vom 1.10.1942, Aufbau der landeseigenen Verwaltung; BA-MA, RH 24–38/109, IIa/b/XXXVIII. AK vom 24.3.1944, Tätigkeitsbericht (TB), 1.7.-31.12.1943.

[17] IfZ-Archiv, MA 1564, Kuno-Hans von Both vom 5.3.1948, Eidesstattliche Erklaerung; vgl. Hartmann, Wehrmacht, S. 45.

[18] BA-MA, RH 24–38/276, Wi.O./XXXVIII. AK vom 4.11.1943, Organisation und Arbeitsaufgaben der Abteilung Wirtschaftsoffizier. Davon befanden sich in den Räumen von 2. Lettischer SS-Freiwilligen-Brigade, 28. Jägerdivision und 1. Luftwaffen-Felddivision insgesamt eine Gefechtsgebiets-, 21 Bezirks- und 58 Ortskommandanturen. Der Rest entfiel auf das Generalkommando.

[19] BA-MA, RH 24–38/276, Korück (Verwaltung)/XXXVIII. AK vom 25.6.1943, Abfindung der Bezirksbürgermeister u. Ortsältesten.

[20] BA-MA, RW 46/308, Bl. 3, A Wi Fü 18 vom 31.12.1943, Vierteljahresrückblick. Danach arbeiteten im Armeegebiet insgesamt 77.000 Personen unmittelbar für die Truppe, d.h. etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung; BA-MA, RH 23/281, Bl. 59, Korück 583 vom 8.3.1943, Einwohnerzahlen.

[21] Zu den Aufgaben eines Kommandanten des rückwärtigen Armeegebietes vgl. Theo J. Schulte, The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia, Oxford u.a. 1989, S. 58; Hartmann, Wehrmacht, S. 71.

[22] BA-MA, RH 23/281, Bl. 59, Korück 583 vom 8.3.1943, Einwohnerzahlen.

[23] Oskar van Ginkel (1882–1949), 1941 Generalleutnant, März 1943 kommandiert zum Korück 583, anschließend General z.b.V. bei H.Gr. Nord, seit Juni 1943 Korück 583.


Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ihm unterstand im Gegensatz zur frontnahen Zone eine deutlich geringere Anzahl von Feld- und Ortskommandanturen (FK/OK), bei denen es sich aber um reguläre Dienststellen handelte. Dabei übernahm eine FK in der Regel die Aufsicht über drei bis fünf OKs[24]. Die letzteren – in den Quellen synonym auch als Bereichskommandanturen bezeichnet – stellten als unterste Behörden der Militärverwaltung das wichtigste Bindeglied zu den Landeseinwohnern dar.

Der besseren Veranschaulichung wegen sei exemplarisch auf die Ortskommandantur (I) 361 in Batezkaja (Bateckij), gelegen am Kreuzungspunkt der Bahnlinien Novgorod-Luga und Leningrad-Dno, verwiesen. Deren Kommandant, der Major der Reserve Walther Meyer-Everloh, kann durchaus als typischer Vertreter in einer solchen Funktion gelten[25]. Für die Erfüllung seines primären Auftrages – die Leitung und Überwachung der Verwaltung im Rayon Bateckij mit seinen etwa 18.500 Einwohnern – verfügte Meyer-Everloh höchstens über 35 Personen an deutschem Personal, darunter zwölf Feldgendarmen[26]. Die konkrete administrative Tätigkeit lag daher zwangsläufig in den Händen der sogenannten landeseigenen Verwaltung. Diese war im rückwärtigen Armeegebiet 583 seit 1942 dreigliedrig strukturiert, entsprechend den Ebenen Kreis (Rayon) – Gemeindebezirk – Dorf. So befand sich in der Kleinstadt Bateckij unter direkter Aufsicht der Ortskommandantur eine Rayonverwaltung als oberste einheimische Behörde, während die umliegenden 19 Landgemeinden jeweils einem Bezirksbürgermeister unterstanden. In jedem Dorf haftete dagegen ein Ortsältester für die Umsetzung der Anordnungen der Militärverwaltung[27]. Die Einstellung des einheimischen Personals erfolgte „unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs“ und ohne eine Aushändi-

[24] Im Oktober 1943 unterstanden General van Ginkel drei Feld- und 15 Ortskommandanturen. Dazu kam der in Bateckij zeitweilig als provisorische Feldkommandantur eingesetzte Regimentsstab z.b.V. 605.

[25] Walther Meyer-Everloh (1895–1978), 1915–18 Kriegsfreiwilliger, 1917 Leutnant der Reserve (d.R.), 1918–20 frz. Kriegsgefangenschaft, 1920–39 als Landwirt tätig, 1939 Chef 4. (MG)/Inf.Ers.Btl. 487, Hauptmann d.R., 1940/41 Stab FK 528 (Tours), 14.5.1941 Kdt. OK (II) 361, Ende 1941/Anfang 1942 eingesetzt in Novosel'e, Februar 1942 Verlegung nach Bateckij, gleichzeitig Aufstockung zur OK (I), 1942 Major d.R., Februar 1944 Verlegung der Kommandantur nach Ape (Hoppenhof)/Nordlettland. Der entsprechende Nachlass befindet sich im Besitz der Familie Meyer-Everloh (künftig: NL Meyer-Everloh). Für die freundliche Erteilung von Auskünften und die Überlassung von Kopien gilt mein herzlicher Dank Claus Meyer-Everloh.

[26] National Archives, Washington (künftig: NA), T 78/394, fr. 362962, OKH vom 1.11.1942, KStN 2202 (Ortskommandantur I (V)). Zur Einwohnerzahl des Kreises Bateckij NL Meyer-Everloh, OK (I) 361, o.D. [1943], Statistische Aufstellung über Anbauflächen.

[27] Im Rayon befanden sich insgesamt 131 Dörfer. NL Meyer-Everloh, OK (I) 361, o.D. [1943], Statistische Aufstellung über Anbauflächen; ebenda, BK Batezkaja vom 22.3.1943, Gesamtflächen-Aufteilung. Angaben zur landeseigenen Verwaltung, in: BA-MA, RH 20–18/933, Bl. 22f., O.Qu./Qu.2/AOK 18 vom 1.10.1942, Militärverwaltung; ebenda, Bl. 23–25, O.Qu./Qu.2/AOK 18 vom 1.10.1942, Aufbau der landeseigenen Verwaltung; ebenda, Bl. 33f., O.Qu./Qu.2/AOK 18 vom 1.10.1942, Vergütung der in der landeseigenen Verwaltung beschäftigten Angestellten; BA-MA, RH 23/280, Abt. ZV/Korück 583 vom 19.11.1942, Einführung der Rayonchefs; vgl. Gerhart Hass, Deutsche Besatzungspolitik im Leningrader Gebiet 1941–1944, in: Babette Quinkert (Hrsg.), „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S. 77f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gung von Bestallungsurkunden[28]. Auch verfügte die Hilfsverwaltung über „keine eigenen Hoheitsrechte", während die Kommandanturen befugt waren, deren „Verwaltungsakte zu berichtigen oder zu ergänzen"[29].

Den administrativen Fähigkeiten gerade der Dorfältesten brachte die Besatzungsmacht ohnehin nur wenig Vertrauen entgegen. Anlässlich einer Erhebung über die landwirtschaftlichen Nutzflächen bemerkte beispielsweise Meyer-Everloh, „dass der normale russische Dorfälteste nach Kenntnissen und Fähigkeiten und auch nach den vorhandenen Unterlagen nicht in der Lage ist, derartige Fragebogen auch nur einigermassen richtig auszufüllen"[30].

Trotzdem hatte der eklatante Personalmangel bei den Besatzern eine Übertragung wichtiger Funktionen an Einheimische zur Folge. Dies galt schließlich selbst für die niedere Strafgerichtsbarkeit, mit der ein Teil der Bezirksbürgermeister betraut wurde[31]. Vergleichbare Statistiken aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Nord zeigen, dass diese weitgehend frei schalten konnten, solange die Interessen der Besatzer nicht gefährdet schienen[32].

Mitunter konnte sich auch ein durchaus positives Verhältnis zwischen einzelnen militärischen Amtsträgern und dem einheimischen Verwaltungspersonal entwickeln. Meyer-Everloh erhielt zum Beispiel mehrere Monate nach dem deutschen Rückzug aus dem russischen Nordwesten die Postkarte einer vormaligen einheimischen Mitarbeiterin seiner Kommandantur. Darin bedankte diese sich „für alles[,] was Sie für uns getan [haben]". Gleichzeitig richtete die Frau eine Anfrage an den Major, ob das russische Verwaltungspersonal an den neuen Einsatzort – die Kommandantur befand sich zwischenzeitlich in Ungarn – nachgezogen werden könne, um „nicht in Bolschewistische Hende [sic!] [zu] fahlen [sic!]"[33].

Bezeichnenderweise suchte die Führung der 18. Armee solche „Vertrauensverhältnisse" zu den Einheimischen stets zu unterbinden. So wiesen Lindemann und sein Stabschef, Generalmajor Hans-Ludwig Speth[34], im September und Oktober 1943 zum wiederholten Male auf die „Notwendigkeit [...] größerer Zurückhal-

[28] BA-MA, RH 22/265, Bl. 54f., Ia/Berück Nord, Nr. 534/42, vom 1.10.1942, Richtlinien für die Tätigkeit der Feld- und Ortskommandanturen.

[29] BA-MA, RH 22/254, Bl. 85, Ia/VII/Qu./Berück Nord, Nr. 1527/41, vom 18.9.1941, Richtlinien für die Tätigkeit der Feld- u. Ortskommandanturen.

[30] NL Meyer-Everloh, BK Batezkaja vom 22.3.1943, Gesamtflächen-Aufteilung.

[31] BA-MA, RH 20–18/933, Bl. 40f., O.Qu./Qu.2/AOK 18 vom 1.10.1942, Ordnungsstrafverfahren.

[32] Vgl. Kilian, Wehrmacht, S. 247f.

[33] NL Meyer-Everloh, Nina Vasil'eva an Walther Meyer-Everloh vom 13.6.1944. Den hohen Einbindungsgrad des einheimischen Personals dokumentiert allein die Tatsache, dass Frau Vasil'eva in der Kommandantur für die Erstellung von Statistiken über die Anbauflächen des Rayons zuständig war; vgl. hierzu auch das Beispiel des Ortskommandanten (II) 351 in Vyrica, zit. nach Andreas Jasper, Zweierlei Wirklichkeit? Kriegserfahrungen deutscher Soldaten in Ost und West 1939 bis 1945, Paderborn u.a. 2011, S. 209.

[34] Hans-Ludwig Speth (1897–1985), bekleidete die Stelle als Chef des Generalstabes beim AOK 18 bis zum 30.11.1943. Anschließend übernahm er das Kommando über die 28. Jäger-Division. Sein Nachfolger wurde der bisherige Ia der Armee, Oberst i.G. Friedrich Foertsch.

tung gegenüber der Bevölkerung“ hin und untersagten „mit sofortiger Wirkung“ jede Beschäftigung Einheimischer in Stäben und Unterkünften von der Bataillonsebene an aufwärts[35].

Ein vollständiger Ausschluss nichtdeutscher Kräfte blieb bezeichnenderweise aber illusorisch. Dies galt erst recht für die vielen „fremdländischen“ Hilfspolizei-, Sicherungs- und Kampfeinheiten. Während gegen Ende des Jahres 1943 bereits sieben von den 18 an der Front des XXXVIII. Armeekorps befindlichen Bataillonen aus lettischen und litauischen Legionären bestanden[36], oblag die Sicherung der Nachschub- und Kommunikationsverbindungen im Hinterland zum überwiegenden Teil nichtdeutschen Aufgeboten. Im Zuständigkeitsbereich Meyer-Everlohs patrouillierten beispielsweise drei Hundertschaften estnischer Freiwilliger entlang der Bahnlinien. Diese stellten praktisch die einzigen Kräfte dar, über die die Kommandantur unmittelbar verfügen konnte[37].

Daneben waren mobile Jagdkommandos in Zugstärke gebildet worden, die entweder einzeln oder unter ad hoc zugeteilten Regimentsstäben zur besonderen Verwendung (z.b.V.) zusammengefasst, aktiv gegen die Partisanen operieren sollten[38]. Überdies erhielten die Anti-Partisanenformationen des XXXVIII. Armeekorps seit Sommer 1943 im Süden des rückwärtigen Armeegebietes sogenannte „Jagdgebiete“ zugeteilt[39]. Dies ermöglichte einen flexiblen Einsatz der wenigen zur Verfügung stehenden Kräfte, doch blieben diese Maßnahmen letztlich Aushilfen, die einem von der breiten Bevölkerung getragenen Volkskrieg kaum gewachsen sein konnten.

Der skizzierte Aufbau des Besatzungsapparates bei der 18. Armee bestand praktisch bis zum Ende der Okkupation. In den letzten Monaten des Jahres 1943 kam es allerdings im Gefolge der sich rapide verschlechternden Kriegslage zu namhaften Modifizierungen in den besatzungspolitischen Zielsetzungen. Die Rede ist von den umfangreichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen und militärischen Räumung des Hinterlandes an der nördlichen Ostfront.

---

[35] BA-MA, RH 24–38/202, OB/Ic/A.O./AOK 18, Nr. 5380/43 g., vom 22. 9. 1943, Beschäftigung russ. Hilfspersonals; ebenda, Ic/A.O. (Abw.)/AOK 18, Nr. 1496/43 g., vom 28. 10. 1943, Haltung der Bevölkerung und Bandentätigkeit; BA-MA RH 23/278, Qu./Korück 583 vom 22. 6. 1942, Dienstliche Anordnungen Nr. 391; vgl. Hartmann, Wehrmacht, S. 411 u. S. 415 f.

[36] BA-MA, RH 20–18/668, AOK 18 vom 27. 12. 1943, Divisions-Wochenmeldung.

[37] NL Meyer-Everloh, OK (I) 361, o.D. [1943], Bahnsicherungen. Dabei handelte es sich um insgesamt 291 Mann aus den Ost-Bataillonen (estn.) 658 und 660.

[38] Im Bereich des Korück 583 gab es im Spätherbst 1943 insgesamt 35 Jagdkommandos zu je etwa 35 Mann. BA-MA, RH 23/284, Korück 583, Kriegstagebuch (KTB), 14. 11. 1943. Beim XXXVIII. AK war neben dem Jagdkommando 38 und zwei Kompanien des Ost-Btl. (russ.) 661 bei jeder unterstellten Division/Brigade zusätzlich ein solches Kommando gebildet worden. BA-MA, RH 24–38/109, Ic/XXXVIII. AK vom 31. 3. 1944, TB 1.7.-31. 12. 1943.

[39] BA-MA, RH 24–38/197, Bl. 3, Ic/XXXVIII. AK, Nr. 2537/43 geh., vom 26. 5. 1943, Bandenbekämpfung; vgl. Rutherford, Soldiers, S. 317 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

## „Verbrannte Erde"

Im Gegensatz zu den meisten anderen Landstrichen im Osten setzten bei der Heeresgruppe Nord die Vorbereitungen für die Evakuierung der zunehmend exponierten Position vor Leningrad bereits mehrere Monate vor dem eigentlichen Rückzug ein. Erst in dieser Schlussphase der deutschen Besatzung sollte die ökonomische Ausnutzung des Landes ihren quantitativen Höhepunkt erreichen. Der verantwortliche Wirtschaftsinspekteur Nord, Oberst der Luftwaffe Becker, sprach dies unmissverständlich aus. Er wollte in Kooperation mit den militärischen Kommandobehörden binnen weniger Wochen aus dem russischen Nordwesten „das Letzte herausholen" und diese „Erträge auf sichere Plätze (Ostland) zurückführen"[40]. Gleichzeitig bedeutete dies das Ende der bisherigen Politik eines sektoral begrenzten und ausschließlich an den „deutschen Interessen" orientierten wirtschaftlichen Neuaufbaus des Landes zu Gunsten einer letztmaligen großen Entnahme.

Die normative Grundlage für diesen vollständigen Ausverkauf bildeten mehrere „Führerbefehle" aus dem Frühjahr 1943 sowie die entsprechenden Durchführungsbestimmungen des Wirtschaftsstabes Ost[41]. Danach sollten sämtliche kurzfristig greifbaren Wirtschaftsgüter und Arbeitskräfte abtransportiert und für die deutsche Kriegswirtschaft genutzt werden. Gleichzeitig zielte die befohlene „Lähmung und Zerstörung der Produktionsanlagen" auf eine nachhaltige Schwächung des „feindlichen Kriegspotentials" ab[42]. Die Strategie der „verbrannten Erde" war somit für die Wehrmacht im Osten festgeschrieben[43]. Trotz zweifellos vorhandener Totalisierungstendenzen in Kriegstheorie und -praxis stellte ein solches Vorgehen einen erheblichen Verstoß gegen die Grundsätze des modernen Kriegsvölkerrechts dar[44]. Innerhalb von Heeres- und Truppenführung scheinen jedoch kaum Bedenken gegen die beabsichtigte Schaffung einer „wüsten Zone" und die Deportation großer Teile der Bevölkerung bestanden zu haben[45].

Für die 18. Armee erlangten diese Grundsatzbefehle mit dem Scheitern der letzten deutschen Großoffensive im Osten, der als „Unternehmen Zitatelle" bekannten

[40] BA-MA, RW 31/592, Bl. 12, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 8.-14. 8. 1943.

[41] Vgl. „Führerbefehle" Nr. 4 (14. 2. 1943) und Nr. 8 (7. 3. 1943), abgedruckt in: DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen. Verfahrensregister und Dokumentenband, bearb. von C.F. Rüter, München 2002, S. 222 u. S. 224; IfZ-Archiv, MA 1564/39, fr. 366 f., H.Gr. Nord an AOK 18 vom 5. 3. 1943; I/Ia/Wi Stab Ost, Nr. 107/43 g.Kdos., vom 21. 2. 1943, Räumungs-, Lähmungs- und Zerstörungsaufgaben, abgedruckt in: Müller (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 553–559.

[42] „Führerbefehl" Nr. 4 vom 14. 2. 1943, abgedruckt in: DDR-Justiz und NS-Verbrechen, S. 222.

[43] Im Gegensatz dazu hatte den Rückzugsbewegungen im Winter 1941/42 noch kein allgemeingültiger Befehl zugrunde gelegen.

[44] Vgl. Wegner, Aporie des Krieges, in: DRZW 8, S. 267; Eberhard Spetzler, Devastation, in: Hans-Jürgen Schlochauer (Hrsg.), Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. I, Berlin ²1960, S. 357–359; Hartmann, Wehrmacht, S. 766 f.

[45] Helmut Heiber (Hrsg.), Lagebesprechungen im Führerhauptquartier. Protokollfragmente aus Hitlers militärischen Konferenzen 1942–1945, Berlin u. a. 1962, S. 237 (Zitat).

Panzerschlacht in der Region von Kursk[46] eine akute Bedeutung. Die daraufhin einsetzenden sowjetischen Gegenangriffe veranlassten Hitler im August 1943, den Bau eines „Ostwalls", der sogenannten „Panther-Stellung", anzuordnen[47]. Wenig später begannen bei der Heeresgruppe Nord, etwa einhundert Kilometer hinter der Hauptkampflinie (HKL), die Baumaßnahmen an diesem Stellungssystem. Für die Realisierung des Großprojekts wurden mehrere Zehntausend, meist mangelhaft versorgte einheimische Arbeitskräfte unter Zwang herangezogen[48].

Hitlers Weisung entfaltete in der Folge eine von ihm sicherlich nicht beabsichtigte katalytische Wirkung, da darin eine Rücknahme exponierter Frontabschnitte zumindest impliziert war. Bereits am 12. September 1943 regte der Wirtschaftsstab Ost seinen Inspekteuren gegenüber an, von den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen eine „sofortige Räumung der ersten etwa 100 km tiefen Zone hinter der HKL [...] beschleunigt zu erwirken"[49]. Der Heeresgruppe Nord eröffnete sich damit die Möglichkeit, den Befehl für umfangreiche Rückzugsvorbereitungen im gesamten östlich der „Panther-Stellung" gelegenen Gebiet auszugeben, was Küchler am 18. September tatsächlich anordnete[50]. Seitens der Wirtschaftsinspektion Nord hatte man im Vorfeld bereits mit der Aufstellung sogenannter „Räumungskalender" und einer „unauffälligen Auflockerung" begonnen[51]. Nur wenige Tage nach der Ausgabe des Befehls rollten daher die ersten Züge mit „Räumungsgütern" aller Art nach Westen[52].

Während der folgenden beiden Monate wurden allein aus dem Gebiet der 18. Armee rund 3.200 Waggons mit einer Gesamtladung von etwa 48.000 Tonnen abtransportiert[53]. Besonders schwer wog für diese ertragsschwache Region die darin

[46] Vgl. Roman Töppel, Kursk – Mythen und Wirklichkeit einer Schlacht, in: VfZ 57 (2009), S. 349–384.

[47] Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), hrsg. von Percy Ernst Schramm, Frankfurt a. M. 1961–65, hier Bd. 3, bearb. von Walter Hubatsch, S. 933 (12. 8. 1943). Schon vorher, am 7. 7. 1943 hatte der OB der Heeresgruppe Nord, Georg v. Küchler, „kalendermässige Räumungsvorarbeiten" befohlen. BA-MA, RW 31/592, Bl. 8, I/Ia/Wi In Nord, Wochenbericht, 11.-17. 7. 1943.

[48] Ebenda, Bl. 16, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 29.8.-4. 9. 1943; zum „Arbeitseinsatz" beim Bau der „Panther-Stellung"; ebenda, Bl. 278, Wi In Nord, o.D. [1943], Tätigkeit und Leistungen im 3. Vierteljahr 1943; BA-MA, RW 31/595, Bl. 40, Chefgr. Arbeit/Wi In Nord vom 25. 12. 1943, Einsatz der Kräfte für Massnahme „P"; BA-MA, RW 31/596, Bl. 127, Chefgr. Arbeit/Wi In Nord, Wochenbericht, 23.-29. 1. 1944.

[49] Chef Wi Stab Ost, Nr. 457/43 gKdos, vom 12. 9. 1943, Auflockerung und Maßnahmen zur Räumung und Zerstörung, abgedruckt in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 578.

[50] BA-MA, RW 31/592, Bl. 19, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 19.-25. 9. 1943; BA-MA, RH 19-III/388, Bl. 154, H.Gr. Nord an AOK 16 und 18 vom 22. 9. 1943, Evakuierung.

[51] BA-MA, RW 31/592, Bl. 14, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 15.-21. 8. 1943. Darin erwähnt: Ia/Wi In Nord, Nr. 183/43 g.Kdos., vom 19. 8. 1943; ebenda, Bl. 16, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 29.8.-4. 9. 1943; ebenda, Bl. 17, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 5.-11. 9. 1943; BA-MA, RH 24–38/277, Qu./XXXVIII. AK, KTB, 10., 12. 9. 1943; BA-MA, RH 26–28/119, Ib/28. Jg.Div., KTB, 15. 9. 1943; BA-MA, RW 31/592, Bl. 18, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 12.-18. 9. 1943.

[52] Ebenda, Bl. 279 f., Wi In Nord, o.D. [1943], Tätigkeit und Leistungen im 3. Vierteljahr 1943.

[53] BA-MA, RW 46/313, A Wi Fü bei AOK 18, o.D. [1944], Vorbereitung und Durchführung der Absetzbewegung.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

enthaltene Abfuhr von 14.760 t Getreide und 12.300 t Kartoffeln. Die Aufbringung dieser Mengen war bezeichnenderweise zusätzlich zu den regulären Beitreibungen erfolgt. Aber selbst diese erreichten im letzten halben Jahr der Okkupation trotz aller Schwierigkeiten Rekordwerte. Während im Dezember 1943 die wenigen den Einwohnern belassenen Lebensmittelmengen kaum zu deren Überleben ausreichten, meldete der Armeewirtschaftsführer, dass die meist unter Zwang beigebrachten landwirtschaftlichen Erzeugnisse 121 Prozent des festgesetzten Solls erreicht hätten[54]. Allein beim XXXVIII. Armeekorps war die Ausbeute an Kartoffeln so groß, dass zum Jahresende ein Überschuss von 1.800 Tonnen an die Nachschublager der Armee abgegeben werden konnte[55]. Mit den Räumungszügen wurde darüber hinaus sämtliches Zuchtvieh abgefahren, was zusammen mit den von der zwangsevakuierten Zivilbevölkerung selbst mitgeführten Nutztieren die ohnehin geringen Bestände im Armeegebiet ungefähr auf die Hälfte reduzierte[56].

Während die Wirtschaftsorganisation federführend den Abtransport von gestapelten Waren oder Betriebsausstattungen durchführte, verfügten nur die Militärs über die nötigen Machtmittel, um die arbeitsfähige Einwohnerschaft aus ihren Heimatorten zu vertreiben und auf den ungewissen Weg nach Westen zu zwingen. Der Exodus firmierte unter dem sinnigen Decknamen „Roboter“[57]. Angesichts der dabei praktizierten Vorgehensweisen verwundert es kaum, dass die Militärverwaltung bald negative Auswirkungen auf die „Stimmung“ in der Zivilbevölkerung registrierte. In der Folge kam diese immer häufiger den Anweisungen der deutschen Dienststellen nicht mehr nach. In Massen flohen die Menschen stattdessen in die Wälder und suchten ihre dürftigen Vorräte durch Vergraben dem deutschen Zugriff zu entziehen[58]. Zugleich gingen die „freiwilligen“ Ablieferungen deutlich zurück, während viele Beschäftigte ihren Arbeitsplätzen kurzerhand fernblieben[59].

---

[54] BA-MA, RW 46/308, Bl. 3, A Wi Fü 18 vom 31.12.1943, Vierteljahresüberblick.

[55] BA-MA, RH 24–38/279, IVa/XXXVIII. AK, TB Nr. 10, 1.10.-31.12.1943. Für den Eigenbedarf beanspruchte das Korps weitere 3.500 Tonnen Kartoffeln.

[56] BA-MA, RW 46/313, A Wi Fü bei AOK 18, o.D. [1944], Vorbereitung und Durchführung der Absetzbewegung.

[57] Ia/Ic/VIII/Qu./Qu.1/Berück Nord, Nr. 464/43 g.Kdos.-Chefs., vom 21.9.1943, Evakuierung der Zivilbevölkerung, abgedruckt in: Norbert Müller (Hrsg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR 1941–1944. Dokumente, Köln ²1982, S. 348–350.

[58] IfZ-Archiv, MA 1564/39, fr. 841, A.O./AOK 18 vom 6.10.1943, Bericht der Prop.Staffel Gatschina; ebenda, fr.831–841, AOK 18 an H.Gr. Nord vom 7.10.1943; vgl. Bezirkskommandantur Lampowo vom 7.10.1943, Bericht, abgedruckt in: Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg ²2002, S. 392 f.; Qu./Ia/Berück Nord, Nr. 474/43g., vom 16.10.1943, abgedruckt in: Müller (Hrsg.), Besatzungspolitik, S. 361; Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008, S. 327. Danach waren schätzungsweise nur etwa 10–15 % der Einwohner freiwillig bereit, ihre Heimat zu verlassen.

[59] BA-MA, RW 31/592, Bl. 28, I/Ic/Wi In Nord vom 30.10.1943, Vierteljahresbericht, Juli-September 1943; BA-MA, RW 31/594, Bl. 20, O.f.A./Wi In Nord, TB, November 1943.

Seitens der Besatzungsmacht wertete man diese Handlungen als Sabotage, die Flucht vor dem drohenden Abtransport gar als „Überlaufen zu den Banden". Harte Gegenmaßnahmen blieben deshalb nicht aus[60]. Generaloberst Lindemann ordnete bereits am 27. Oktober 1943 an, dass grundsätzlich alle „Dörfer, deren Bewohner in die Wälder geflüchtet sind, [...] niederzubrennen" seien[61]. Diejenigen Einwohner, die sich ihrer „Evakuierung" widersetzten, wurden in der Regel in eigens eingerichtete Lager eingeliefert, von wo aus sie als willkommene Zwangsarbeiter im Stellungsbau eingesetzt wurden[62]. Im Bereich der 28. Jäger-Division wurden seit dem 1. Januar 1944 alle außerhalb der wenigen noch bewohnten Ortschaften aufgegriffenen Zivilpersonen summarisch an die Feldgendarmerie oder an die Sicherheitspolizei überstellt[63]. Teilweise kam es offenbar auch zur Erschießung widersetzlicher Einheimischer[64].

Diese Vorgehensweisen begünstigten naturgemäß auch eigenmächtige Ausschreitungen seitens deutscher Soldaten. Tatsächlich sind diese im Spätherbst 1943 wieder häufiger in den Quellen nachweisbar[65]. Zwar veranlassten solche „Vorkommnisse im Zuge der Räumung" die Militärverwaltung zur erneuten Bekräftigung der bereits bestehenden Verbote über „eigenmächtiges Organisieren und willkürliche Beschlagnahme von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen"[66]. Die praktische Wirkung solcher Maßregeln, denen in erster Linie disziplinare und ökonomische Motive zugrundelagen, dürfte angesichts der zunehmend chaotischen Verhältnisse im Hinterland der Front aber als gering anzusetzen sein. Da in dieser letzten Phase der Okkupation die sowjetische Partisanenbewegung immer größere Landstriche beherrschte und mit zunehmender zahlenmäßiger Stärke an operativer Bedeutung gewann, verwischten sich überdies die Grenzen zwischen deren Bekämpfung und den rigorosen Maßnahmen von „Evakuierung" und „verbrannter Erde" zunehmend.

Als am 14. Januar 1944 die sowjetische Großoffensive gegen die Heeresgruppe Nord begann, waren etwa 165.000 Personen aus dem Hinterland der 18. Armee weggeführt worden, davon mehr als 20.000 durch das XXXVIII. Armeekorps. Als Arbeitskräfte befanden sich im gesamten Armeegebiet noch ungefähr 77.000 Menschen bei der Truppe, wogegen rund 70.000 Landeseinwohner sich der Eva-

[60] BA-MA, RW 31/592, Bl. 28, I/Ic/Wi In Nord vom 30.10.1943, Vierteljahresbericht, Juli-September 1943.

[61] IfZ-Archiv, MA 1564 (NOKW 3372), Ic/A.O./Ia/AOK 18, Nr. 5701/43 g., vom 27.10.1943, Kollektivmassnahmen zur Bandenbekämpfung.

[62] BA-MA, RH 24–38/277, Qu./XXXVIII. AK, KTB, 22.12.1943.

[63] BA-MA, RH 26–28/120, Ib/28. Jg.Div., Nr. 928/43 geh., vom 26.12.1943, Eingeschränkte landeseigene Verwaltung.

[64] Vgl. Pohl, Herrschaft, S. 327; Jasper, Zweierlei Weltkriege, S. 208; Gerlach, Morde, S. 1093.

[65] BA-MA, RH 23/286, III/Korück 583, Zweigstelle Gatschina, vom 14.10.1943, TB, 8.-14.10.1943; BA-MA, RW 31/594, Bl. 11, Wi In Nord, Wochenbericht zum KTB, 18.-31.10.1943; BA-MA, RW 46/308, Bl. 123, A Wi Fü 18 vom 2.12.1943, Anordnung Nr. 60.

[66] BA-MA, RH 26–285/40, H.Gr. Nord, o.D. [Oktober 1943], Verhalten bei der Rückführung der Zivilbevölkerung.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kuierung durch Flucht hatten entziehen können[67]. Angesichts dieser Zahlen und der erheblichen Mengen an abtransportierten Gütern und Vieh resümierte die Wirtschaftsinspektion eine insgesamt erfolgreiche Räumungsaktion[68]. Zwei Wochen vor dem Beginn des sowjetischen Angriffs hatte Feldmarschall von Küchler seinen Truppenführern bezeichnenderweise nochmals eingeschärft, dass dem „Feind [...] eine Wüste zu hinterlassen" sei. Dabei seien die geplanten Zerstörungen „mit aller Energie der bekannten Gleichgültigkeit der Truppe gegenüber durchzusetzen."[69] Selbst wenn dies vielleicht nicht immer mit gleicher Intensität durchgeführt wurde, so sind doch genügend Zeugnisse vorhanden, die eine häufige Umsetzung dieser letzten Vernichtungsbefehle belegen[70].

Für die wenigen Einwohner, die schließlich von der Roten Armee befreit wurden, bedeutete die Umsetzung der Strategie der „verbrannten Erde" in Verbindung mit den beträchtlichen Zerstörungen während der Kampfhandlungen häufig ein entbehrungsreiches Leben in notdürftigen Unterkünften in den Wäldern bei winterlicher Kälte und ohne ausreichende Versorgung[71]. Die Lebensbedingungen waren derart desperat, dass einige der geflüchteten Einwohner noch in der Endphase der deutschen Besatzung wieder in ihre Dörfer zurückzukehren suchten, dabei aber meist aufgegriffen und doch noch abtransportiert wurden[72]. Die Ausmaße des Zerstörungswerks lassen sich nicht zuletzt anhand der Nachkriegsverhältnisse ablesen. Noch Jahre nach der Befreiung vegetierten beispielsweise in Novgorod etwa 9.000 von insgesamt 29.000 Einwohnern in Notunterkünften, Kellern oder Erdhütten[73].

---

[67] BA-MA, RW 31/596, Bl. 127 u. Bl. 130, Chefgr. Arbeit/Wi In Nord, Wochenbericht zum KTB, 23.-29. 1. 1944; BA-MA, RW 46/308, Bl. 3, A Wi Fü 18 vom 31. 12. 1943, Vierteljahresrückblick; BA-MA, RH 24–38/277, Qu./XXXVIII. AK, KTB, 2., 4., 7. 11. 1943.

[68] BA-MA, RW 31/596, Bl. 3 f., Wi In Nord, o.D. [1944], Rückblick des Wi J auf das 1. Vierteljahr 1944.

[69] IfZ-Archiv, MA 1564/26, fr. 716, H.Gr. Nord an AOK 16 vom 29. 12. 1943.

[70] BA-MA, RW 31/596, Bl. 4, Wi In Nord, o.D., Rückblick des Wi J auf das 1. Vierteljahr 1944; vgl. Rutherford, Soldiers, S. 358 ff.; Hartmann, Wehrmacht, S. 784 f.

[71] BA-MA, RH 26–285/16, Qu./Ic/Ia/Berück Nord, Nr. 3240/43 geh., vom 7. 12. 1943, Zerstörung von Ortschaften; BA-MA, RH 26–285/43, Bl. 97, VII/285. Sich.Div., Nr. 2/44 geh., vom 2. 1. 1944, Lagebericht.

[72] BA-MA, RW 46/308, Bl. 43, I/Fü/A Wi Fü 18, o.D., Wochenbericht zum KTB, 28.11.-4. 12. 1943; BA-MA, RH 20–18/668, Bl. 100–105, Ia/Ic/A.O./AOK 18 an H.Gr. Nord, Nr. 7325/43 g., vom 30. 12. 1943, Bandenbekämpfung. Im Bereich der 18. Armee waren im November etwa 8.000 Einwohner in die Wälder geflüchtet, von denen bis Dezember etwa 1.700 wieder zurückkehrten; BA-MA, RH 20–18/1399, Bl. 100, Korück 583 vom 14. 11. 1943, Tagesmeldung.

[73] Vgl. Elena Zubkova, Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46, in: VfZ 47 (1999), S. 363–383, hier S. 370; Hass, Besatzungspolitik, in: Quinkert (Hrsg.), Herren, S. 76; Mitteilungen der Außerordentlichen Staatlichen Kommission über die Zerstörungen [...] in der Stadt und im Rayon Nowgorod vom 4. 5. 1944, abgedruckt in: Eine Schuld, die nicht erlischt. Dokumente über deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Köln 1987, S. 387–391; M. N. Nikitin/P. I. Vagin, The Crimes of the German Fascists in the Leningrad Region – Materials and Documents, London u. a. 1946, S. 111–115.

## Krieg im Hinterland

Der Kampf gegen die sowjetische Partisanenbewegung weist im russischen Nordwesten einige charakteristische Züge auf. So sind hinsichtlich seiner Intensität auffällige Unterschiede innerhalb des Operationsgebietes der Heeresgruppe Nord feststellbar. Einerseits waren die 16. Armee in den ausgedehnten Wäldern und Sümpfen im Einzugsgebiet des Lovat'-Flusses ebenso wie die für den Südteil des rückwärtigen Heeresgebietes zuständige 281. Sicherungsdivision häufigen Anschlägen und Überfällen durch die Partisanen ausgesetzt. Dabei schritten die dortigen Kommandobehörden immer wieder zu radikalen Maßnahmen. Im Gegensatz dazu blieb die Situation im Hinterland der 18. Armee über einen langen Zeitraum verhältnismäßig ruhig[74]. Hier verhinderten eine besonders katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung sowie der überwiegend urbane Charakter des unmittelbaren Leningrader Umlandes eine dauerhafte Etablierung größerer Widerstandsgruppen[75].

Nach einer exzessiven Phase im Herbst 1941, die durch eine hohe Zahl getöteter „verdächtiger" Einwohner gekennzeichnet ist, sanken die Tötungszahlen auf ein dauerhaft niedriges Niveau. Eine existentielle Bedrohung der deutschen Truppen und ihrer Einrichtungen kann daher ausgeschlossen werden. Tatsächlich meldete der Korück 583 im April 1942, dass „kein aktives Auftreten von Partisanen mehr zu verspüren" sei[76]. Gut ein Jahr später wagte Lindemann sogar das vorläufige Ende der Partisanentätigkeit in seinem Befehlsbereich zu diagnostizieren[77]. Die Eindrücke der Kommandobehörden werden durch die überlieferten Statistiken des Korück 583 durchaus bestätigt[78]:

[74] Vgl. Kilian, Wehrmacht, S. 504 ff.

[75] Vgl. ebenda, S. 531 f.; Hill, War, S. 143; Kenneth Slepyan, Stalin's Guerrillas. Soviet Partisans in World War II, Lawrence 2006, S. 76.

[76] BA-MA, RH 23/278, Qu./Korück 583, Nr. 3281, vom 7. 4. 1942, Unternehmen gegen Partisanen. Bezeichnenderweise sah man im Armeeoberkommando bald keine Notwendigkeit mehr für eine Gestellung von Sicherungskommandos für die abgehenden Lazarettzüge. BA-MA, RH 19-III/612, Bl. 137, O.Qu./H.Gr. Nord, KTB, 13. 6. 1942.

[77] Vgl. Heiber (Hrsg.), Lagebesprechungen, S. 121 f. (8. 6. 1943); Aufzeichnung des Botschafters z.b.V. Walther Hewel vom 9. 6. 1943, abgedruckt in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Baden-Baden u. a. 1950–1981, Serie E, Bd. VI, S. 157 f. Die editorische Notiz, wonach diese Feststellung v. Küchler getroffen habe, ist nicht korrekt. Die Urheberschaft Lindemanns ergibt sich zweifelsfrei aus der Lagebesprechung vom 8. 6. 1943.

[78] BA-MA, RH 20–18/1448, Bl. 3–12, Qu./Korück 583, Nr. 13418, vom 25. 11. 1941, Unternehmen gegen Partisanen; BA-MA, RH 23/278, Qu./Korück 583 vom 7. 4. 1942, Unternehmen gegen Partisanen; BA-MA, RH 23/277, Korück 583, KTB, 31.7., 31. 8. 1942, 31.3., 30.4., 31.5., 30. 6. 1943; BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 24.7., 31.8., 30. 9. 1943.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

| Zeitraum | getötete Partisanen und „Verdächtige“ | festgenommene Partisanen und „Verdächtige“ | deutsche Verluste (Tote) |
|---|---|---|---|
| 17. Sept.-16. Okt. 1941 | 261 | k.A. | k.A. |
| 17. Okt.-18. Nov. 1941 | 285 | k.A. | 13 |
| Januar 1942 | 22 | k.A. | |
| Februar 1942 | 14 | k.A. | |
| März 1942 | 74 | k.A. | 14*) |
| Juli 1942 | 58 | 118 | 3 |
| August 1942 | 52 | 71 | 1 |
| 1. Jan.-31. März 1943 | 79 | 39 | k.A. |
| April 1943 | 9 | 3 | k.A. |
| Mai 1943 | 17 | 4 | k.A. |
| 25. Mai-24. Juni 1943 | 5 | 6 | k.A. |
| 25. Juni-24. Juli 1943 | 23 | 10 | k.A. |
| 25. Juli-25. Aug. 1943 | 30 | 28 | k.A. |
| 26. Aug.-25. Sept. 1943 | 31 | 65 | k.A. |

*) Gesamtwert für die Monate Januar bis März 1942.

Trotz der verhältnismäßig niedrigen absoluten Werte implizieren die Relationen zwischen getöteten Partisanen und den Verlusten der Besatzungsmacht[79], dass sich die Truppe auch im Bereich der 18. Armee nach wie vor an den Inhalten des berüchtigten Kriegsgerichtsbarkeitserlasses aus dem Mai 1941 orientierte[80]. Dieser gewährte gerade der rangniederen Truppenführung ein hohes Maß an Handlungsspielräumen im Umgang mit der sowjetischen Bevölkerung ein. In der Praxis manifestierte sich dies nicht selten in der summarischen Tötung sogenannter „Verdächtiger“ außerhalb von Kampfhandlungen. An diesen Grundsätzen eines radikalen Vorgehens gegen jede Form vermeintlichen Widerstandes hatten weder das Scheitern des Blitzkrieges gegen die Sowjetunion noch einige verhaltene Ansätze zur „Gewinnung der Bevölkerung“ entscheidende Änderungen herbeizuführen vermocht[81].

In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 bekräftigte die oberste Führung erneut die bisherige Linie in der Partisanenbekämpfung durch verschiedene Richtli-

[79] Für die erste Jahreshälfte 1943 liegen auch Zahlen zum XXXVIII. Armeekorps vor. Bei lediglich drei eigenen Toten (und 12 Verwundeten) meldete das Korps, in diesem Zeitraum einhundert „Banditen“ und angebliche Agenten „unschädlich gemacht“ zu haben. BA-MA, RH 24–38/88, Ic/XXXVIII. AK vom 31. 10. 1943, TB, Januar-Juni 1943; BA-MA, RH 24–38/202, Bl. 3, Ic/XXXVIII. AK, Nr. 358/43 g.Kdos., vom 11. 7. 1943, Bandenbekämpfung.

[80] Adolf Hitler vom 13. 5. 1941, Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet „Barbarossa“ und über besondere Maßnahmen der Truppe, hrsg. vom OKW/WFSt/Abt. L (IV Qu.), Nr. 44718/41 g.Kdos.Chefs., vom 14. 5. 1941, abgedruckt in: Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Hans Buchheim u. a., Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München [4]1984, S. 181–184. Auch zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben.

[81] BA-MA, RH 22/259, Bl. 178, OKH vom 11. 2. 1942, Kriegsgerichtsbarkeit gegenüber Landeseinwohnern. Zu den halbherzigen Versuchen zur „Gewinnung der Bevölkerung“ vgl. Pohl, Herrschaft, S. 138 ff.; Kilian, Wehrmacht, S. 313 ff.


Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nien. In seiner Weisung Nr. 46 vom 18. August forderte Hitler, dass das „Bandenunwesen im Osten“ spätestens „bis zum Beginn des Winters […] ausgerottet“ werden müsse[82]. Zwar hielt er für diese Aufgabe die deutsche Polizei unter Heinrich Himmler für besser geeignet, doch behielt das Oberkommando des Heeres zumindest im Operationsgebiet zwangsläufig die Federführung. Allerdings war vorgesehen, dass die militärischen Kommandobehörden auch dort vermehrt „den Wünschen des Reichsführers SS […] entsprechen“ sollten. In der Folge entwickelte sich dessen eigens gebildete „zentrale Stelle für die Sammlung und Auswertung aller Erfahrungen auf dem Gebiete der Bandenbekämpfung“ zur normativen Instanz.

Bereits die für das letzte Jahr der Okkupation maßgebliche „Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten“ vom 11. November 1942 reflektierte eine enge Kooperation zwischen dem Oberkommando der Wehrmacht und Himmlers „Chef der Bandenkampfverbände“[83]. Die immer wieder feststellbare Doppelgesichtigkeit deutscher Herrschaft im Osten spiegelt sich auch in diesen Richtlinien wieder. Den Angehörigen der Besatzungsmacht bot sich so ein weites Spektrum möglicher Verhaltensweisen, das von einem Vorgehen mit „äußerster Härte“ bis zum Verbot „ungerechter Strafen“ sowie „gedankenloser Roheiten [sic!] und Willkürakte“ reichen konnte. In der Praxis blieben aber Ankündigungen, wonach „die Zivilbevölkerung […] nicht in die aussichtslose Lage versetzt werden [sollte], von beiden Seiten mit rücksichtsloser Vernichtung bedroht zu sein“ allzu häufig bloße Lippenbekenntnisse. Nach wie vor waren gefangene „Banditen“ grundsätzlich „zu erhängen oder zu erschießen“, während bereits Offiziere im Hauptmannsrang Kollektivstrafen gegen die Landeseinwohner anordnen durften[84]. Diese Tendenzen wurden durch einen Erlass Adolf Hitlers vom 1. Dezember 1942 noch verstärkt. Darin ließ er die Truppe erneut dazu auffordern, „ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt“[85].

---

[82] Der Führer/OKW/WFSt/Op., Nr. 002821/42 g.K., vom 18. 8. 1942, Weisung Nr. 46. Richtlinien für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten, abgedruckt in: Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 201–205. Auch zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben.

[83] BA-MA, RHD 6/69/1, OKW/WFSt/Op., Nr. 1216/42, vom 11. 11. 1942, Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten. Auch zum Folgenden, sofern nicht anders angegeben.

[84] Zu diesen Widersprüchlichkeiten vgl. Hans Umbreit, Das unbewältigte Problem. Der Partisanenkrieg im Rücken der Ostfront, in: Jürgen Förster (Hrsg.), Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol, München 1992, S. 130–150, hier S. 136 f.; Bernd Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: DRZW, Bd. 6: Horst Boog u. a. (Hrsg.), Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943, Stuttgart 1990, S. 761–1102, hier S. 919 u. S. 924 f. Wegner spricht in diesem Zusammenhang von einem „bizarren Nebeneinander von maßlos brutalem und vergleichsweise rücksichtsvollem Herrschaftshandeln“. Ähnlich auch Hartmann, Wehrmacht, S. 759 f.

[85] OKW/WFSt/Op(H), Nr. 004870/42 g.Kdos., vom 16. 12. 1942, Bandenbekämpfung, abgedruckt in: Müller (Hrsg.), Besatzungspolitik, S. 139 f.; vgl. Heiber (Hrsg.), Lagebesprechungen, S. 39–42 (1. 12. 1942); Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 923; Shepherd, War, S. 126; Hartmann, Wehrmacht, S. 760 f.; Umbreit, Problem, in: Förster (Hrsg.), Stalingrad, S. 138.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Grundsätze für die Partisanenbekämpfung blieben trotzdem interpretationsfähig, doch zweifellos auf eine Bevorzugung radikaler Vorgehensweisen ausgerichtet. Darauf verweist nicht zuletzt die Rezeption dieser Befehlslage durch die Kommandobehörden. Beispielsweise erklärte die Führung des XXXVIII. Armeekorps in einem Aufruf an die russische Zivilbevölkerung unverhohlen, dass die Truppe in jedem Falle „rücksichtslos Ordnung zu schaffen wisse“[86].

Gerade in der Behandlung „verdächtiger“ Personen hatte sich frühzeitig auch Generaloberst Lindemann exponiert. Nach einer Meldung seines Korück über eine zeitweilige Häufung von Anschlägen gegen die Bahnlinien im Armeegebiet, erließ er am 30. Oktober 1942 einen Befehl, wonach künftig alle aufgegriffenen „Verdächtigen“ unterschiedslos hinzurichten waren[87]. Diese Anordnung musste allerdings wenig später ausgerechnet auf einen Einspruch Heinrich Himmlers hin wieder aufgehoben werden. Dies geschah jedoch nicht etwa aus Menschlichkeit. Der Reichsführer-SS beanspruchte vielmehr sämtliche „Bandenverdächtige[n] und -helfer, die nicht zu exekutieren sind“, für sich, um diese als Arbeitssklaven in die „Konzentrationslager des Reiches“ einliefern zu lassen[88]. Ungeachtet dessen hing das Schicksal dieser Personengruppe im konkreten Einzelfall aber nach wie vor maßgeblich von den ausführenden Organen vor Ort ab, was die Bedeutung der persönlichen Haltung gerade des unteren Truppenführers in Verbindung mit situativen Einflüssen unterstreicht.

Dies wird nicht zuletzt durch die Lageentwicklung im Hinterland der 18. Armee bestätigt. Trotz der genannten radikalen Befehle blieb es dort bis in die Spätsommermonate des Jahres 1943 hinein im Allgemeinen ruhig. Die wenigen schwachen Partisanenabteilungen hatten ihre Unternehmungen vorläufig auf die ländlich geprägten Rayons im Süden des Armeegebietes konzentriert.

---

[86] BA-MA, RH 24–38/202, Ic/XXXVIII. AK vom 1. 7. 1943, Mithilfe an der Bandenjagd. Der Zusatz, dass dieses harte Durchgreifen ausschließlich „zum Wohle des Landes“ geschehe, kann als bloße Propaganda vernachlässigt werden. Stattdessen werde nach diesem Aufruf jeder Landeseinwohner, der aus „böswilliger“ Absicht das Auftreten von Partisanen nicht melde, „auch als Bandit behandelt und verfällt dem Standrecht.“

[87] Schramm (Hrsg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd. 3, S. 210 f. (14. 3. 1943); vgl. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof (International Military Tribunal), 42 Bde., Nürnberg 1947–49, Bd. XXI, S. 434 f. Nach dem Kriege verleugnete Lindemann bezeichnenderweise die Existenz dieses Befehls. Zu den Bahnanschlägen BA-MA, RH 23/280, Qu./Korück 583 vom 15. 10. 1942, Dienstliche Anordnungen Nr. 484; BA-MA, RH 23/277, Korück 583, KTB, Einträge für September 1942; RGVA, 500K, 1, 749, SK 1b, Lagebericht, 15.-30. 6. 1942.

[88] Schramm (Hrsg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd. 3, S. 210 f. (14. 3. 1943). Die Weisung Himmlers datiert auf den 30. 12. 1942; vgl. RFSS an HSSPF im Osten, den Sonderbevollmächtigten des RFSS für die Bandenbekämpfung, die Chefs HA Orpo, das RSHA, den Pers. Stab RFSS und das WVHA vom 6. 1. 1943, abgedruckt in: Helmut Heiber (Hrsg.), Reichsführer! Briefe an und von Himmler, München 1970, S. 225 f. Danach seien künftig bei „den Aktionen gegen die Banden [...] die bandenverdächtigen Männer, Frauen und Kinder zu sammeln und in Sammeltransporten in die Lager Lublin oder Auschwitz zu verbringen“. Zur Rezeption bei den militärischen Führungsstellen: OKW/WFSt./Op. (H), Nr. 1212/43 geh., vom 14. 3. 1943, Ergänzung zur Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten, abgedruckt in: Müller (Hrsg.), Besatzungspolitik, S. 145 f.

Dies betraf vor allem die Bereiche der Ortskommandanturen Oredež, Bateckij und Utorgoš sowie den Abschnitt des XXXVIII. Armeekorps. Vorläufig registrierte man aber selbst dort „nur kleine Banden", die nicht zuletzt aufgrund einer „einwandfreien Haltung der Zivilbevölkerung" lediglich geringfügige Aktivitäten entfalteten[89].

Ein gewisser Wandel zeichnete sich erst mit der für die deutsche Seite zunehmend ungünstigen Entwicklung der Kriegslage ab. Von den Erfolgen der Roten Armee beeindruckt, kam es bald zu „bedenklichen Zersetzungserscheinungen" unter den Angehörigen der zahlreichen „fremdländischen" Hilfstruppen. Diese suchten immer häufiger ihr Heil in der Flucht über die stellenweise nur dünn besetzte Frontlinie oder aber in die ausgedehnten Wälder zu den Partisanen[90]. Die damit verbundene Schwächung der Sicherungstruppen und das gleichzeitige Erstarken der „Banden" setzte zwangsläufig die zunehmend gefährdeten Funktionsträger der landeseigenen Verwaltung, aber auch die übrige bäuerliche Bevölkerung unter Druck, was nicht ohne Folgen für die Sicherheitslage im Hinterland blieb.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ließ Generalleutnant van Ginkel im August 1943 eine Kampfgruppe unter dem Kommandeur der Osttruppen z.b.V. 711, Generalmajor Hermann von Wedel[91], aufstellen. Diese bestand aus mehreren Jagdkommandos und hatte den Auftrag, die vermutlichen Sammelgebiete der Partisanen zu „säubern". In den darauffolgenden Wochen wurde vor allem die weitere Umgebung von Oredež durchkämmt[92]. Das Ergebnis war jedoch ernüchternd. Immer wieder gelang es den wenigen Partisanengruppen, sich den Einschließungsversuchen zu entziehen. Dabei wichen diese meist nach Westen in den Bereich der 285. Sicherungsdivision aus, deren Kommandeur eine aktive Kooperation aus Kräftemangel ablehnte und lediglich eine dürftige Absperrlinie an der Befehlsgrenze errichten ließ[93].

Weniger formal wurden hingegen die Kompetenzabgrenzungen zwischen rückwärtigem Armeegebiet und der Zone des XXXVIII. Armeekorps behandelt. Die Jagdkommandos des Korps operierten nicht nur ungehindert im Bereich des

[89] BA-MA, RH 24–38/88, Ic/XXXVIII. AK vom 31. 10. 1943, TB, 1.1.-30. 6. 1943.

[90] BA-MA, RW 31/590, Wi In Nord, KTB, 29. 6. 1943 (Zitat); BA-MA, RH 23/285, Qu./Korück 583 vom 2. 7. 1943, Dienstliche Anordnungen Nr. 130; BA-MA, RH 24–38/109, Ic/XXXVIII. AK vom 31. 3. 1944, TB, 1.7.-31. 12. 1943; vgl. Umbreit, Problem, in: Förster (Hrsg.), Stalingrad, S. 43; Pohl, Herrschaft, S. 178; Timothy Patrick Mulligan, The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942–1943, New York u. a. 1988, S. 152 f.

[91] Hermann von Wedel (1893–1944), 1919–35 Polizeidienst, 1935 Eintritt in die Wehrmacht, 1939 Oberst, 15.5.-4. 11. 1943 Kommandeur der Osttruppen z.b.V. 711, 1943 Generalmajor.

[92] BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 6., 7., 11., 14., 16., 18., 25., 31.8., 7., 30. 9. 1943; BA-MA, RH 24–38/109, Ic/XXXVIII. AK vom 31. 3. 1944, TB, 1.7.-31. 12. 1943; ebenda, IIa/b/XXXVIII. AK vom 24. 3. 1944, TB, 1.7.-31. 12. 1943.

[93] BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 26. 8. 1943. Kommandeur der 285. Sicherungsdivision war der Generalleutnant Gustav Adolph-Auffenberg-Komarow (1887–1967).



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Korück 583. Das Generalkommando übernahm zeitweilig auch die Führung und Versorgung der Kampfgruppe von Wedel[94].

Eine erneute, geradezu dramatische Verschärfung der Lage im Hinterland hatte die Ausgabe des Räumungsbefehls für den russischen Nordwesten im September 1943 zur Folge. Da die ländliche Bevölkerung daraufhin in Massen in die Wälder floh, stand den Freischärlern ein nahezu unerschöpfliches Reservoir für die Verstärkung ihrer Reihen zur Verfügung. Gezielte Zusicherungen einer Amnestie an die Adresse der bislang mit der Besatzungsmacht kooperierenden Landeseinwohner wirkten sich überdies destruktiv auf das Funktionieren der einheimischen Verwaltung aus. Ähnlich war es bei den aus Russen formierten Hilfstruppen. Sie wurden daher kurzfristig an andere Kriegsschauplätze verlegt[95].

Angesichts dieser Entwicklung überrascht es kaum, dass die Leningrader Partisanenbewegung die Zahl ihrer Kämpfer von knapp 5.000 am 1. Oktober über rund 11.000 im November auf schließlich 25.000 im Januar 1944 erhöhen konnte[96]. Deren Gros hielt sich zwar auch weiterhin im rückwärtigen Heeresgebiet und bei der 16. Armee auf, doch schätzte Lindemanns Oberkommando die in den südlichen Bezirken der 18. Armee operierenden Freischärler inzwischen auf mehr als 4.000[97]. Aufgrund des großen Zulaufs von kaum geübten und körperlich oft wenig belastbaren Landeseinwohnern mussten die Partisanenabteilungen zeitweilige Einbußen in ihrer militärischen Effektivität in Kauf nehmen[98]. Zu Gunsten der Partisanen wirkte sich nach Ansicht van Ginkels dagegen immer wieder das

[94] BA-MA, RH 24–38/88, Ic/XXXVIII. AK vom 31.10.1943, TB, 1.1.-30.6.1943; BA-MA, RH 24–38/109, Ic/XXXVIII. AK vom 31.3.1944, TB, 1.7.-31.12.1943; BA-MA, RH 24–38/277, Qu./XXXVIII. AK, KTB, 7.7., 1.8.1943.

[95] BA-MA, RW 31/592, Bl. 19, Wi In Nord, Beitrag zum KTB, 19.-25.9.1943; BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 29.9.1943; IfZ-Archiv, MA 1564/39, fr. 841, Ic/A.O./AOK 18 vom 6.10.1943, Stellungnahme; BA-MA, RH 26–28/119, Ib/28. Jg.Div., KTB, 9.10.1943; BA-MA, RH 23/286, Qu./Korück 583 vom 21.10.1943, Dienstliche Anordnungen Nr. 202; BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 31.10.1943; BA-MA, RH 20–18/668, Bl. 100–105, Ia/Ic/A.O./AOK 18 an H.Gr. Nord, Nr. 7325/43 g., vom 30.12.1943, Bandenbekämpfung; vgl. Schramm (Hrsg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd. 3, S.1162 (1.10.1943); Bernd Bonwetsch, Sowjetische Partisanen 1941–1944. Legende und Wirklichkeit des „allgemeinen Volkskrieges", in: Gerhard Schulz (Hrsg.), Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert, Göttingen 1985, S.105; Müller (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S.327; Edgar M. Howell, The Soviet Partisan Movement 1941–1944, Washington D.C. 1956, S.170; Hill, War, S.157ff.

[96] Vgl. ebenda, S.165 (Tabelle 18); Slepyan, Guerrillas, S.345, Anm. 5; Howell, Movement, S.181.

[97] BA-MA, RH 20–18/668, Bl. 100–105, Ia/Ic/A.O./AOK 18 an H.Gr. Nord, Nr. 7325/43 g., vom 30.12.1943, Bandenbekämpfung.

[98] Vgl. Slepyan, Guerrillas, S.53. Danach sank der Anteil an Rotarmisten in der 3. Leningrader Partisanenbrigade zwischen April und November 1943 von 26,8 auf nur noch 1,5 %. Stattdessen setzte sich die Brigade inzwischen zu zwei Dritteln aus den Einwohnern nahegelegener Dörfer zusammen. BA-MA, RH 20–18/668, Bl. 100–105, Ia/Ic/A.O./AOK 18 an H.Gr. Nord, Nr. 7325/43 g., vom 30.12.1943, Bandenbekämpfung. Danach sollen die Partisanen die geflohenen Landeseinwohner teilweise als Belastung empfunden und zur Rückkehr in ihre Dörfer veranlasst haben


Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilweise unzugängliche und unübersichtliche Gelände aus[99]. Weite Landstriche waren daher für die Besatzungsmacht kaum mehr betretbar. Die Partisanen setzten im Gegenzug an vielen Orten als lokale Verwaltungsinstitution die Dorfsowjets wieder ein[100].

Erwartungsgemäß blieben die verstärkten Partisanenbrigaden und -abteilungen auch in taktischer Hinsicht nicht lange inaktiv. In den letzten drei Monaten des Jahres 1943 kam es daher im Hinterland der 18. Armee zu einer erheblichen Zunahme der Anschläge gerade auf die für den deutschen Nachschub lebenswichtigen Bahnstrecken. Gleichzeitig intensivierten die Partisanen ihre Beitreibungen in den noch bewohnten Dörfern, um sich mit Vorräten für den Winter einzudecken[101]. Dieses Bild spiegelt sich auch im Rayon Bateckij wieder[102]. Dort steigerten sich die Sprengungen an der Bahn von drei Fällen im November auf zehn im darauffolgenden Monat. Die Überfälle auf Posten oder kleinere Abteilungen erhöhten sich im gleichen Zeitraum von zwei auf sechs, während die Zahl der Lebensmittel- und Viehbeitreibungen in den Dörfern von drei auf 14 Fälle wuchs[103].

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken hatte das Armeeoberkommando am 27. Oktober 1943 einen Befehl an die unterstellten Generalkommandos über die verstärkte Anwendung von „Kollektivmassnahmen zur Bandenbekämpfung" erlassen[104]. Neben einer generellen Vernichtung aller verlassenen Dörfer sollten sämtliche Einwohner von Ortschaften, „in denen die Banden freiwillige Unterstützung gefunden haben", in die „bandenfreien Räume" deportiert werden. Im Falle von „Gewalttätigkeiten" gegen „die Wehrmacht oder ihre Einrichtungen", sollten als „Geiseln bis zu 10 % der Einwohner" des betreffenden Dorfes erschossen werden. Allerdings war die Auslösung solcher Maßnahmen auf „Offiziere im Range eines Stabsoffiziers" beschränkt, wobei Lindemann vorsorglich darauf ver-

99 BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 16. 11. 1943.

100 BA-MA, RW 31/594, Wi In Nord, o.D., Stand der Befriedung im Oktober und November 1943; BA-MA, RW 46/308, Bl. 38, I/Fü/A Wi Fü 18, Beitrag zum KTB, 24.-30. 10. 1943; Meldung der 5. Leningrader Partisanen-Brigade vom 1. 12. 1943, zit. nach Hill, War, S. 157; vgl. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Bd. 3, Berlin (Ost) 1965, S. 564 f.

101 BA-MA, RL 34/12, Bl. 22–25, Ic/XXXVIII. AK, Nr. 292/43 geh., vom 27. 10. 1943, Feindnachrichtenblatt Nr. 2; ebenda, Bl. 33–36, Ic/1. Luftw.Feld-Div., Nr. 4285/43 geh., vom 20. 12. 1943, Feindnachrichtenblatt Nr. 5; BA-MA, RH 20–18/668, Bl. 100–105, Ia/Ic/A.O./AOK 18 an H.Gr. Nord, Nr. 7325/43 g., vom 30. 12. 1943, Bandenbekämpfung.

102 Ebenda. Neben dem Gebiet südlich der Bahnlinie Volosovo-Kingisepp bildeten die Rayons Utorgoš, Bateckij und Oredež während des Winters 1943/44 den Schwerpunkt der Partisanentätigkeit im Hinterland der 18. Armee.

103 BA-MA, RH 20–18/1399, Korück 583, Tagesmeldungen für November und Dezember 1943.

104 IfZ-Archiv, MA 1564, fr. 794 (NOKW 3372), Ic/A.O./Ia//AOK 18, Nr. 5701/43 g., vom 27. 10. 1943, Kollektivmassnahmen zur Bandenbekämpfung. Hierzu auch die folgenden Ausführungen, soweit nicht anders angegeben. Vgl. auch die weiteren radikalisierenden Befehle aus dieser Phase: Ia/H.Gr. Nord, Nr. 9930/43 geh., vom 30. 11. 1943, abgedruckt in: Müller (Hrsg.), Besatzungspolitik, S. 366–368; IfZ-Archiv, MA 1564/31, Qu./Ic/Ia/Berück Nord, Nr. 3240/43 geh., vom 7. 12. 1943, Zerstörung von Ortschaften.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wies, dass „gegen Eigenmächtigkeiten der Truppe bei der Durchführung von Kollektivmassnahmen [...] kriegsgerichtlich einzuschreiten" sei.

Die Rezeption dieser neuerlichen Richtlinien erfolgte nicht immer einheitlich. Das unmittelbar am Einschließungsring um Leningrad kämpfende und kaum durch Partisanen behelligte Generalkommando des LIV. Armeekorps hatte sich beispielsweise dafür entschieden, diesen Befehl aufgrund seiner „für den Korpsbereich z.Zt. geringe[n] Bedeutung [...] nach unten nicht schriftlich weiterzugeben"[105]. Anderswo handelte die Truppe dagegen nach den Wünschen Lindemanns. So befahl das XXXVIII. Korps seinen unterstellten Verbänden am 9. November, sämtliche verlassenen Dörfer, sofern sie nicht für Quartierzwecke benötigt wurden, dem Erdboden gleichzumachen[106]. Daneben wies dieses Generalkommando auf die Notwendigkeit einer „Führung des aktiven Bandenkampfes" hin und gab ein einschlägiges Merkblatt der Standortkommandantur Pleskau an die Truppe weiter[107]. Darin wurde von den Unteroffizieren, die einzelne Patrouillen anführten, neben einer ausgeprägten Entschluss- und Tatkraft auch ein „jägermässiger Kampfgeist" gefordert. Diese lediglich mit Handfeuerwaffen und Munition auszurüstenden Kleinkommandos sollten den „Banden" auflauern und bei einem Zusammentreffen erst im letzten Moment „aus allen Büchsen [das] Feuer" eröffnen. Dabei galt der Grundsatz: „Jeder Schuss muss einen Banditen umlegen!" Insbesondere sollten dabei die „Bandenführer und Politruk[s]" getötet werden.

Auch General van Ginkel setzte die Intentionen Lindemanns sogleich in die Praxis um. Dies zeigte sich bereits während des Unternehmens „Schnepfe-Wildente" südlich von Volosovo. In Kooperation mit der benachbarten 285. Sicherungsdivision verschleppten die Kräfte des Korück innerhalb von nur sieben Tagen 470 Einwohner und brannten 65 Ortschaften nieder. Gleichzeitig meldete die Truppe 15 „Feindtote"[108]. Situative Faktoren scheiden als Ursache für diese Eskalation allerdings aus. Ginkels Quartiermeisterabteilung hatte vielmehr bereits am 30. Oktober gezielt die „Einäscherung einiger Ortschaften befohlen"[109]. Eine weitere Untat geht aus einer Tagesmeldung vom 9. November hervor. Danach wurden in einem Dorf nahe Oredež nach vorherigen Straßengefechten „20 Einwohner in ihren Häusern verbrannt"[110].

Es verwundert kaum, dass angesichts dieser Vorgehensweisen die „Erfolgszahlen" im Hinterland der 18. Armee geradezu explodierten. So stieg die Zahl der getöteten Partisanen und „Verdächtigen" im Bereich des Korück 583 von 31 im September auf 343 im November, um schließlich im letzten Monat des Jahres 1943

[105] IfZ-Archiv, MA 1564, fr. 794f. (NOKW 3372), Ic/LIV. AK, Nr. 2011/43 geh., vom 3. 11. 1943.
[106] BA-MA, RH 24–38/202, Bl. 4, Ic/XXXVIII. AK, Nr. 353/43 geh., vom 9. 11. 1943.
[107] Ebenda, Bl. 6, Kdr.Gen./Ia/Ic/XXXVIII. AK, Nr. 5424/43 geh., vom 24. 11. 1943, Bandenkampf; ebenda, Bl. 7, Ia/StOK Pleskau, Nr. 3395/43 geh., vom 6. 11. 1943, Aktiver Bandenkampf. Siehe auch zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben.
[108] BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 7. 11. 1943.
[109] BA-MA, RH 20–18/1399, Korück 583, TM, 30. 10. 1943.
[110] BA-MA, RH 23/284, Korück 583, KTB, 9. 11. 1943.

den Wert von 551 „Feindtoten“ zu erreichen[111]. Eine Analyse der Tagesmeldungen belegt, dass die weitaus meisten Opfer auf das Konto der mobilen Jagdkommandos und Kampfgruppen gingen. Allein die im Raum Utorgoš operierende Regimentskampfgruppe des Obersten Pohl tötete während zweier Unternehmungen im Dezember annähernd 500 Personen und brannte mindestens zehn Dörfer nieder[112]. Besonders rücksichtslos ging dabei das III. Bataillon des Jägerregiments 49 (28. Jäger-Division) vor, das bereits am 9. November bei der Erstürmung von sechs „teilweise befestigten Ortschaften“ insgesamt 41 angebliche Partisanen getötet hatte. Die eigenen Verluste beliefen sich während dieser „Aktion“ lediglich auf drei Verwundete[113].

Bei diesen beweglich und häufig überregional eingesetzten Formationen kam neben der ohnehin freizügigen Befehlslage und einer teilweise mangelhaften Kontrolle der Soldaten durch ihre Vorgesetzten häufig auch eine Massierung an Feuerkraft (Granatwerfer, Flugabwehrkanonen, teilweise auch Unterstützung aus der Luft) zur Wirkung. Begünstigend für ein rücksichtsloses Vorgehen dürfte sich nicht zuletzt die Tatsache ausgewirkt haben, dass die Angehörigen der Kampfgruppen im Gegensatz zu den bodenständigen Kommandanturen kaum die Konsequenzen ihres Handelns zu berücksichtigen brauchten, da sie nach fast jedem Einsatz in andere Landstriche verlegt wurden[114].

Zwar ließ auch die untere Militärverwaltung mitunter unbeteiligte Landeseinwohner hinrichten, doch scheint bei diesen der Auftrag einer dauerhaften Befriedung und einer ökonomischen Ausnutzung ihrer Bezirke eine in dieser Hinsicht mäßigende Wirkung entfaltet zu haben. Darauf verweist unter anderem eine Anzahl von Monita der vorgesetzten Kommandobehörden. Diese bemängelten nicht

[111] Ebenda, Korück 583, KTB, 25.9., 30.11., 31.12.1943. Für den Oktober 1943 sind keine eindeutigen Vergleichszahlen verfügbar. Siehe aber ebenda, Korück 583, KTB, 14.11.1943. Danach verzeichnete der Korück für die Zeit vom 20.9.-14.11.1943 insgesamt 156 getötete und 47 gefangene Partisanen. BA-MA, RH 20–18/668, Bl. 100–103, Ia/Ic/A.O./AOK 18 an H.Gr. Nord, Nr. 7325/43 g., vom 30.12.1943, Bandenbekämpfung. Unter Einbeziehung der Korpsgebiete lauten die Zahlen im Bereich der 18. Armee für die Monate November und Dezember 1943 477 bzw. 648 getötete und 309 bzw. 104 gefangene Partisanen bzw. Partisanenhelfer. Die deutschen Verluste beliefen sich dagegen im Dezember auf 30 Tote und einen Vermissten. Noch im Februar 1944, die Armee befand sich bereits auf dem Rückzug, meldete diese wiederum 461 getötete und 75 gefangene Partisanen. BA-MA, RW 46/309, Gr. I/A Wi Fü 18, Wochenbericht zum KTB, 28.2.-5.3.1944.

[112] BA-MA, RH 20–18/1399, Korück 583, Tagesmeldungen für Dezember 1943. Die beiden Unternehmungen der Kampfgruppe fanden vom 3.-8. und vom 19.-25.12.1943 statt. BA-MA, RH 20–18/668, Bl. 100–105, Ia/Ic/A.O./AOK 18 an H.Gr. Nord, Nr. 7325/43 g., vom 30.12.1943, Bandenbekämpfung.

[113] BA-MA, RH 20–18/1399, Korück 583, TM, 10.11.1943. Das Bataillon befand sich seit Anfang November im Hinterland im Einsatz. BA-MA, RH 26–28/119, Ib/28. Jg.Div., KTB, 2.11.1943.

[114] Vgl. Hürter, Heerführer, S. 437 f., der die unübersichtliche Gefechtslage, die Brutalität der Kämpfe und eine anhaltende Verhetzung der Soldaten als ursächlich für willkürliche Handlungen innerhalb der Großunternehmen sieht.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

selten eine angeblich zu nachsichtige Haltung einiger Kommandanturen gegenüber der einheimischen Bevölkerung[115].

Diese These lässt sich am Beispiel der Ortskommandantur (I) 361 untermauern. Trotz des geschilderten Anstieges der Partisanentätigkeit im Rayon Bateckij suggerieren die Tagesmeldungen des Korück 583 aus dem November und Dezember 1943 eine überwiegend passive Haltung des Ortskommandanten Meyer-Everloh. Zwar kam es auch in dessen Bezirk zum Niederbrennen von vier verlassenen Dörfern, doch beschränkten sich die Maßnahmen der Kommandantur ansonsten auf eine Registrierung der Überfälle und Anschläge sowie auf die Behebung der entstandenen Schäden an Bahn- und Kommunikationseinrichtungen. Lediglich in Einzelfällen wurde das zuständige Jagdkommando benachrichtigt[116].

Das Verhalten des Ortskommandanten sollte jedoch zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit anderen Kommandobehörden führen. Nachdem eine Partisanengruppe das Dorf Dregly, wenige Kilometer westlich von Bateckij, mehrmals zwecks Beitreibung von Lebensmitteln und Pferden aufgesucht hatte[117], kam es dort am Nachmittag des 18. Dezember zum Zusammenstoß mit einem vierköpfigen Beitreibungskommando der 2. Lettischen SS-Freiwilligen-Brigade[118]. Dabei gelang es den acht Partisanen, den Legions-Hauptsturmführer Krukowsky zu töten und den Legions-Untersturmführer Osolins zu verwunden. Die beiden anderen lettischen SS-Angehörigen konnten fliehen und in der nahegelegenen Ortskommandantur Bericht erstatten[119]. Meyer-Everloh forderte daraufhin das Jagdkommando der SS-Brigade zur Untersuchung des Vorfalls an. Dieses suchte

[115] BA-MA, RH 23/278, Qu./Korück 583 vom 22.6.1942, Dienstliche Anordnungen Nr. 391: „Aus typisch deutscher Einstellung hat sich zwischen der Truppe und der Zivilbevölkerung ein Verhältnis herausgebildet, das in keiner Weise den Beziehungen zu Angehörigen eines Landes entspricht, mit dem sich das Deutsche Reich im Kriegszustand befindet". BA-MA, RH 23/281, Bl. 76–79, Berück Nord vom 14.9.1942, Tagung der Kriegsverwaltungsbeamten in Pleskau am 6.9.1942. Dort führte General Franz v. Roques aus, dass „die Militärverwaltung [...] nicht dazu da [sei], die Bevölkerung gegenüber anderen Dienststellen zu vertreten". BA-MA, RH 26–281/12, Ia/281. Sich.Div., Nr. 195/43gKdos., vom 19.7.1943, Bandenlage im Divisions-Bereich und Möglichkeiten zu dessen Befriedung.

[116] BA-MA, RH 20–18/1399, Bl. 2–122, Korück 583, Tagesmeldungen für November und Dezember 1943.

[117] Ebenda, Bl. 24 u. Bl. 28, Korück 583, TM 18., 20.12.1943.

[118] Dieser Verband war am 18.5.1943 durch Umgruppierung aus der vormaligen 2. SS-Infanteriebrigade (mot.) hervorgegangen. Er bestand bei einer Iststärke von 6.586 Mann (September 1943) aus zwei Regimentern, die sich wiederum aus ehemaligen Schutzmannschafts-Bataillonen zusammensetzten. Das Personal bildeten mit Ausnahme des Brigadestabes ausschließlich lettische Freiwillige. Mit Wirkung vom 7.1.1944 wurde der Verband zur 19. Lettischen SS-Freiwilligen-Division aufgewertet. Zur Jahreswende war die Brigade dem Generalkommando XXXVIII. Armeekorps unterstellt und am Volchov eingesetzt. Eine unkritische Verbandsgeschichte findet sich in: BA-MA, RS 3–19/1, Bl. 9–11, Lettischer Fürsorgeverein „Daugavas Vanagi" vom 21.11.1968, Geschichte der lettischen SS-Freiwilligen-Legion; vgl. Valdis O. Lumans, Latvia in World War II, New York 2006, S. 273, S. 278, S. 280, S. 286, S. 321 f., S. 325 u. S. 327. Eine bloße Datensammlung bietet dagegen Paul Schill, Die Geschichte der lettischen Waffen-SS, Ettlingen ²1977, S. 1, S. 3 f. u. S. 6 ff.

[119] BA-MA, RH 20–18/1399, Bl. 24, Korück 583, TM, 20.12.1943; BA-MA, RH 20–18/1628, Bl. 93 f., Kdr./2. Lettische SS-Freiwilligen-Brigade an Chef/XXXVIII. AK vom 26.12.1943,


Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwei Tage danach den Ort des Geschehens auf und behauptete, acht Einwohnern „die indirekte Verbindung mit Banditen“ nachweisen zu können.

Die Beweislage erschien Meyer-Everloh jedoch für eine Tötung der Betreffenden nicht hinreichend, weshalb er kurzerhand sein Einverständnis verweigerte. Darauf kam es zu Verhandlungen mit SS-Sturmbannführer Lenze, dem ersten Generalstabsoffizier der Brigade, und schließlich mit dem Kommandeur des lettischen Verbandes selbst, dem hochdekorierten SS-Oberführer Hinrich Schuldt[120]. Dieser verwies den Ortskommandanten explizit auf Lindemanns Befehl vom 27. Oktober und forderte die umgehende Erschießung der acht Einwohner. Da Meyer-Everloh weiterhin auf seinem Standpunkt beharrte, beorderte Schuldt sein Jagdkommando zurück, das bezeichnenderweise, angeblich „durch eine Überschneidung in der Befehlsübermittlung“ bedingt, „die geplante Aktion“ bereits durchgeführt hatte. Dabei waren sieben Landeseinwohner erschossen und ein Wohngebäude niedergebrannt worden.

Während der Verhandlungen zwischen Ortskommandantur und Brigade hatte sich auch der Kommandeur des in Bateckij stationierten und zur 28. Jäger-Division gehörigen Feldersatz-Bataillons 28, ein gewisser Hauptmann Loerzer[121], eingeschaltet. Dieser machte sofort das zweifelhafte Angebot, „mit meinen Unteroffizieren und den mir zur Verfügung stehenden Männern im Orte des Mordes aufzuräumen.“ Meyer-Everloh entgegnete diesem aber nur, dass „ein Durchgreifen in dieser Form [...] nicht in Frage“ komme.

Obwohl für die betroffenen Landeseinwohner kaum mehr von Bedeutung, zog dieses Ereignis noch weitere Kreise, da sich zwischenzeitlich der Stabschef des Generalkommandos des XXXVIII. Korps, Oberst Friedrich Wilhelm Rübesamen[122], auf die Seite des SS-Führers stellte. Durch eine Meldung an die 18. Armee erwirkte Rübesamen, der bereits 1941/42 als Chef beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte die dortigen Massenerschießungen von angeblichen Partisanen zumindest mit zu verantworten hatte[123], eine persönliche Ent-

Mord an Leg.-Hauptsturmführer Krukowsky. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf dieses Dokument.

120 Hinrich Schuldt (1901–1944), 1942–43 Führer der Kampfgruppe Schuldt, 1942 Ritterkreuz, SS-Standartenführer, 1943 Eichenlaub, 1. 9. 1943–7. 1. 1944 Kommandeur 2. Lettische SS-Freiwilligen-Brigade, 9. 11. 1943 SS-Oberführer, 7.1.-15. 3. 1944 Kommandeur 19. Lettische SS-Freiwilligen-Division.

121 Ermittelt nach BA-MA, RH 26–28/119, Ib/28. Jäger-Division, KTB, 4. 12. 1943.

122 Friedrich Wilhelm Rübesamen, (geb. 1889), 16. 3. 1941–28. 2. 1942 Chef/Befh. rückw. Heeresgebiet Mitte, 25. 5. 1942–17. 8. 1943 Chef/Befh. rückw. Heeresgebiet Nord, 18. 8. 1943–20. 1. 1944 Chef/Gen.Kdo. XXXVIII. AK.

123 Als bezeichnend kann eine Tagesmeldung über das Ergebnis des Einsatzes von SS-Kavallerie in den Pripjat-Sümpfen gelten. Rübesamen zufolge könne durch die „Niederdrückung der Juden [...] das Gebiet als befriedet angesehen werden.“ Befh. rückw. Heeresgebiet Mitte, TM, 10. 8. 1941, zit. nach Hürter, Heerführer, S. 558. Nach Gerlach, Morde, S. 875, wurden während der Amtszeit Rübesamens (Juni 1941 bis Ende Februar 1942) in diesem Heeresgebiet bis zu 63.257 vorgebliche Partisanen getötet. BA-MA, P 6/9606, General Franz v. Roques vom 1. 3. 1943, Beurteilung Friedrich Wilhelm Rübesamen: „Seine Haltung ist nat[ional]-soz[ialistisch].“



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

scheidung Lindemanns. Die Folge war die Einleitung eines kriegsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens gegen Meyer-Everloh und dessen einstweilige Amtsenthebung[124]. Während diese Vorgehensweise einerseits die inzwischen eingegrenzten Spielräume des mittleren Offizierkorps veranschaulicht, so hielten sich andererseits die Konsequenzen für den Major aber durchaus in Grenzen[125]. Zwar erlebte dieser während seines Arrests einige „schwere Tage" in ungewisser, „besonderer Lage", doch währte seine Suspendierung letztlich nur knapp zwei Wochen[126]. Die am 14. Januar auch beim XXXVIII. Armeekorps einsetzende sowjetische Großoffensive ließ offenbar eine kurzfristige Ersatzgestellung für seinen Posten als Ortskommandant nicht mehr zu. Auch scheinen nach dem Zeugnis Meyer-Everlohs seine unmittelbaren Vorgesetzten, General van Ginkel und der Oberquartiermeister der 18. Armee, Oberst Otto Deyle, zu seinen Gunsten interveniert zu haben. Das Kriegsgerichtsverfahren gegen ihn wurde schließlich eingestellt[127]. Die Episode scheint auch keine längerfristigen negativen Folgen mit sich gebracht zu haben, da Meyer-Everloh „seine" Ortskommandantur mit wechselnden Einsatzorten bis Kriegsende behielt.

## Zusammenfassung

Am Beispiel der 18. Armee wurde gezeigt, dass die Ausprägungen der deutschen Militärbesatzung im Osten durchaus vielschichtig sein konnten. Trotz einiger Einschränkungen, resultierend aus der Anwesenheit der Dienststellen von Wirtschaftsorganisation sowie Polizei und SS, verfügten die Militärbehörden im Operationsgebiet mit der „vollziehenden Gewalt" sowie durch die Möglichkeit, sich auf sogenannte Kriegsnotwendigkeiten zu berufen, über wesentliche Kompetenzen und Handlungsspielräume. Umso schwerer wiegen daher die Erkenntnisse über das Verhalten von Kommandobehörden und Truppe im Zuge von Räumung und Partisanenkrieg während der Schlussphase der deutschen Besatzung im russischen Nordwesten.

Bereits hinsichtlich der von Hitler befohlenen Strategie der „verbrannten Erde" existieren kaum Hinweise, die auf einen ernsthaften Widerspruch der Truppenführung gegen diese Maßnahmen schließen lassen[128]. Während die Wirt-

[124] BA-MA, RH 20–18/1628, Bl. 92, Ic/XXXVIII. AK an AOK 18 vom 31. 12. 1943. Vielsagend ist die Paraphe, vermutlich des Abwehroffiziers der 18. Armee: „Völlig unsinniges Verhalten des Majors"; ebenda, Bl. 91, Ic/A.O./AOK 18 an Gen.Kdo. XXXVIII. AK und Korück 583 vom 3. 1. 1943.

[125] Auffällig ist, dass wenige Wochen zuvor ein weiterer Ortskommandant im Bereich des Korück 583, der Major Gustav Boettcher von der OK (I) 315 in Jaščera, „wegen Ungehorsams" abgesetzt und kriegsgerichtlich belangt wurde. Die genauen Umstände hierzu sind allerdings nicht bekannt. BA-MA, RH 23/286, III/Korück 583 vom 8. 10. 1943, TB, 1.-7. 10. 1943; ebenda, III/Korück 583 vom 15. 10. 1943, TB, 8.-14. 10. 1943; ebenda, III/Korück 583 vom 22. 10. 1943, TB, 15.-21. 10. 1943.

[126] NL Meyer-Everloh, Walther Meyer-Everloh an seinen Sohn Eberhard vom 20. 1. 1944.

[127] Ebenda, Walther Meyer-Everloh an Versorgungsamt I/Hannover vom 7. 2. 1960.

[128] Vgl. Howell, Movement, S. 170. Danach führte die 18. Armee lediglich die erheblichen Transportschwierigkeiten als Argument gegen eine vollständige Deportation der Zivilbevöl-

schaftsdienststellen aus naheliegenden Motiven den Abtransport von Arbeitskräften, Vieh und Gütern begrüßten, kommen für die Militärverwaltung namentlich das Festhalten am Prinzip des unbedingten Gehorsams sowie eine einseitige Fixierung auf das vermeintlich militärisch Notwendige als wesentliche Beweggründe für die häufig kritiklose Umsetzung der „Führerbefehle" in Frage.

Daneben entfalteten die spezifischen Gesetzmäßigkeiten des Ostkrieges ihre Wirkung. Dieser war seit 1941 sowohl auf normativer Ebene als auch in der Propaganda als Vernichtungskrieg zwischen zwei diametral entgegengesetzten Weltanschauungen definiert worden. Eine solche Auseinandersetzung konnte demnach nur mit der völligen Niederlage eines der beiden Kontrahenten enden. Diese Sicht wurde durch ideologische Dispositionen bzw. Feindbilder zusätzlich begünstigt. Seit der Kriegswende wirkte sich das Schreckbild eines angeblich kulturzerstörenden „jüdischen Bolschewismus" bei nicht wenigen Vertretern der Militärelite und ihren Untergebenen derart aus, dass diese sich in eine zunehmend defensive Haltung gedrängt sahen. Fortan ging es weniger um die Eroberung von „Lebensraum" als vielmehr darum, die vordringende Rote Armee buchstäblich mit allen Mitteln von den Reichsgrenzen fernzuhalten.

Diese Ergebnisse korrespondieren mit dem Verlauf des Kampfes gegen die sowjetische Partisanenbewegung. Dieser wurde zumindest bei der 18. Armee nicht mit dem Ziel einer Dezimierung der russischen Einwohnerschaft geführt[129]. Das belegen allein die verhältnismäßig niedrigen Opferzahlen zwischen Frühjahr 1942 und Spätsommer 1943. Gerade auf der lokalen Ebene zielten die Maßnahmen der Behörden der Militärverwaltung in erster Linie auf die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" ab. Damit untrennbar verbunden war eine Instrumentalisierung der Bevölkerung für die Verwaltung, Sicherung und Ausbeutung des Landes. Davon profitierte am meisten die Truppe selbst. Außerhalb des lange Zeit auf einzelne Landstriche beschränkten Partisanenkrieges etablierte sich daher ein vor allem auf die militärischen und ökonomischen Zielsetzungen fixiertes Besatzungsregime.

Die mitunter durchaus gemäßigte Haltung der örtlichen Militärverwaltung konnte sich aber unvermittelt in ihr Gegenteil verkehren, sobald die Besatzer eine beliebige Form von Widerstand auf Seiten der Landeseinwohner mutmaßten. Die in solchen Fällen eingesetzten mobilen Jagdkommandos oder Kampfgruppen besaßen in der Regel keinerlei Bezug zu den jeweiligen lokalen Verhältnissen und verfolgten, durch die Befehlslage gedeckt, selbst gegenüber bloßen „Verdächtigen" eine kompromisslose Strategie der Vernichtung. Nicht zuletzt spielten aber auch die Gesetzmäßigkeiten eines asymmetrischen Krieges gegen einen unsichtbaren Gegner eine wesentliche Rolle bei den oft harten Vorgehensweisen der Truppe. Das Problem einer Differenzierung zwischen der friedlichen Einwohner-

kerung ins Feld.

[129] Dies gilt allerdings nicht für die ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen – Juden, Roma und Kommunisten. Auch wenn die übrigen Landeseinwohner von den Besatzern keineswegs als gleichwertig angesehen wurden, so richtete sich der Vernichtungskrieg im Osten vorrangig gegen diese vorgeblichen Vertreter der „gegnerischen Weltanschauung".



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schaft und den Partisanen sowie die im Gefolge auftretenden Frustrationen und Ersatzhandlungen entfalteten mitunter eine verhängnisvolle Wirkung.

Trotzdem besaßen gerade die unteren Truppenführer einen wesentlichen Einfluss auf das konkrete Handeln ihrer Männer. Deren persönliche Einschätzung der jeweiligen Situation gab letztlich den Ausschlag. Anders wäre der Verlauf des Partisanenkrieges bei der 18. Armee kaum zu erklären. Wie am Beispiel des Ortskommandanten von Bateckij gezeigt werden konnte, war dieser Spielraum aber sowohl von der allgemeinen Befehlskonstellation als auch von der persönlichen Haltung der vorgesetzten Funktionsträger abhängig. Gerade in der Schlussphase der deutschen Besatzung und unter dem Eindruck einer sich rasch verschlechternden Kriegslage befürworteten diese allzu häufig ein radikales Vorgehen und entsprachen damit den Intentionen der obersten Führung. Der Krieg gegen die Sowjetunion blieb daher trotz aller notwendigen Differenzierungen bis zuletzt ein Vernichtungskrieg.

**Die Universität Leipzig war das Zentrum der akademischen Journalistenausbildung in der DDR. Die Fakultät für Journalistik, umgangssprachlich auch „Rotes Kloster“ genannt, sollte die ostdeutschen Massenmedien mit ebenso gut ausgebildeten wie linientreuen Fachleuten versorgen, die geeignet waren, gesellschaftlichen und kulturellen Konsens zu stiften oder zu stärken. Die Autoren können zeigen, wie groß der Konformitätsdruck war, der auf den – nicht selten idealistischen – Studenten lastete, wie wichtig SED und Staatssicherheit das Thema Journalistenausbildung nahmen und wie komplex sich die politisch-sozialen Beziehungen gestalteten, in deren Zentrum die Fakultät für Journalistik stand.**

Christian Schemmert/Daniel Siemens

# Die Leipziger Journalistenausbildung in der Ära Ulbricht

Wie die Menschen in der DDR über Politik urteilten, war für die SED-Führung spätestens im letzten Jahrzehnt ihrer Herrschaft kaum noch zu erfahren – jedenfalls nicht aus den staatlichen Massenmedien. Ein Prozess der politischen Entscheidungsfindung, der sich auf der Basis vergleichenden Beobachtens vollzog und die Bevölkerung als relevanten Faktor berücksichtigte, fand letztlich erst im Revolutionsjahr 1989 statt, als sich die Grundmuster der bislang ausschließlich staatstragenden Medienberichterstattung änderten[1]. Themen wie Presse-, Meinungs-, Reise- und Versammlungsfreiheit, welche die SED in den Jahrzehnten zuvor nur punktuell aufgegriffen hatte, um öffentliche „Diskussionen“ in sehr engen Grenzen zu initiieren[2], wurden nun als Folge der veränderten Medienpolitik erstmals für alle Bürger les-, sicht- und hörbar. Für die Herrschenden wie für die Beherrschten war der November 1989 auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Massenmedien der DDR allmählich eine Welt jenseits der expliziten wie internalisierten SED-Leitlinien abzubilden begannen.

Hinter dem Problem der Selbstbeobachtung des politischen Systems in der DDR stand eine von den Machthabern vertretene Gesellschaftsvorstellung, die Konsens mit Effizienz und Stabilität gleichsetzte, Ineffizienz und Instabilität hingegen als Begleiterscheinung eines strikt abgelehnten liberalistischen Ordnungsentwurfs auswies[3]. Einem solchen Anspruch planmäßiger Herstellung von Einheit war eine Überschätzung der Handlungskompetenz politischer Organisationen

[1] Vgl. Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin $^{5}$2012.

[2] Vgl. Mary Fulbrook, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 273–280.

[3] Vgl. Martin Sabrow, Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, in: Historische Kommunismusforschung (1999), S. 191–224; Dirk Baecker, Oszillierende Öffentlichkeit, in: Rudolf Maresch (Hrsg.), Medien und Öffentlichkeit. Positionierungen, Symptome, Simulationsbrüche, München 1996, S. 89–107.

VfZ 2/2013 © Oldenbourg 2013 DOI 10.1524/vfzg.2013.0010
Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

immanent; eine Fehleinschätzung, die mit der Selbstwahrnehmung ihrer Mitglieder weitgehend übereinstimmte[4].

Die Steuerungsambitionen der SED-Führung bezogen sich auf das gesamte soziale Leben, das Bewusstsein der Staatsbürger eingeschlossen. Der damit verbundene Versuch, eine politische Öffentlichkeit zu etablieren, die von Beginn an – als bewusst gewähltes Gegenmodell zu den kapitalistischen Gesellschaften – keinen Meinungspluralismus kennen sollte, war ein radikales Projekt sozialplanerischer Umgestaltung. In dieser Hinsicht dem NS-Staat und dem Staatsozialismus sowjetischer Prägung vergleichbar, lief journalistische Praxis in der DDR nicht auf die Beseitigung, sondern auf die Vereinheitlichung der öffentlichen Meinung hinaus[5], auch wenn dies im Detail noch weitgehend unerforscht ist[6]. Der vorliegende Aufsatz stößt in diese Lücke, indem er am Beispiel des Instituts für Publizistik (ab 1954 dann Fakultät für Journalistik) an der Karl-Marx-Universität in Leipzig danach fragt, welchen Beitrag eine Analyse der Journalistenausbildung für eine an einer vergleichenden Diktaturforschung orientierte Mediengeschichte der DDR leisten kann.

Die Universität Leipzig entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zum Zentrum der akademischen Ausbildung für Journalisten in der DDR[7]. Ziel dieser Ausbildung war es, den publizistischen Nachwuchs praktisch und theoretisch umfas-

---

[4] Dies ist in der Forschung zur Geschichte der DDR bislang vor allem am Beispiel des Staatssicherheitsdienstes herausgearbeitet worden. Diesem kam u. a. die Aufgabe zu, die Parteiführung mit Informationen über die Stimmungslage der Bevölkerung zu versorgen. Allerdings entwickelte sich politisches Handeln in der DDR ab der ersten Hälfte der siebziger Jahre mehr und mehr zum Blindflug, da die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit „das Politbüro gar nicht mehr regelmäßig erreichte[n]". Jens Gieseke, Die Stasi 1945–1990, München [4]2011, S. 162; vgl. Thomas Lindenberger, Tacit Minimal Consensus: The Always Precarious East German Dictatorship, in: Paul Corner (Hrsg.), Popular Opinion in Totalitarian Regimes: Fascism, Nazism, Communism, Oxford 2009, S. 208–222.

[5] Art. Öffentliche Meinung, in: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, hrsg. v. Wolfgang Eichhorn u. a., Köln/Opladen 1969, S. 424 f. Zum Begriff der öffentlichen Meinung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive im Nationalsozialismus vgl. Hans Amandus Münster, Zeitung und Zeitungswissenschaft im neuen Staat, in: Zeitungswissenschaft. Zweimonatsschrift für internationale Zeitungsforschung 8 (1933), H. 5, S. 273–288, vor allem S. 273 ff.; für die Sowjetunion aus demselben Blickwinkel Aleksandr K. Uledow, Die öffentliche Meinung. Eine Studie zum geistigen Leben der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1964.

[6] Für weiterführende Ansätze zur Erforschung der persuasiven Formen von Kommunikation vgl. Christoph Classen, Thoughts on the Significance of Mass-media Communications in the Third Reich and the GDR, in: Totalitarian Movements and Political Religions 8 (2007), H. 3–4, S. 547–562. Zur parteistaatlich kontrollierten Massenkommunikation innerhalb staatssozialistischer Gesellschaften sowie im Nationalsozialismus vgl. außerdem Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hrsg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt a.M. 2003; Corey Ross, Media and the Making of Modern Germany. Mass Communications, Society, and Politics from the Empire to the Third Reich, Oxford/New York 2010, S. 263–301.

[7] Einzige Alternative war entweder eine Ausbildung in den seit Januar 1947 bestehenden Journalistenklassen an der Parteihochschule Karl Marx des ZK der SED oder an der Deutschen Journalistenschule, deren Redakteurslehrgänge an der Leipziger Fakultät für Journalistik



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

send zu schulen, um ihn anschließend in den staatstreuen Massenmedien einzusetzen. Trotz der zentralen Bedeutung der Leipziger Journalistenausbildung sind viele Aspekte ihrer Geschichte noch immer unerforscht. Es liegen in erster Linie ältere Studien über das „Rote Kloster" vor, die zwar detailgenau sind, aber auf der deskriptiven Ebene stehenbleiben oder stark autobiographische Züge tragen[8]. Hinzu kommen Selbstdarstellungen, Qualifikationsarbeiten und andere universitäre Publikationen aus der DDR[9] sowie Erinnerungen ehemaliger Studenten und Dozenten, die sich allerdings nur wenig um kritische Einordnung bemühen[10]. Auch die neuere Historiographie zur Geschichte der DDR hat den Journalismus, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur kursorisch behandelt[11].

durchgeführt wurden. Zur Parteihochschule Karl Marx vgl. Thekla Kluttig, Parteischulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961, Berlin 1997, S. 191–403. Vgl. außerdem Julia Martin, Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation – Westkorrespondenten – „Der schwarze Kanal", Köln/Weimar 2007, S. 7–77.

8 Mit Ausnahme von Arnulf Kutsch, Kommunikations- und Medienwissenschaft, in: Ulrich von Hehl/Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hrsg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen, Bd. 4/1, Leipzig 2009, S. 741–759, stammen die Veröffentlichungen ganz überwiegend aus den siebziger und achtziger Jahren. Vgl. hier vor allem Gudrun Traumann, Journalistik in der DDR. Sozialistische Journalistik und Journalistenausbildung an der Karl-Marx-Universität Leipzig, München 1971; Verena Blaum, Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR, Köln 1985; dies., Marxismus-Leninismus. Massenkommunikation und Journalismus. Zum Gegenstand der Journalistikwissenschaft in der DDR, München 1980; Brigitte Klump, Das rote Kloster. Als Zögling in der Kaderschmiede des Stasi, München 1991 (Erstausgabe Hamburg 1978); Xing Hu Kuo, Wodka in Sektgläsern. Cocktail meiner liebenswürdigen Stasi-Damen, Böblingen 1993.

9 Vgl. vor allem Hermann Budzislawski, Sozialistische Journalistik. Eine wissenschaftliche Einführung, Leipzig 1966; ders., Die erste deutsche Fakultät für Journalistik, in: Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Verband der Deutschen Journalisten, Leipzig 1960, S. 78–89, sowie die gerade für die Anfangsjahre hinsichtlich der Studienpolitik an der Fakultät für Journalistik getroffenen Bemerkungen, in: Ders., Zur Verbesserung des Studienganges und des Studienplanes an der Fakultät für Journalistik, in: Neue Deutsche Presse 11 (1957), H. 3, S. 3–16.

10 Vgl. exemplarisch Klaus Höpcke, Lehrer-Persönlichkeiten an der Fakultät für Journalistik, in: Manfred Neuhaus/Helmut Seidel (Hrsg.), Universität im Aufbruch – Leipzig 1945–1956, Leipzig 2002, S. 140–144; Hans Poerschke, Anfänge marxistischer Journalistik – zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Parteikonzept, in: Ebenda, S. 134–139; Siegfried Schmidt, Fakultät für Journalistik. Zum 50. Jahrestag der Gründung am 20. September 2004, in: Universität Leipzig (Hrsg.), Jubiläen 2004. Personen/Ereignisse, Leipzig 2004, S. 53–58.

11 Vgl. Michael Meyen/Anke Fiedler, Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR, Berlin 2011. In dieser Darstellung ist eine ausführliche Aufbereitung des Forschungsstandes zur Geschichte des Journalismus in der DDR enthalten, die viele der bis dato erschienenen autobiographischen Selbstzeugnisse berücksichtigt. Vgl. auch Stefan Zahlmann (Hrsg.), Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR, Berlin 2010; Wilke (Hrsg.), Journalisten und Journalismus; Gunther Holzweißig, Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002. Es ist auffallend, dass in vielen neueren Sammelbänden über die Rolle der Medien in und über Deutschland hinaus die DDR nahezu vollständig übergangen wird. Vgl. Clemens Zimmermann (Hrsg.), Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006; Jürgen Wilke, Massenmedien und Journa-

Dabei ist vor allem über die Ära Ulbricht wenig bekannt[12], obwohl die Analyse dieser Jahre in besonderer Weise zeigt, wie die SED-Diktatur nicht nur etabliert, sondern auch massenmedial gestützt wurde. Elemente politischer Transformation lassen sich hier ebenso finden wie solche obrigkeitsstaatlicher Kontinuität oder Reminiszenzen an bestimmte Formen linker Gegenöffentlichkeit in der Weimarer Republik.

## Plädoyer für eine doppelte Kontextualisierung

Die Fakultät für Journalistik war eine besondere Wissenschaftseinrichtung in der Hochschullandschaft der DDR, wie schon die Etiketten erkennen lassen, mit denen man sie wiederholt bedacht hat: Sie wurde als Kasernierungs-, Ausbildungs- und Propagandaanstalt mit einer Riege stalinistischer „Betonköpfe" an der Spitze beschrieben, die inmitten von „Stasiland" den „Kaderzöglingen" die kommunistischen Klassiker eingetrichtert habe. Aber auch eine Porträtierung des journalistischen Berufsstands, die im Mediensystem der DDR *sozialontologisch* auf die Reduzierung der Akteure auf einen in seinem Handeln außerordentlich stabilen und somit jederzeit reflexiv gesteuerten *homo oeconomicus* hinausläuft[13], überzeugt nicht. Die Leipziger Ausbildungszeit muss vielmehr systematisch kontextualisiert und im Hinblick auf die Programmierung und Speicherung vor-bewusster Handlungsroutinen untersucht werden[14].

Für den Medienalltag in der DDR war jedenfalls nicht nur die tägliche Zensur entscheidend, sondern auch die in Leipzig erfolgte Vorauswahl der künftigen Journalisten sowie deren Selbstanpassung, die sie während des Studiums einge-

lismus in Geschichte und Gegenwart. Gesammelte Studien, Bremen 2009; Klaus Arnold/Christoph Classen/Susanne Kinnebrock/Edgar Lersch/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 2010. Ausnahmen bilden Karl Christian Führer/Corey Ross (Hrsg.), Mass Media, Culture and Society in Twentieth-Century Germany, Basingstoke/New York 2006; Thomas Lindenberger (Hrsg.), Massenmedien im Kalten Krieg: Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln u. a. 2006; Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln 2010.

[12] Vgl. in diesem Zusammenhang Daniela Münkel, Zwischen „Kaderschmiede" und Professionalisierung: Rundfunkjournalistenausbildung in der DDR der fünfziger Jahre am Beispiel der Rundfunkschule, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 188–199; Peter Strunk, Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996; David Pike, The Politics of Culture in Soviet-Occupied Germany, 1945–1949, Stanford/CA. 1992, S. 91–123.

[13] So Meyen/Fiedler, Die Grenze; dies. (Hrsg.), Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen, Berlin 2011.

[14] Grundlegend für den hier verfolgten methodischen Ansatz: Anthony Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt a.M./New York 1988, S. 91–159; Thomas Welskopp, Die Dualität von Struktur und Handeln. Anthony Giddens' Strukturierungstheorie als „praxeologischer" Ansatz in der Geschichtswissenschaft, in: Andreas Suter/Manfred Hettling (Hrsg.), Struktur und Ereignis (Geschichte und Gesellschaft; Sonderheft 19), Göttingen 2001, S. 99–119.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

übt hatten[15]. Wie ein heute in leitender Funktion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigter Journalist, der in Leipzig in den 1980er Jahren sein Journalistikstudium beendete, bemerkte, wurden dort ausnahmslos Nachwuchskräfte ausgebildet, die bereit waren, ihre persönlichen Berufsvorstellungen vollständig den Zielen der Partei unterzuordnen. Kritik war unerwünscht und wurde radikal unterbunden: „Wer sich nicht beugte, wer grundsätzliche Zweifel am System äußerte, der musste gehen."[16]

In diesem Schlaglicht auf die Logik des Journalismus in der DDR scheint bereits das Ziel des vorliegenden Aufsatzes auf, die Sozialisationserfahrungen angehender Journalisten stärker als bislang in eine Gesamtinterpretation der Geschichte der Massenmedien zu integrieren. Eine Analyse der Leipziger Journalistenausbildung verspricht beispielsweise Antworten auf die vieldiskutierten Fragen, woher die Journalisten – ohne dass es eine Vorzensurbehörde gegeben hätte – wussten, worüber sie informieren durften, und ob ihnen immer gesagt werden musste, was sie zu schreiben hatten. An der Leipziger Fakultät ging es nicht nur um praktische Wissensvermittlung, sondern immer auch um eine spezifisch sozialistische Berufsideologie. Parteilichkeit, nicht das von der SED stigmatisierte „Nur-Journalistische"[17], war als Leitlinie schon während der Ausbildung vorgegeben: „Der Journalist ist politischer Funktionär. Mit den Mitteln der Publizistik verändert er das Denken und Fühlen, die Verhaltensweise der Menschen und kämpft so aktiv für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei. Das exakte Beherrschen der Beschlüsse der Partei ist daher die erste Grundlage für die journalistische Tätigkeit. [...] Die Aufgaben des Journalisten verlangen einen aktiven, kämpferischen und ausdauernden Menschen, sie verlangen die Fähigkeit, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen und mit ihnen zu arbeiten, sie zu lehren und von ihnen zu lernen."[18]

Im Folgenden wird untersucht, wie es der politischen Führung gelang, diese Verhaltenserwartungen an einen Journalisten „neuen Typs" zu institutionalisieren, also eine aktiv für die DDR eintretende Generation junger Journalisten auszubilden, die geeignet war, die Schlüsselpositionen in den Massenmedien zu be-

[15] Vgl. Frank Bösch, Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen, Frankfurt a.M. 2011, S. 194; Matthew Lenoe, Censorship, in: Silvio Pons/Robert Service (Hrsg.), A Dictionary of 20th-Century Communism, Princeton/NJ. 2010, S. 92–94.

[16] Meyen/Fiedler, Die Grenze, S. 328.

[17] Beschluss der SED-Parteileitung Karl-Marx-Universität vom 5. 12. 1961, in: Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (künftig: StA-L), 21132 SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig, Nr. IV/4/14/52, Bl. 275–283; Entschließung der Abteilungs-Organisation VIII (Publizistik), Kampf gegen den Sozialdemokratismus [Dezember 1950], in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/7/122/12.

[18] Wörtliches Zitat nach: „Die neuen Anforderungen des Journalisten und der Weg zu ihrer Qualifikation" (15. 5. 1963), in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArch Berlin), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), DY 30/IV A 2/9.02/107. Hier zeigen sich Traditionslinien zu einem journalistischen Berufsverständnis, wie es schon die sowjetischen Kommunisten in den 1920er Jahren vertraten. Vgl. Matthew Lenoe, Closer to the Masses. Stalinist Culture, Social Revolution, and Soviet Newspapers, Cambridge/London 2004, S. 103–144.

setzen. Weil sich speziell das Thema Journalistenausbildung in der ostdeutschen Gesellschaft keinesfalls in beziehungsgeschichtlichen Analysen individueller Akteure erschöpft, muss man über die Karl-Marx-Universität hinausgreifen, will man die Geschichte der Fakultät für Journalistik verstehen. Nicht ausschließlich auf der Mikroebene sozialer Interaktion, sondern auch auf der Mesoebene institutioneller Verflechtungen verfestigte sich der Fakultätsbetrieb als „soziales Handlungsfeld". Aus diesem Blickwinkel erscheint die Fakultät nicht als „reines Objekt" etwa besonders ressourcenreicher Akteure wie der Parteiführung und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), „sondern als komplexes Sozialsystem, das mehr ist als seine formale organisatorische Struktur"[19].

Es geht also, mit anderen Worten, darum, die beiden wechselseitig und untrennbar miteinander verbundenen Ebenen innerbetrieblicher und außerbetrieblicher Sozialbeziehungen in ein fruchtbares Spannungsverhältnis zu setzen. Der Aufbau dieses Aufsatzes trägt dieser analytischen Prämisse Rechnung. Nach einer kurzen institutionsgeschichtlichen Einführung steht zunächst die Leitungsebene der Fakultät im Mittelpunkt des Interesses, wobei es insbesondere um die Frage geht, wie die jeweiligen Dekane sowie die Parteivertreter innerhalb der Fakultät mit Konflikten umgingen. Mit der SED und der Staatssicherheit geht es dann um zwei der wichtigsten Akteure, die sowohl auf den Interaktionsraum der Fakultät einwirkten als auch davon beeinflusst wurden. Der letzte Abschnitt widmet sich den individuellen Zielen der Studenten und objektiven Zwängen, unter denen sie ihre Ausbildung absolvierten. Gefragt wird vor allem nach möglichen Identitätskonflikten und nach spezifischen Formen von Individualität.

## Von der Publizistik zur Journalistik

Der Osteuropa-Historiker Hugh Seton-Watson schrieb Anfang der 1950er Jahre in einem einflussreichen Buch, dass der Wiederaufbau und die Umgestaltung der Gesellschaften Ostmitteleuropas, mit seinen Worten eine „osteuropäische Revolution", in allen sozialistischen Ländern *von außen* und *von oben* durchgeführt würden. Die Beseitigung lokaler Wissensbestände und traditioneller Praktiken sei in diesem Prozess der Sowjetisierung ebenso vorprogrammiert wie die Nichtberücksichtigung generationeller Erfahrungen. Viel Zeit, so prognostizierte Seton-Wat-

[19] Institutionenbildung und institutionelles Handeln lässt sich nicht allein anhand der Parteidirektiven und ihrer Richtlinienpraxis untersuchen, denn dies hätte zur Konsequenz, das Management vorschnell mit der offiziellen Wunschrealität vor Ort zu verwechseln. Thomas Welskopp hat in dieser Hinsicht zahlreiche empirische wie theoretische Lösungsansätze formuliert, wenngleich sie bei ihm auf die ökonomische und nicht auf die Sphäre des Politischen bezogen sind. Vgl. Thomas Welskopp, Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrieller Gesellschaften. Kritische Skizzen und theoretische Überlegungen, in: Karl Lauschke/Ders. (Hrsg.), Mikropolitik in Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 48–106; sowie ders., Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 118–142. Die oben genannten Zitate entstammen der letztgenannten Veröffentlichung, hier S. 131.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

son seinerzeit, werde nicht mehr vergehen, bis auch die letzten Unterschiede zwischen den Ostblockstaaten und der Sowjetunion abgebaut seien[20].

Neuere Forschungen, die sich speziell mit der Universitätsgeschichte in den sozialistischen Gesellschaften nach 1945 beschäftigen, zeichnen ein differenzierteres Bild, vor allem mit Blick auf das Überdauern akademischer Traditionen, die aufgrund der unterschiedlichen politisch-kulturellen Voraussetzungen teils erheblich variierten[21]. Es ist mittlerweile klar, dass die Etablierung des sowjetischen Hochschulmodells in der DDR nicht allein Produkt der politischen Intervention von außen und von oben war, sondern besser als Folge des Wechselspiels zwischen universitären und außeruniversitären Instanzen zu verstehen ist[22]. Auch wenn die Universität Leipzig, neben der Humboldt Universität zu Berlin die wichtigste Hochschule der DDR, inzwischen zu den besonders gut erforschten Hochschulen Deutschlands gehört[23], ist die dortige Fakultät für Journalistik bislang nicht Gegenstand einer historisch-kritischen Untersuchung geworden. An ihrem Beispiel lässt sich jedoch zeigen, wie revolutionäre Eingriffe (im Sinne Seton-Watsons) seitens der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Spitzenfunktionäre in Berlin, lokale Traditionen und binnenuniversitäre Prozesse zusammenwirkten.

Die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren für die Universität Leipzig eine Zeit der Neuorientierung. Dies galt auch für das Fach Journalismus, das hier Tradition hatte: 1916 war mit Karl Büchers Institut für Zeitungskunde die erste

[20] Vgl. Hugh Seton-Watson, The East European Revolution, New York 1951. Diese Vorstellung wurde in der Geschichts- wie Politikwissenschaft in den nächsten Jahrzehnten als gesichertes Strukturwissen behandelt. Vgl. Joseph Rothschild, Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II, New York 1989; György Schöpflin, Politics in Eastern Europe 1945–1992, Oxford 1993.

[21] Vgl. John Connelly/Michael Grüttner (Hrsg.), Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn u. a. 2003; Oskar Anweiler, Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa und in der SBZ/DDR – alte Themen, neue Fragen, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 81–87; John Connelly, Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956, Chapel Hill/NC./London 2000; Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.

[22] Zum derzeitigen Stand der Hochschulforschung in der DDR siehe Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Konrad H. Jarausch/Jürgen John/Matthias Middell (Hrsg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010.

[23] So Ilko-Sascha Kowalczuk, Lehre und Forschung im SED-Staat. Universitäten und Hochschulen in der DDR, in: Deutschland Archiv, 10. 3. 2012, URL: http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/126682/lehre-und-forschung-im-sed-staat. Zur Universität Leipzig vgl. vor allem Günther Heydemann, Sozialistische Transformation. Die Universität Leipzig vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Mauerbau 1945–1961, in: Ulrich von Hehl/Klaus Fitschen/Ders. (Hrsg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, Leipzig 2010, S. 335–567; ders./Francesca Weil (Hrsg.), „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor ...". Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990), Leipzig 2009; Markus Wustmann, Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951, in: Ulrich von Hehl (Hrsg.), Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952, Leipzig 2005, S. 289–306.

Forschungsstelle zur Geschichte und Arbeitsweise der Presse in Deutschland gegründet worden. Publizistik, die bis 1945 an der Philosophischen Fakultät angesiedelt war (und dorthin von 1951 bis 1954, nach mehrjährigen Zwischenstationen an den Fakultäten für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft sowie der Gesellschaftswissenschaft, zurückverlegt wurde), konnte unter den neuen Machthabern nur langsam wieder regulär gelehrt werden. Dafür waren nicht zuletzt personelle „Altlasten" verantwortlich[24]. Nach dem Krieg gab es mit Gerhard Menz vorerst nur einen ordentlichen Professor[25]. Der Alltagsbetrieb ließ sich in den ersten Nachkriegsjahren nur mit Hilfe von Lehraufträgen aufrechterhalten – und das war mühsam. „Ausführliche Vorlesungsprogramme", so heißt es vielsagend in dem zum Herbstsemester 1951 überarbeiteten Studienplan für das Fach Publizistik, „werden schwerpunktmäßig etappenweise ausgearbeitet."[26]

Bereits im März 1946 wandte sich die Stadt Leipzig an die Universitätsleitung mit der Bitte, die Einrichtung einer „Landesjournalisten-Schule" zu prüfen[27]. Die Universitätsleitung reagierte jedoch (noch) ausweichend. Sie sorgte sich um ihre wissenschaftliche Autonomie und fürchtete offenbar politische Einflussnahme. Der Stadt teilte sie mit, dass bereits das jetzt mögliche Studium der Publizistik eine „vollwertige wissenschaftliche Ausbildung" ermögliche. Man freue sich jedoch auf gute Zusammenarbeit, wenn die Stadt das bestehende Institut personell stärken wolle[28]. Als sich im späten Frühjahr 1947 das Scheitern des von Anton Ackermann und Franz Dahlem an der Parteihochschule Karl Marx verantworteten Pilotprojekts einer parteitreuen Journalistenausbildung abzeichnete[29], machte sich Walter Ulbricht bei Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl für Leipzig stark: „Wäre es nicht zweckmäßig, das Institut für Zeitungswissenschaft in Leipzig wieder zu eröffnen? Dieses Institut diente früher der Ausbildung von Journa-

[24] Das bekannteste Beispiel eines NS-belasteten Leipziger Publizisten ist der Fall des ehemaligen Institutsdirektors Hans Amandus Münster. Vgl. Hans Bohrmann, Das Jahr 1945 als personeller und institutioneller Wendepunkt von der Zeitungs- zur Publizistikwissenschaft, in: Tobias Eberwein/Daniel Müller (Hrsg.), Journalismus und Öffentlichkeit. Eine Profession und ihr gesellschaftlicher Auftrag, Wiesbaden 2010, S. 483–505, hier S. 490; Thymian Bussemer, Propaganda. Konzepte und Theorien, Wiesbaden ²2008, S. 195–205.

[25] Auch Menz war wegen seiner NS-Vergangenheit am Leipziger Institut für Zeitungswissenschaft umstritten, besaß aber ein bemerkenswertes Interesse an unterschiedlichen Problemstellungen des Faches und verfügte, was für seine Weiterbeschäftigung ausschlaggebend war, über umfassende Lehrerfahrung. Vgl. die Vorwürfe gegen Menz in M.K., Hochschul-Reaktion?, in: Volksstimme, Landeszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen, Nr. 44 vom 2. 11. 1945, in: Universitätsarchiv Leipzig (künftig: UAL), R 81h, Bl. 8.

[26] Vgl. den Plan für das Studium der Publizistik am Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig vom 15. 8. 1951 (im Privatbesitz der Verfasser).

[27] Schreiben des Stadtdirektors Ott an den Rektor der Universität Leipzig vom 29. 3. 1946, in: UAL, R 65, Bd. 1, Bl. 1.

[28] Antwortschreiben der Universitätsleitung Leipzig an das Nachrichtenamt der Stadt Leipzig vom 11. 4. 1946, in: Ebenda, Bl. 4.

[29] BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.03/49, Bl. 210, Bl. 298, Bl. 300–303, Bl. 344 ff. u. Bl. 350; vgl. Kluttig, Parteischulung, S. 257 f. u. S. 263 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

listen. Auf diese Weise würden wir erreichen, daß wir stärkeren Einfluß auf die Ausbildung der Journalisten bekommen, und daß auch die Studenten, die Parteiredakteure werden, nach Beendigung der Hochschule, die an die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften angegliedert werden könnte, eine staatlich anerkannte Charakteristik erhalten."[30] Es dauerte jedoch bis 1950, ehe der Parteivorstand der SED beschloss, die Journalistenausbildung in Leipzig auszubauen.

Im Jahr 1949/50 war es zunächst der Remigrant Hermann Budzislawski, der die Leipziger Publizistik umzugestalten versuchte. Der 1948 nach Deutschland zurückgekehrte und sogleich zum Professor ernannte Budzislawski, der zeitgleich auch Mitglied der SED wurde, trat damit an die Stelle des bisherigen Lehrstuhlinhabers Menz, einem Mitglied der Ost-CDU. Budzislawski schien der SED-Führung zunächst ein überaus geeigneter Kandidat für den Aus- und Umbau, hatte er doch seit den späten 1920er Jahren für die linksliberale *Weltbühne* geschrieben und diese in den 1930er Jahren vom Prager Exil aus weitergeführt, nun mit deutlich prosowjetischer Tendenz. Während des Zweiten Weltkriegs lebte Budzislawski im US-amerikanischen Exil, wo er unter anderem als ghost-writer für die amerikanische Journalistin und Schriftstellerin Dorothy Thompson sowie als Kolumnist unter dem Pseudonym Donald Bell schrieb. Auch war er Mitbegründer des „Council for a Democratic Germany". Er gehörte zu den Linksintellektuellen, welche die KPD/SED schon bald nach Kriegsende umwarb[31]. Seinem ursprünglichen Wunsch, erneut die *Weltbühne* zu leiten, stand die Parteiführung jedoch ablehnend gegenüber. „Besser in Lehrtätigkeit verwenden", ordnete Walter Ulbricht Ende 1946 an[32]. Budzislawski hielt später fest, die Partei habe ihm gleich nach seiner Rückkehr aus den USA aufgetragen, sich als „politischer Professor" zu betrachten, der „seine Kräfte zwischen der Universität und unmittelbaren politischen Aufgaben zu teilen habe"[33].

[30] Schreiben von Walter Ulbricht an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vom 7.5.1947, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/903/49, Bl. 1.

[31] Zu Hermann Budzislawski (1901–1978) vgl. die Angaben in seiner Opfer des Faschismus-Akte (OdF), in: Landesarchiv Berlin (künftig: LAB), C Rep. 118–01, Nr. 26041, sowie in seiner SED-Kaderakte, in: BArch Berlin, SAMPO, DY 30/IV 2/11/v. 2509. Vgl. außerdem Marita Krauss, Hans Habe, Ernst Friedlaender, Hermann Budzislawski – Drei Zonen, drei Städte, drei Schicksale, in: Claus-Dieter Krohn/Axel Schildt (Hrsg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 245–266; Toralf Teuber, Ein Stratege im Exil. Hermann Budzislawski und „Die neue Weltbühne", Frankfurt a.M. 2004; Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln u.a. 2000, S. 92 ff. u. S. 244 ff.; Axel Fair-Schulz, Loyal Subversion: East Germany and its Bildungsbürgerlich Marxist Intellectuals, Berlin 2009, S. 275–334.

[32] Handschriftliche Randnotiz Ulbrichts in einem Schreiben an Franz Dahlem vom 6. Dezember 1946, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 2509, Bl. 232.

[33] Hermann Budzislawski, Memorandum über meine Ausgliederung aus der regulären Arbeit, in: Akademie der Künste, Berlin (künftig: AdK), Literaturarchiv, Bestand Hermann Budzislawski, Sig. 127/28.

Da der ehemalige Westemigrant Budzislawski jedoch vorübergehend als unzuverlässig eingeschätzt wurde[34], bestellte ihn die ZK-Abteilung Agitation am 22. November 1950 ein und berief ihn von seiner Funktion ab. Ein Jahr später schrieb Budzislawski, dass seine „Ausschaltung" ihn nicht ganz unvorbereitet getroffen habe, sei doch sein Plan, die Publizistik zu einer „marxistischen Wissenschaft" aus- und umzubauen, zumindest bei den örtlichen Gliederungen der Partei nicht auf Verständnis gestoßen[35]. Am 27. November 1950 verfügte der Minister für Volksbildung, Paul Wandel, die sofortige Auflösung des Instituts für Publizistik an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. Mit Wirkung vom 1. Dezember, so ordnete er an, solle an der Universität Leipzig ein neuer Lehrstuhl für Publizistik und Zeitungswissenschaft eingerichtet werden[36]. Ordinarius (und bald darauf Institutsdirektor) wurde der erst Anfang Dezember 1950 zum Professor ernannte Eduard Schulz, der allerdings am 29. Juni 1951 mitsamt seiner Familie nach West-Berlin flüchtete, nachdem Vergewaltigungsvorwürfe gegen ihn erhoben worden waren[37].

Seit dem 5. Januar 1951 firmierte die Leipziger Journalistenausbildung als Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft mit rasch anwachsender Studentenzahl. Während 1951 ungefähr 70 Studenten, die überwiegend aus dem „Kleinbürgertum" (so der parteiinterne Sprachgebrauch) stammten, das Studium aufnahmen, waren drei Jahre später bereits 370 Studenten eingeschrieben. Gemäß einer Anweisung des Ministers für Volksbildung vom 8. Januar 1951 wurden sie zwecks besserer Kontrolle „internatsmäßig" untergebracht[38]. Professor Wilhelm Eildermann, langjähriger KPD-Funktionär und seit dem 1. August 1951 Direktor des Instituts für Publizistik[39], begründete diese Unterbringung 1954 damit,

[34] Vgl. Ulrich Mählert, „Die Partei hat immer recht!" Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ders. (Hrsg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn u. a. 1998, S. 351–457. Vgl. zu diesem Themenfeld den Forschungsüberblick bei Johannes Baur, „Großer Terror" und „Säuberungen" im Stalinismus. Eine Forschungsübersicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 331–348.

[35] Hermann Budzislawski, Memorandum über meine Ausgliederung aus der regulären Arbeit, in: AdK, Literaturarchiv, Bestand Hermann Budzislawski, Sig. 127/28; Aktenvermerk des 82. Polizeireviers Leipzig vom 3. 4. 1951, in: Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (künftig: BStU), MfS, BV Lpz., AIM 263/53 „Garanti", Bl. 40. Zu Budzislawskis Remigrations-Erfahrungen vgl. demnächst Daniel Siemens, Elusive Security in the GDR: Remigrants from the West at the Faculty of Journalism in Leipzig, 1945–1961, erscheint voraussichtlich 2013 in der Zeitschrift Central Europe.

[36] Schreiben des Ministers für Volksbildung der DDR an die Landesregierung Sachsen und den Rektor der Universität Leipzig vom 27. 11. 1950, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 2; Protokoll Nr. 36 des ZK-Sekretariats vom 27. 12. 1950, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/J IV 2/3/163, Bl. 1–3 u. Bl. 12–23.

[37] Aktennotiz der Volkspolizei vom 5. 7. 1951, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 263/53 „Garanti", Bl. 98. Der gesamte Vorgang um die Berufung von Eduard Schulz, einer überaus dubiosen Figur, liegt bis heute im Dunkeln.

[38] Minister für Volksbildung, Anweisung Nr. 81 vom 8. 1. 1951, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 4.

[39] Wilhelm Eildermann (1897–1988), seit 1919 KPD-Mitglied, in der Weimarer Republik für die Partei publizistisch tätig, im „Dritten Reich" von 1933 bis 1937 inhaftiert, anschließend Exil in Prag und Paris, dort 1939 Internierung und Deportation nach Algerien. 1942 von



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dass so die erforderliche „intensive politisch-moralische Erziehung" der Studenten verbessert werden könne[40]. Zu diesen Studierenden kamen seit Herbst 1953 noch die Fernstudenten, deren Zahl im ersten Jahr bei 230 lag, sowie „Qualifizierungslehrgänge für Redakteure der sozialistischen Presse", an denen mehrmals im Jahr bis zu 100 Personen teilgenommen haben sollen. 1954 war man stolz darauf, die Zahl der „Arbeiter- und Bauernkinder" unter den Studenten signifikant erhöht zu haben (1953 sollen es 76 Prozent aller Studienanfänger gewesen sein), außerdem vermeldete man im Jahr 1953 mit 46 Prozent einen hohen Frauenanteil unter den Studenten[41]. Die rasch anwachsende Zahl von Studierenden wie Mitarbeitern führte 1954 zur Aufwertung des Instituts, das sich – in Anlehnung an den Sprachgebrauch in der Sowjetunion – ab Herbst offiziell Fakultät für Journalistik nannte. Diese Reorganisation sollte dafür sorgen, „ohne Schädigung der wissenschaftlichen Ausbildung" die Absolventen besser als bislang an die „Erfordernisse der Praxis" heranzuführen[42].

## Die Fakultät und ihre Akteure

Der 1. September 1954 galt als offizieller Gründungstag der Fakultät für Journalistik. Vom Zentralkomitee (ZK) der SED bestätigter Dekan wurde der inzwischen rehabilitierte Hermann Budzislawski. Nach einer persönlich schwierigen Anfangszeit, in der Budzislawski, teils durch den ihm seit der Emigrationszeit bekannten und späteren Vorgesetzten Albert Norden forciert, der Weg in höhere politische Ämter frühzeitig verbaut wurde[43], entwickelte er sich seit 1951/52 zum zentralen Kopf der Journalistenausbildung in Leipzig, der das stete Austarieren von Partei- und Fakultätsinteressen mit taktischem Geschick wahrnahm. Frühe

den Alliierten befreit, kämpfte er zunächst auf Seiten der englischen Armee gegen die Wehrmacht. In Moskau 1944 Redakteur der Zeitung des Nationalkomitees „Freies Deutschland", von Mai 1945 bis Mai 1947 Lektor an der „Antifa-Schule" der Sowjetarmee in Österreich. Danach Rückkehr in die SBZ/DDR. Zur Biographie Eildermanns vgl. dessen umfangreichen Nachlass in: BArch Berlin, NY 4251.

[40] Schreiben von Professor Wilhelm Eildermann an den Staatssekretär im Hochschulwesen, Gerhard Harig, vom 14. 5. 1954, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 8–13, hier Bl. 10.

[41] Vorschlag zur Verbesserung der Parteiarbeit am Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft (26. 4. 1954), in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/7/122/19.

[42] Die Parteierziehungsarbeit an der Fakultät für Journalistik, Leipzig 18. 7. 1955, in: Ebenda, Nr. IV/7/122/12.

[43] Schreiben von Albert Schreiner an die Abteilung Personalpolitik des Zentralsekretariats der SED vom 9. 11. 1949, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV/11/v/2509; Abschrift des Lebenslaufs von Albert Norden vom 27. 2. 1951, in: Ebenda, DY 30/IV 2/11/v5427, Bl. 157–165, hier Bl. 161; Lebenslauf von Albert Norden vom 29. 11. 1949, in: Ebenda, NY 4217/1, Bl. 1–11, hier Bl. 6. Albert Norden (1904–1982) war seit 1920 Mitglied der KPD und im französischen Exil im Herbst 1939 ebenso wie Budzislawski verhaftet worden. Wie dieser lebte er in den frühen 1940er Jahren in den USA, wo er publizistisch tätig war, unter anderem für den German American. Nach Kriegsende siedelte Norden in die SBZ über, wo ihm eine beeindruckende Funktionärskarriere gelang. Angaben in: LAB, C Rep. 118–01, Nr. 7684; vgl. auch die Zeitzeugen-Biographie von Norbert Podewin, Der Rabbinersohn im Politbüro. Albert Norden – Stationen eines ungewöhnlichen Lebens, Berlin ²2003.

Vorwürfe der SED-Kreisleitung[44] an der Universität, sein „Klassenbewußtsein" sei nur schwach entwickelt und die Parteiverbundenheit mangelhaft, hinderten Budzislawskis beruflichen Aufstieg in Leipzig nicht dauerhaft, zumal er sich durchaus anpassungsfähig zeigte[45].

Der promovierte Nationalökonom Budzislawski war auch die treibende intellektuelle Kraft hinter dem 1966 veröffentlichen Lehrbuch „Sozialistische Journalistik". Dieses Grundlagenwerk, das auf einer Vorlesungsreihe Budzislawskis beruht, war nicht nur eine der wenigen Publikationen der Fakultät, die bei einem regulären Verlag der DDR in Druck gingen und nicht nur als Skript für die Studenten ausgegeben wurden. Diesem Lehrbuch kommt auch insofern eine Sonderstellung zu, als hier zum ersten Mal der Versuch unternommen wurde, eine Theorie des sozialistischen Journalismus über den abstrakten Anspruch hinaus auch empirisch-sozialwissenschaftlich abzusichern. Natürlich ging diese Schrift von den Prämissen der neuen Gesellschaftsordnung aus, aber sie war in diesen Grenzen innovativ, auch im internationalen Vergleich. Vor allem die Abschnitte zur Medienwirkung bargen sogar politische Sprengkraft, waren nach Budzislawskis Verständnis doch die Formen des sozialistischen Journalismus nicht zuletzt von den Erwartungshaltungen der Mediennutzer abhängig[46].

Allerdings blieb diese wissenschaftliche Darstellung im theoretischen Anspruch singulär. Budzislawskis Einfluss auf den praktischen Journalismus in der DDR war ebenfalls begrenzt, wie ihm selbst nicht verborgen blieb. Auch mit seiner Rolle als Lehrer sozialistischer Journalisten war er schon bald unzufrieden. Noch Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Fakultät beklagte er seinen Rückzug

[44] Der Vorschlag, die SED-Parteiorganisation Karl-Marx-Universität Leipzig in die SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig umzuwandeln, geht auf einen 1966 von der SED-Bezirksleitung Leipzig gestellten Antrag zurück. Weil diese namentliche Unterscheidung bei der Etikettierung der – vom vormaligen SED-Bezirksparteiarchiv Leipzig übernommenen – Akten durch das Sächsische Staatsarchiv unberücksichtigt blieb, wird im Folgenden zwecks Vereinheitlichung auch der vor 1966 liegende Schriftverkehr unter der Bezeichnung SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig gefasst. Protokoll Nr. 90/66 des ZK-Sekretariats vom 18. 10. 1966, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/ J IV 2/3/1227, Bl. 7.

[45] Kritik äußerte in den frühen 1950er Jahren in erster Linie Eildermann, nach der Flucht von Eduard Schulz Budzislawskis unmittelbarer Konkurrent in der Frage, wer die Geschichte der Leipziger Journalistik maßgeblich lenken solle. Demnach sei es „auf keinen Fall zu empfehlen, daß B[udzislawski] am Institut für Publizistik eine breitere Tätigkeit" entfalte. „Die Gründe sind Euch [dem ZK der SED] bekannt: Es handelt sich sowohl um seine Verbindungen in der Vergangenheit, seine einflußreiche Tätigkeit in USA (bei Dorothy Thompson), die nur möglich war durch seine mehr als zweifelhafte Einstellung zur Sowjetunion, wie auch seine heute noch amerikanisch gefärbte Einstellung zum Pressewesen überhaupt." Schreiben von Wilhelm Eildermann an das ZK der SED vom 19. 9. 1951, in: BArch Berlin, NY 4251, Bd. 63, Bl. 204. Erst ein persönlicher Brief Budzislawskis an Wilhelm Pieck, der sich Hermann Axen gegenüber für ihn einsetzte, scheint Abhilfe geschaffen zu haben. Vgl. die Dokumente in der SED-Kaderakte von Budzislawski in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 2509, Bl. 28–35; „Beurteilung" von Hermann Budzislawski durch die SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig vom 26. 4. 1951, in: LAB, C Rep. 118–01, Nr. 26041, Bl. 6.

[46] Vgl. Budzislawski, Sozialistische Journalistik, S. 37, S. 46, S. 63, S. 69, S. 109, S. 137, S. 144 f., S. 149, S. 153–156, S. 181 f. u. S. 188.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aus dem aktiven Journalismus als „Verlust" seiner „journalistischen Persönlichkeit"[47]. Mehrfach, erstmals 1959, ersuchte er das Zentralkomitee, vereinzelt auch Norden persönlich, um seine Ablösung als Dekan[48], musste jedoch bis zur Wahl eines in den Augen der Partei geeigneten Nachfolgers im Jahr 1962 im Amt bleiben.

Auf Budzislawski folgte Wolfgang Rödel, zuvor Mitglied des Staatlichen Rundfunkkomitees. Er wurde mit Beschluss des ZK-Sekretariats der SED vom 7. März 1962 als Dekan der Fakultät bestätigt[49]. Wissenschaftlich ausgewiesen war Rödel kaum, eher könnte man ihn einen Praktiker mit Funktionärserfahrung nennen[50]. Was ihn in den Augen der SED besonders auszeichnete, war sein klarer politischer Standpunkt: „Nie gab es irgendwelche Schwankungen in politischen und kulturpolitischen Fragen. Er setzte die Politik der Partei konsequent durch."[51] In einer von der Abteilung Agitation des ZK verfassten ausführlichen Begründung für seine Wahl zum Dekan wurde im Februar 1962 außerdem sein „besonders profiliert[es] Auftreten gegen die falschen Auffassungen von [Georg] Lucazs [sic!] und Prof. Hans Mayer" positiv herausgestellt[52]. Nach einem „sehr hoffnungsvollen Start", so die SED-Parteileitung an der Fakultät 1965 rückblickend[53], habe sich jedoch schon bald nach Amtsantritt Rödels Gesundheitszustand verschlechtert, weshalb ihm im September 1964 Franz Knipping folgte, der sich zuvor seine Sporen als Mitglied der Parteileitung verdient hatte. Trotz dieser kurzen Zeit hatte Rödel in den Augen seiner Vorgesetzten eine „Aktivierung des Lehrkörpers und eine stärkere politische Erziehungsarbeit unter den Studenten" erreicht[54]. In der Tat blieb es in den kommenden Jahren, bis zum „Prager Frühling",

[47] Typoskript der Dankesrede Budzislawskis zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1966), in: AdK, NL Budzislawski, Publizistische Texte, Mappe 1.

[48] Antwortschreiben von Hermann Budzislawski an Albert Norden vom 8. 1. 1962, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/2.028/89, Bl. 19.

[49] Auszug des ZK-Beschlusses vom 7. 3. 1962, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

[50] Wolfgang Rödel (1924–2007) arbeitete seit 1948 nach einem nachkriegsbedingt nur zwei Jahre dauernden Germanistikstudium an der Pädagogischen Fachschule und der Universität Jena als Rundfunkjournalist des Landessenders Weimar, wo er 1950 die Leitung der Redaktion Kulturpolitik übernahm und später bis zum Mitglied des Staatlichen Rundfunkkomitees in Berlin aufstieg. 1954 wurde er zudem in Jena mit einer Arbeit über Georg Forster promoviert. Angaben in der SED-Kaderakte von Wolfgang Rödel, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

[51] Vorlage der ZK-Abteilung Agitation an das Zentralkomitee der SED vom 5. 2. 1962, in: Ebenda.

[52] Ebenda. Der marxistische Philosoph und Literaturwissenschaftler Georg Lukács (1885–1971) war nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 zur persona non grata in der DDR geworden. 1963, nach andauernden innerparteilichen Angriffen, sah sich Hans Mayer (1907–2001), seinerzeit Professor für Literaturwissenschaft in Leipzig, schließlich gezwungen, die DDR zu verlassen. Zu Mayers Leipziger Zeit vgl. Heydemann, Sozialistische Transformation, in: Hehl/Fitschen/Ders., Geschichte der Universität Leipzig, Bd. 4, S. 546–565.

[53] „Beurteilung" von Wolfgang Rödel durch die SED-Parteileitung der Fakultät für Journalistik vom 25. 6. 1965, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

[54] So die Formulierung in einem in der SED-Kaderakte von Wolfgang Rödel unvollständig erhaltenen Dokument, in: Ebenda.


Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erstaunlich ruhig an der Fakultät, was auch dem Umstand geschuldet sein dürfte, dass nun zahlreiche Assistenten und einige Professoren selbst Absolventen der Fakultät waren[55]. Sie hatten die strenge Parteilichkeit, die sie ihren Studenten immer wieder neu einschärfen sollten, bereits verinnerlicht.

Es wird hier vergleichsweise ausführlich auf die Dekane der Fakultät eingegangen, weil sie die vertikalen Sozialbeziehungen, also die Fakultätspolitik im engeren Sinne, in Absprache mit der Parteiführung entscheidend bestimmten. Es war daher selbstverständlich, dass nur Parteigenossen für diese Aufgabe in Frage kamen. De facto fungierte der Dekan in erster Linie als verlängerter Arm der SED. Vor Ort waren es zudem aufstrebende SED-Nachwuchskader wie Werner Clauß und Klaus Höpcke, von 1973 an stellvertretender Minister für Kultur[56], die seit Mitte der 1950er Jahre maßgeblich dafür sorgten, dass die Parteilinie in der Fakultät eingehalten wurde. Wer sich nicht ins „Kollektiv" einfügte, bekam Schwierigkeiten oder wurde in letzter Konsequenz sogar ausgeschlossen. Dies galt nicht nur für Studenten, sondern auch für Teile des Lehrkörpers, wie der Fall des Remigranten Wieland Herzfelde verdeutlicht[57]. Dieser hatte 1949 den Lehrstuhl für „Soziologie der neuen Literatur" übernommen, ohne jemals mit den Publizisten warm zu werden. Ähnlich wie Budzislawski musste sich Herzfelde, der im New Yorker Exil eine der prägenden Figuren der deutschen Linken gewesen war, seit dem Sommer 1950 gegenüber der Partei zu seinen Jahren im kapitalistischen Westen erklären. Da die Familie Herzfelde mit Noel H. Field, dem kurzzeitig berühmten vermeintlichen US-Agenten[58], in New York privat bekannt war, wurden

[55] Sie gehörten im weitesten Sinne der „Generation 1929" an, wie Fulbrook die Alterskohorte derjenigen nennt, die im Nationalsozialismus aufgewachsen waren und sich später in Abgrenzung von diesem besonders eng mit der DDR identifizierten. Vgl. Mary Fulbrook, Dissonant Lives. Generations and violence through the German dictatorships, Oxford 2011, S. 330–344.

[56] Klaus Höpcke, am 21. 11. 1933 in Cuxhaven geboren, studierte von 1951 bis 1955 am Institut für Publizistik beziehungsweise der Fakultät für Journalistik. Von 1955 bis 1960 war er zunächst am Institut für Theorie und Praxis der Pressearbeit, später am Institut für Sprache und Stilistik als Assistent und Oberassistent tätig. Seit 1953 Mitglied der Partei, gehörte Höpcke seit 1956 der Universitätsparteileitung an, als deren hauptamtlicher stellvertretender Sekretär er von 1960 bis 1962 amtierte. 1962 Wechsel in die Bezirksleitung der SED, 1964 dann als Leiter der Kulturredaktion an das „Neue Deutschland" nach Berlin. Angaben in der SED-Kaderakte von Klaus Höpcke, in: BArch Berlin, SAPMO, DC 20/8119, vor allem Bl. 6 f. u. Bl. 28 f.

[57] Wieland Herzfelde (1896–1988), seit Ende 1918 KPD-Mitglied und Gründer des Malik-Verlages. Sein Bruder war John Heartfield (eigentlich Helmut Herzfeld), dessen Fotomontagen für die Arbeiter Illustrierten-Zeitung ihm zu bis heute anhaltender Bekanntheit verhalfen. Wieland Herzfelde lebte mit seiner Frau seit 1933 im Exil, zuletzt in New York, wo er den Aurora-Verlag, einen Gemeinschaftsverlag deutscher Schriftsteller in den USA, ehrenamtlich leitete. 1949 siedelte er in die SBZ/DDR über. Am 18. 5. 1949 ernannte ihn die Landesregierung Sachsen zum Professor mit Lehrstuhl für „Soziologie der neueren Literatur" an der Universität Leipzig. Angaben in der SED-Kaderakte von Wieland Herzfelde, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 4504.

[58] „Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Partei-Kontrollkommission der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service-Committee Noel H. Field", in: AdK, Lite-



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Herzfelde und seine Frau im März 1951 aus der Partei ausgeschlossen (und erst im Juni 1956 wieder aufgenommen)[59]. In diesen fünf Jahren musste Herzfelde, den die ZK-Fachabteilung Wissenschaften als Professor „weder wissenschaftlich noch politisch" für geeignet hielt, seine Vorlesungsmanuskripte vorab dem jeweiligen Institutsdirektor zur Prüfung vorlegen. Auch war es ihm untersagt, Seminare anzubieten. Herzfelde war aus Sicht der Partei kaum tragbar, weil er sich – als international bekannte Persönlichkeit – intellektuellen Freiraum bewahrte und die alltäglichen Diskussionen der Parteigremien an der Karl-Marx-Universität für wenig relevant erachtete[60].

Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass der Fakultätsrat auf Drängen Budzislawskis am 1. November 1957 beschloss[61], die Streichung von Herzfeldes Lehrstuhl zu beantragen[62]. Als Begründung musste nicht nur das geringe Lehrangebot herhalten, sondern auch die Feststellung, dass der Lehrstuhl „nicht den spezifischen Bedürfnissen gerade unserer Fakultät" entspreche. Zudem habe es Herzfelde trotz mehrfacher Aufforderung versäumt, „sich gesellschaftlich im Rahmen unserer Fakultät" zu beteiligen. Die Fakultät sei ein „Kollektiv", er jedoch betätige „sich ausschließlich individuell"[63]. Herzfelde wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 1958 vom Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen „auf eigenen Wunsch" beurlaubt[64].

Die Fakultät für Journalistik setzte sich aus verschiedenen Instituten zusammen: zunächst aus dem „Institut für Pressegeschichte" und dem „Institut für Theorie und Praxis der Pressearbeit", 1956 ergänzt durch das „Institut für Rundfunkjournalismus", das 1967 in „Institut für Rundfunk- und Fernsehjournalistik" umbenannt wurde. 1959 kam mit dem „Institut für Literarische Publizistik und Stilistik" ein viertes Institut hinzu[65]. Insgesamt belegten die Studenten laut Lehrplan von 1954/55 Lehrveranstaltungen im Umfang von 24 bis 30 Wochenstunden, wobei die Dozenten allerdings nur zum Teil genuin journalistische Themen wie die „Geschichte der deutschen Presse" oder die „Theorie und Praxis der Pres-

raturarchiv, Bestand Wieland Herzfelde, Sig. 3028; vgl. Georg Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54, Berlin 1990, S. 57–65.

59 Zur Frage, ob auch antisemitische Ressentiments gegen Herzfelde in diesem Zusammenhang eine Rolle spielten, vgl. demnächst Siemens, Elusive Security.

60 Beurteilung Wieland Herzfeldes durch die ZPKK, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 4504, S. 79.

61 Bericht des stellvertretenden Leiters der BVfS Leipzig vom 11. 2. 1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3041/64, Bl. 3–5, hier Bl. 3.

62 Details über den Streit, der im Grunde direkt nach dem Wechsel Herzfeldes an das Institut für Publizistik 1951 begann, im Schriftwechsel zwischen Partei und Universität, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 4504, Bl. 210–214.

63 Schreiben des Dekans Hermann Budzislawski an den Staatssekretär für Hochschulwesen Wilhelm Girnus (über den Rektor der Karl-Marx-Universität, Herrn Prof. Dr. Georg Mayer) vom 2. 11. 1957, in: UAL, R 65, Bd. 3, Bl. 13–16.

64 Schriftwechsel in: UAL, R 206, Bd. 10.

65 Angaben aus: Kleine Chronik zur Geschichte der Journalistischen Fakultät, in: UAL, Bestand Fakultät für Journalistik (Journ. Fak.), 1954–1969, Findbuch, S. 16, und Schmidt, Fakultät für Journalistik, in: Universität Leipzig (Hrsg.), Jubiläen 2004, S. 56.


Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

searbeit“ behandelten. Viele Vorlesungen und Seminare galten staatsbürgerlichen und parteipolitischen Fragen. So wurden im ersten Studienjahr „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ und der „Politischen Ökonomie“, im zweiten „Geschichte der deutschen Literatur“ und „Geschichte des deutschen Volkes“, im dritten „Dialektischer Materialismus“, „Aufbau und Struktur der Landwirtschaft der DDR“ (!) und – erstaunlich spät – „Staatsaufbau und Gesetzgebung der DDR“, im vierten schließlich „Probleme der marxistischen Ästhetik“ und „Fragen des Parteilebens in der Zeitung“ gelehrt[66].

Schon ein kurzer Blick auf diesen Lehrplan zeigt, dass weniger die Vermittlung von journalistischen Praxiskenntnissen oder die wissenschaftliche Reflektion darüber, sondern vielmehr die Ausbildung von vielseitig verwendbaren und umfassend im Sinne der Staatsideologie geschulten Kadern im Vordergrund stand. An der Praxisferne der Absolventen änderte auch der Umstand nichts, dass das Regelstudium bereits ab Herbst 1954 um ein Jahr auf nun vier Jahre verlängert wurde und eine einjährige praktische Ausbildung in den Massenmedien der DDR hinzukam, vor allem bei Zeitungen und dem Rundfunk, später auch dem Fernsehen. Noch Anfang der 1960er Jahre urteilte der Verband der Deutschen Journalisten (VDJ) über den in der DDR ausgebildeten Nachwuchs: „Die meisten Redakteure haben reiche Erfahrungen als politische Funktionäre, aber unzureichende journalistische Kenntnisse und Fähigkeiten.“[67]

Es wäre allerdings verfehlt, die Fakultät als monolithischen Block anzusehen, wie es seit der Publikation des Buches von Brigitte Klump vielfach geschehen ist[68]. Was schon auf der Ebene des untereinander vielfach zerstrittenen Lehrpersonals an der Realität vorbeigeht, stimmt für die Gruppe der Studenten noch viel weniger. Hier zeigten sich seit Mitte der 1950er Jahre sowohl Fälle von aktivem Widerstand wie auch ein verbreitetes generelles Unbehagen an den politischen Zuständen innerhalb der Fakultät wie in der DDR insgesamt. Der Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs der Universität meldete jedenfalls am 14. Dezember 1955 nach Berlin, dass sich an der Fakultät für Journalistik „Ansätze eines Pessimismus bezüglich der Kraft der Volksmassen zur Lösung der gegenwärtigen Fragen“ gezeigt hätten[69]. Diese verklausulierte Formulierung lässt sich als vorsichtige Andeutung verstehen, dass der Kurs der Partei nicht mehr vorbehaltlos gebilligt, sondern auch über alternative Lösungen nachgedacht wurde. Über die Ereig-

[66] Lehrplan von 1954/55, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 48–51.

[67] Verband der Deutschen Journalisten (VDJ) der DDR: Kurze Einschätzung der drei Lehrgänge für Seminarleiter an der Deutschen Journalistenschule im Dezember 1962 und Januar 1963, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 10/797, Bl. 88–94, hier Bl. 89. Ein Überblick zu dieser Organisation bei Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 827–831.

[68] Vgl. etwa Karl Corino, „Geprüft von der Stasi. Journalisten-Ausbildung in der DDR“, in: Stuttgarter Zeitung vom 28. 4. 1979, zit. nach BStU, MfS, BV Lpz., Abt. XX 655, Bl. 7–8; Ingolf Kern, Die Sekte, in: Cicero 9 (2009), URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/die-sekte/39800>.

[69] Schreiben des Prorektors Robert Schulz an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 14. 12. 1955, in: UAL, R 123, Bl. 5–6.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nisse in Ungarn 1956 fanden an der gesamten Universität intensive Diskussionen statt. Die Staatssicherheit vermerkte, dass einige Studenten der Fakultät für Journalistik in einer Wahlversammlung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) am 19. Dezember 1956 auf die Bemerkung, dass man „geschlossen gegen den weißen Terror in Ungarn" eintrete, mit Zwischenrufen wie „Schönfärberei!" oder „Meinungsmaschine!" reagiert hätten[70]. Solche kritischen Wortmeldungen blieben allerdings die Ausnahme. An der Fakultät dominierten, zumindest aus Sicht der Staatssicherheit, „positive Diskussionen"[71].

Anders sah es bei den Reaktionen auf den Mauerbau vom 13. August 1961 aus. Wie in einem Bericht an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen vom 30. September 1961 zu lesen ist, wurde gerade diese Frage als „Prüfstein der Haltung eines jeden Bürgers zum Arbeiter- und Bauern-Staat" interpretiert[72]. Umso bedenklicher erschien aus offizieller Sicht, dass ein Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllte. Im Gegensatz zu den Dozenten hätten nicht wenige eine „abwartende und schwankende Haltung" gezeigt, da sie nicht begriffen hätten, dass „die Bonner Imperialisten durch das energische Zugreifen unserer Volksarmee und der Kampfgruppen an der Entfesselung eines Bürgerkrieges gehindert wurden"[73]. An der Fakultät für Journalistik hätten sich besonders bei den fortgeschrittenen Studenten im vierten Studienjahr „erhebliche Unklarheiten über Grundfragen unserer Politik" gezeigt. Im Studienjahr 1960/61 besuchten nicht weniger als neun Studenten der Fakultät in ihrer Eigenschaft als Redaktionspraktikanten regelmäßig West-Berlin; Disziplinarverfahren seien aber von der Fakultät seit Monaten verschleppt worden, beklagte sich der Prorektor für Studienangelegenheiten[74]. Auch seien Anfang 1962 in rascher Folge drei Fälle von „§§ 174/175", also offenbar von „widernatürlicher", mann-männlicher „Unzucht" mit Schutzbefohlenen, bekannt geworden[75]. Der Prorektor wertete beides offenbar in vergleichbarer Weise als Anzeichen zunehmender Dekadenz an der Fakultät.

In engem Zusammenhang mit solchen Äußerungen steht das ungewöhnlich harte Vorgehen gegen das Studentenkabarett „Rat der Spötter" im Herbst 1961, dem mit Manfred Albani, Heinz-Martin Benecke, Peter Seidel, Hans Ronneburger, Hans-Gert Schubert und Heiko Rämisch mindestens sechs Studenten der Fakultät für Journalistik angehörten[76]. Hinzu kam der ehemalige Leiter des Kaba-

[70] Informationsbericht der BVfS Leipzig vom 27. 12. 1956, in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung, 824 (Bd. 5), Bl. 41–44, hier Bl. 42.

[71] Informationsbericht der BVfS Leipzig vom 5. 11. 1956, in: Ebenda, Leitung 02108, Bl. 130–136, hier Bl. 131.

[72] Schreiben des Prorektors für den wissenschaftlichen Nachwuchs an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen vom 30. 11. 1961, in: UAL, R 123, Bl. 51–54.

[73] Ebenda.

[74] Vgl. hierzu auch Kuo, Wodka, S. 25 f.

[75] Schreiben des Prorektors für Studienangelegenheiten, Dr. Möhle, an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachhochschulwesen vom 30. 3. 1962, in: UAL, R 123, Bl. 57.

[76] Protokoll des Disziplinarausschusses der Karl-Marx-Universität vom 16. 9. 1961, in: BStU, MfS, BV Lpz., AOP 40/64 (Bd. 1), Bl. 36–38.

retts, Ernst Röhl, der sein Journalistik-Studium gerade abgeschlossen und eine Stelle als Redakteur in Magdeburg angetreten hatte[77]. Das bereits seit 1954 bestehende Kabarett, offiziell zunächst eine Einrichtung der FDJ, war in den Vorjahren mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem wegen eines erfolgreichen Gastspiels in der Bundesrepublik. Bestimmende Figur dieses Laienkabaretts war seit 1958 Peter Sodann, seinerzeit Student der Theaterhochschule Leipzig und – wie die meisten seiner Mitstreiter – SED-Mitglied[78].

Für den Herbst 1961 hatten die Studenten ein Programm mit dem Titel „Wo der Hund begraben liegt" ausgearbeitet, das – so sah es die Parteileitung der Universität – einen „offen konterrevolutionären Charakter" trug. Sie behauptete sogar, dass „konterrevolutionäre Elemente" des Kabaretts im Verbund mit „anderen revisionistischen Kreisen (sogenannte Künstler und auch Halbstarke)" eine Verschwörung geplant hätten, die als Neuauflage des Petöfi-Kreises[79] angesehen werden müsse. Es sei erwiesen, dass „dieses Kabarettprogramm als ein Bestandteil im imperialistischen Programm des Bürgerkrieges gegen unsere Republik und das ganze sozialistische Lager zu werten ist"[80]. Die Vorwürfe waren gänzlich aus der Luft gegriffen[81]. Pikant war der Fall auch deshalb, weil das Programm dem stellvertretenden Sekretär der SED-Kreisleitung, dem ehemaligen Journalistik-Studenten Klaus Höpcke, vorab zur Prüfung vorgelegen und dieser den Studenten noch am Vormittag des 5. September, einen Tag vor der Premiere, angedeutet hatte, sie würden mit einigen Änderungen „durchkommen"[82]. Im aufgeheizten Klima des Herbstes 1961 versuchte die SED jedoch, durch ein kompromissloses Vorgehen in dieser Angelegenheit jede Art von Widerspruch zu unterdrücken. Beschwichtigende Hinweise aus der Fakultät, ja sogar aus der Abteilung Agitation des ZK, die ganze Angelegenheit sei ein „kleiner Überrest" aus der Zeit von vor sechs oder sieben Jahren, verurteilte die SED-Kreisleitung als Versuch, „zu bagatellisieren und die aufgedeckten ideologischen Ursachen und Zusammenhänge mit Proble-

[77] Vgl. Sylvia Klötzer, Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR, Köln 2006, S. 121–151, hier S. 131; vgl. auch Ernst Röhl, Der Rat der Spötter. Das Kabarett des Peter Sodann, Köln 2002.

[78] Vgl. Klötzer, Satire und Macht, S. 122–130.

[79] Dieser Kreis junger Intellektueller, benannt nach dem ungarischen Volkshelden Sándor Petöfi (1823–1849), galt als treibende Kraft des ungarischen Volksaufstands von 1956. Zur Wirkungsgeschichte vgl. Matthias Braun, Petöfi-Kreise grenzüberschreitend? Die internationalen Kontakte der intellektuellen Dissidenz, in: Roger Engelmann (Hrsg.), Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, Göttingen 2008, S. 371–389.

[80] „Zusammenfassung der Diskussion der Mitgliederversammlung der SED-Grundorganisation der Fakultät für Journalistik über die parteifeindliche Gruppierung im ‚Rat der Spötter' am 11. September 1961", in: StA-L, 21145 SED-Stadtleitung, Nr. 70.

[81] Bezeichnend war etwa der Umstand, dass einem Sekretär der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig in einem Schreiben an die SED-Bezirksleitung der vielsagende „Fehler" unterlief, im Zusammenhang mit dem fraglichen Kabarettprogramm nicht von einer feindlichen, sondern einer „friedlichen politischen Linie", die das Programm verfolge, zu berichten. Schreiben des Sekretärs der Universitätsparteileitung an die SED-Bezirksleitung vom 7. 9. 1961, in: StA-L, 21132 SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig, Nr. IV/4/14/046, Bl. 163.

[82] Für Details siehe Klötzer, Satire und Macht, S. 131 f.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

men in Forschung, Lehre und Erziehung an der Fakultät zu verwischen"[83]. Die Partei vor Ort sah „ernste Mängel und Schwächen in der erzieherischen Tätigkeit des Lehrkörpers"; einzelne Stimmen gingen sogar soweit, in der Fakultät eine „Plattform des Gegners" auszumachen[84].

Nach der Voraufführung am Abend des 5. September 1961 verbot die Parteileitung der Karl-Marx-Universität das Programm. Die wichtigsten Mitglieder des Kabaretts wurden am 9. September verhaftet und blieben bis zu ihrer Verurteilung durch das Bezirksgericht Leipzig am 16. Juli 1962 in Untersuchungshaft. Wegen „fortgesetzter staatsgefährdender Hetze" wurden drei von ihnen zu Haftstrafen zwischen einem Jahr und 10 Monaten (Sodann) beziehungsweise zu einem Jahr (Röhl, Albani) verurteilt. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Allerdings hatten die Verurteilten bereits ein knappes Jahr in Untersuchungshaft verbracht, womit sie einen Großteil der Strafe faktisch abgesessen hatten[85].

Diese Affäre hatte auch für die Fakultät Konsequenzen. Die ZK-Abteilung Agitation machte insbesondere Dekan Budzislawski dafür verantwortlich, dass sich ausgerechnet Studenten der Fakultät für Journalistik für die „Unterstützung konterrevolutionärer Elemente" – so eine Formulierung des Disziplinarausschusses der Universität – hergegeben hätten. Die Vorgänge in Leipzig hätten gezeigt, dass er nicht mehr über die „erforderliche Kraft" verfüge, die Fakultät verantwortlich zu leiten[86]. Budzislawski, der nicht mehr auf die schützende Hand Nordens zählen konnte, wurde abgelöst. Spätestens von nun an dominierten auch an der Fakultät für Journalistik die ideologischen Hardliner. Es muss bis auf Weiteres offen bleiben, ob und inwieweit die studentischen Parteigruppen, die gegenüber der Fakultätsleitung und der Parteigruppe der Wissenschaftler beachtliche Autonomie- und Dispositionsspielräume behaupteten, an diesen letztlich parteilich legitimierten Vorgängen beteiligt waren[87]. Unterm Strich jedenfalls trafen die Anstrengungen Budzislawskis, an der Fakultät eine Art wissenschaftliches Ordnungssystem zu etablieren, das sich eben nicht in allen Punkten umstandslos in die marxistisch-leninistische Grundausrichtung einfügen ließ, auf wenig Gegenliebe. Und schon in dieser Hinsicht wich die formelle Fakultätshierarchie teils erheblich von der realen Machtstruktur ab.

[83] Schreiben des Sekretärs der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität, Böhme, an Paul Fröhlich, SED-Bezirksleitung (17. 3. 1962), in: StA-L, 21132 SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig, Nr. IV/4/14/046, Bl. 171.

[84] Karl-Marx-Universität, „Die Situation im Lehrkörper" (1961), in: UAL, R 117, Bd. 2, Bl. 4–57, hier Bl. 37.

[85] Vgl. Silvia Klötzer, „Wo der Hund begraben liegt": Vom Ende des Studentenkabaretts „Rat der Spötter" 1961/62, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 20–21 (2000), S. 6–18, hier S. 15.

[86] Vorlage der ZK-Abteilung Agitation an das Sekretariat des ZK der SED vom 5. 2. 1962, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

[87] Vgl. Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (30.3.-6. 4. 1954), Berlin 1954, S. 1115–1141, vor allem S. 1118 ff.

## Lenkung der Fakultätspolitik durch die Abteilung Agitation beim ZK der SED?

Mit dem Ende der parteiinternen Kampagnen gegen Juden und Westemigranten Mitte der 1950er Jahre kam es in der Parteiführung in Berlin zu einer wichtigen Regelung, die den DDR-Journalismus betraf. Fred Oelßner von der Abteilung Agitation des ZK, der bis dahin die gesamte Presselandschaft der DDR einschließlich der Ausbildungssituation in Leipzig verantwortete und der noch 1952/53 tatkräftig an den zum Teil antijüdischen Parteisäuberungen mitgewirkt hatte, musste im März 1955 ausgerechnet einem Funktionär jüdischer Herkunft weichen, der von Walter Ulbricht jahrelang nach Kräften protegiert worden war: dem Publizisten Albert Norden[88]. An dessen journalistischen Fertigkeiten sowie seiner Loyalität der Partei gegenüber bestanden in den Augen Ulbrichts keinerlei Zweifel, hatte Norden doch schon zur Zeit der Weimarer Republik als leitender Redakteur bei mehreren kommunistischen Zeitungen gearbeitet[89].

Welche hohen Erwartungen Ulbricht in Nordens vermeintliches Expertenwissen setzte, lässt sich vor allem daran ersehen, dass er ihn noch 1955 zum Vorsitzenden der Kommission für Agitation beim Zentralkomitee ernannte[90]. Eine der wesentlichen Aufgaben, die diese Agitationskommission vor dem Hintergrund der deutschlandpolitischen Ziele der SED zu erfüllen hatte[91], bestand darin, Argumente auszuarbeiten, die auch auf dem Gebiet der massenmedialen Produktion zum „Sieg" im „Wettbewerb mit dem kapitalistischen Ausland" beizutragen hatten. Dafür bedürfe es aber, so Nordens frühe Bestandsaufnahme, einer umfassenden Änderung im Bereich von Ausbildung und Arbeitsweise des Journalismus[92], der stärker noch als bisher eine entschiedene Konfrontation mit dem „westdeutschen Herrschaftssystem" suchen sollte[93].

Seit 1955 umfasste die „Entscheidungs- und Definitionsmacht"[94] Nordens die zentralen Arbeitsbereiche für die Print- und audiovisuellen Massenmedien in der DDR, Leipzigs journalistisches Ausbildungszentrum eingeschlossen[95]. In wich-

[88] Vgl. Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn u. a. 2000; Podewin, Rabbinersohn, S. 190–294.

[89] Vgl. hierzu den im Bundesarchiv Lichterfelde in mehreren Bänden verwahrten Nachlass Albert Nordens (NY 4217) sowie zur Kurzbiographie die Angaben in Anm. 43.

[90] Vgl. zur Personalentwicklung und den Arbeitsabläufen im zentralen Parteiapparat Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/Hamburg/London 2003.

[91] Vgl. Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln/Weimar/Wien 2001.

[92] Rede von Albert Norden auf der Sitzung des Zentralvorstandes des Verbandes der Deutschen Presse vom 26. 11. 1955, in: BArch Berlin, SAPMO, NY 4217/38, Bl. 172–187.

[93] Entwurf zum Referat von Albert Norden mit dem Titel „Die ideologische Waffe der Partei. Presse, Rundfunk und Fernsehen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus" (Dezember 1964), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.02/62.

[94] Welskopp, Ein modernes Klassenkonzept, S. 87.

[95] Aufgaben und Arbeitsweise der Agitationskommission und der Abteilung Agitation (Protokoll Nr. 6/65 des Politbüros vom 9. 2. 1965), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/4686, Bl.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tigen Sach- und Personalfragen an der Fakultät für Journalistik, die allesamt im Politbüro und im Sekretariat des ZK der SED abgewickelt wurden, hatte Norden ein Mitspracherecht. Als ständiges Mitglied der beiden wöchentlich tagenden Gremien war er zweifelsohne am besten über die Ausbildungssituation in Leipzig informiert. Die SED-Spitze wiederum erfuhr von den dortigen Entwicklungen in erster Linie aus den Netzstellen, die der Entscheidungskompetenz Nordens folgten.

Doch spielten die genannten Parteiinstanzen für die Journalistenausbildung in Leipzig tatsächlich eine so zentrale Rolle, wie es das Bild der arbeitsteiligen Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen nahelegt? Oder kam nicht auch den in der Bezirkshauptstadt Leipzig ansässigen Einrichtungen wie der Karl-Marx-Universität eine wichtige Bedeutung zu, die als staatliche Organisation zum einen der ZK-Fachabteilung Wissenschaften unterstand und die zum anderen auf regionaler Ebene im Einflussbereich der mächtigen SED-Bezirkssekretariate[96] lag? Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten, verfügen wir für das DDR-Regime doch kaum über Studien zum Beziehungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, die die angebliche Dominanz und Allmacht der Zentrale gegenüber den Städten und Bezirken des Landes kritisch hinterfragen[97]. Hier sind weitere Forschungen nötig, denn „selbst in einem zentralistischen Staat wie der DDR war die Parteiführung weder personell noch konzeptionell in der Lage, für jeden Bezirk und Kreis alle Probleme [...] zu erkennen, zu behandeln und zu lösen“[98].

Eine Analyse der Beziehung der Fakultät zur Parteiführung in Berlin deutet nicht auf eine ausschließliche „Fremdbestimmung“ aus der Hauptstadt hin. Von einer uneingeschränkten Herrschaft der Abteilung Agitation des ZK kann nicht die Rede sein. Zwar kam dieser Parteidienststelle, im Jahr 1955 mit weit über fünfzig Angestellten eine der größten ihrer Art, eine herausragende Rolle für die Ausbildung von Journalisten in der DDR zu[99]. So waren die Kontrolle von Lehrplänen

33; Hauptnomenklatur des Zentralkomitees (Protokoll Nr. 36/60 des ZK-Sekretariats vom 26. 9. 1960), in: Ebenda, DY 30/J IV 2/3/704, Bl. 118.

96 Vgl. dazu Mario Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn u. a. 2007.

97 Vgl. Jan Palmowski, Regional Identities and the Limits of Democratic Centralism in the GDR, in: Journal of Contemporary History 41 (2006), S. 503–526; Heinz Mestrup, Die unterschiedlichen Realitäten im regionalen Herrschaftsalltag der DDR. Das Beispiel der thüringischen Ersten Bezirks- und Kreissekretäre der SED, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 187–209.

98 Niemann, Die Sekretäre, S. 196.

99 Als ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda unterstanden Norden in seiner Dienstzeit von 1955 bis 1967 insgesamt drei Abteilungsleiter: Horst Sindermann (1953–1963), Rudolf Singer (1963–1966) und Werner Lamberz (1966–1971). Die in den 1950er Jahren nicht enden wollende organisatorische Umstrukturierung der Abteilung fiel also nahezu ausschließlich in die Zeit von Horst Sindermann. Unter ihm wurde die Abteilung erstmals im Januar 1954 von der Abteilung Presse und Rundfunk (zuvor Umbenennung von der Abteilung Presse und Massenagitation zur Abteilung Agitation) neuerlich in die Abteilung Agitation umgestaltet, bevor sie im Frühjahr 1955 zur Abteilung Agitation, Presse und Rundfunk sowie zwischen 1957 bis 1961 in die Abteilung Agitation und Propaganda zusammengelegt wurde. „Von 1961 bis zur Auflösung 1989 gab es dann wieder eine Abteilung Agitation, deren Sektoren und

und Forschungsprogrammen, die Auswahl der Studenten und die Zuweisung der Absolventen, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Festlegung des Austausches mit benachbarten „Bruderstaaten" allesamt Entscheidungen, die außerhalb der Fakultätsmauern getroffen wurden und zuweilen sogar die Agitationskommission beim Politbüro unmittelbar beschäftigten[100]. Allerdings: Auch wenn die ZK-Fachabteilung Agitation für sich selbst in Anspruch nahm, über die Fakultäts- und Parteileitung hinaus direkt auf die Parteiorganisation der Fakultät Einfluss zu nehmen[101], so überschnitt sich doch gerade dieses Aufgabenfeld eindeutig mit dem Zuständigkeitsbereich der SED-Organisation an der Universität[102]. Derartige Kompetenzüberschneidungen waren nicht einmal an der Moskauer Fakultät für Journalistik gegeben[103], die im sowjetischen Einflussbereich als Mekka der journalistischen Ausbildung galt und von der man sich auch in Leipzig anfänglich gewinnbringende Impulse versprach[104].

Die von Norden angestrebte vollständige Abschottung der Fakultät von der Leipziger Universitätsparteileitung zugunsten der von ihm geleiteten Agitationskommission ließ sich weder Mitte der 1950er Jahre noch zu einem späteren Zeitpunkt durchsetzen. „Bei aller Bedeutung der Fakultät in der Ausbildung von Parteifunktionären bleibt sie eine Fakultät der Karl-Marx-Universität"[105], urteilte denn auch die Wissenschaftsabteilung des ZK-Sekretärs Kurt Hager, die damit zugleich wiederholt die Grenzen der Entscheidungskompetenz Nordens deutlich machte. Im Gegensatz zu Norden forcierte Hager, der noch Jahre nach dem Mauerfall den Standpunkt vertrat, die „Verarmung" der „weltanschaulichen und politischen Kultur" in der DDR sei auf ein mangelhaftes Studium des Marxismus-Leninismus zurückzuführen[106], die Erziehungs- und Parteiarbeit an der Universität nach Kräften. Formal gesehen stand ihm hierfür ab 1959/60 mit der beim Politbüro angesiedelten Ideologiekommission ein zusätzliches Instrument zur Verfü-

Leitungsstrukturen sich jedoch ständig änderten. Die grundsätzlichen Aufgabenzuweisungen blieben jedoch bis zuletzt erhalten." Vgl. Holzweißig, Die schärfste Waffe, S. 12.

[100] Schreiben der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED an die Abteilung Wissenschaften vom 31. 12. 1957, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 38; Schreiben von Rudi Singer an die Mitglieder der Agitationskommission vom 11. 12. 1963, in: Ebenda, DY 30/IV A 2/9.02/107; Richtlinie für die Arbeit der Fakultät für Journalistik vom 6. 12. 1957, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 22–38.

[101] Richtlinie für die Arbeit der Fakultät für Journalistik vom 6. 12. 1957, in: Ebenda, Bl. 31.

[102] Entschließung der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig vom 21. 10. 1955, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/558, Bl. 363–364.

[103] Bericht über die Studienreise in die Sowjetunion 21.5.-4. 6. 1957, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 1–21, hier Bl. 13.

[104] Schreiben der Moskauer Fakultät für Journalistik an Professor Wilhelm Eildermann vom 10. 2. 1954, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/18, Bl. 213–217; Vorlage an das Sekretariat des ZK bezüglich der Entsendung einer Delegation zum Studium der journalistischen Ausbildung in der Sowjetunion (2. 4. 1957), in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.02/14, Bl. 111–112; Ansuchen des Politbüros an das ZK der KPdSU (B) um Entsendung eines Professors an das Institut für Publizistik in Leipzig (2. 10. 1951), in: Ebenda, DY 30/IV 2/2/169, Bl. 6.

[105] Stellungnahme der ZK-Abteilung Wissenschaften zur Sekretariatsvorlage der Abteilung Agitation und Propaganda vom 17. 10. 1958, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/21, Bl. 74.

[106] Vgl. Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 151.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gung. Aber auch in den Berliner Verwaltungsstellen Kaderabteilung und Leitende Parteiorgane, die ihn ebenfalls mit Vollmachten austatteten, sicherte sich Hager bedeutende Zugriffsmöglichkeiten auf die Karl-Marx-Universität Leipzig. Auf Basis dieser Anhäufung von Kompetenzen wurden einerseits die normierten Regelungen parteibürokratischer Herrschaft umgangen, was in der Regel zu Überschneidungen zwischen den jeweiligen Arbeitsbereichen und somit zu Streitigkeiten führte[107]. Andererseits konnten die von Hager verfochtenen Parteidogmen auf verschiedenen Wegen beschleunigt transportiert werden. Bei abweichendem Verhalten konnte er ebenso zügig wie rigide durchgreifen[108].

So auch im Fall der Fakultät für Journalistik: Hier war die von Norden und Budzislawski vorrangig auf die Einübung hoher fachlicher Kenntnisse und Fertigkeiten ausgerichtete Lehr- und Forschungstätigkeit sowohl dem Leiter der Abteilung Wissenschaften, Kurt Hager, als auch dem Bezirkschef in Leipzig, Paul Fröhlich, von Beginn an ein Dorn im Auge[109]. Wie der „SED-Chefideologe" Hager nicht minder um die Bekämpfung und Aufdeckung von „Zersetzungserscheinungen" im Marxismus-Leninismus bemüht, machte auch Fröhlich schon in den 1950er Jahren durch eine „sektiererische intelligenz-feindliche Politik gegen demokratisch gesinnte Professoren an der Leipziger Universität" auf sich aufmerksam[110]. So habe er am 15. November 1956 seinen Funktionären vorgeschlagen, wie man mit diesen „Freidenkern" umgehen solle: „Ich bin dafür, daß wir Methoden ergreifen, die analog sind, wie wir uns früher mit der SA und SS auseinandergesetzt haben." Warum ein Journalist befähigt werden sollte, „Argumentation, Sprache und Stil in den verschiedenen Genres meisterhaft zu handhaben"[111], wollte

[107] Schreiben von Albert Norden an Kurt Hager betreffend die „unzureichende Ausbildung an der Deutschen Filmhochschule" und die „ernste Kaderlage im Deutschen Fernsehfunk auf kulturpolitischem Gebiet", in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/2.028/60, Bl. 115 f.

[108] Ein gutes Beispiel hierfür ist die im Dezember 1966 auf Drängen der von Hager geführten ZK-Abteilung Wissenschaften eingeleitete und im Februar des darauffolgenden Jahres durch die Abteilung Leitende Parteiorgane des ZK der SED beendete „Überprüfung" des „parteifeindlichen Verhaltens" zahlreicher am Institut für Geschichte der Europäischen Volksdemokratien der Karl-Marx-Universität Leipzig arbeitender Institutsdirektoren und Studenten. Schreiben der ZK-Abteilung Parteiorgane an das ZK-Sekretariat vom 10. 3. 1967, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/ J IV 2/3J/557, Bl. 1–6; vgl. zu Hager auch die Bemerkungen bei Andreas Malycha/Peter Jochen Winters, Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei, Bonn 2009, S. 146 f.

[109] Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Arbeit der Parteiorganisationen an den Universitäten vom 25. 5. 1957, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/56, Bl. 158; Schlussfolgerungen der SED-Parteileitung Karl-Marx-Universität vom 5. 12. 1961, in: BStU, MfS, BV Lpz., AOP 40/64 (Bd. 2), Bl. 68–75, insbes. Bl. 71.

[110] Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1996, S. 36.

[111] Thesen zur III. Pressekonferenz der SED vom 21. 3. 1959, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.02/53b, Bl. 60; vgl. auch den von Karl-Heinz Röhr und Willy Walther, beide ehemals wissenschaftliche Assistenten von Hermann Budzislawski, verfassten Beitrag zu dessen wissenschaftlichen Prämissen: Hermann Budzislawski, in: Journalismus und Gesellschaft: Festschrift der Fakultät für Journalistik Karl-Marx-Universität Leipzig (Hermann Budzislawski zum 65. Geburtstag), Leipzig 1966, S. 9–22, und Budzislawskis öffentlichen Rechenschaftsbericht vor der Fakultät für Journalistik am 15. 10. 1958, in: Hermann Budzislawski. Die Aus-

auch Hans-Joachim Böhme, bis 1966 einer der „Macher" in der Leipziger Universitätsparteileitung, bevor er für knapp zwei Jahrzehnte in den Ministerialrang des Hoch- und Fachschulwesens der DDR gehievt wurde, nicht einleuchten – besonders dann nicht, wenn zur gleichen Zeit sowohl zum Parteilehrjahr wie zum Marxistischen Kolloquium zeitweise weniger als die Hälfte aller an der Fakultät beschäftigten Wissenschaftler erschienen und auch die Studenten eine Vortragsreihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung augenscheinlich desinteressiert verfolgten[112].

Ungeachtet der Frage, welchen Anklang die Lehrangebote an der Fakultät für Journalistik tatsächlich fanden, wurden diese von den „aktiven Parteiarbeitern" in erster Linie danach beurteilt, welchen Beitrag sie zur ideologischen Formierung der Studenten leisteten. Ein Infragestellen von Bestandteilen des marxistisch-leninistischen Gedankengebäudes zugunsten der Einhaltung wissenschaftlicher Standards kam nach Ansicht der orthodoxen Verfechter der Parteilinie einer Verletzung des SED-Statuts und somit der Parteidisziplin gleich, die eigentlich „als unantastbare Grundlage des Parteilebens und des Parteiaufbaus" zu gelten hatte[113]. „Intellektuelle Anstrengungen des Einzelnen, historische Wahrheit zu ergründen, waren schon im Ansatz verfehlt. [...] Der Weg des Parteimitglieds in die Partei war begleitet vom Abtöten der eigenen Subjektivität. Der Mensch entwickelte sich zum Genossen, indem er sich von seiner unvollkommenen bürgerlichen Herkunft löste und durch permanente Selbstkritik vom Subjekt zum Kommunisten wandelte."[114]

Zusammen mit der Unteren Universitätsparteileitung und den studentischen Parteigruppen formierte sich spätestens Ende der 1950er Jahre eine regelrechte Kampfgemeinschaft, die die Fraktion Budzislawskis schwächen und letztlich die Umkehrung der in der Fakultäts- und Parteileitung herrschenden Machtverhältnisse herbeiführen wollte. In der Durchführung oder gar Intensivierung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit an der Fakultät, wie sie noch 1959 von Budzislawski vor hunderten von Mitgliedern der Partei offiziell eingefordert wurde[115]

bildung der Journalisten und die Erforschung der Presse (Leipziger Universitätsreden, H. 5), Leipzig 1959, S. 13 f.

[112] IM-Bericht vom 23. 1. 1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3041/64, Bl. 8; Kurzinformation über den Stand der Parteischulung an der Karl-Marx-Universität Leipzig vom April 1963, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.04/408; Informationsbericht der SED-Parteileitung der Fakultät für Journalistik (9. 6. 1965), in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/A/7/122/010.

[113] Vgl. Rede von Karl Schirdewan über die „Abänderungen am Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", in: Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (30.3.-6. 4. 1954: 1.-4.Verhandlungstag), Berlin 1954, S. 904–970, hier S. 905 f.

[114] Bernd Florath, Die Partei, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 79–89, hier S. 85 u. S. 87; Berthold Unfried, „Ich bekenne". Katholische Beichte und sowjetische Selbstkritik, Frankfurt a.M. 2006.

[115] Rede von Hermann Budzislawski auf der III. Pressekonferenz des Zentralkomitees der SED in Leipzig (17./18. 4. 1959), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/555, Bl. 280–288, insbes. Bl. 287.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und die ihn ungeachtet der Rückendeckung Nordens schließlich immer weiter ins Abseits beförderte, glaubte Hans-Joachim Böhme in der Parteidienststelle der Universitätsleitung gleichsam den Ursprung allen Übels zu identifizieren. Als Norden gegen Mitte der 1960er Jahre nochmals den Versuch unternahm, den Medienvertretern der SED zu erklären, dass der Journalist nur dann auf zeitgemäße Weise den Anforderungen seines Berufsalltags gerecht werden könne, wenn man die Zügel der Parteinorm lockere, da eben nicht alles, worüber die Medien zu berichten hatten, in die Theorie einzupassen sei, applaudierte die Zuhörerschaft nicht[116]. Es dauerte nur noch ein Jahr, bis die Verantwortung, die Norden für die Massenmedien in der DDR trug, in andere Hände überging[117].

In Leipzig nahm der Druck auf den „wissenschaftlichen" Flügel um Budzislawski seit Ende der 1950er Jahre beständig zu. Darunter litten nicht nur der Dekan, sondern auch die an seinem Institut für Theorie und Praxis der Pressearbeit beschäftigten wissenschaftlichen Angestellten. Provokationen wie: „Sie werden einen leichten Tod haben, denn sie haben nicht viel Geist aufzugeben", zählte der zum Sündenbock stigmatisierte Budzislawski noch zu den „leppische[n] [sic!] Beschimpfungen", die ihm am Arbeitsplatz widerfuhren[118]. Von einem konstruktiven Miteinander an der Fakultät konnte inzwischen nicht mehr die Rede sein. Ab April 1962, also in den Wochen, in denen Budzislawski seinen Posten als Dekan aufgab, wurde amtlich, was sich in der Zusammensetzung der Parteiorganisation an der Fakultät schon lange anbahnte: Erstmals legte man schriftlich fest, dass jeder der an der Fakultät beschäftigten Wissenschaftler den SED-Parteigruppen zu unterstehen hatte. Mit der Formulierung: „Die Parteigruppen sind das wichtigste Instrument zur Parteierziehung der Wissenschaftler", war zugleich die Berichtspflicht darüber inbegriffen, wie und vor allem was es fortan in den Seminargruppen zu unterrichten galt[119]. Die dazu notwendigen Absprachen waren mit den sogenannten Parteigruppenorganisatoren zu treffen, die wie der Oberassistent J., der die Parteigruppe am Institut für Sprache und Stilistik leitete, über deutlich mehr Erfahrung verfügen konnten und teils auch selbst als Journalisten gearbeitet hatten[120]. J., der vor Studienantritt zweieinhalb Jahre für eine Bezirkszeitung tätig gewesen war, stellte jedoch eher die Ausnahme dar. Wie aus einer zum Jahreswechsel 1957/58 erhobenen Statistik hervorgeht, waren unter den 57 Mitarbeitern, die zu dieser Zeit in Lehrverantwortung standen, 95 Prozent junge

[116] Vgl. Rede von Albert Norden vor dem Verband der Deutschen Journalisten vom 27. 1. 1966, in: Albert Norden, In Aktion für das sozialistische Vaterland. Ausgewählte Aufsätze und Reden 1964–1969, Berlin 1969, S. 202–213, hier S. 207 u. S. 211 f.

[117] Die Absetzung Nordens war auch Ausdruck eines veränderten, oftmals zynischen Umgangs mit älteren Kommunisten in der DDR seit den 1960er Jahren. Vgl. hierzu Catherine Epstein, The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century, Cambridge/London 2003, S. 187–243.

[118] Aktennotiz vom 12. 9. 1961, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/558, Bl. 233.

[119] Entschließung der SED-Parteiorganisation der Fakultät für Journalistik vom 16./17. 4. 1962, in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/7/122/03.

[120] Abschrift der „Beurteilung" von J. vom 3. 2. 1955, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3043/64, Bl. 47–48.

Assistenten, von denen die überwiegende Mehrheit bis zu diesem Zeitpunkt keine Erfahrungen in der journalistischen Praxis vorzuweisen hatte[121].

Dieser Mangel an „Praxisverbundenheit", den J. und andere Vertreter der SED-Parteigruppen vor allem dem Wissenschaftler Budzislawski und seinen Anhängern anlasteten, wirkte sich auf die Akzeptanz des Lehrpersonals verheerend aus. Orthodox sowjetmarxistische Vertreter der SED bedienten sich einer Art „Stigma-Theorie"[122], die die Minderwertigkeit der „kleinbürgerlichen Intelligenzler" und „Nur-Fachmänner" erklären und die Gefährdung der Fakultät durch die Stigmatisierten nachweisen sollte, die angeblich primär ihrem „bequemen Subjektivismus" frönten. Auch die ZK-Abteilung Agitation ging inzwischen davon aus, dass Budzislawski die Fakultätsarbeit, so eine vielsagende Formulierung, „doch etwas *einseitig zu Gunsten der ‚Wissenschaft von der Journalistik'* ausgelegt" habe[123]. Noch im Jahr 1966 kritisierte Emil Dusiska, seit 1965 Professor für Theorie und Praxis des sozialistischen Pressewesens, die mangelnde Lehrbefähigung der Fakultätsmitarbeiter und die in den Vorjahren „völlig ungenügende Vermittlung eines geschlossenen marxistischen Geschichtsbildes"[124]. Erst unter seiner Leitung, so ließ der 1967 zum Dekan aufgestiegene Dusiska in seinem Rechenschaftsbericht an das Zentralkomitee 1968 wissen, sei eine Trendwende eingeleitet worden. Der Bereich Marxismus-Leninismus würde inzwischen, nachdem nicht weniger als ein Viertel der Belegschaft ausgetauscht worden sei, schon 24 Prozent des Lehrprogramms ausmachen. Und stolz fügte Dusiska hinzu: „Es gibt keine gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, an der die Studenten eine so umfangreiche Ausbildung in M/L. erhalten."[125]

Diese Entwicklung zeigt exemplarisch den Erfolg der Parteidogmatiker, die sich in den 1960er Jahren auf den unterschiedlichen Ebenen der DDR-Bürokratie verstärkt durchsetzten. Damit verbunden war zugleich das institutionelle Scheitern einer auch am Medienkonsumenten orientierten politischen Publizistik. Das ist bemerkenswert, weil in Moskau im gleichen Jahrzehnt ein Institut für empirische Meinungsforschung gegründet wurde[126]. Während die KPdSU nach Stalins Tod eine populäre sowjetische Massenkultur propagierte, die nicht zuletzt auf der Berücksichtigung der Medienkonsumwünsche der Bürger basierte[127], setzten sich

[121] Richtlinie für die Arbeit der Fakultät für Journalistik vom 6. 12. 1957, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 25–27 u. Bl. 29–30.

[122] Erving Goffman, Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt a.M. 1967, S. 14.

[123] Schreiben der Abteilung Agitation des ZK an das Büro Norden vom 19. 4. 1966, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/2.028/61, Bl. 9 (Hervorhebung im Original).

[124] Bericht von Emil Dusiska über die Arbeit des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit (19. 4. 1966), in: Ebenda, Bl. 11–30.

[125] Rechenschaftsbericht vom Dekan Emil Dusiska über die Fakultät für Journalistik (7. 12. 1968), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/2.106/5, Bl. 233 u. 235–236.

[126] Vgl. Paul Roth, Sow-inform. Nachrichtenwesen und Informationspolitik der Sowjetunion, Düsseldorf 1980, S. 200; René Ahlberg, Theorie der öffentlichen Meinung und empirische Meinungsforschung in der UdSSR, in: osteuropa 19 (1969) H. 3, S. 161–172, hier S. 168–172.

[127] Vgl. Kristin Roth-Ey, Moscow prime time: How the Soviet Union built the media empire that lost the cultural Cold War, Ithaca 2011.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in der DDR die Vertreter eines doktrinär-leninistischen Verlautbarungsjournalismus durch, der entscheidend zur anhaltenden Entfremdung von Partei und Bürgern beitrug.

## Die Bedeutung der Staatssicherheit

Spätestens seit dem Erscheinen des Buches von Brigitte Klump 1978 galt die Fakultät für Journalistik in der Bundesrepublik als eine Einrichtung, die vom Inlandsgeheimdienst der DDR nicht nur streng überwacht, sondern auch intensiv zur Rekrutierung eigenen Personals genutzt wurde. Man habe es, so Klump, mit einem regelrechten „Ausbildungsinstitut für den Staatssicherheitsdienst" zu tun[128]. Jeder Student lerne während des Studiums, dass er ohne die „freiwillige" Mitarbeit für das MfS das Studium nicht erfolgreich abschließen könne. Wer das einmal begriffen und akzeptiert habe, dem standen anschließend viele Karrieremöglichkeiten in der DDR offen[129]. Nach der Wiedervereinigung äußerten sich ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdiensts ähnlich: Die Hauptverwaltung Aufklärung, der dem MfS zugeordnete Auslandsgeheimdienst der DDR, habe „grundsätzlich" alle Studenten an der Fakultät erfasst; auch seien in den Seminargruppen stets Studenten vertreten gewesen, die sich als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) hätten anwerben lassen[130].

Ein genauerer Blick auf die Tätigkeit der Staatsicherheit an der Universität Leipzig im fraglichen Zeitraum lässt eine solche engmaschige Überwachung jedoch zweifelhaft erscheinen. Obwohl die Staatssicherheit seit den 1950er Jahren eine aktive Rolle an der Fakultät spielte, war ihr konkreter Einfluss weniger umfassend als bislang angenommen. Wie die folgenden Absätze zeigen, war es auch gar nicht erforderlich, alle Studenten „aktiv" anzugehen. Für den angestrebten Zweck, die zukünftigen Kader auf eine eventuelle reibungslose Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit im Berufsleben vorzubereiten, genügte es schon, den Anschein einer totalen Durchdringung der Fakultät zu erwecken. Schaut man allein auf die der Abteilung V[131] zugehörige Diensteinheit, die die gesamte Leipziger Universität zu „sichern" hatte, wird schnell klar, dass diese weit vom Selbstanspruch einer

[128] Klump, Das rote Kloster, S. 223.

[129] Vgl. ebenda, S. 252, S. 256 u. S. 273 f.

[130] Dieser Themenkomplex ist noch nicht hinreichend aufgearbeitet worden. Vgl. bislang Steffen Reichert, Transformationsprozesse. Der Umbau der LVZ, Münster 2002, S. 50; Frank Nordhausen, Seminargruppe 606, in: Berliner Zeitung vom 13. 2. 2002, URL: https://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2002/0213/seite3/0001/index.html.

[131] Die Mitarbeiter der Linie V bildeten den „Kernbereich des Systems der politischen Repression und Überwachung des Ministeriums für Staatssicherheit. In Struktur und Tätigkeit passte sich die Abteilung mehrfach an die sich wandelnden Bedingungen der Herrschaftssicherung an." 1964 erfolgte ihre letztmalige Umbenennung in die Hauptabteilung XX (in den Bezirksverwaltungen „Abteilungen" oder „Linie XX" genannt), deren Geheimdienstaufgabe nach wie vor in der Überwachung von Staatsapparat, Kultur, Opposition und Kirchen bestand. Vgl. grundlegend Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund", Berlin 2008, Zitat S. 3.

flächendeckenden Überwachung entfernt war. Soweit aus den für die Monate Dezember 1953 und Januar 1955 erschlossenen „Sachstandsberichten“[132] hervorgeht, kamen für die „Bearbeitung“ der zu überwachenden Fakultät für Journalistik maximal drei Mitarbeiter der Staatssicherheit in Frage. Ihr Aufgabenfeld erstreckte sich auf über hundert weitere Institute, die sich an der Universität auf nicht weniger als zehn Fakultäten verteilten. Selbst wenn man die im Bereich von Verwaltung und Gesundheit beschäftigten Mitarbeiter der Universität außen vorlässt, muss von etwa 10.500 Personen ausgegangen werden, die im Frühjahr 1955 dem Verantwortungsbereich von lediglich drei MfS-Mitarbeitern unterlagen. Wie groß das Netz an Informanten war, ist in den genannten Berichten ebenfalls vermerkt. Danach soll an der noch jungen Fakultät für Journalistik allein ein „Geheimer Informator“ (GI) eingesetzt worden sein, an den übrigen Einrichtungen fanden sich weitere 21 dieser oder anderer „IM-Typen“ (Müller-Enbergs), allerdings nahm ihre Zahl in den folgenden Jahren rasch zu[133]. Ein weiteres Problem aus Sicht der Staatssicherheit war die „fehlende allgemeine und fachliche Qualifikation“[134] ihrer Mitarbeiter. Die „Verzettelung in der operativen Arbeit“ wie die Unfähigkeit, die geworbenen Kandidaten möglichst effizient für die zu erfüllenden Aufgaben einzuteilen[135], gehörten noch Jahre später zu den klassischen Problemen, denen die Behörden des MfS durch Weiterqualifizierung ihres Personals zu begegnen versuchten.

Immerhin waren die örtlichen Gegebenheiten für die Überwachung der Fakultät für Journalistik günstig: Die Leipziger Dienststelle des MfS lag nur wenige Autominuten von der Fakultät entfernt, und als diese in den 1970er Jahren in das neue Universitäts-Hochhaus in der Innenstadt umzog, rückte man räumlich noch weiter zusammen. Selbst wenn das für die Fakultät zuständige MfS-Personal zu Gesprächen nicht im Gebäude der Fakultät erschien[136], was im Regelfall einen Anruf bei der dortigen Kaderabteilung voraussetzte, konnten andere Wege des Austausches beschritten werden. Gelang es einem der wenigen IM-führenden Mitarbeiter, einen Studenten für Spitzeltätigkeiten zu gewinnen, so fanden die Absprachen gewöhnlich in zum Teil eigens dafür angemieteten „Konspirativen Wohnungen“, anderen universitären Räumlichkeiten („Treffzimmer“) oder an öffentlichen Orten statt. Besuche im Internat der Fakultät hingegen sollten aus-

[132] Die im Folgenden gemachten Angaben beziehen sich auf die Tätigkeitsberichte der Abteilung V/4 der BVfS Leipzig vom 11. 12. 1953, in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 180, Bl. 82–83 u. Bl. 98–99, und den Tätigkeitsbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 18. 1. 1955, in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 183/03, Bl. 1–9.

[133] Bericht zur Überprüfung der Abteilungen II, III, V und VII sowie der Kreisdienststellen Torgau und Altenburg der BVfS Leipzig (4.1.-14. 1. 1955), in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 924, Bl. 3.

[134] Gieseke, Die Stasi, S. 57.

[135] Bericht zur Überprüfung der Abteilungen II, III, V und VII sowie der Kreisdienststellen Torgau und Altenburg der BVfS Leipzig (4.1.–14. 1. 1955), in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 924, Bl. 69; Beurteilung des MfS-Mitarbeiters Klaus W., in: BStU, MfS, ZA 11569, Bl. 5.

[136] Treffbericht der Abteilung V/1 mit IM „Renate“ vom 25. 10. 1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 85.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

drücklich vermieden werden[137], was nicht bedeutet, dass in Fällen, wo ein Absolvent höheren Semesters ohnehin privat wohnte, nicht auch dieser Raum für Absprachen genutzt wurde[138]. Bei einigen Treffen zahlten die MfS-Mitarbeiter dem jeweiligen Studenten eine Anerkennungsprämie für gute Zusammenarbeit; der Standardsatz lag Ende der 1950er Jahre bei zehn Mark[139].

Generell ist bemerkenswert, dass sich trotz der in Mitgliederversammlungen, Rektoratssitzungen und anderen formalen Interaktionsverläufen streng beachteten Tabuisierung der Staatssicherheit an der Fakultät niemand überrascht zeigte, wenn sich vor Ort agierende Personen des MfS zu erkennen gaben. Wie sehr die Präsenz der Staatssicherheit schon im letzten Drittel der 1950er Jahre auch von den Studenten als normal hingenommen wurde, womit immer auch ein gewisses Maß an Entlastung von persönlicher Verantwortung einherging[140], findet sich in den Akten des Bundesbeauftragten eindrücklich dokumentiert. Die Annahme, dass der Einzelne den Erwartungen des Staatssicherheitsdiensts auf jeden Fall nachkommen musste, trifft jedoch nicht zu. Auch angesichts der verschiedenen, individuell sehr folgenreichen Repressionsmaßnahmen des MfS[141] und der – vermutlich in der Breite noch wirkmächtigeren – verbreiteten Ängste vor Repression ist nicht automatisch zu schließen, dass es für die Betroffenen keine Handlungsoptionen gab.

Drei Beispiele mögen dies verdeutlichen. Der erste Fall des Journalistik-Studenten G. zeigt, dass Studenten Kooperation und Obstruktion verbinden konnten, ohne sich selbst Repressionen des MfS auszusetzen. G., der sich noch vor Aufnahme des Studiums im Herbst 1954 zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit verpflichtete und von dem das Ministerium ausführliche Einschätzungen der Mitglieder seiner Seminargruppe wünschte[142], verstand es geschickt, sich diesen Zumutungen zu entziehen. Immer wieder teilte er seinem Führungsoffizier in Gesprächen mit, wie schwer es ihm falle, der Gruppe und seinen Freunden unter die Augen zu treten, nachdem er sie der Reihe nach schriftlich habe beurteilen müssen[143]. Sorgenvolle Nachfragen wie: ob seine Aufzeichnungen

[137] Aktennotiz der Abteilung V/1 betreffend des IM „Taucher“, in: BStU, MfS, BV Lpz., AGI 321/56, Bl. 79.

[138] Bericht der Abteilung V/1 betreffend der Aussprache mit dem Assistenten der Fakultät für Journalistik A. (21. 3. 1957), in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 57.

[139] Treffbericht vom 21. 10. 1957 mit IM „Karlus“, in: BStU, MfS, BV Leipzig, AP 3799, Bl. 83.

[140] Zur entlastenden Wirkung dieses Vorgangs vgl. bereits Lynne G. Zucker, The Role of Institutionalization in Cultural Persistence, in: American Sociological Review 42 (1977), S. 726–743.

[141] Stichpunkte der Abteilung V/1 zur Befragung einer Studentin der Fakultät für Journalistik (27. 5. 1957), in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 73; Bericht der Abteilung V/1 über die Aussprache mit einer Studentin der Fakultät für Journalistik (6. 6. 1957), in: Ebenda, Bl. 64; Auskunftsbericht der BVfS Leipzig, in: Ebenda, Bl. 93.

[142] Anwerbungsbericht der Dienststelle Bautzen II vom 5. 5. 1954, in: BStU, MfS, BV Lpz., AGI 321/56, Bl. 12–13; Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 2. 11. 1955, in: Ebenda, Bl. 90; Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 22. 12. 1955, in: Ebenda, Bl. 104; Beurteilung des IM „Taucher“ durch die Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 27. 1. 1956, in: Ebenda, Bl. 21.

[143] Treffberichte der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 24.10., 7.11. und 14. 12. 1955, in: BStU, MfS, BV Lpz., AGI 321/56, Bl. 86–89, Bl. 93 und Bl. 99.

wichtig seien und ob sie für den Einzelnen Nachteile brächten, ließen den jungen, bis zum Hals in Arbeit versinkenden MfS-Mitarbeiter schnell resignieren. Verärgert schrieb er in einem seiner Treffberichte: „Ich [...] mußte ihm die Dinge förmlich aus dem Munde herausziehen."[144] Einige Wochen später brach die Staatssicherheit die Zusammenarbeit mit diesem Studenten ab. „Bei der Durchführung von Aufträgen hatte er Hemmungen und teilweise mangelte es ihm an Initiative"[145], lautete die Begründung im Abschlussbericht.

Ähnlich urteilte die Staatssicherheit auch im Fall der Studentin N. Sie war vom genannten G. als „Typ eines Intellektuellen" charakterisiert worden. N. wurde am 17. September 1957 unter dem Decknamen „Renate" angeworben und – mit Unterbrechungen – bis Ende 1960 als Inoffizielle Mitarbeiterin geführt. Die „sehr intelligente" und „hübsche" junge Frau sollte an der Fakultät für Journalistik gezielt auf Männer angesetzt werden und darüber hinaus regelmäßig über die Mitglieder ihrer Seminargruppe berichten[146]. Ihre Personalakte beim MfS enthält auch einige dieser sogenannten Treffberichte, die vom Vorgesetzten des zuständigen Führungsoffiziers mehr oder weniger regelmäßig angefordert wurden. Allerdings blieb N. darin stets unverbindlich und äußerte allenfalls persönliche Geschmacksurteile. Zu zentralen politischen Fragen nahm sie – soweit ersichtlich – kaum Stellung. Wiederholt erschien N. nicht zu den vereinbarten Terminen, ohne dass sie Konsequenzen von Seiten des MfS zu befürchten hatte. Der Abschlussbericht des Geheimdienstes vom 29. Dezember 1960 kam zu einem eindeutigen Urteil: „Die ganze Zusammenarbeit mit dem GI erbrachte nicht den geringsten operativen Nutzen."[147]

Der dritte Fall des Studenten M. dokumentiert hingegen eine für beide Seiten gelungene Zusammenarbeit. M., der offenbar schon vor seinem Studium mit dem MfS in Kontakt stand, traf sich am 27. April 1956 mit einem Mitarbeiter der Bezirksdienststelle Leipzig, um Gespräche über seinen „zukünftigen Einsatz bei der Presse zu führen". M. hatte zuvor sein Berufspraktikum bei der Auslandsabteilung der Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur (ADN) absolviert und wollte nach Abschluss des Studiums gerne wieder dort anfangen. In einer Aussprache mit einem Mitarbeiter der ZK-Abteilung Agitation war ihm jedoch vorgeschlagen worden, als Redakteur für die Nationale Volksarmee zu arbeiten – ein Vorschlag, der bei ihm auf wenig Begeisterung stieß. Er befürchtete, seine Berufsinteressen dann „nicht voll auswerten" zu können; auch eine Karriere als Journalist im Ausland sei dann unwahrscheinlich. In dieser Situation scheint sich M. von sich aus an das MfS gewandt zu haben, um eine Verbesserung seiner Berufschancen zu erreichen. Und er hatte Erfolg. Sein Ansprechpartner von der Bezirksdienststelle

144 Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig betreffend des IM „Taucher" (14. 12. 1955), in: Ebenda, Bl. 100.

145 Abschlussbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig betreffend des IM „Taucher" vom 3. 4. 1956, in: Ebenda, Bl. 23.

146 Vorschlag zur Anwerbung der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 19. 9. 1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 916/61, AA, Bl. 5.

147 Abschlussbericht des MfS, Kreisdienststelle Köpenick, vom 29. 12. 1960, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 916/61, PA, Bl. 55.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in Leipzig notierte: „Gen. M. ist bereit, für die Organe der Staatssicherheit zu arbeiten und es ist zu empfehlen, ihn bei ADN einzustellen mit der Perspektive als Auslandskorrespondent ins kapitalistische Ausland."[148] Eine handschriftliche Verpflichtungserklärung des M. liegt der Akte bei[149]. Dieser Fall, so bruchstückhaft er überliefert ist, verdeutlicht, dass nicht alle Studenten zwangsläufig Opfer des MfS waren. Sie konnten durchaus als selbstbewusste „Mitspieler" auftreten, die sich von einer Zusammenarbeit Karrierevorteile versprachen[150].

Im Bericht der Leipziger Sicherheitsbehörden zum Treffen mit M. findet sich zudem noch eine weitere aufschlussreiche Angabe. Das Gespräch fand nicht etwa außerhalb der Fakultät für Journalistik, sondern direkt im Dekanatsgebäude statt. Besonders „konspirativ" trat die Staatssicherheit innerhalb der Fakultät demnach nicht auf. Zumindest die führenden Personen, der Dekan und die SED-Parteileitungen von Universität und Fakultät, wussten von solchen regelmäßigen Zusammenkünften[151]. Schon zwei Jahre nach der Etablierung der Fakultät für Journalistik war die Staatssicherheit zu einem wichtigen Akteur dort aufgestiegen; sie hatte gewissermaßen Hausrecht.

Nimmt man die Fälle zusammen, wird deutlich, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Diensteinheiten des MfS nicht automatisch Vorbedingung für den Studienerfolg in Leipzig war. Auch jemand wie G., der zwar zunächst einer Zusammenarbeit mit der Abteilung V der Leipziger Bezirksdienststelle zugestimmt hatte, sich dann aber deren Wünschen geschickt entzog, war nach seinem Studium als Journalist in der DDR tätig. Aus Sicht der Staatssicherheit war es nicht entscheidend, ob Studenten an der Fakultät eine IM-Tätigkeit erfolgreich und über einen gewissen Zeitraum hinaus ausführten. Worauf es aus ihrer Sicht ankam, wenn man so will ihr Kriterium für den Lernerfolg der Studenten, waren zwei Dinge: Erstens musste jeder Absolvent auf direktem oder indirektem Weg von der Aufgabe und Machtfülle des DDR-Geheimdiensts erfahren und zweitens durch sein Verhalten überzeugend zum Ausdruck gebracht haben, dass er diese Rolle des Staatssicherheitsdiensts nicht öffentlich thematisieren würde, sie innerlich aber als Gegebenheit im Sinne einer eingeschliffenen, stillschweigenden Kenntnis der Routineregel akzeptierte[152]. Auch Absolventen, die nur in Einzelfällen, dann aber problemlos, ihre IM-Dienste im Studienalltag verrichteten und ansonsten auf Abstand bedacht waren, stand die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs im Journalismus der DDR offen.

---

148 Vermerk des Hauptmanns Müller zur „Aussprache" vom 27. 4. 1956, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 1/56, Bl. 5.

149 Verpflichtungserklärung des M. vom 27. 4. 1956, in: Ebenda, Bl. 6.

150 Ob M. tatsächlich nach seinem Studium beim ADN anfangen konnte, geht aus der Überlieferung, die den Verfassern beim Bundesbeauftragten zugänglich gemacht wurde, nicht hervor.

151 Beispielsweise wurde die Journalistikstudentin, Deckname IM „Renate", vom Parteisekretär der Parteiorganisation an der Fakultät zum Gespräch mit dem MfS eingeladen. Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig betreffend IM „Renate" (19. 9. 1957), in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 8.

152 Siehe Welskopp, Dualität, S. 106 f.

## Interessenkonflikte der Studenten: Zwischen Karriere und Kritik

Wer sich in den 1950er Jahren für einen Studienplatz im Fach Journalistik interessierte, musste in einem handschriftlichen Lebenslauf die Wahl seines Studienfachs begründen. In den Akten befinden sich zudem sogenannte Beurteilungen einzelner Studenten, verfasst von Mitstudenten, Dozenten, manchmal auch von ehemaligen Lehrern. Diese Dokumente geben Auskunft über Herkunft und Vorerfahrungen der Bewerber, aber auch über die Vorstellungen, die sich die angehenden Journalisten von der Fakultät und von ihrem späteren Berufsfeld machten.

Die im Rahmen dieses Aufsatzes gezogenen Stichproben aus den Anfangsjahren der Fakultät verdeutlichen, dass viele angehende Studenten trotz ihrer Jugend bereits einiges an Lebenserfahrung mitbrachten, was teils dem Krieg und den Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit, teils den jeweiligen Familienverhältnissen geschuldet war. Es gab Flüchtlingskinder, die unter schwierigsten materiellen Verhältnissen aufgewachsen waren, andere waren unehelich geboren oder früh verwaist[153]. Viele Studenten landeten eher zufällig an der Fakultät und hatten nur vage Vorstellungen von dem, was sie dort erwartete[154]. Eine Bewerberin schrieb mit naiver Ehrlichkeit, sie hätte eigentlich lieber Germanistik studiert, doch sei dieses Fach derzeit überlaufen. Ihr größter Wunsch sei es jedenfalls, „Schriftsteller zu werden und die Menschen mit meinen Werken zu erziehen und zu erfreuen“[155] – hier hallte vermutlich noch der Schulunterricht nach, *prodesse et delectare*. Ein anderer Studienbewerber gab hingegen an, er wolle Journalist werden, damit sich die „Schrecken der Hitlerzeit“ nicht wiederholten. Er begründete dies auch biographisch: Er selbst sei als Jugendlicher bei einem alliierten Bombenangriff „verschüttet und schwer verletzt“ worden; seinen damals 16 Jahre alten Bruder hätten die Nationalsozialisten in den letzten Kriegstagen erschossen[156]. Nun wolle er den „demokratischen Aufbau“ unterstützen und „den Frieden selbst genießen“ – ein Wunsch, den auf die eine oder andere Weise viele der Bewerber zum Ausdruck brachten. Sie waren Vertreter einer Nachkriegsjugend, die schon viel erlebt und erlitten hatte und die, von politischen Parolen eher abgestoßen, vor allem aus praktischen Erwägungen handelte. Soziale Not und Zukunftsängste hatten viele geprägt, was vielleicht auch das Bedürfnis nach einer Stabilisierung der neuen Verhältnisse erklärt. Am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, war nicht nur eine angelernte Formel, sondern auch eine naheliegende Antwort auf existenzbedrohende Kindheits- und Jugenderlebnisse.

Das real existierende Journalistik-Studium mit seiner Betonung der Parteidoktrin wird den Vorstellungen dieser jungen Leute zunächst kaum entsprochen ha-

[153] Angaben in: UAL, PA-A 8642, 7382 und 7177.

[154] Damit deckt sich dieser Befund mit den von Meyen/Fiedler, Die Grenze, S. 345–351, angeführten Charakteristiken zu der in der Darstellung stark gemachten „Aufbaugeneration“. Wer sich hingegen ab „Mitte der 1950er Jahre (und erst recht dann später) entschied, in der DDR Journalist zu werden“, so heben die Verfasser hervor, habe „im Gegensatz zur Aufbaugeneration“ recht genau gewusst, worauf er/sie sich einließ. (S. 351)

[155] UAL, PA-A 5925, Bl. 7.

[156] UAL, PA-A 2299, Bl. 13–16.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ben. Eine im traditionellen Sinne akademische Freiheit im Studium gab es an der Fakultät für Journalistik nicht. Der Lehrplan des jeweiligen Studienjahres gab exakt die Zahl und Art der zu besuchenden Lehrveranstaltungen vor, individuellen Gestaltungsspielraum hatten die Studenten nur bei der Wahl einiger weniger Zusatzkurse, Spezialseminare genannt. Zu Veranstaltungen mit externen Referenten, sei es von hochrangigen Genossen des Zentralkomitees oder – seltener – von anderen Hochschulen, wurde der Teilnehmerkreis vorab durch die Fakultäts- und Parteileitung festgelegt[157]. Die in den Studentenakten enthaltenen Angaben verdeutlichen, dass sich viele Studenten schwer taten, die ideologischen Prämissen ihrer Ausbildung unhinterfragt zu akzeptieren. Da offener Widerspruch nicht geduldet wurde, verstummten viele, wenn es um Politik ging[158]. „Nach solchen Versammlungen versuchten schon viele Genossen, sie zur politischen Meinungsäußerung zu bringen, was jedoch nie gelang", steht etwa in der Beurteilung einer Studentin, die ansonsten als „aufgeweckt und lebhaft" beschrieben wird[159].

Andererseits fiel vielen Studenten Distanz zur offiziell gelehrten Ideologie durchaus schwer, nicht zuletzt, weil sie sich der Universität gegenüber nicht undankbar zeigen wollten. Wer in der DDR studieren durfte, zumal an der Fakultät für Journalistik, sollte sich als privilegiert empfinden – und er war es auch, weil er einen der seltenen Plätze in einem beliebten Studiengang erhalten hatte und weil ihm nach Abschluss des Studiums gesicherte und zum Teil sehr attraktive berufliche Positionen winkten[160]. Hinzu kam, dass ein großer Teil der Studenten ein zumindest auskömmliches Grundeinkommen hatte, das regelmäßige Kino- und Theaterbesuche oder kleinere Ausflüge am Wochenende erlaubte, ohne dass ein Zusatzeinkommen nötig gewesen wäre. Mehr als 70 Prozent aller Studenten erhielten Ende der 1960er Jahre ein Grundstipendium, das sie – gute Ergebnisse oder politisches Engagement vorausgesetzt – zu einem Leistungsstipendium ausbauen konnten. Dies gelang allerdings weniger als 20 Prozent der Studenten[161].

Als Gegenleistung für diese umfassende Versorgung nahm sich die Fakultät das Recht heraus, über ihre Studenten zu bestimmen. Das Leipziger Journalistikstudium war von Anfang an so organisiert, dass auch das Privatleben der Studenten erfasst und zur Indoktrination genutzt wurde. Dies galt zum einen für die Seminargruppen, in denen gelernt und diskutiert, aber eben auch bewertet und gemaßregelt wurde. Offiziell sprach man an der Fakultät von der „Erziehung der

[157] Schreiben Dr. Halbach an Prof. Dr. Dusiska vom 29. 5. 1965, in: UAL, Bestand Journ. Fak. 80, Bl. 7.

[158] Schreiben des Sektor Presse an Rudolf Singer betreffend der Wahlversammlung an der Fakultät für Journalistik, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.02/63.

[159] UAL, PA-A 8642, Bl. 25.

[160] „Konzeption für die Durchführung der Zulassungsarbeit im Direktstudium in den Fachrichtungen mit schwieriger Bewerbersituation" (9. 5. 1961), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/5/933, Bl. 86–91, hier Bl. 86.

[161] Vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung (Hrsg.), Student 69, Leipzig 1969, S. 200 f. u. S. 217 f., in: UAL, R 117, Bd. 5. Mitte der 1950er Jahre wurden für das Grundstipendium 180 Mark gezahlt, ein Leistungsstipendium brachte eine Erhöhung um 40 Mark mit sich.

Studenten durch Studenten"[162], die vor Freundschaften und Liebesbeziehungen nicht Halt machte. Schon damals war hinlänglich bekannt, dass die Clique die wichtigste Bezugsgruppe junger Leute war[163]. Da die Studenten der Fakultät für Journalistik im Internat untergebracht waren und die räumliche Nähe zwischen Universitätsgebäuden und Wohnheimen groß war, setzte sich ihr Freundeskreis beinahe zwangsläufig aus Kommilitonen zusammen; eine Trennung zwischen Ausbildung und Privatleben wurde gezielt erschwert[164]. Dies konnte so weit gehen, dass sich die Staatssicherheit über ihre „Kontaktpersonen" und Informanten gezielt als Kupplerin betätigte und – je nach Opportunität – Beziehungen zwischen Studenten stiftete oder bestehende hintertrieb.

Durch regelrechten Psychoterror, dessen Urheber die jeweils Betroffenen nur schwer ausmachen konnten, wurden nicht wenige Studenten innerlich gebrochen. Angesichts des immensen Drucks sahen einige von ihnen nur noch im Freitod einen Ausweg. Dies war ein besonders sensibles Thema in der DDR, denn der Akt der Selbsttötung stellte die denkbar radikalste Absage an die Heilsversprechen der sozialistischen Gesellschaft dar[165]. Natürlich kann man nicht davon ausgehen, dass jeder Selbstmord an der Universität politische Gründe hatte, doch fällt auf, dass die Partei wie die SED-Leitung an der Universität in Zeiten allgemeiner Unruhe besonders sensibel auf entsprechende Meldungen reagierten. Ein Zusammenhang zwischen politischer und individueller Situation wurde also zumindest unterstellt[166]. Nähere Angaben über die Zahl der Selbsttötungen an der Fakultät für Journalistik haben sich bislang nicht auffinden lassen. Allerdings berichtet Brigitte Klump von mehreren Selbstmordversuchen – zwei will sie selbst begangen haben – sowie einem vollendeten Suizid[167].

---

162 Emil Dusiska, Bericht über die Arbeit des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit vom 19. 4. 1966, in: BArch Berlin, SAMPO, DY 30/IV A 2/2.028/61, Bl. 11–30, hier Bl. 29.

163 Vgl. die 1969 durchgeführte und vom Zentralinstitut für Jugendforschung unter dem Titel Student 69 veröffentlichte umfangreiche statistische Erhebung an der Karl-Marx-Universität, auch in: UAL, R 117, Bd. 5, S. 206.

164 Die Internatsunterbringung war unüblich, wie ein Blick auf die Gesamtstatistik für die Karl-Marx-Universität Leipzig ergibt. Demnach wohnten knapp 60 % aller Studenten zur Untermiete, nochmals rund 20 % bei den Eltern und erst an dritter Stelle folgte mit etwa 10 % die Internatsunterkunft. Vgl. ebenda. Im Mietvertrag mit der Fakultät war festgelegt, dass keine außenstehenden Personen, weder Bekannte, Freunde noch Familienmitglieder, das von einem Studienabsolventen der Journalistik bewohnte Internatszimmer betreten durften. Vgl. Mietvertrag zwischen dem Verwaltungsdirektor der Universität Leipzig und dem Journalistikstudenten Klaus Höpcke vom 14. 1. 1952 (im Privatbesitz der Verfasser).

165 Zum Themenkomplex insgesamt vgl. Udo Grashoff, „In einem Anfall von Depression …". Selbsttötungen in der DDR, Berlin 2006; ders., Selbsttötungen in der DDR und das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2004.

166 Notizen zu den Selbstmordversuchen zweier Studentinnen vom Februar 1962, in: UAL, R 123, Bl. 61, 62.

167 Vgl. Klump, Das rote Kloster, S. 253, S. 268 f. u. S. 287. Auch Herzfelde notierte 1956, dass er angesichts des auf ihm lastenden Drucks der vergangenen Jahre an Selbstmord gedacht habe. Wieland Herzfelde, Gelegenheits-Tagebuch, Eintrag vom 26. 6. 1956, in: AdK, Literaturarchiv, Bestand Wieland-Herzfelde, Sig. 2928.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dies zeigt einmal mehr, wie stark der Druck empfunden werden konnte, der an der Fakultät planmäßig und von verschiedenen Instanzen ausgeübt wurde. Wer dem Ideal eines sozialistischen Journalisten nicht zu entsprechen schien, hatte zunächst im Kreis seiner Seminargruppe mit intensiven Gesprächen zu rechnen. Studenten, die dennoch weiterhin auffielen, mussten mit ihrer Exmatrikulation oder – in schwerwiegenden Fällen – sogar mit der Relegation, also einem generellen Studienverbot, rechnen. So wurde einem Studenten des ersten Studienjahrs die Studienerlaubnis entzogen, weil er sich angeblich „in seinem ganzen Verhalten […] von karrieristischen Absichten leiten ließ". Zudem sei er schon als Oberschüler nur aus taktischen Gründen aus der „Jungen Gemeinde"[168] ausgetreten und habe sich aus denselben Motiven um Aufnahme in die SED bemüht. Der vage Vorwurf, sein Verhalten entspreche „in keiner Weise […] den Anforderungen, die wir an einen sozialistischen Studenten und zukünftigen Journalisten stellen", war ausreichend, um ihn aus der Universität zu entfernen[169]. Neben politischen Gründen wurden Zwangsexmatrikulationen auch mit „Studienbummelei", Disziplinlosigkeiten oder schlechten Leistungen begründet[170]. Die Verurteilung zu langjähriger Zwangsarbeit, wie sie einigen Studenten der Publizistik an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zwischen 1947 und 1951 widerfahren war, mussten Studenten der Journalistischen Fakultät jedoch nicht mehr befürchten[171].

## Schlussüberlegungen

Vermutlich absolvierten zwischen 1954 und 1968 knapp 2000 Studenten ihr Direkt- oder Fernstudium an der Fakultät für Journalistik erfolgreich und arbeiteten anschließend überwiegend als Journalisten, Diplomaten oder SED-Kader in wichtigen Positionen[172]. Albert Norden teilte 1964, nur zehn Jahre nach Gründung der Fakultät, mit, dass bereits jeder zweite Chefredakteur oder stellvertre-

[168] Zur „Jungen Gemeinde" in der frühen DDR vgl. Ellen Ueberschär, Junge Gemeinde im Konflikt: Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961, Stuttgart 2003.

[169] Schreiben des Prorektors Gertler an den Rektor der Karl-Marx-Universität, Hans Mayer, vom 14. 5. 1958, und das Antwortschreiben von Hans Mayer vom 19. 5. 1958, beide in: UAL, Bestand J 21, Bd. 11, Bl. 41 f.

[170] Schreiben des Prorektors Gertler an den Rektor der Karl-Marx-Universität, Hans Mayer, vom 29. 4. 1958, in: Ebenda, Bd. 12, Bl. 32.

[171] Vgl. hierzu die maßgeblich vom Universitätsarchiv Leipzig vorangetriebenen Bemühungen um die Aufdeckung von Schicksalen verfolgter Studenten und Akademiker bei Jens Blecher, „ab... nach Sibirien": Einschüchterungspolitik und Meinungsbildung durch Terror an der Universität Leipzig zwischen 1945 und 1955, in: Ders./Gerald Wiemers (Hrsg.), Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945 bis 1955. Von der Universität in den GULAG. Studentenschicksale in sowjetischen Straflagern 1945 bis 1955, Leipzig 2005, S. 42–57.

[172] Genaue Absolventenzahlen für den genannten Zeitraum liegen nicht vor, allerdings nannte der Verband der Deutschen Journalisten 1963 die Zahl von bislang 1200 Absolventen, die eine entsprechende Hochrechnung bis 1968 plausibel erscheinen lässt. Verband der Deutschen Journalisten in der Deutschen Demokratischen Republik, Informationsmaterial über die journalistische Ausbildung in der DDR (Stand 1. 7. 1963), in: BArch Berlin, SAPMO, DR 3, 1. Schicht/1876.

tende Chefredakteur der Tages- und Wochenzeitungen seine Ausbildung an der Leipziger Fakultät erhalten habe. Für die Journalisten, die in den Redaktionen an anderer Stelle arbeiteten, treffe gleiches für über 30 Prozent des gesamten Personals in den Massenmedien der DDR zu[173]. Inwieweit diese Journalisten tatsächlich überzeugt daran mitwirkten, „gemeinsam mit den Werktätigen" den „Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat" voranzubringen, muss weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben[174]. Dieser Aufsatz bestätigt jedenfalls die verbreitete Annahme, dass die SED mit der Einrichtung und dem Ausbau der Fakultät für Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig von Anfang an das Ziel verfolgte, linientreue sozialistische Journalisten als „Agitatoren" und „Propagandisten" der Partei heranzuziehen und diese konsequent in die wichtigsten Positionen in den Massenmedien zu hieven.

Dass die Verantwortung für die Journalistenausbildung Budzislawski übertragen wurde, war unter diesen Prämissen keinesfalls optimal. Alles andere als optimal waren auch die Rahmenbedingungen, schließlich wollte die Politik schnellstmöglich das geeignete Personal für den Kampf um die öffentliche Meinung gewinnen. Und die Zeit drängte, äußerten doch viele Menschen immer wieder Zweifel an der für konsenspflichtig erklärten offiziellen Darstellung der Realität in der DDR. Abweichendes Verhalten wurde schnell pathologisiert, und in diesem Vorgang – eine Art Selbstpsychiatrisierung gesellschaftlicher Kommunikation – maß die Parteiführung der Fakultät für Journalistik außerordentlich hohe Bedeutung zu. Sie sollte dem System in gewisser Weise dauerhaft frisches Blut zuführen, was ihr angesichts der hochgespannten politischen Erwartungen stets nur höchst unzureichend gelingen konnte. Dies zeigte sich vor allem in Krisensituationen – ausgelöst von Ereignissen wie der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings" 1968 –, die nicht selten zur Folge hatten, dass die Konzeption der Ausbildung umfassend auf den Prüfstand gestellt wurde[175].

Über den richtigen Kurs existierten freilich unterschiedliche Vorstellungen. Obwohl das ideologische Hauptziel konsequent verfolgt wurde, verlief die Ausbildung alles andere als spannungsfrei. Es kam nicht nur zu Differenzen auf der Leitungsebene der Fakultät – zwischen vergleichsweise liberalen, eher undogmatischen Genossen und orthodoxen Verfechtern der Parteilinie –, sondern es gab auch immer wieder Fälle, in denen Studenten trotz strenger Vorauswahl ein unangepasstes oder offen widerständiges Verhalten zeigten. Dies scheint einerseits

[173] Albert Norden, Entwurf zum Referat „Die ideologische Waffe der Partei. Presse, Rundfunk und Fernsehen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus" anlässlich der 4. Journalistenkonferenz am 11.12. und 12.12.1964, in: BArch Berlin, NY 4217, Bd. 59, Bl. 178–222.

[174] Die zitierten Formulierungen sind der Broschüre „Grundsätze für die journalistische Ausbildung durch den Verband der Deutschen Presse in der Deutschen Demokratischen Republik" entnommen, die dem Heft 9/1958 der „Neuen Deutschen Presse" beilag, in: BArch Berlin, SAPMO, DR 3, 1. Schicht/1876.

[175] Sitzung der Agitationskommission beim Politbüro des ZK am 30.9.1968, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/2.106/5, Bl. 104–122; Sitzung der Agitationskommission beim Politbüro am 12.12.1968, in: Ebenda, Bl. 269–276; Bericht über Lehre und Forschung an der Fakultät (7.12.1968), in: Ebenda, Bl. 230–259.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eine unmittelbare Folge der Wirkung weltpolitischer Ereignisse wie des Ungarn-Aufstandes oder des Mauerbaus, andererseits die Konsequenz aus einem Dilemma gewesen zu sein; dem Dilemma talentierte und vielfach idealistische junge Menschen intellektuell anzuregen und zugleich politisch „auf Linie" bringen zu wollen. Der Schriftsteller Reiner Kunze, zwischen 1951 und 1953 Student der Publizistik, anschließend bis 1959 Assistent an der Fakultät für Journalistik, formulierte diese Ambivalenz 1994 so: „Ich habe diese Jahre in Erinnerung als Jahre einer unerträglichen Indoktrination, die ich teilweise weitergegeben habe, teilweise, anfangs […] als ich unterrichtete. […] Das ist aber nur die eine Seite, nur der eine Aspekt. Wenn es nur diesen Aspekt gäbe, müsste man sagen, es war eine finstere Zeit. Es gibt aber auch den anderen. Die Indoktrination war dermaßen irr, dass jemand, der auch nur einen Funken von Kreativität besaß, und der der Logik, der menschlichen Logik, nicht völlig abgeschworen hatte, dass der die Widersprüche sehen musste. Dass er anfangen musste sie zu denken. Und so habe ich mich in dieser Zeit auch freigedacht."[176]

Um wiederkehrende Handlungsmuster in den strukturellen wie personellen Beziehungen erkennen zu können, war es notwendig, weit über das Geschehen innerhalb der Fakultät für Journalistik hinauszugreifen. Das gilt nicht nur für die Beziehung zu Partei und Staatssicherheit; streng genommen müsste auch die Arbeitswelt in den Redaktionen untersucht werden, die ab etwa Mitte der 1960er Jahre in verstärktem Maße die Verantwortung für die praktische Qualifizierung des journalistischen Nachwuchses zu übernehmen hatten. Zumindest auf dem Papier sah das duale System der Berufsausbildung vor, die Absolventen zunächst je zur Hälfte ihrer Studiendauer in die Chefredaktionen von Presse, Funk und Fernsehen zu schicken, bevor sie für den theoretischen Feinschliff nochmals auf den Schulbänken der Karl-Marx-Universität Platz zu nehmen hatten. Doch es würde zu weit führen, dieses Thema hier zu erörtern.

Die spezifische Situation dieser Fakultät gab den Studenten die Möglichkeit, nach einem erfolgreichen Studienabschluss als Journalisten und Dozenten zu arbeiten oder als Parteifunktionäre Karriere zu machen. Diese Chance nutzten nicht wenige von ihnen zu einem Aufstieg, der sie – wie im Fall von Klaus Höpcke – bis in die Führung von Staat und Partei bringen konnte. Es gab aber auch andere, die während des Studiums – oder, wie bei Reiner Kunze, bald darauf – mit den Autoritäten in Konflikt gerieten und sich anschließend konsequent dem Druck der Partei zu entziehen suchten. An der parteistaatlichen Generallinie der Fakultät für Journalistik kann kein Zweifel bestehen, das Leben in und an der Fakultät in den 1950/60er Jahren war jedoch vielfältiger als bislang angenommen.

[176] Reiner Kunze im Film „Der Schriftsteller Reiner Kunze. Ein Porträt von Sigrid Esslinger", BR 1994. Für die Möglichkeit zur Einsichtnahme danken wir Christoph Studt, Bonn.

**Bonn erhielt keine Atempause. Kaum hatte die Bundesregierung die schweren Herausforderungen der frühen 1970er Jahre hinter sich, wartete im Sommer 1976 die nächste: Ein westdeutsch-palästinensisches Kommandounternehmen hatte ein Flugzeug entführt und verlangte die Freilassung seiner Gesinnungsgenossen, die in israelischen und deutschen Gefängnissen einsaßen. Was tun? Die Bundesregierung hatte sich zuvor prinzipiell auf eine unnachgiebige Linie festgelegt, musste diesen Kurs nun aber überdenken. Vor allem Rücksichten auf Israel geboten dies, wo man zeitweise geneigt schien, den Forderungen der Terroristen nachzukommen. Markus Eikel, Mitarbeiter des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag, analysiert diesen dramatischen Konsultationsprozess, der mit der israelischen Befreiungsaktion im ugandischen Entebbe ein abruptes Ende fand. Die Bundesregierung war damit aus dem Schneider, sie brauchte keine Entscheidung zu treffen und konnte an ihrer Position der Unnachgiebigkeit festhalten.**

Markus Eikel

# Keine „Atempause“[1]

Das Krisenmanagement der Bundesregierung und die Flugzeugentführung von Entebbe 1976

## 1. Einleitung

Am 27. Juni 1976 entführten vier Terroristen einen französischen „Airbus 300-B4“ mit 248 Passagieren an Bord auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris. Sie waren bei einem Zwischenstopp in Athen der Maschine zugestiegen. Im Laufe der Entführung verdichteten sich die Hinweise, dass zwei der Entführer deutsche Staatsangehörige waren. Sie wurden während und nach der Geiselaffäre als Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann von den „Revolutionären Zellen“ (RZ) identifiziert, einer 1973 im Umfeld des Frankfurter Verlags *Roter Stern* entstandenen linksterroristischen Gruppierung[2]. Die Maschine landete nach einem kurzen Aufenthalt in Libyen auf dem Flughafen Entebbe in Uganda, ca. 40 Kilometer von der Hauptstadt Kampala entfernt. Hier gaben sich die Terroristen als Repräsentanten der palästinensischen Terrorgruppierung *Popular Front for the Liberation of Palestine* (PFLP) zu erkennen und forderten die Freilassung von 53 inhaftierten Terro-

[1] Der damalige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel bezeichnete in seinen Erinnerungen die Periode zwischen Frühjahr 1975 und Frühjahr 1977 als „Atempause“ in der Auseinandersetzung mit den Linksterroristen. Vgl. Hans-Jochen Vogel, Nachsichten – Meine Bonner und Berliner Jahre, München 1996, S. 64.

[2] Zu den RZ vgl. Wolfgang Kraushaar, Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen; in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 583–603.

VfZ 2/2013 © Oldenbourg 2013 DOI 10.1524/vfzg.2013.0011
Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

risten oder Sympathisanten[3]. Das Gross dieser Gefangenen saß in Israel ein; sechs Inhaftierte befanden sich in Gefängnissen der Bundesrepublik Deutschland: Jan Carl Raspe, Ingrid Schubert und Werner Hoppe von der „Roten Armee Fraktion" (RAF) und Inge Viett, Ralf Reinders und Fritz Teufel von der „Bewegung 2. Juni". Nachdem die Entführer zuvor einen Großteil der Geiseln freigelassen hatten, befreite in der Nacht vom 3. zum 4. Juli ein israelisches Kommandounternehmen die verbliebenen, ausschließlich jüdischen Geiseln auf dem Flughafengelände in Entebbe und brachte sie nach Israel; alle Terroristen wurden dabei getötet.

Die Flugzeugentführung von Entebbe ist bislang vor allem im Zusammenhang mit der israelischen Befreiungsaktion, der *Operation Thunderbolt*, in Erinnerung geblieben[4]. Sie wurde in der bundesdeutschen Berichterstattung primär als ein Anschlag palästinensischer Terroristen auf ein israelisches Ziel dargestellt[5]. Dabei ist weitgehend vernachlässigt worden, dass die dramatische Aktion nicht nur in die israelisch-palästinensische Konfrontation einzuordnen ist. Da die Entführung gemeinsam von palästinensischen und deutschen Terroristen durchgeführt wurde, sind die Ereignisse in Entebbe auch den Aktivitäten des international agierenden palästinensischen Terrorismus zuzuordnen, der sich mit seinen Forderungen nicht nur, aber auch an die Bundesrepublik wandte[6]. Vor allem jedoch hat

[3] Die PFLP hatte sich 1967 aus mehreren palästinensischen Widerstandsgruppen zusammengeschlossen. Seit 1968 entführte sie Passagierflugzeuge, zunächst israelische, später vermehrt auch Maschinen anderer Länder. Vermutlich 1974 gründete der ehemalige Kinderarzt Wadi Hadda, die sogenannten PFLP-Special Command (PFLP-SC), eine Untergruppierung der PFLP. Die PFLP-SC lehnte ein diplomatisches Vorgehen auf dem Weg zur Anerkennung Palästinas ab und fokussierte sich ausschließlich auf den bewaffneten Kampf. In Abstimmung mit der RAF organisierte Wadi Haddad die Entführung der „Landshut"-Lufthansamaschine im Oktober 1977. Nach dem Tod von Wadi Haddad 1978 verlor die PFLP-SC an Bedeutung. Zur Geschichte der PFLP vgl. insbesondere Thomas Skelton-Robinson, Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969–1980), in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 828–904, zur Zusammenarbeit zwischen PFLP und „Revolutionären Zellen" insbesondere S. 868–883. Vgl. ferner Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Frankfurt a.M. [4]2008, S. 424 ff. u. S. 779 f.; Stefan Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, München [6]2008, S. 412; Thomas Riegler, Das "Spinnennetz" des internationalen Terrorismus. Der "Schwarze September" und die gescheiterte Geiselnahme von Schönau, in: VfZ 60 (2012), S. 579–601, hier S. 580 f.

[4] Die israelische Befreiungsaktion ist Gegenstand des Buches von William Stevenson, 90 Minuten in Entebbe, Frankfurt a.M. 1977, und der folgenden Spielfilme: Unternehmen Entebbe (Victory at Entebbe) (1976) mit den Schauspielern Anthony Hopkins, Burt Lancaster, Elisabeth Taylor and Richard Dreyfuss; …die keine Gnade kennen (Raid on Entebbe) (1977) mit Peter Finch, Charles Bronson, Yaphet Kotto und Horst Buchholz in der Rolle von Wilfried Böse; Operation Thunderbolt (Mivtsa Yonatan) (1977) mit Sybil Danning und Klaus Kinski als Böse. Siehe zur filmischen Verarbeitung der Ereignisse in Entebbe Annette Vowinckel, Flugzeugentführungen. Eine Kulturgeschichte, Göttingen 2011.

[5] Vgl. Annette Vowinckel, Der kurze Weg nach Entebbe oder die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe 1 (2004), H. 2, S. 4; www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Vowinckel-2–2004 [3. 1. 2013].

[6] Das sicherlich bekannteste Beispiel ist das von der Gruppe "Schwarzer September" 1972 durchgeführte Attentat bei den Olympischen Spielen in München. Darüber hinaus entführte die PFLP im September 1970 drei Flugzeuge nach Jordanien und erreichte damit von der



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kaum Beachtung gefunden, dass Entebbe durch die Beteiligung deutscher Täter und ihre Forderungen nach der Freilassung von deutschen Terroristen auch ein Kapitel in der Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik und dem militanten deutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre war[7].

In den vergangenen Jahren hat in der historischen Forschung eine intensive Beschäftigung mit der Konfrontation zwischen westdeutschem Staat und Linksterrorismus eingesetzt, die sich vor allem mit der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus beschäftigt. Grundlegend sind die breit recherchierten Veröffentlichungen von Matthias Dahlke. Seine Dissertation thematisiert die staatliche Reaktion auf terroristische Herausforderungen in der Bundesrepublik, Österreich und den Niederlanden in den Jahren 1972 bis 1975[8]. Als Fallstudien für die Bundesrepublik beschäftigt sich Dahlke mit dem Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München im September 1972[9] und der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz im Februar 1975[10]. Analysen liegen auch zur Geiselnahme in der Deutschen Botschaft in Stockholm im April 1975[11] und zu den Ereignissen des „Deutschen Herbstes" 1977 vor, insbesondere zur Entführung der „Landshut"-Maschine nach Mogadischu im September 1977[12].

Der deutsche Linksterrorismus der 1970er Jahre operierte international, er besaß Verbindungen außerhalb der Bundesrepublik und hatte Kontakte zu radikalen Palästinensern und anderen europäischen Terrorgruppen[13]. In diesem grenzüberschreitenden Terroristennetzwerk galten palästinensische Organisati-

Bundesregierung die Freilassung von palästinensischen Gefangenen. Im Februar 1972 erpresste die PFLP durch eine Flugzeugentführung nach Aden von der Bundesregierung 5 Millionen US-Dollar. Vgl. Eva Oberloskamp, Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus, in: VfZ 60 (2012), S. 321–352, hier S. 329. Zu weiteren Aktionen palästinensischer Terroristen in der Bundesrepublik seit 1970 siehe Matthias Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus: Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975, München 2011, S. 59 f.

7 Darauf hatten journalistische Analysen unmittelbar nach Ende der Geiselaffäre hingewiesen. Vgl. vor allem Der Spiegel vom 5. 7. 1976: Bonn: „Härte bedeutet Massaker"; Stern vom 8. 7. 1976: „Da haben die Israelis wieder mal für die Europäer die Kastanien aus dem Feuer geholt." Warum die Bundesregierung auf eine Befreiungsaktion der Israelis baute.

8 Vgl. Dahlke, Demokratischer Staat.

9 Vgl. Matthias Dahlke, Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland, München 2006; ders., Demokratischer Staat, S. 57–128; vgl. auch Oberloskamp, Olympia-Attentat.

10 Vgl. Matthias Dahlke, "Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft". Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975, in: VfZ 55 (2007), S. 641–678; ders., Demokratischer Staat, S. 129–160; vgl. auch Michael März, Die Machtprobe 1975. Wie RAF und Bewegung 2. Juni den Staat erpressten, Leipzig 2007, S. 26–70.

11 Vgl. ebenda, S. 72–117.

12 Vgl. Tim Geiger, Die "Landshut" in Mogadischu. Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977, in: VfZ 57 (2009), S. 413–456.

13 Vgl. Christopher Dasse, Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen, in: Wolfgang Kraushaar, RAF und linker Terrorismus, Bd. 2, S. 905–929, insbesondere S. 912–921.

onen als „Mentoren und Modellgeber“[14]. Die Entebbe-Entführung, bei der palästinensische und westdeutsche Terroristen zusammenarbeiteten, ist ebenso ein Beispiel für diese transnationale terroristische Kooperation wie der Anschlag auf die OPEC-Zentrale in Wien im Dezember 1975 und die „Landshut“-Entführung im Herbst 1977[15]. Der transnationale Charakter des Linksterrorismus bedeutete, dass die staatliche Reaktion auf die terroristische Herausforderung auch eine außenpolitische Komponente besaß, die in der Forschung lange Zeit kaum Beachtung gefunden hat[16].

Der vorliegende Aufsatz geht am Beispiel des Entführungsfalles Entebbe der Fragestellung nach, inwieweit außenpolitische Motive die staatliche Haltung der Unnachgiebigkeit gegenüber terroristischen Forderungen beeinflussten, auf die sich die Bundesregierung nach den Erfahrungen der Lorenz-Entführung verständigt hatte. Er stellt zunächst die Grundzüge der bundesrepublikanischen Außenpolitik gegenüber Uganda in den 1970er Jahren vor (Abschnitt 2). Im Hauptteil werden in chronologischer Abfolge die Handlungsweisen der Bundesregierung während der achttägigen Geiselnahme analysiert (Abschnitt 3). Daran schließt sich eine kurze Bewertung der Rolle des ugandischen Staatspräsidenten Idi Amin in der Affäre an (Abschnitt 4). Die Schlussbetrachtung (Abschnitt 5) ordnet das Handeln der Bundesregierung in das Spannungsverhältnis von außenpolitischen Prämissen und Unnachgiebigkeit gegenüber terroristischen Forderungen ein und interpretiert Entebbe als einen Bestandteil der Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik und linksterroristischen Gruppierungen in den 1970er Jahren.

## 2. Uganda im außenpolitischen Kalkül der Bundesrepublik

Idi Amin Dada hatte sich im Januar 1971 an die Macht geputscht. In der Frühphase seines Regimes nahm ihn die Bundesregierung vor allem unter der Perspektive der Ost-West-Konfrontation in Afrika und der Konkurrenz beider deutscher Staaten wahr[17]. Im August 1971 sprach die Botschaft in Kampala von der „Kontinuität unserer Beziehungen zu Uganda“ und „normalem Geschäftsverkehr“[18]. Nachdem die DDR im Juni 1973 eine diplomatische Vertretung in Kampala eröffnet hatte,

[14] Riegler, Spinnennetz, S. 580.

[15] Zum Anschlag gegen die OPEC-Zentrale vgl. Dahlke, Demokratischer Staat, S. 246–304. Die „Landshut“-Entführer nahmen auf die Entebbe-Entführung explizit Bezug, als sie sich als „Kommando Martyr Halimeh“ bezeichneten und damit den Decknamen der in Entebbe getöteten deutschen Terroristin Kuhlmann benutzten. Vgl. Geiger, Landshut, S. 431.

[16] Vgl. ebenda, S. 413 f.

[17] Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), B 24, Bd. 826, Fernschreiben Botschafter Eick, Nr. 29, 6. 2. 1971; ebenda, Botschafter Eick, Kampala, an AA, Erfahrungsbericht des abreisenden Botschafters, 31. 8. 1971: „Dennoch neigt Amin persönlich deutlich dem Westen zu. […] Man wird aber doch im Auge behalten müssen, dass […] Amin auch Waffen und Ausrüstungen aus dem Osten annehmen könnte, wenn die Staatskasse leer ist, und verlockende Lieferangebote von dort kommen sollten.“

[18] PA/AA, B 24, Bd. 826, Dr. Zeller, Botschaft Kampala, an AA: Das Regime Amin und die Beziehungen zwischen Uganda und der Bundesrepublik Deutschland, 2. 8. 1971.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

entwickelte sich zwischen west- und ostdeutschen Diplomaten vor Ort ein zwar distanziertes, aber konstruktives Verhältnis[19].

Anfang 1972 reiste Idi Amin in die Bundesrepublik und wurde dabei von Bundeskanzler Willy Brandt und Bundespräsident Gustav Heinemann empfangen[20]. Kurz darauf, im Frühjahr 1972, vollzog er, wohl unter dem Einfluss des libyschen Staatschefs Gaddafi, eine außenpolitische Wende, die sich vor allem gegen Israel richtete und den Interessen der arabischen Staaten diente. Während Amins Außenpolitik immer unvorhersehbarer wurde, weiteten sich die Menschenrechtsverletzungen in Uganda aus. Mit diesen Verbrechen und seinen Eskapaden schaffte es Amin auf die Titelblätter von „Der Spiegel" und „Stern"[21]. Notorische Berühmtheit erlangte Amin durch eine Reihe sehr fragwürdiger Äußerungen, die ihm weltweit Schlagzeilen einbrachten. So unterstellte er nach dem Terroranschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972 in einem Telegramm an UN-Generalsekretär Kurt Waldheim der westdeutschen Regierung eine Komplizenschaft mit der palästinensischen Terrororganisation und verstieg sich zu der Bemerkung, Deutschland sei der richtige Ort für das Massaker gewesen, da Hitler hier mehr als sechs Millionen Juden umgebracht habe[22]. Bundeskanzler Brandt verurteilte diese Äußerungen als „Ausdruck von Geistesverwirrtheit"[23]. Im April 1975 lobte Amin im ugandischen Fernsehen Adolf Hitler, der ein großer Mann und wirklicher Eroberer gewesen sei und dessen Name in der Geschichte nie vergessen werde. Er empfahl, Straßen nach Hitler zu benennen, und kündigte an, in Uganda ein Hitler-Denkmal bauen zu lassen[24].

---

[19] PA/AA, B 34, Bd. 102610, Botschaft Kampala an AA, Halbjahresbericht, 28. 9. 1973; B 34, Bd. 108242, Botschaft Kampala an AA, Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR mit afrikanischen Ländern, 22. 10. 1973; B 24, Bd. 108233, Botschaft Kampala an AA, Politischer Halbjahresbericht Uganda, Stand 1. 3. 1976: „Die Beziehungen zur DDR-Botschaft sind korrekt und freundlich. Absprachen, sich im Gastland gegenseitig keine Schwierigkeiten zu machen und innerdeutsche Kontroversen nicht im Gastland auszutragen, wurden eingehalten."

[20] Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1972, Bd.1, bearb. von Mechthild Lindemann, Daniela Taschler und Fabian Hilfrich, München 2003, Dok. 24, S. 98 f., Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Präsident Amin, 7. 2. 1972. Als Amin bei diesem Gespräch Entwicklungshilfeprojekte ansprach, wies Brandt „auf die relativ begrenzten Hilfsmöglichkeiten einer mittleren Macht wie der Bundesrepublik [...] hin." Zitat ebenda, S. 99. Amin bedankte sich nach Ende des Besuchs in einem Schreiben bei Brandt: "I believe our conversation and my visit, as a whole, will go a long way in strengthening the very good relations which exist between our two countries." In: PA/AA, B 8, Bd. 102210, Idi Amin an Willy Brandt, 14. 4. 1972.

[21] Siehe etwa die Spiegel-Titelseite vom 17. 3. 1975: Ugandas Idi Amin – Ex-Außenministerin Bagaya. Sie zeigt eine Collage der Bilder Amins und eines Nacktfotos seiner ehemaligen Außenministerin, die bei ihm in Ungnade gefallen und nach Kenia geflüchtet war. Die entsprechende Titelgeschichte trägt die Überschrift "Idi Amin – ein gefährlicher Verrückter?" Siehe http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41599899.html [3. 1. 2013]

[22] PA/AA, B 34, Bd. 864, Dr. Koch, IV B4, Vermerk, Äußerungen Amins zu Münchener Massaker, 12. 9. 1972.

[23] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), B136, Bd. 6292, Pressekonferenz Bundeskanzler Willy Brandt, 18. 9. 1972, 16.00 Uhr.

[24] PA/AA, B 1, Bd. 17857, Botschafter Ellerkmann an AA, Äußerungen Amins über Hitler, Nr. 67, 24. 4. 1975.


Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als Amin im Sommer 1975 als Präsident der *Organisation oft African Unity* (OAU) um einen erneuten Besuch in der Bundesrepublik bat, wurde dieser Vorschlag von Staatssekretär Walter Gehlhoff im Auswärtigen Amt (AA) kategorisch abgelehnt: "Ein Besuch von Präsident Amin in der Bundesrepublik würde auf wenig Verständnis in der Öffentlichkeit stoßen und wahrscheinlich viele kritische Pressereaktionen, vielleicht auch Demonstrationen gegen den Präsidenten auslösen. An einem solchen Besuchsergebnis kann uns weder innen- noch außenpolitisch gelegen sein."[25] Die USA hatten ihre diplomatischen Beziehungen zu Uganda bereits 1973 abgebrochen[26]. Zum Zeitpunkt der Geiselaffäre im Sommer 1976 war Amin außenpolitisch vom Westen isoliert.

Der Ost-West-Gegensatz spielte damals in der bundesdeutschen Bewertung Ugandas nur noch eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund standen die dramatischen Menschenrechtsverletzungen. Botschafter Richard Ellerkmann resümierte diese Einschätzung im Juli 1976 folgendermaßen: „Westliche und östliche Vertretungen stimmen – unausgesprochen – darin überein, dass man ein Ende des Amin-Regimes wünscht. […] Es dürfte auch der Sowjetunion, DDR und anderen kommunistischen Ländern unangenehm sein, von allen europäischen Ländern nur noch allein in Uganda vertreten zu sein."[27] Aufmerksam wurden in Bonn Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Repressalien des Amin-Regimes registriert, insbesondere wenn sie sich gegen im Land ansässige Deutsche richteten[28].

Aufgrund der außenpolitischen Isolation Amins kam ein während der Entführung entworfenes Strategiepapier des AA zum Schluss, dass die „Haltung Ugandas […] für unsere eigene Entscheidung dahingestellt bleiben" kann[29]. Auch nach Ende der Geiselaffäre musste es für die Bundesregierung vor allem darum gehen, das Leben der rund 300 in Uganda ansässigen Deutschen und des Botschaftspersonals nicht zu gefährden. Mit dieser Begründung riet das AA unmittelbar nach der israelischen Befreiungsaktion auch von gegen Uganda gerichteten Sanktionen ab.

[25] PA/AA, B 33, Bd. 108234, Jesser, Abt. 3, an Herrn Staatssekretär, Möglicher Besuch des ugandischen Staatspräsidenten und derzeitigen Präsidenten der OAU, Idi Amin Dada, in der Bundesrepublik, handschriftlicher Kommentar von Staatssekretär Gehlhoff, 26. 9. 1975.

[26] AAPD 1976, Bd. 2, bearb. von Matthias Peter, Michael Plötz und Tim Geiger, München 2007, Dok. 219, S. 1019, Anm. 3, Botschafter Ellerkmann an AA, Nr. 624, 20. 12. 1974.

[27] PA/AA, B 34, Bd. 116866, Botschafter Ellerkmann an AA, Östliche Aktivitäten nach Geiselnahme Entebbe, Nr. 252, 19. 7. 1976.

[28] PA/AA, B 34, Bd. 102610, Botschaft Kampala an AA, Exekutionen von Guerillas in Uganda, 15. 2. 1973, und Situation in Uganda, 5. 9. 1973; B 150, VS-Dokumente, Bd. 362, Botschafter Ellerkmann an AA, Überfall auf Due-Experten Heinrich, VS, Nr. 46, 18. 2. 1977. Heinrich, der beim Planungsbüro für kirchliche Entwicklungshilfe arbeitete, wurde in der Nacht vom 17. auf den 18. 2. 1977 von bewaffneten Milizen überfallen; seine Frau wurde mit einem Messer am Hals verletzt. Es gelang Heinrich mit Mühe und verfolgt von einem Auto der Militärpolizei, sich in die Residenz des deutschen Botschafters zu retten.

[29] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Anlage 5, Entscheidungsalternativen.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

## 3. Chronologie der Entführung

*27. und 28. Juni – Ankunft der entführten Maschine in Entebbe*

Nachdem das deutsch-palästinensische Entführungskommando am Morgen des 27. Juni den Airbus in seine Gewalt gebracht hatte, landete die Maschine zunächst auf dem libyschen Flughafen Bengasi. Dem AA wurde am selben Tag die Entführung der Passagiermaschine gemeldet; an Bord befänden sich über 200 Passagiere, darunter 83 Israelis[30]. Das Flugzeug wurde in Libyen aufgetankt und startete am Abend von Bengasi mit zunächst unbekanntem Ziel. Um 02.15 Uhr MEZ am 28. Juni landete es auf dem Flughafen in Entebbe und wurde dort sofort von Polizei und Militär umstellt[31].

In den Mittagsstunden des 28. Juni meldete Legationsrat Gerhard Nourney, Geschäftsträger der Deutschen Botschaft in Kampala, nach Bonn, dass der ugandische Staatspräsident Amin persönlich Verhandlungen mit den Entführern aufgenommen habe[32]. Noch im Morgengrauen war Amin zusammen mit dem französischen Botschafter Pierre Renard an Bord der Maschine erschienen und hatte die Geiseln offensichtlich mit einem „Schalom" und die Kidnapper mit herzlichen Wangenküssen begrüßt[33]. Am Nachmittag verließen die Flugzeugentführer mit allen Geiseln die Maschine und wurden in den alten Flughafenterminal von Entebbe gebracht. Spätere Zeugenaussagen von Geiseln scheinen zu belegen, dass die Entführer hier von drei weiteren palästinensischen Terroristen empfangen wurden, die sich bereits in Entebbe aufgehalten hatten[34]. In der folgenden Nacht wurden die Geiseln anscheinend von ugandischen Regierungssoldaten bewacht, während die Entführer schliefen[35]. Diese Vorfälle wurden noch während der Affäre bekannt und verstärkten das Misstrauen Israels und der westlichen Staaten gegenüber Amin.

In einer von „Radio Uganda" verbreiteten Erklärung gaben sich die Entführer als Mitglieder der PFLP zu erkennen. Sie gehörten zu einem speziellen Ableger der Organisation, dem Special Command (SC). Die PFLP-SC hatte bereits seit 1974 Kontakte zu den RZ unterhalten. Wilfried Böse, der Anführer des Entführungskommandos, war einer der Gründungsmitglieder der RZ. Böse, der zu den „bekanntesten Unbekannten in der Geschichte des bundesdeutschen Terrorismus zählt"[36], wurde im Juni 1975 in Paris verhaftet, in die Bundesrepublik abge-

[30] PA/AA, B 34, Bd. 116865, Bonn bka an bonn aa, Nr. 5953, 27.6.1976.

[31] So die Zusammenfassung der Staatssicherheit in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), MfS – HA PS, Nr. 4920, Hinweise zum Ablauf und zu den Begleitumständen der Entführung eines Flugzeuges der "Air France" durch Terroristen nach Entebbe, S. 6.

[32] PA/AA, B 34, Bd. 116865, Nourney, Kampala an AA, Nr. 159, 28.6.1976.

[33] So Der Spiegel vom 5.7.1976: Das Geiseldrama: „Professionell, eingeübt".

[34] PA/AA, B 24, Bd. 108233, Botschaft Kampala an AA, Flugzeugentführung Airbus, hier Rolle von Präsident Amin, Nr. 206, 5.7.1976.

[35] Darüber berichtete Botschafter Ellerkmann am 2. Juli nach Bonn, in: PA/AA, B 34, Bd. 116865, FS Kampala an AA, Entführung Airbus, Nr. 177, 2.7.1976.

[36] Kraushaar, Im Schatten der RAF, in: Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, S. 589, Anm. 36. Zur PFLP-SC siehe auch Anm. 3.


Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schoben, in Saarbrücken aber von einem Haftrichter freigelassen, wonach er zusammen mit Brigitte Kuhlmann untertauchte. Er war offensichtlich nicht, wie andere RZ-Mitglieder, am OPEC-Anschlag in Wien beteiligt, wohl aber bei einer Nachbesprechung der OPEC-Aktion mit PFLP-SC-Gründer Haddad, dem Topterroristen Carlos (alias Illich Ramírez Sánchez) und Brigitte Kuhlmann im Januar 1976 im Südjemen anwesend[37].

*29. Juni – Forderung nach Freilassung von deutschen Terroristen*

Am 29. Juni forderten die Entführer über „Radio Uganda" die Freilassung von 53 Inhaftierten bis zum 1. Juli, 13.00 Uhr MEZ. Unter den Namen der 53 Häftlinge befanden sich auch die bereits erwähnten sechs deutschen Terroristen[38]. Noch am selben Tag traf sich das Bundeskabinett zu einer Sondersitzung[39]. Nach Ende des Geiseldramas veröffentlichte die Bundesregierung eine Erklärung, nach der sie sich auf dieser Sitzung darauf geeinigt hatte, „dass eine Herausgabe der in der Bundesrepublik inhaftierten Terroristen nicht in Betracht komme, weil es sich bei diesen Personen um Straftäter […] handelt"[40].

Das Kurzprotokoll der Kabinettssitzung vermerkte: „Kein Kabinettsmitglied hat abweichende Auffassung auf ausdrückliche Frage des Bundeskanzlers". Damit war gemeint, dass Schmidt das Kabinett hinter sich hatte und alle die Auffassung teilten, den Forderungen des Entführungskommandos nicht nachzugeben[41]. Diese „harte" Haltung resultierte aus den Erfahrungen der Lorenz-Entführung im Februar 1975, als die Bundesregierung sich bereit erklärt hatte, in Gefängnissen einsitzende deutsche Terroristen im Austausch gegen Lorenz in den Jemen auszufliegen. Die Entscheidung im Lorenz-Fall stellte für die staatliche Reaktion auf terroristische Forderungen einen „bedeutsamen Wendepunkt"[42] dar. Beginnend mit der Geiselnahme in Stockholm im April 1975 zeigte sich die Bundesregierung terroristischen Forderungen gegenüber unnachgiebig. Bundeskanzler Schmidt bemerkte im Zusammenhang mit Stockholm: „Denen musste doch mal gezeigt werden, dass es einen Willen gibt, der stärker ist als ihrer."[43] Über die Bundesrepu-

[37] Alle Angaben zu Böse nach Skelton-Robinson, Im Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, S. 869 ff.

[38] PA/AA, B 34, Bd. 116865, Legationsrat Nourney, Kampala an AA, Nr. 16, 29. 6. 1976.

[39] Ein Foto im „Spiegel" zeigt mit der Unterschrift „Bonner Entebbe-Krisenstab" Bundeskanzler Schmidt, Bundesaußenminister Genscher, Bundesjustizminister Vogel, Bundesarbeitsminister Arendt, die Parteivorsitzenden Kohl und Brandt und den Fraktionsvorsitzenden Mischnick; vgl. Der Spiegel vom 1. 11. 1976, S. 208.

[40] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Bulletin Presse-und Informationsamt der Bundesregierung, Erklärung von Staatssekretär Bölling, 6. 7. 1976.

[41] PA/AA, B 24, Bd. 108233, Referat 011, Auszug aus Kurzprotokoll über 169. Kabinettssitzung der Bundesregierung am 29. 6. 1976.

[42] Dahlke, Krisenbereitschaft, S. 642.

[43] Zit. nach Peters, Tödlicher Irrtum, S. 367. Die Kabinettsentscheidung, den Forderungen der Terroristen in Entebbe nicht nachzugeben, wurde durch Bundeskanzler Schmidt geprägt, der „auf Härte programmiert" war: „Wieder einmal wollte er, wie bei der Terroristen-Attacke auf die deutsche Botschaft in Stockholm, ein Exempel statuieren." In: Der Spiegel vom 5. 7. 1976, S. 21: Bonn: „Härte bedeutet Massaker". Zu einer kritischen Hinterfragung der



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

blik und die Lorenz-Entführung hinaus spricht Eva Oberloskamp von einem „Paradigmenwechsel", der alle westlichen Staaten Mitte der 1970er Jahre erfasste und das Leitbild eines nicht erpressbaren Rechtsstaates über die Rettung einzelner Menschenleben stellte[44].

Das Kabinett beschloss ferner, Botschafter Ellerkmann, der sich auf Heimaturlaub am Bodensee befand, umgehend mit einer Bundeswehrmaschine nach Uganda zurückzuschicken. Seine Anwesenheit wurde als besonders wichtig eingeschätzt, weil er als einziger westlicher Botschafter in Kampala gute Kontakte zu Staatschef Amin hatte. Diese angebliche Nähe zu Amin brachte Ellerkmann in der westdeutschen Presse vielfache Kritik ein; er wurde später als „Claqueur des Diktators"[45] etikettiert, der bis zum Ende des Amin-Regimes 1979 „eisern die Stellung gehalten"[46] habe. Bundeskanzler Schmidt erinnerte sich vor Ellerkmanns Rückreise nach Uganda an den Vorteil, welcher die Entsendung von bundesdeutschen Kontaktleuten vor Ort im Zusammenhang mit den Ereignissen in Stockholm im Frühjahr 1975 gehabt habe[47]. Das Kabinett schickte deshalb den Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9 (GSG-9), Oberstleutnant Ulrich Wegener, und einen Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) mit Ellerkmann nach Uganda[48]. Die GSG-9 war nach dem Olympia-Attentat 1972 als Spezialeinheit ins Leben gerufen worden[49]. Weitere „Experten" für Zentralafrika hielten sich offenbar in der Nähe von Bonn auf Abruf des Bundesinnenministeriums bereit[50].

Nach der Sondersitzung des Kabinetts trat am selben Abend im Lagezentrum des Innenministeriums ein Krisenstab unter Vorsitz von Innenminister Werner

Rolle des „Hartmachers" Schmidt während der Lorenz-Entführung vgl. Dahlke, Krisenbereitschaft, S. 676.

44 Oberloskamp, Olympia-Attentat, S. 352.

45 Dominic Johnson, Der verdrängte Schlächter, in: Die Tageszeitung vom 18. 8. 2003.

46 „Dieser Schlange den Kopf abschlagen", in: Der Spiegel vom 16. 5. 1979.

47 Am 24. 4. 1975 waren drei BKA-Beamte, zwei Beamte des Bundesinnenministeriums und ein Mitarbeiter des Amts für Verfassungsschutz mit einer Sondermaschine von Köln-Bonn nach Stockholm geflogen. Begleitet wurden sie von 10 bis 15 Polizeibeamten aus einem Sondereinsatzkommando, möglicherweise der GSG-9, die aber wieder zurückkehrten, als sich die Bundesregierung entschlossen hatte, nicht zu verhandeln. Unabhängig davon schickte die Kriminalpolizei Hamburg zwei Fachleute auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung nach Schweden. Vgl. März, Machtprobe, S. 92 u. S. 99; Butz Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, Stuttgart 1991, S. 204.

48 BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Ergebnisvermerk über die Sitzung des aus Anlass der Entführung einer Air France-Passagiermaschine beim BMI gebildeten Krisenstabes am 29. 6. 1976 im Lagezentrum BMI, 29. 6. 1976, 21.10–23.00 Uhr.

49 Vgl. Dahlke, Demokratischer Staat, S. 101 f.; Oberloskamp, Olympia-Attentat, S. 336 f. mit weiterführender Literatur zur GSG-9. Neben der Gründung von Spezialeinheiten der Polizei hatte das Olympia-Attentat konstruktive Auswirkungen vor allem auf die internationale Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung. Vgl. dazu ebenda, S. 338–349.

50 „Die in der Gegend von Bonn in Bereitschaft gehaltenen ‚Experten' für Zentralafrika aus dem Kreise ehem. Entwicklungshelfer sollten sich für evtl. Auskünfte und Beratungen bereithalten und standen mit dem Innenministerium in ständiger Verbindung. Bei ihren Familien waren sie für eine Dienstreise abgemeldet. Ausnahmslos waren sie ortskundig und glaubten z.T. an einen eigenen Einsatz in Uganda (Geiselaustausch oder Verhandlungen)." BStU, MfS HA XXII, Nr. 105418, Abschrift, Bundesdeutsche Beteiligung in der Sache UGANDA, o.D.

Maihofer zusammen[51]. Krisenstäbe, für die es keine gesetzliche Grundlage gab, wurden als Entscheidungsgremien auf Bundesebene zum ersten Mal im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung und der Stockholm-Geiselnahme ins Leben gerufen[52]. Im Entebbe-Krisenstab waren die Staatssekretäre des Bundeskanzleramtes, des AA, des Verteidigungs-, Finanz- und Justizministeriums vertreten; zeitweise nahmen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel und Regierungssprecher Klaus Bölling an den Sitzungen teil. Basierend auf der Entscheidung des Kabinetts vom Nachmittag stellte der Krisenstab fest, „dass innerhalb der Bundesregierung keine Tendenz zum Nachgeben gegenüber den Forderungen der Geiselnehmer besteht"[53].

Noch während die Sitzung andauerte, waren Oberstleutnant Wegener und Kriminaldirektor Koehn (BKA) auf dem Weg nach Bonn. Da aus technischen Gründen keine Bundeswehrmaschine zur Verfügung gestellt werden konnte, flogen Ellerkmann, Wegener und Koehn um 04.45 Uhr mit einer Lufthansamaschine Richtung Entebbe ab[54].

*30. Juni – Entscheidungsalternativen für die Bundesregierung*

Am Morgen des 30. Juni trat der Krisenstab erneut zusammen. Inzwischen war eine Standleitung zur Botschaft in Kampala installiert worden, über die der Krisenstab erfuhr, dass die Entführer die ersten rund 40 Geiseln freigelassen hatten, die nach Paris ausgeflogen wurden. Es handelte sich um Frauen, Kinder, Kranke und ältere Personen, überwiegend französische Staatsbürger[55]. Aufgrund der Befragungen dieser freigelassenen Geiseln meldete die Botschaft später am Tag, „unter den in Athen Zugestiegenen befinden sich 2 englischsprechende mit deutschem Akzent, die die Führungsrolle gehabt hätten, mit ziemlicher Sicherheit Deutsche"[56]. In einer Sitzung am Nachmittag beschloss der Krisenstab, einen BKA-Beamten nach Paris zu entsenden, um dort die freigelassenen Geiseln zu vernehmen[57].

[51] Erwähnt wird die Aufnahme der Tätigkeit des Krisenstabs auch in der Zusammenfassung der Ereignisse durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, in: BStU, MfS – HA PS, Nr. 4920, Hinweise zum Ablauf und zu den Begleitumständen der Entführung eines Flugzeuges der "Air France" durch Terroristen nach Entebbe, S. 8.

[52] Vgl. März, Machtprobe, S. 43 u. S. 119; zur Errichtung eines Krisenstabs als Instrument des „Krisenmanagements" vgl. Dahlke, Demokratischer Staat, S. 430 f.

[53] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Ergebnisvermerk über die Sitzung des aus Anlass der Entführung einer Air France-Passagiermaschine beim BMI gebildeten Krisenstabes am 29. 6. 1976 im Lagezentrum BMI, 29. 6. 1976, 21.10–23.00 Uhr.

[54] Ebenda, Der Bundesminister für Verkehr an Deutsche Lufthansa, 30. 6. 1976, Referat ÖS 9 an Referat ZI5 im Hause, Entführung eines französischen Air Bus nach Uganda, hier: Anforderung von Haushaltsmitteln, 26. 7. 1976.

[55] Ebenda, Ergebnisvermerk Sitzung Krisenstab 30. 6. 1976, 09.10 Uhr.

[56] Ebenda, Ergebnisvermerk Sitzung Krisenstab 30. 6. 1976, 09.10 Uhr; als Anhang ein Vermerk über einen Anruf der Botschaft Kampala um 15.35 Uhr.

[57] Ebenda, Ergebnisvermerk Sitzung Krisenstab 30. 6. 1976, 17.15 Uhr.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Am Nachmittag des 30. Juni traf Botschafter Ellerkmann zusammen mit Wegener und Koehn in Entebbe ein[58]. Als Innenminister Maihofer gegen 18.00 Uhr mit Wegener und Koehn sprach, beurteilten beide die Lage als „sehr ernst", da ihrer Meinung nach die Entführung nicht von den Geiselnehmern vor Ort, sondern zentral von der PFLP gesteuert wurde. Koehn vermutete, einer der beiden deutschen Entführer könnte Siegmund Hoppe sein, der Bruder des RAF-Terroristen Werner Hoppe, dessen Freilassung verlangt wurde. Botschafter Ellerkmann berichtete nach seiner Ankunft an das AA, Amin sei bemüht, die Entführung ohne Blutvergießen zu Ende zu bringen, „dessen bin ich sicher", nicht zuletzt, um seinen Auftritt auf dem Gipfel der OAU nicht zu gefährden, der am 2. Juli in Mauritius beginnen sollte[59].

Innenminister Maihofer hatte am Nachmittag des 30. Juni vom AA ein Strategiepapier zu den der Bundesregierung offenstehenden „Entscheidungsalternativen" angefordert. Dieses Papier ist undatiert, aber wahrscheinlich am Abend des 30. Juni oder am 1. Juli verfasst worden[60]. In der Evaluierung des AA hatte die Bundesregierung in der Geiselaffäre ausschließlich der Haltung Israels, Frankreichs und der USA Rechnung zu tragen. Außenpolitische Grundprämisse der Bundesregierung müsse sein, dass „tunlichst eine gemeinsame Haltung der betroffenen Staaten Frankreich, USA, Israel und Bundesrepublik erhalten bleiben muss." Unter dieser Prämisse gab es die folgenden möglichen Szenarien:

1. Frankreich und Israel nahmen eine „weiche" Haltung ein. Dann musste auch die Bundesrepublik zu einem Nachgeben bereit sein.
2. Frankreich und Israel blieben unnachgiebig. Dann konnte auch die Bundesrepublik an ihrem Kurs festhalten.
3. Israel blieb hart, Frankreich und die USA aber drängten zum Nachgeben.

Um die Unwägbarkeiten des dritten Szenarios zu vermeiden, war es für die Bundesrepublik „von entscheidender Bedeutung", dass zwischen Frankreich und Israel keine Meinungsverschiedenheiten entstanden. Darauf sollte das diploma-

[58] Die Ankunft von Wegener und BKA-Beamten in Entebbe war auch dem Ministerium für Staatssicherheit bekannt; BStU, MfS – HA PS, Nr. 4920, Hinweise zum Ablauf und zu den Begleitumständen der Entführung eines Flugzeuges der "Air France" durch Terroristen nach Entebbe, S. 9. Wegener erklärte später in einem Interview: „Ich darf einiges noch nicht sagen, weil es noch nicht freigegeben ist. Ich kann nur so viel sagen: Ich war im Interesse der Deutschen und der Israelis in Entebbe, aber schon, bevor der israelische Schlag durchgeführt wurde. Wir haben versucht, Informationen zu sammeln über den Gegner, die Terroristen wie auch die möglichen Unterstützer, die in Uganda vorhanden waren. Wir waren sehr erfolgreich und konnten sehr viele Informationen sammeln." Bayerischer Rundfunk, Ulrich Wegener, Ehemaliger Kommandeur der GSG 9, im Gespräch mit Holger Lösch, Forum, Sendung vom 14.11.2000, 20.15 Uhr; siehe www.br-online.de/alpha/forum/vor0011/20001114.shtml [5.1.2012]. Wegener hatte bereits im November 1972 an einem Sonderlehrgang der israelischen Streitkräfte teilgenommen, in dem u.a. der „Einsatz von Kommandoeinheiten gegen Terroristen im Fall von Skyjackings" geübt wurde. Vgl. Dahlke, Demokratischer Staat, S. 101.

[59] PA/AA, B 34, Bd. 116865, Ellerkmann an AA, Flugzeugentführung Airbus, Nr. 165, 30.6.1976; ebenfalls in: BArch Koblenz, B106, Bd. 106624.

[60] Ebenda, Anlage 5, Entscheidungsalternativen.

tische Vorgehen der Bundesregierung ausgerichtet sein. Das Strategiepapier belegte, dass zumindest das AA keine Haltung der prinzipiellen Unnachgiebigkeit verfocht. Ihm ging es primär um eine einheitliche Position zwischen den Bündnispartnern, weshalb eine „harte" Haltung gegebenenfalls auch aufgegeben werden konnte.

Am Abend des 30. Juni erklärte Bundeskanzler Schmidt dem französischen Staatspräsidenten Valery Giscard d'Estaing am Telefon, „er wolle aus erster Hand die Haltung des französischen Präsidenten und seines Kabinetts zu der Entführungsaffäre kennenlernen, insbesondere ob diese von den öffentlichen Erklärungen der französischen Seite abweiche"[61]. Giscard bestätigte dem Bundeskanzler, dass nach französischer Auffassung keine Verhandlungen mit den Terroristen aufgenommen werden sollten. Der französische Staatspräsident glaubte an einen günstigen Ausgang der Geiselaffäre, weil die Terroristen letztlich davor zurückschrecken würden, in einem befreundeten afrikanischen Land mit Erschießungen zu beginnen. Nach diesem Gespräch konnte sich Schmidt sicher sein, dass die unnachgiebige Haltung der Bundesregierung gegenüber den Forderungen der Terroristen vom französischen Bündnispartner geteilt wurde.

*1. Juli – Veränderte israelische Haltung*

Am nächsten Morgen lagen dem Krisenstab erste Ergebnisse der Vernehmungen freigelassener Geiseln aus Paris vor. Demnach musste es als sicher gelten, dass der Anführer des Terroristenkommandos ein Deutscher war; nach Beschreibungen handelte es sich wahrscheinlich um Wilfried Böse[62]. Oberstleutnant Wegener war sich nach der Personenbeschreibung der Frau „sicher", dass es sich nur um die RAF-Terroristin Astrid Proll handeln könne[63]. Am selben Tag stellten die französischen Polizeibehörden einen Bericht über ihre Ermittlungsergebnisse zusammen, den sie an ihre deutschen Kollegen weiterleiteten. Basierend auf den Vernehmungen freigelassener Geiseln wurde die Rolle der ugandischen Behörden nach der Landung des entführten Flugzeugs in Entebbe nunmehr kritisch hinterfragt[64].

Im Verlaufe der Sitzung des Krisenstabs am 1. Juli meldete sich der israelische Botschafter Yohanan Meroz per Telefon und bat um ein Gespräch mit Staatssekretär Peter Hermes (AA). Meroz teilte mit, der israelische Außenminister Yigal Allon habe seinen französischen Amtskollegen Jean Sauvagnargues wissen lassen, dass in der gegenwärtigen Situation die Rettung von Menschenleben Priorität habe. Israel sei deshalb bereit, einige der inhaftierten Terroristen freizulassen, wenn da-

[61] AAPD 1976, Bd. 1, Dok. 210, S. 982 f., Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing, 30. 6. 1976.

[62] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Ergebnisvermerk Sitzung Krisenstab 1. 7. 1976, 09.05 Uhr, Bundeskriminalamt an BMI, Entführung einer Passagiermaschine der Air France am 27. 6. 1976 nach Uganda, AP Boeden, telefonische Mitteilung KR (Kriminalrat) Mayer aus Paris, 1. 7. 1976, 12.00 Uhr.

[63] PA/AA, B 34, Bd. 116865, Ellerkmann an AA, Flugzeugentführung Airbus, Nr. 170, 1. 7. 1976.

[64] Ebenda, Direction Général de la Police Nationale, Mitteilung an den Herrn Generaldirektor Maurice Chalet, Direction de la Surveillance du Territoire, 1. 7. 1976.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

für alle Geiseln freikämen[65]. Offensichtlich kam es daraufhin im Krisenstab zu „Reibereien" zwischen Bundesinnenminister Maihofer und Bundesjustizminister Vogel. Während Maihofer die deutschen Terroristen notfalls ausliefern wollte, war Vogel strikt dagegen[66]. Aufgrund der veränderten israelischen Haltung hielt der Krisenstab eine erneute Erörterung im Bundeskabinett für erforderlich. Als dies beim Bundeskanzler angeregt wurde, wollte Schmidt jedoch zunächst wissen, aus welchen Staaten die noch in Entebbe verbliebenen Geiseln stammten.

Botschafter Ellerkmann hatte bereits gegen 13.00 Uhr mitgeteilt, dass die Entführer weitere Geiseln freigelassen hätten. Am Abend flogen hundert freigelassene Geiseln nach Paris aus[67]. Zurück blieben 98, alle jüdischer Herkunft, und die Crew des Flugzeugs. Die Terroristen spekulierten offenbar bewusst darauf, dass die Bundesregierung sich nicht vorwerfen lassen wollte, die Mitverantwortung an einer Ermordung der nunmehr ausschließlich jüdischen Geiseln zu tragen. Das Entführerkommando hatte bereits am 29. Juni – noch vor der ersten Freilassung – eine Trennung nach jüdischen und nichtjüdischen Passagieren vorgenommen. Nach Aussagen von Geiseln las Böse aus den Pässen die Namen aller jüdischen Geiseln vor, die daraufhin in einen Nebenraum gebracht wurden. Nach der Schilderung einer Geisel betonte er: „Es hat nichts mit der Nationalität zu tun." Als diese Vorgänge dem israelischen Verteidigungsminister Shimon Perez gemeldet wurden, soll dieser, außer sich vor Wut, zu seinen Mitarbeitern geäußert haben: „Da sehr ihr, wohin es mit dem Zionismus gekommen ist. Da stehen zwei verdammte Deutsche mit Pistolen und wiederholen die Szene der Endlösung: Juden zur Linken, die andern zur Rechten! Sie machen ‚Selektion' – mit uns!"[68]

Am selben Abend informierte der französische Botschafter Renard Präsident Amin im Flughafengebäude von Entebbe, dass die israelische Regierung bereit sei, eine bestimmte Anzahl von Inhaftierten im Austausch gegen alle Geiseln freizulassen[69]. Nachdem die Israelis ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt hatten, verlängerten die Entführer ihr Ultimatum auf den 4. Juli, 12.00 Uhr MEZ. Amin flog daraufhin noch am 1. Juli zum OAU-Gipfel nach Mauritius; von dort kehrte er am frühen Abend des 3. Juli wieder nach Uganda zurück[70].

*2. Juli – Französische Anfrage*

Am Nachmittag des 2. Juli erfuhr der Krisenstab, dass ein Vertreter der Deutschen Botschaft in Paris zum *Chef de Cabinet* des französischen Außenministers in den Quai d'Orsay gebeten worden war. Ihm wurde dort eine offizielle Anfrage der

[65] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Mitteilung israelischer Botschafter Meroz an Staatssekretär Hermes, 1. 7. 1976, 11.00 Uhr.

[66] Stern vom 8. 7. 1976: „Da haben die Israelis wieder mal für die Europäer die Kastanien aus dem Feuer geholt." Warum die Bundesregierung auf eine Befreiungsaktion der Israelis baute.

[67] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Ergebnisprotokoll, 1. 7. 1976, 21.05 Uhr.

[68] Zit. nach Ben Porat/Eitan Haber/Zeev Schiff, Streng geheim – Unternehmen Thunderball. Die Geiselbefreiung in Entebbe, abgedruckt in: Der Spiegel vom 25. 10. 1976, Zitat S. 185.

[69] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Ergebnisprotokoll, 1. 7. 1976, 21.05 Uhr.

[70] Vgl. Henry Kyemba, A State of Blood. The Inside Story of Idi Amin, Kampala 1997, S. 169 ff.


Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

französischen Regierung übermittelt, wie die Bundesregierung die mögliche Freilassung der sechs in deutschem Gewahrsam befindlichen Terroristen bewerte. Der Krisenstab beschloss, dass auf diese offizielle Bitte „unverzüglich, jedoch ohne Hast" reagiert werden müsse[71]. Ob zu diesem oder einem späteren Zeitpunkt Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard erneut direkt über die Geiselaffäre sprachen, ist aus den vorliegenden Quellen nicht ersichtlich. Vor den Mittagsstunden des nächsten Tages (3. Juli) ist der französischen Seite aber offensichtlich ein „Zwischenbescheid" zugestellt worden, der zwar keine Antwort auf die französische Anfrage erhielt, den Franzosen aber eine baldige Antwort in Aussicht stellte[72].

*3. Juli – Diplomatische Abstimmungsversuche und Operation Thunderbolt*

Am Mittag des 3. Juli berichteten AA-Vertreter im Krisenstab, dass Israel bereit sei, rund 15 Häftlinge freizugeben. Vorbedingung sei allerdings, dass der Austausch nicht in Entebbe stattfinden sollte, da Israel kein Vertrauen zu Präsident Amin habe. Der Krisenstab beschloss, die um 15.00 Uhr beginnende Kabinettssitzung abzuwarten, bevor weitere Beschlüsse gefällt wurden[73].

Auf dieser erweiterten Kabinettssitzung, an der auch die CDU-Vertreter Helmut Kohl und Karl Carstens (nicht aber die CSU-Spitze mit Franz Josef Strauß und Richard Stücklen) teilnahmen, berichteten der Bundeskanzler und Innenminister Maihofer, dass Israel mit allen Mitteln versuche, eine Verlängerung des Ultimatums zu erreichen[74]. Während das Kabinett tagte, rief erneut der israelische Botschafter Meroz an. Er hatte nunmehr die folgende Botschaft von Außenminister Allon an Außenminister Hans-Dietrich Genscher: Bevor nicht alle Modalitäten des Austausches im Einzelnen geklärt seien, würde Israel sich nicht mit der Frage der freizukommenden Häftlinge beschäftigen. Dann wurde Meroz offenbar so deutlich, wie es den Israelis unter den gegebenen Umständen möglich zu sein schien: „Wir verfolgen weiter unsere Haltung, dass das Problem *ein exklusiv israelisches Problem* ist und dass wir nur über den Austausch der Geiseln gegen Häftlinge in Israel sprechen."[75]

Nur wenige Stunden vor der israelischen Befreiungsaktion vermied die israelische Regierung einen direkten Hinweis auf das bereits angelaufene Kommandounternehmen. Außenminister Allon wollte allerdings unbedingt vermeiden, dass die Bundesregierung in der unmittelbaren Vorbereitungsphase von *Operation Thunderbolt* die sechs in der Bundesrepublik inhaftierten Terroristen freilassen und erst danach erfahren würde, dass die Israelis eine Befreiungsaktion initiiert

[71] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Ergebnisprotokoll, 2. 7. 1976, 17.03–19.20 Uhr, Schacky Vermerk, Französische Bitte um eine Unterrichtung über die deutsche Haltung.

[72] Der Zwischenbescheid wird erwähnt in: Ebenda, Ergebnisprotokoll, 3. 7. 1976, 12.02 Uhr.

[73] Ebenda, Ergebnisprotokoll, 3. 7. 1976, 12.02 Uhr.

[74] Stern vom 8. 7. 1976: „Da haben die Israelis wieder mal für die Europäer die Kastanien aus dem Feuer geholt." Warum die Bundesregierung auf eine Befreiungsaktion der Israelis baute.

[75] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Dr. Jesser, Vermerk, Anruf des israelischen Botschafters Meroz, 3. 7. 1976, 16.40 Uhr (Hervorhebung im Original).



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hatten. Der deutsche Botschafter in Tel Aviv, Per Fischer, berichtete, „aus Bonn" sei mehrfach gemeldet worden, dass die Bundesregierung zu einer Freilassung der in Deutschland inhaftierten Terroristen bereit sei, wenn die israelische Regierung darum ersuche[76]. Fischer gibt allerdings keine Auskunft darüber, in welcher Form und von wem diese Meldungen stammten. Die Bundesregierung jedenfalls hat nach Beendigung der Affäre darauf bestanden, dass es eine offizielle derartige Erklärung nie gegeben habe; sie findet sich auch nicht in den eingesehenen Quellen.

Allon entwarf daher ein Kabel an Meroz in Bonn, in dem er herausstellte, dass Israel „nur in eigenem Namen" verhandelte. Er bat den Botschafter, sofort Kontakt mit Außenminister Genscher aufzunehmen. Um jegliche Missverständnisse auszuräumen, wurden Meroz die folgenden Anweisungen mitgegeben: „Genscher muss aus unseren Darlegungen herauslesen, dass die Regierung Israels keinen Druck auf die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ausübt und dass die Deutschen unserer Ansicht nach keinen Grund zu überstürzter Entscheidung haben."[77]

Die israelische Regierung konnte nicht wissen, dass die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt ohnehin ihr möglichstes tat, um eine öffentliche Stellungnahme in der Geiselfrage so lange wie möglich hinauszuzögern. Der Krisenstab diskutierte ja immer noch über die Frage, ob und wann der französischen Regierung ein weiterer hinhaltender Zwischenbescheid gegeben werden sollte. Ob Teile der Regierung auf inoffiziellen Kanälen weitergehende Informationen zur Planung und Durchführung von *Operation Thunderbolt* hatten, muss nach vorliegender Quellenlage im Bereich des Spekulativen bleiben. Ulrich Wegener hat in einem späteren Interview von einer Zusammenarbeit mit den Israelis vor Ort gesprochen, ohne Näheres preiszugeben[78]. Nach der Geiselbefreiung wurde deutlich, dass die Israelis noch während der Entführung, über den Wasserweg vom Hafen Kisumu in Kenia, sechs Agenten nach Uganda geschleust hatten[79]. Die Stasi verwies in ihrer Analyse der bundesdeutschen Beteiligung an den Entebbe-Ereignissen auch auf den bestehenden Kommandoring, den die Israelis bereits in mehreren afrikanischen Ländern, u. a. in Uganda, aufgebaut hatten. Nach Informationen, welche die Stasi offenbar aus dem Umfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten hatte, sei eine sogenannte „erste Garnitur", die normalerweise mit der Observation antisemitischer und antiisraelischer Aktivitäten befasst war, mit der Landung des gekaperten Flugzeuges in Entebbe „aus dem Observationsbereich herausgelöst" und „militärisch eingesetzt, wahrscheinlich dem Kommando des Leiters der Aktion unterstellt" worden. Eine „nur in Reserve gehaltene Gruppe, die mit Leuten aus

[76] Vgl. AAPD 1976, Bd. 2, Dok. 217, S. 1011, Anm. 2, Botschafter Fischer, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt, 4. 7. 1976.

[77] Zit. nach Ben Porat u. a., Streng geheim – Unternehmen Thunderball. Die Geiselbefreiung in Entebbe, abgedruckt in: Der Spiegel vom 1. 11. 1976, Zitat S. 208.

[78] Vgl. Bayerischer Rundfunk, Ulrich Wegener, Ehemaliger Kommandeur der GSG 9, im Gespräch mit Holger Lösch, Forum, Sendung vom 14. 11. 2000, 20.15 Uhr; siehe www.br-online.de/alpha/forum/vor0011/20001114.shtml [5. 1. 2012].

[79] Vgl. Stern vom 22. 7. 1976: Operation Feuerball.

der BRD und der Friedrich-Ebert-Stiftung verbunden war, wurde zur Observation, auch im Bereich des Flughafens, eingesetzt“[80]. Es ist möglich, dass über einen dieser Kanäle Informationen über den geplanten israelischen Eingriff nach Bonn gelangt waren, die es der Bundesregierung erleichterten, die diplomatischen Mitteilungen der israelischen Regierung richtig zu interpretieren.

Nach der Kabinettsrunde am Nachmittag vereinbarten Bundeskanzler Schmidt, Justizminister Vogel, Innenminister Maihofer und Staatssekretär Schüler, gegen 20.00 Uhr eine weitere Zwischenantwort an die französische Regierung zu schicken[81]. Am Abend trat der Krisenstab im Innenministerium erneut zusammen. Maihofer berichtete über den Anruf von Botschafter Meroz und stellte fest, „dass die Israeli die Bundesrepublik aus der Sache herauszuhalten suchen. Anders könne man das Verhalten Israels nicht beurteilen.“[82] Aus Uganda wurde nunmehr gemeldet, Idi Amin wolle die Flugnummer der Maschine wissen, mit der die aus der Bundesrepublik einzufliegenden Terroristen nach Uganda gebracht würden. In diese Diskussionen kam aus der Standleitung nach Kampala die Nachricht, dass in Entebbe seit fünfzehn Minuten geschossen würde. Der Beginn der israelischen Kommandoaktion wurde damit vom Krisenstab quasi „live“ mit verfolgt – „wie bei einer Sportübertragung“, wie einer der Teilnehmer äußerte[83]. Später am Abend traf die Meldung ein, dass in Uganda ein vierzigminütiges Feuergefecht im Gange gewesen sei. Die Bedeutung dieser dramatischen Ereignisse war dem Krisenstab jedoch offenbar nicht bewusst. Jedenfalls schloss das Protokoll dieser ereignisreichen Sitzung mit dem lapidaren Satz: „Es besteht abschließend Einigkeit darüber, dass die Zwischennachricht abzusenden sei.“[84] Die Botschaft in Kampala hatte offensichtlich zunächst nur Kenntnis von einem Feuergefecht und wurde erst im Laufe der Nacht vom Bundesinnenministerium über die israelische Befreiungsaktion informiert[85].

Am Abend des 3. Juli waren israelische Fallschirmjäger über Äthiopien und Kenia nach Uganda geflogen, wo sie um 23.00 Uhr Ortszeit landeten. Sie befreiten die noch verbliebenen Geiseln aus dem alten Flughafengebäude und zerstörten zur Sicherung des Rückzugs mehrere ugandische Jagdflugzeuge. Der Rückflug erfolgte über Nairobi, wo die Geiseln ärztlich versorgt und die Flugzeuge aufgetankt wurden. Am Vormittag des 4. Juli kehrten die Maschinen nach Israel zurück. Bei dem Kommandounternehmen kamen drei Geiseln, ein israelischer Offizier (Lieutenant Colonel Yonathan Netanjahu, der ältere Bruder des jetzigen israe-

[80] BStU, MfS HA XXII, Nr. 105418, Abschrift, Bundesdeutsche Beteiligung in der Sache UGANDA, o.D. [vor Mitte August 1976 erstellt].

[81] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Vermerk über eine Sitzung in kleinem Kreis (hausintern) am 3. 7. 1976, 16.55 Uhr.

[82] Ebenda, Ergebnisprotokoll, 3. 7. 1976, 19.30 Uhr.

[83] Stern vom 8. 7. 1976: „Da haben die Israelis wieder mal für die Europäer die Kastanien aus dem Feuer geholt.“ Warum die Bundesregierung auf eine Befreiungsaktion der Israelis baute.

[84] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, Ergebnisprotokoll, 3. 7. 1976, 19.30 Uhr.

[85] Ebenda, Ergebnisvermerk, 4. 7. 1976, 08.45 Uhr.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lischen Premierministers), mindestens 20 ugandische Soldaten und alle Geiselnehmer, einschließlich Böse und Kuhlmann, ums Leben[86].

*4. Juli – Nach Ende von Operation Thunderbolt*

Um Mitternacht sandte Botschafter Meroz die folgende Mitteilung von Außenminister Allon an seinen Amtskollegen Genscher: „Es ist alles erledigt. Wir sind nicht mehr da. Es geschah mit eigenen Kräften. Herzlichen Dank für Ihre Geduld und Ihr Verständnis."[87]

„Nach Mitternacht" übermittelte Meroz an Bundeskanzleramtschef Schüler die folgende Mitteilung von Ministerpräsident Rabin an Bundeskanzler Schmidt: „As this message reaches you we are in the process of executing an air rescue operation to extricate the hostages from the hands of arab terrorists and their Ugandan partners. [...] Information has been received that President Idi Amin is in league with the terrorists. In view of the record of both, the terrorists and Idi Amin, it became all too obvious to us that there was no sure chance of saving the lives of the innocent hostages, including defenceless women and children through negotiations."[88] Als Antwort sandte Schmidt am folgenden Tag eine Botschaft an Rabin, in der es hieß: „Zu der Befreiung der Geiseln von Entebbe sende ich Ihnen meine Glückwünsche. [...] Ich stelle mit tiefer Befriedigung fest, dass eine der schlimmsten und erbarmungslosesten Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus zurückgewiesen worden ist."[89]

Nachdem die Nachricht von einem Feuergefecht in Entebbe in der Deutschen Botschaft Kampala eingetroffen war, hatte sich Oberstleutnant Wegener noch in der Nacht zusammen mit Legationsrat Nourney im Wagen eines britischen Gesandten auf den Weg zum Flughafen gemacht. Erst im Laufe des nächsten Tages wurde bekannt, dass Wegener und Nourney ca. 1,5 km vor dem Flughafen in eine Militärkontrolle geraten, angehalten und in einen nahegelegenen Offiziersclub gebracht worden waren. Dort wurden sie unter Bewachung bis um 11.00 Uhr festgehalten und dann freigelassen[90]. Wegener kehrte zur Botschaft zurück und blieb dort mit der Weisung, das Botschaftsgebäude nicht zu verlassen. Die Bundesregierung versuchte, Wegener und den BKA-Beamten Koehn „so geräuschlos und unauffällig wie möglich"[91] außer Landes zu bringen. Beide sind dann, wahrschein-

[86] Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 6. 7. 1976: Kühnes israelisches Luftlandeunternehmen in Uganda; Der Tagesspiegel vom 6. 7. 1976: Die nächtliche Überraschungs-Aktion in Entebbe; Der Spiegel vom 12. 7. 1976: Entebbe: Die zähen jungen Burschen.

[87] AAPD 1976, Bd. 2, Dok. 217, S. 1011 f., Anm. 7.

[88] PA/AA, B 34, Bd. 116866, Botschaft Israel, Bonn, 4. 7. 1976.

[89] AAPD 1976, Bd. 2, S. 1013, Anm. 9, Vortragender Legationsrat von Schacky an Botschafter Fischer, Tel Aviv, 4. 7. 1976.

[90] BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, ORR Kranz, Ref. ÖS an Leiter Ministerbüro, Entführung einer Passagiermaschine der Air France am 27. 6. 1976 nach Uganda, 6. 7. 1976.

[91] Ebenda, Ergebnisvermerk, 4. 7. 1976, 08.45 Uhr.


Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lich mit einem *East African Airways*-Flug, in der Nacht vom 6. auf den 7. Juli aus Uganda ausgeflogen worden[92].

Die Leichen der beiden deutschen Terroristen waren auf dem Flugplatz zurückgelassen worden[93]. Nach Erkenntnissen aus Paris und Israel wurde Wilfried Böse „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" als Anführer des Terroristenkommandos identifiziert[94]. Die Identifizierung der ebenfalls getöteten deutschen Terroristin gestaltete sich schwieriger. Das BKA kam schließlich zu dem Schluss, dass es sich bei ihr um Brigitte Kuhlmann handeln musste, deren Ehemann im Mai 1976 auf dem Flughafen Tel Aviv ums Leben gekommen war, als er gezwungen wurde, einen Koffer zu öffnen, in dem sich eine Bombe befand.

Um 12.00 Uhr sprach Unterstaatssekretär Zeev Y. Shek in Jerusalem gegenüber dem deutschen Botschafter Fischer der Bundesregierung seinen Dank für ihre Haltung während der gesamten Entführungsaktion aus. Er bezog sich dabei auf die angebliche Erklärung der Bundesregierung, die in Deutschland einsitzenden Häftlinge nur auf israelisches Ersuchen freizugeben[95]. Eine solche Erklärung hatte es zumindest in offizieller Form nicht gegeben, daher wurde Fischer vom AA angewiesen, diese Tatsache gegenüber Shek richtigzustellen[96].

*Resümee der Bundesregierung*

In den öffentlichen Erklärungen der Bundesregierung nach der Beendigung der Geiselaffäre betonte Regierungssprecher Bölling die Kontinuität der Position der Bundesregierung. Sie habe an ihrer in der Kabinettssitzung am 29. Juni festgelegten Position auch während der folgenden drei außerordentlichen Kabinettssitzungen zur Geiselaffäre festgehalten. Bölling unterstrich die generelle Unnachgiebigkeit der Bundesregierung seit Ende der Lorenz-Entführung und zitierte dabei eine Erklärung von Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundestag im März 1975, in der dieser betont hatte, dass „wir den freiheitlichen Rechtsstaat mit Härte und Konsequenz verteidigen werden"[97]. Entebbe wurde damit von der Bundesregierung als Bestätigung ihrer unnachgiebigen Haltung gegenüber terroristischen Forderungen gewertet, zu der sie nach den Erfahrungen der Lorenz-Entführung gelangt war. Die zwischenzeitlich angestellten Überlegungen, diese Haltung aus außenpolitischen Erwägungen aufzugeben, fanden in den öffentlichen Erklärungen der Bundesregierung keine Erwähnung.

---

92 AAPD 1976, Bd. 2, Dok. 219, S. 1018 ff., Botschafter Ellerkmann, Kampala, an das Auswärtige Amt, Flugzeugentführung Airbus, 6. 7. 1976.

93 PA/AA, B 24, Bd. 108233, Nairobi an AA, Flugzeugentführung Entebbe, Nr. 38, 4. 7. 1974.

94 BArch Koblenz, B106, Bd. 106624, ORR Kranz, Ref. ÖS an Leiter Ministerbüro, Entführung einer Passagiermaschine der Air France am 27. 6. 1976 nach Uganda, 6. 7. 1976.

95 Vgl. AAPD 1976, Bd. 2, Dok. 217, S. 1011–1013, Botschafter Fischer, Tel Aviv, an Auswärtiges Amt, Air France Flugzeugentführung, hier: Amtliche Erklärung für Befreiungsaktion, 4. 7. 1976.

96 Vgl. ebenda, S. 1012, Anm. 5, Ministerialdirigent Jesser an Botschafter Fischer, Nr. 162, 6. 7. 1976.

97 BArch Koblenz, B106 Bd. 106624, Bulletin Presse-und Informationsamt der Bundesregierung, Erklärung von Staatssekretär Bölling, 6. 7. 1976.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In der Kabinettssitzung am 7. Juli stellte Bundeskanzler Schmidt im Hinblick auf die außenpolitischen Konsultationen während und nach der Geiselaffäre abschließend fest, „dass die Bundesregierung von der israelischerseits beabsichtigten Befreiungsaktion in Entebbe keine Kenntnis hatte." Er teilte ferner mit, „dass die französische Spitze volles Verständnis für die der französischen Seite übermittelten Zwischenantworten der Bundesregierung auf die Forderungen der Geiselnehmer hatte"[98].

## 4. Idi Amin – die „schlimmste Niederlage seines Lebens"

Ausgelöst durch die israelischen Anschuldigungen rückte nach Ende der Geiselaffäre das Verhalten des ugandischen Präsidenten in den Mittelpunkt der bundesdeutschen Analyse. Noch am 4. Juli hatte das AA für das Bundeskanzleramt die Erkenntnisse niederländischer und französischer Ermittlungsbehörden dahingehend zusammengefasst, dass Amin die Zielsetzung der Terroristen zu unterstützen bereit war, aber „nicht mit Sicherheit auf eine direkte Komplizenschaft Amins mit den Terroristen" geschlossen werden könne[99]. Für ein für den 5. Juli terminiertes deutsch-französisches Gipfeltreffen in Hamburg bat der Krisenstab die Botschaft Kampala um einen Bericht über die Rolle Amins in der Flugzeugaffäre: „insbesondere interessiert Mitteilung, getrennt nach Fakten und dortigen Vermutungen, ob und wie die ugandische Regierung und/oder Präsident Amin gemeinsame Sache mit Terroristen gemacht haben"[100].

Die Antwort von Botschafter Ellerkmann stützte sich im Wesentlichen auf die Befragungen von freigelassenen Geiseln durch die Botschaft[101]. Sie bestätigte weitestgehend die israelischen Anschuldigungen, kam aber zu einer vorsichtigeren Bewertung. Demnach befanden sich bereits bei der Ankunft des Airbus drei bewaffnete palästinensische Terroristen in Entebbe; wie diese von der Ankunft des Flugzeugs wissen konnten, war der Botschaft „nicht bekannt". Bereits in der ersten Nacht wurde die Überwachung der Geiseln zumindest teilweise von ugandischen Truppen übernommen. Schließlich hatte Amin bei einer Ansprache im alten Flughafengebäude deutlich die Drohung anklingen lassen, jeder gewaltsame Fluchtversuch würde schwerwiegende Folgen für die Geiseln haben.

Basierend auf diesen Fakten, kam Ellerkmann zu den folgenden Schlussfolgerungen: Es sei unwahrscheinlich, dass Amin schon vor der Landung mit den Ent-

98 PA/AA, B 34, Bd. 116866, Ref 011, Auszug aus dem Protokoll über die 170. Kabinettssitzung der Bundesregierung am 7. 7. 1976, 15. 7. 1976.

99 PA/AA, B 24, Bd. 108223, Ref. 312 an Bundeskanzleramt, Deutsch-französisches Gipfeltreffen in Hamburg am 5. 7. 1976, hier Rolle Präsident Amins bei der Flugzeugentführung, 4. 7. 1976.

100 PA/AA, B 34, Bd. 116865, Krisenstab Schacky an Kampala, Flugzeugentführung, Nr. 71, 4. 7. 1976.

101 PA/AA, B 24, Bd. 108233, Kampala an AA, Flugzeugentführung Airbus, hier Rolle von Präsident Amin, Nr. 206, 5. 7. 1976. In ähnliche Weise hatte Ellerkmann bereits am 2. Juli die Rolle Amins eingeschätzt; vgl. PA/AA, B 34, Bd. 116865, FS Kampala an AA, Entführung Airbus, Nr. 177, 2. 7. 1976 (auch in: BArch Koblenz, B106, Bd. 106624).


Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

führern in Kontakt gestanden habe. Er habe aber nach der Landung in zunehmendem Maße Partei für die Terroristen ergriffen. Dabei habe er zunächst die Freilassung der nicht-israelischen Geiseln zu erwirken versucht. Nachdem dies erreicht worden war, habe sich Amin ungehindert für die Interessen der Entführer eingesetzt. Der Botschafter nahm an, dass Amin bis zum Schluss „sehr an friedlicher Beilegung des gesamten Komplexes gelegen" war.

Der Ellerkmann-Bericht wurde noch am selben Tag von Außenminister Genscher und Staatssekretär Hermes besprochen. Sie kamen überein, dass vor einer vollen Aufklärung des Sachverhaltes keine Maßnahmen gegen Uganda ergriffen werden sollten. Genscher regte allerdings an, „das an sich gegenüber Uganda zur Verfügung stehende Instrumentarium einmal zusammenzustellen, rein vorsorglich und zunächst ohne operative Planung"[102].

Am 5. Juli sprach Amin im ugandischen Rundfunk von einer „well planned international collaboration in a plot to violate and abuse the territorial integrity of Uganda"[103]. Die Nachrichten des ugandischen Staatsfernsehens vom selben Abend behaupteten, die Bundesregierung und insbesondere Botschafter Ellerkmann seien in das israelische Kommandounternehmen eingeweiht gewesen. In einem Telefongespräch am selben Abend mit Amin widersprach Ellerkmann diesen Vorwürfen. Nach Ellerkmanns Darstellung befand sich Amin in einem Zustand „allerhöchster Erregung und ließ sich teilweise zu äußerst unkontrollierten Bemerkungen hinreißen." Unter anderem riet er den Deutschen in Uganda, „to pull up their socks" [104]. Amin soll außerdem unmittelbar nach dem Ende der Geiselaffäre die Ermordung der israelisch-britischen Geisel Dora Bloch angeordnet haben, die zur medizinischen Behandlung von Entebbe in das Mulago-Hospital nach Kampala gebracht worden war[105]. Großbritannien brach danach

[102] PA/AA, B 34, Bd. 116865, Jesser, Dg31, Vermerk, Besprechung bei Bundesminister über die Frage der Rolle des ugandischen Präsidenten Idi Amin in der Angelegenheit der Flugzeugentführung und mögliche Konsequenzen hieraus, 5. 7. 1976. Das zuständige AA-Referat bezeichnete in einer Zusammenfassung für Außenminister Genscher die Rolle Amins als „zwielichtig": „Sie gibt Anlass, unser Verhältnis ihm und seinem Lande gegenüber zu überdenken. Die bis heute vorliegenden Beweise für seine Involvierung sind jedoch noch nicht ausreichend." Vgl. PA/AA, B 24, Bd. 108233, Abteilung 3 an Bundesminister, Kabinettssitzung am 7. 7. 1976, hier Sprechzettel, 6. 7. 1976; Anlage: Außenpolitische Konsequenzen aus den Ereignissen in Entebbe; ähnlich die Bewertung des Referates 312 am 7. Juli: „Wir vermuten, können aber nicht schlüssig beweisen, dass Staatspräsident Amin mit den Entführern gemeinsame Sache gemacht hat. […] Die insbesondere von israelischer Seite als Beweis für eine Involvierung Amins angeführten Gründe […] begründen zwar die Vermutung, sind aber kein eindeutiger Beweis für eine direkte Komplizenschaft Amins." Vgl. PA/AA, B 34, Bd. 116865, Ref. 312, Erläuterung unserer Bewertung Amins im Zusammenhang mit Flugzeugentführung, 7. 7. 1976. Ähnlich auch PA/AA, B 34, Bd. 116866, Ref. 312, Airbus-Flugzeugentführung und Ereignisse in Entebbe, zur Unterrichtung und Regelung der Sprache, Nr. 36, 8. 7. 1976.

[103] AAPD 1976, Bd. 2, Dok. 219, S. 1018 ff., Zitat S. 1021, Botschafter Ellerkmann, Kampala, an das Auswärtige Amt, Flugzeugentführung Airbus, 6. 7. 1976.

[104] Ebenda, S. 1018.

[105] Vgl. Kyemba, State of Blood, S. 166 ff.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die diplomatischen Beziehungen zu Uganda ab[106]. Die Bloch-Affäre zeigte, dass Amins Drohungen gegen in Uganda lebende Ausländer, einschließlich deutscher Staatsangehörige, durchaus eine reale Gefahr darstellten.

Am 6. Juli überreichte Ellerkmann dem Staatssekretär im ugandischen Außenministerium Lubega eine Note der Bundesregierung, in der die gegen die Bundesrepublik erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen wurden[107]. Lubega bestätigte, dass sich Amin „in kaum zu beschreibender Verfassung" befände. Er riet dem Botschafter, in nächster Zeit direkt mit dem ugandischen Außenministerium in Kontakt zu treten. Außerdem solle Ellerkmann nicht, wie geplant, sofort in die Bundesrepublik zurückkehren, sonst würde es so aussehen, als hätten die Vorwürfe gegen ihn Substanz. Ellerkmann empfahl dem AA, dem Rat Lubegas zu folgen: „Amin hat die schlimmste Niederlage seines Lebens erlitten und musste einfach Dampf ablassen." Vor allem sollte zunächst nichts getan werden, was die Beziehungen zu Uganda belasten würde. Eventuelle Maßnahmen zu einer Verminderung deutscher Präsenz oder einer Einschränkung von Entwicklungshilfe sollten erst nach Abklingen der Krise getroffen werden[108].

Diesen Empfehlungen folgend zeigte die Bundesregierung auch nach Ende des Geiseldramas gegenüber der ugandischen Regierung ein Mindestmaß an Entgegenkommen, um die in Uganda ansässigen deutschen Staatsangehörigen nicht zu gefährden. Bis zum Ende der Herrschaft des Diktators im April 1979 hielt sie ihre diplomatischen Beziehungen zu Uganda aufrecht[109], sie stellte aber die Entwicklungshilfe ein und betonte gleichzeitig ihre restriktive Politik angesichts fortgesetzter Menschenrechtsverletzungen[110].

---

[106] PA/AA, B 24, Bd. 108233, Länderaufzeichnung Stand 1. 9. 1976, Anlage zum Bericht der Botschaft Kampala, 25. 10. 1976.

[107] Am 8. 7. 1976 wurden die Botschaften in allen OAU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, in gleicher Weise bei den jeweiligen Außenministerien gegen die von Amin erhobenen Anschuldigungen zu protestieren.

[108] AAPD 1976, Bd. 2, Dok 219, S. 1018 f., Botschafter Ellerkmann, Kampala, an das Auswärtige Amt, Flugzeugentführung Airbus, 6. 7. 1976.

[109] Siehe z. B. die positive Bewertung in: PA/AA, B 34, Bd. 116862, Politischer Halbjahresbericht Uganda, Stand 1. 3. 1978: „Die Beziehungen zur BRD können aus ugandischer Sicht als relativ gut bezeichnet werden. Als einziges westliches Land, das noch früher zugesagte Entwicklungshilfe-Projekte zu Ende führt, haben wir eine einigermaßen gefestigte Position."

[110] Stellungnahme des Referats 320, dem Koordinierungsreferat innerhalb der Politischen Abteilung des AA: "Trotz der seit einem Jahr zu verzeichnenden Entspannung der Menschenrechtssituation in Uganda ist an eine Änderung unserer restriktiven Haltung vorerst nicht zu denken. In der deutschen Öffentlichkeit würde eine Verbesserung der Beziehungen zu Uganda auf völliges Unverständnis treffen. […] Die Bundesrepublik sieht die Verwirklichung der Menschenrechte in der Welt als eines ihrer fundamentalen außenpolitischen Prinzipien an. Wegen der Menschenrechtsverletzungen wurde unsere entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Uganda praktisch eingestellt." In: PA/AA, B 34, Bd. 116862, Deutsch-ugandische Beziehungen, 24. 10. 1978.

## 5. Schlussbetrachtung

Außenpolitische Erwägungen spielten in der Reaktion der Bundesregierung auf die terroristischen Herausforderungen der 1970er Jahre eine nicht zu unterschätzende Rolle[111]. Dies galt insbesondere für die Entebbe-Entführung, die sich komplett außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik abspielte und deren Bedrohung sich nicht ausschließlich gegen die Bundesrepublik richtete, so dass Abstimmungsbemühungen insbesondere mit Israel und Frankreich erforderlich waren.

Die Bundesregierung verständigte sich nach Beginn der Geiselnahme auf die nach der Lorenz-Entführung eingenommene Position des Nichtnachgebens. Darin wusste sie sich in den ersten Tagen der Entführung mit Israel und Frankreich einig, den in ihren Augen wichtigsten verbündeten Staaten. Eine problematische Lage entstand, als Israel am 1. Juli eine Wende zu einer „weicheren" Haltung gegenüber den terroristischen Forderungen zu vollziehen schien. Die Bundesregierung war sich zeitweise nicht einig, ob sie der israelischen Position folgen sollte. Das AA erwog in dieser Situation, das Prinzip der Unnachgiebigkeit zugunsten einer einheitlichen Haltung unter den Verbündeten aufzugeben, legte sich aber nicht definitiv fest. Bevor die Bundesregierung gezwungen wurde, sich zwischen diesen Prinzipien zu entscheiden, befreite sie der Erfolg des israelischen Kommandounternehmens aus ihrem Dilemma. Ungeachtet der Kontroversen und internen Diskussionen betonte die Bundesregierung in ihren öffentlichen Erklärungen nach dem Ende der Affäre, dass die unnachgiebige Haltung niemals in Frage gestellt worden war. Über die *Operation Thunderbolt* war sie von den Israelis nicht vorab informiert worden, die israelische Regierung sandte aber Signale, um zu verhindern, dass die Bundesregierung vor Abschluss der Operation eigenmächtig handeln würde.

Insgesamt bewährte sich das Krisenmanagement der Bundesregierung in Entebbe, Bonn wurde allerdings wegen der militärischen Intervention der Israelis auch nicht vor eine ähnlich harte Probe gestellt wie im darauffolgenden Jahr bei der „Landshut"-Entführung.

Das Fallbeispiel Entebbe zeigt, dass es nach der Stockholm-Geiselnahme im April 1975 für die Bundesregierung keine „Atempause" in der Auseinanderset-

[111] Am deutlichsten herausgearbeitet bei Geiger, Landshut, S. 428 ff., der die diplomatischen Verhandlungen nachzeichnet, welche der Irrflug der „Landshut" durch Italien, Zypern, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jemen und Somalia nach sich zog. Das am Institut für Zeitgeschichte in München laufende Forschungsprojekt „Demokratischer Staat und terroristische Herausforderung" beschäftigt sich in einem Teilaspekt mit dieser außenpolitischen Seite der Terrorismusbekämpfung in den 1970er Jahren. Vgl. www.ifz-muenchen.de/anti-terror-politik.html [3. 1. 2013]. Oberloskamp, Olympia-Attentat, stellt erste Ergebnisse, insbesondere im Hinblick auf die internationale Kooperation bei der Terrorismusforschung, vor. Vgl. auch den Bericht zur Tagung „Staat gegen Terrorismus" im November 2012 in München, http://www.ifz.menchen.de/vollansicht.html?&tx_ttnews[pointer]=1&tx_ttnews[tt_news]=758&tx_ttnews[backPid]=18&cHash=8a8596434b [3. 1. 2013]; vgl. ferner Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien 1969–1982, München 2010.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zung mit dem deutschen Linksterrorismus gab. Die Angriffe unter Beteiligung deutscher Terroristen gingen vielmehr weiter, allerdings verlagerten sie sich durch die „im Schatten der RAF"[112] stehenden Revolutionären Zellen und ihre enge Kooperation mit der PFLP vorübergehend auf ausländische Schauplätze: im Dezember 1975 nach Wien, im Sommer 1976 nach Uganda[113]. Die Bundesregierung setzte in dieser Phase ihre Politik der „reaktiven Krisenbewältigung"[114] fort, welche für ihre Anti-Terrorismus-Politik in den Jahren 1974 bis 1978 insgesamt kennzeichnend war.

[112] Vgl. Kraushaar, Im Schatten der RAF, in: Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, S. 588 f.
[113] Vgl. März, Machtprobe, S. 129.
[114] Johannes Hürter, Anti-Terrorismus-Politik. Ein deutsch-italienischer Vergleich 1969–1982; in: VfZ 57 (2009), S. 329–348, bes. S. 337 u. S. 345 (hier Zitat).

# Siebte Aldersbacher Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags (9. bis 13. September 2013)

## 1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr diesbezügliches Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

## 2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

## 3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 9. September 2013 und dauert bis zum 13. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister-, Master- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation,

VfZ 2/2013 © Oldenbourg 2013 DOI 10.1524/vfzg.2013.0012
Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Name des Betreuers) bis zum 1. Juni 2013 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München*. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

*Thomas Schlemmer und Hans Woller*



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

**… von der Redaktion betreut (Januar – März 2013):**

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern in zweifacher Weise auch in den Vierteljahrsheften selbst:
In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Klaus Bachmann, Vergeltung, Strafe, Amnestie. Eine vergleichende Studie zur Kollaboration und ihrer Aufarbeitung in Belgien, Polen und den Niederlanden, Bern / Frankfurt a.M. [u.a.] 2011.
*Rezensiert von: Benno Nietzel (Universität Bielefeld) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/21550.html

Matthias Bath, Danebrog gegen Hakenkreuz. Der Widerstand in Dänemark 1940–1945, Neumünster 2011.
*Rezensiert von: Thorsten Wagner (Kopenhagen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/21036.html

Rodric Braithwaite, Afgantsy. The Russians in Afghanistan 1979–1989, London 2012.
*Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/21746.html

Heinz Buschkowsky, Neukölln ist überall, Berlin 2012.
*Rezensiert von: Otto Wenzel (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/22297.html

Corine Defrance / Ulrich Pfeil, La construction d'un espace scientifique commun? La France, la RFA et l'Europe après le ‚choc du Spoutnik', Bruxelles [u.a.] 2012.
*Rezensiert von: Ulrich Lappenküper (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22280.html

Jan Eckel / Samuel Moyn (Hgg.), Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, Göttingen 2012.
*Rezensiert von: Peter Ridder (Köln) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22477.html

VfZ 2/2013 © Oldenbourg 2013 DOI 10.1524/vfzg.2013.0013
Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Peter Fassl (Hg.), Beiträge zur Nachkriegsgeschichte von Bayerisch-Schwaben 1945–1970. Tagungsband zu den wissenschaftlichen Tagungen von 2006, 2007 und 2008, Augsburg 2011.
*Rezensiert von: Susanne Greiter (Ingolstadt) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/21366.html

Friederike Frach, Schloss Wiepersdorf. Das «Künstlerheim» unter dem Einfluss der Kulturpolitik in der DDR, Berlin 2012.
*Rezensiert von: Elke Scherstjanoi (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/21456.html

Abdallah Frangi, Der Gesandte. Mein Leben für Palästina. Hinter den Kulissen der Nahost-Politik, München 2011.
*Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22741.html

Aurélie Élisa Gfeller, Building a European Identity. France, the United States, and the Oil Shock, 1973–74, Oxford 2012.
*Rezensiert von: Verena Sattler (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/22069.html

Tony Insall / Patrick Salmon (eds.), The Nordic Countries: From War to Cold War, 1944–1951, London / New York 2011.
*Rezensiert von: Gottfried Niedhart (Mannheim) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/21074.html

Ben Jackson / Robert Saunders (eds.), Making Thatcher's Britain, Cambridge 2012.
*Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22481.html

Thomas König, Die Frühgeschichte des *Fulbright Program* in Österreich. Transatlantische „Fühlungnahme auf dem Gebiete der Erziehung", Innsbruck 2012.
*Rezensiert von: Reinhild Kreis (Universität Augsburg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/21866.html

Dirk Laabs, Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, München 2012.
*Rezensiert von: Werner Bührer (Fachgebiet Politikwissenschaft, Technische Universität München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/21784.html



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Daniel Logemann, Das polnische Fenster. Deutsch-polnische Kontakte im staatssozialistischen Alltag Leipzigs 1972–1989, München 2012.
*Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22406.html

Michael März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des ‚starken Staates', 1977–1979, Bielefeld 2012.
*Rezensiert von: Konrad Sziedat (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22289.html

Ernst Majonica, Das politische Tagebuch 1958–1972. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann, Düsseldorf 2011.
*Rezensiert von: Erik Lommatzsch (Universität Augsburg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/19317.html

Franz Josef Merkl, General Simon. Lebensgeschichten eines SS-Führers: Erkundungen zu Gewalt und Karriere, Kriminalität und Justiz, Legenden und öffentlichen Auseinandersetzungen, Augsburg 2010.
*Rezensiert von: Dirk Riedel (KZ-Gedenkstätte Dachau) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/23176.html

Siegfried Mielke / Peter Rütters (Hgg.), Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945–1949/50. Gründung, Organisationsaufbau und Politik – Zonenebene. Bearbeitet von Peter Rütters unter Mitarbeit von Marion Goers, Bonn 2011.
*Rezensiert von: Dierk Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/20958.html

Aryeh Neier, The International Human Rights Movement. A History, Princeton / Oxford 2012.
*Rezensiert von: Anja Hanisch (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/22061.html

Iver B. Neumann, At Home with the Diplomats. Inside a European Foreign Ministry, Ithaca / London 2012.
*Rezensiert von: Holger Berwinkel (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/21963.html

Magnus Pahl, Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung, Berlin 2012.
*Rezensiert von: Armin Wagner (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/23175.html

Kim Philips-Fein / Julian A. Zelizer (eds.), What's Good for Business. Business and American Politics since World War II, Oxford 2012.
*Rezensiert von: Klaus Schwabe (Aachen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/21713.html

Kim Christian Priemel (Hg.), Transit / Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990, Berlin 2011.
*Rezensiert von: Patrice G. Poutrus (Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien, Wien) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/20497.html

Ursula Prutsch, Iberische Diktaturen. Portugal unter Salazar, Spanien unter Franco, Innsbruck 2012.
*Rezensiert von: Horst Pietschmann (Universität Hamburg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/21593.html

Heinz A. Richter, Griechenland 1940–1950. Die Zeit der Bürgerkriege, Wiesbaden 2012.
*Rezensiert von: Vaios Kalogrias (Open University of Cyprus) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/22396.html

Albrecht Rothacher, Die Kommissare. Vom Aufstieg und Fall der Brüsseler Karrieren. Eine Sammelbiographie der deutschen und österreichischen Kommissare seit 1958, Baden-Baden 2012.
*Rezensiert von: Burkard Steppacher (Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen, Universität zu Köln) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/21234.html

Manfred Scharrer, Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin 2011.
*Rezensiert von: Detlev Brunner (Universität Leipzig) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/21344.html

Sylvain Schirmann / Sarah Mohamed-Gaillard, Georges Pompidou et l'Allemagne, Bruxelles [u. a.] 2012.
*Rezensiert von: Guido Thiemeyer (Cergy-Pontoise) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/22285.html

Felix Wemheuer, Der Große Hunger. Hungersnöte unter Stalin und Mao, Berlin 2012.
*Rezensiert von: Otto Wenzel (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22395.html

Rüdiger Wenzke (Hg.), Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operationsplanung des Warschauer Paktes, Potsdam 2010.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

*Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/20113.html

Lora Wildenthal, The Language of Human Rights in West Germany, Philadelphia, PA 2013.
*Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 2*
http://www.sehepunkte.de/2013/02/22341.html

Oliver von Wrochem (Hg.), Skandinavien im Zweiten Weltkrieg und die Rettungsaktion Weiße Busse. Ereignisse und Erinnerung, Berlin 2012.
*Rezensiert von: Sigrid Jacobeit (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22259.html

Sacha Zala (Bearb.), Diplomatische Dokumente der Schweiz. 1.1.1967–31.12.1969, Zürich 2012.
*Rezensiert von: Philip Rosin (Bonn) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 3*
http://www.sehepunkte.de/2013/03/22284.html

**Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Januar-März 2013):**

Jan Foitzik (Hg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente, München 2012.
*Rezensiert von: Jochen Laufer (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 1*
http://www.sehepunkte.de/2013/01/22770.html

*Paul Maddrell,* **In the Crosshairs of the Stasi: Western Espionage in the GDR. The Files of Department IX**

Line IX of the East German Stasi had the job of interrogating arrested spies and preparing their trials. It reported via its central office to the Minister of State Security and the KGB on these interrogations every month from October 1955 to October 1989. This article analyses these thirty-four years' worth of reports. It concludes that the reports are largely reliable and that Line IX took care to prove that an arrested person was guilty of spying. It argues that the Line's understanding of these cases of spying was not distorted by Marxism-Leninism because spying is not a political activity; it is just a form of theft. Moreover, communications and other equipment are essential to spying; the Line realized this and made great efforts to obtain physical evidence of espionage. Using these records, it is possible to analyse the character of Western espionage throughout this period and to estimate the number of spies. Although all the main Western intelligence services recruited important spies in the GDR during the Cold War (and particularly the early part of it), the most successful were those of the United States. Spies provided political, economic, scientific and, above all, military intelligence. In the early Cold War, there were important sources in the GDR's economic bureaucracy. The records become less valuable as of 1965, when Line IX assumed a less prominent role in the Stasi's counter-intelligence operations.

*Jürgen Kilian,* **The Wehrmacht, Partisan Warfare and Crimes During the Retreat on the Northern Eastern Front in Autumn and Winter 1943**

A lot has been written about the Wehrmacht's war of annihilation in the east, however research has concentrated mostly on the early phase. Less known are the courses of action of the conquerors after the turnaround of the war in 1943. What role did the general orders of the supreme command play? How did the leeway of the local commanders, who represented the operational apparatus at the local level, shape things? These questions are examined via the example of the rear area of the 18th Army. Although no specific decimation of the inhabitants occurred there, nevertheless it becomes obvious that their needs were always only afforded a minor significance. In the course of the preparations for the retreat of Army Group North, mass deportations, recruitments to compulsory labour and excessive raids were finally the catalyst for the unprecedented escalation of the war against the partisans. The economic exploitation of the land now reached its quantitative culmination in the course of the "scorched earth" strategy prescribed by Hitler. The Red Army thus entered a devastated and mostly depopulated land.

*Schemmert Christian/Daniel Siemens,* **Journalist Training in Leipzig During the Ulbricht Era.**

Immediately after its foundation, the University of Leipzig Faculty for Journalism developed into the central academic training centre for journalists in the GDR. However many aspects of its history have hardly been researched so far. To date, the faculty has mostly been described as a propaganda institute which trained by drill, with a squad of Stalinist hard-liners at its pinnacle who drummed the com-

munist classics into the cadre of students. The present article, which concentrates on the early history of Leipzig journalism till the end of the 1960s, takes a different route: The authors advocate a double contextualisation which takes into account both the different degrees of leeway available to functionaries, lecturers and students within the walls of the faculty as well as considering their interdependency with other relevant institutions such as the Stasi and the Agitation and Propaganda departments of the Central Committee of the SED. In this way, the article analyses the genesis of the cognitive control system which contributed to the formation of the thought patterns and behaviour routines required in later daily editorial work. In accordance with the wishes of the SED to bring all communication in society under unified control, the primary goal of this form of education was the disciplining of the consciousness of future journalists.

*Markus Eikel,* **No Reprieve. The Crisis Management of the Federal Government and the 1976 Entebbe Hi-jacking.**

The hostage drama in Entebbe/Uganda in June/July 1976 has mostly been remembered due to the Israeli rescue mission, Operation Thunderbolt. It is also notable, however, that this hi-jacking was a joint West German/Palestinian terrorist commando operation to force the release of prisoners in Israel and the Federal Republic. The participation of two members of the "Revolutionary Cells" and the demand for the release of German terrorists of the "Red Army Faction" and the "Movement 2 June" confronted the Federal Government with a further challenge in their conflict with militant German leftist terrorists. On the basis of a comprehensive analysis of Federal German governmental documents, Markus Eikel describes the actions of and alternatives available to the Federal Government during the Entebbe hostage drama. During the course of the *crisis, especially* in the German Foreign Office, it was taken into consideration to give up the generally intransigent stance towards the terrorists' demands in order to achieve a unitary position with the Israeli and French alliance partners. The Israeli rescue operation saved the Federal Government from having to choose between these principles.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. **Paul Maddrell**, Dozent für Neuere Geschichte am Department of Politics, History and International Relations, Loughborough University (Loughborough, Leicestershire LE11 3TU, Großbritannien); veröffentlichte u.a.: "Spying on Science: Western Intelligence in Divided Germany, 1945–1961" (Oxford 2006); "British Intelligence through the Eyes of the Stasi: What the Stasi's Files Show about the Operations of British Intelligence in Cold War Germany", in: Intelligence and National Security 27 (2012), H. 1, S. 46–74; "What we have discovered about the Cold War is what we already knew: Julius Mader and the Western secret services during the Cold War", in: Cold War History 5 (2005), H. 2, S. 235–258; "The Scientist Who Came In from the Cold: Heinz Barwich's Escape from the GDR", in: Intelligence and National Security 20 (2005), H. 4, S. 608–630.

Dr. **Jürgen Kilian**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Universität zu Köln im Rahmen des Forschungsprojekts „Geschichte des Reichsfinanzministeriums" (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln); veröffentlichte u.a.: „Wehrmacht und Besatzungsherrschaft im Russischen Nordwesten 1941–1944" (Paderborn u.a. 2012); „Das ‚Slawenbild' innerhalb der Wehrmacht am Beispiel der Militärverwaltung im russischen Nordwesten", in: Multinationale Reiche im 19.-20. Jahrhundert, hrsg. von Pavel Szobi (Prag 2012), S. 51–77; „Das Zusammenwirken deutscher Polizeiformationen im ‚Osteinsatz' am Beispiel des rückwärtigen Gebietes der Heeresgruppe Nord", in: Die Polizei im NS-Staat, hrsg. von Wolfgang Schulte (Frankfurt a. M. 2009), S. 305–335.

Dr. **Daniel Siemens**, DAAD Francis L. Carsten Lecturer in Modern German History am University College London, School of Slavonic and East European Studies, sowie Akademischer Rat auf Zeit an der Universität Bielefeld (Kontakt: d.siemens@ucl.ac.uk); veröffentlichte u.a.: „Metropole und Verbrechen. Die Gerichtsreportage in Berlin, Paris und Chicago, 1919–1933" (Stuttgart 2007); „Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten" (München 2009); „Kühle Romantiker. Zum Geschichtsverständnis der 'jungen Generation' in der Weimarer Republik", in: Die Kunst der Geschichte. Historiographie, Ästhetik, Erzählung, hrsg. von Martin Bau-

meister, Moritz Föllmer und Philipp Müller (Göttingen 2009), S. 189–214; „The ‚True Worship of Life‘: Changing Notions of Happiness, Morality and Religion in the United States, 1890–1940", in: Fractured Modernity – America Confronts Modern Times, 1890s to 1940s, hrsg. von Thomas Welskopp und Alan Lessoff (München 2012), S. 43–60.

**Christian Schemmert**, Student der Geschichtswissenschaft und Soziologie an der Universität Bielefeld (Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld); seine Masterarbeit „Macht, Konflikt und paralysiertes Management. Die Politik der Medienforschung an der Journalistenschule der Universität Leipzig, 1954–1961" steht vor dem Abschluss. Sein besonderes Forschungsinteresse gilt Raum-Zeit-Thematiken in politischen Organisationen.

Dr. **Markus Eikel**, LL.M., arbeitet seit 2004 in der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag (Frankenstraat 55B, 2582 SH Den Haag, Niederlande); veröffentlichte u. a.: „Französische Katholiken im Dritten Reich. Die religiöse Betreuung der französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter 1940–1945" (Freiburg 1999); „‘Weil die Menschen fehlen‘ – Die deutschen Zwangsarbeiterrekrutierungen und –deportationen in den besetzten Gebieten der Ukraine 1941–1944", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), S. 405–433; „Arbeitsteilung und Verbrechen – Die ukrainische Lokalverwaltung unter deutscher Besatzung 1941–1944"; in: Krieg und Verbrechen, hrsg. von Timm C. Richter (München 2006), S. 135–146.



Jahrgang 61 (2013), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2013_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de